

DER BÜRGER IM STAAT

3/4-2008



Die Volksrepublik China



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 3/4-2008
58. JAHRGANG
ISSN 0007-3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE
Lothar Frick

REDAKTION
Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Staßlenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL
Britta Kömen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Christoph Müller-Hofstede Die Geschichte der chinesisch-westlichen Beziehungen: ein Überblick	172
Xuewu Gu Chinas Aufstieg als Global Player	180
Markus Taube Grundlagen, Triebkräfte und Perspektiven des wirtschaftlichen Aufstiegs	186
Heinrich Kreft Die soziale Kehrseite des chinesischen Aufstiegs	195
Thomas Heberer Nationalitätenprobleme in China und die Tibet-Frage	203
Eva Sternfeld Schöne neue Welt im Grauschleier. Chinas ökologische Situation und Umweltpolitik	210
Bettina Gransow Zu viel, zu alt, zu männlich? Demographie und Bevölkerungspolitik	217
Robert Heuser Chinesische Rechtskultur im Wandel sozioökonomischer Bedürfnisse	223
Gunter Schubert China und die Menschenrechte	230
Bettina Gransow Das Petitionswesen in China – ein Instrument sozialer Gerechtigkeit?	236
Günter Schucher Böses Erwachen? Chinas Traum von der sozialen Harmonie	243
Werner Spaeth China – ein marginales Thema im Unterricht?	251
China im Überblick	257
Buchbesprechungen	259

THEMA IM FOLGEHEFT

60 Jahre Grundgesetz

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Im 21. Jahrhundert präsentiert sich China mit wachsendem Selbstbewusstsein als ein modernes, der Welt zugewandtes Land, das sich im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne bewegt.

picture alliance/dpa

Die Volksrepublik China

Chinas Aufstieg ist wohl das überraschende Ereignis des 21. Jahrhunderts, das bereits als „asiatisches Jahrhundert“ apostrophiert wird. Die von Deng Xiaoping im Jahre 1978 eingeleitete und bis heute konsequent verfolgte Reform- und Öffnungspolitik hat zu einem außergewöhnlichen Wirtschaftswachstum geführt, so dass sich die Gewichte in der Weltwirtschaft merklich verschoben haben. Der rasante Aufstieg des „Reichs der Mitte“ verändert die globale Wirtschaft, Politik und Kultur. Die Konsequenz des ökonomischen Erfolgs ist ein „neues“ China, das sich selbstbewusst und souverän als Akteur der Weltpolitik positioniert.

Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis Chinas ist die Geschichte der chinesisch-westlichen Beziehungen. Über 2.000 Jahre war China sowohl das bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft der Welt wie auch eine technologisch und administrativ fortgeschrittene Zivilisation. Weil sie an Absatzmärkten interessiert waren, forcierten westliche Imperialmächte die gewaltsame Öffnung des Landes. Für China stellt diese Zeit der wirtschaftlichen Ausbeutung und politisch-militärischen Niederlagen bis heute ein im kollektiven Gedächtnis verankertes Trauma dar. Das koloniale Gebaren des Westens trug jedoch entscheidend zur Reform des Staats- und Gesellschaftsgefüges, zur Entstehung eines modernen chinesischen Nationalismus und zur Herausbildung politischer Eliten bei, die das politische Geschick des Landes im 20. Jahrhundert prägten. Christoph Müller-Hofstede analysiert das chinesisch-westliche Verhältnis sowie dessen wechselvolle Geschichte und schildert Chinas von Spannungen, Widersprüchen, Rückschlägen und Konflikten gekennzeichneten, aber überaus erfolgreichen Weg in die Gegenwart.

Die Einsicht, dass China nur auf dem Wege der Kooperation mit den führenden Industriestaaten seine Modernisierung fortsetzen und damit internationalen Einfluss gewinnen kann, ist Konsens unter den Regierungseliten im chinesischen Politbüro. Außenpolitische Stabilität und internationale Zusammenarbeit sollen die Kontinuität des Wirtschaftswachstums sowie die ökonomische Leistungsfähigkeit garantieren. Xuewu Gu zeigt in seinem Beitrag am Beispiel der Olympischen Spiele, dass sukzessive politische Veränderungen in dem autoritär regierten Land aufgrund der Übernahme internationaler Verantwortung durchaus möglich sind.

Der Beitrag schließt mit der Skizzierung der chinesischen Interessenpolitik südlich der Sahara und zeigt, dass China eine ernstzunehmende Führungsrolle in der internationalen Staatengemeinschaft beansprucht.

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas ist beispiellos. Noch vor einigen Jahren wurden die chinesischen Staatsunternehmen als reformunfähig und marode belächelt, heute beliefert Chinas Exportwirtschaft die gesamte Welt mit ihren Produkten. China hat den Wandel vom Billiglohnland zum Hightech-Standort vollzogen und überrascht als drittgrößte Volkswirtschaft der Erde mit zweistelligen Wachstumsraten. Woher kommt dieser Erfolg? Markus Taube erörtert, ausgehend vom Scheitern des maoistischen Entwicklungsmodells über die Reformära unter Deng Xiaoping bis hin zum Wandel von der Plan- in die so genannte Sozialistische Marktwirtschaft, die spezifischen Rahmenbedingungen, Entwicklungsimpulse und Triebkräfte des chinesischen Wachstums, diskutiert die Einbindung Chinas in die internationale Arbeitsteilung und beschreibt den Wandel von der „passiven“ Einbindung als „Werkbank der Welt“ hin zu einem eigenständigeren Wachstums- und Entwicklungspfad.

Die ökonomische Entwicklung Chinas ist zweifelsohne dem Aufbau einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ näher gekommen. Allerdings hat sich das Ziel, eine egalitäre Gesellschaft schaffen zu wollen, ins Gegenteil verkehrt. Die rapide Modernisierung hat zu sozialen Widersprüchen und gesellschaftlichen Ungleichgewichten geführt. Die Ungleichverteilung der Einkommen verstärkt die Disparitäten zwischen Stadt und Land. Landflucht, Millionen von Wanderarbeitern, hohe Arbeitslosigkeit sowie mangelnder Arbeits-, Unfall- und Versicherungsschutz sind Verwerfungen dieser ökonomischen Dynamik. Hinzu kommen die Auswirkungen des demographischen Wandels, der auch die bescheidene Altersversorgung kollabieren lässt. Die politische Führung Chinas muss – so das Fazit von Heinrich Kreft – geeignete soziale Maßnahmen und Aufstiegschancen für die Verlierer des Modernisierungsprozesses schaffen, wenn sie der wachsenden Erosion ihrer Legitimität begegnen will.

Die jüngsten Unruhen in tibetischen Siedlungsgebieten sind nur ein Indikator für zunehmende Konflikte zwischen den Nationalitäten in China. Die Volksrepublik ist ein nur scheinbar toleran-

ter Vielvölkerstaat. Die Mehrheitsbevölkerung (Han) hat nur ein geringes Verständnis für die ethnischen Minderheiten; die Kontrolle durch Peking ist teilweise sehr rigide. Die historische Dimension der Nationalitätenkonflikte offenbart die Wurzeln des patriarchalischen Staatsverständnisses, welches Traditionen der feudalen Vergangenheit fortschreibt. Am Beispiel der ungelösten Tibet-Frage zeigt Thomas Heberer, dass China von einem anderen Nationen- und Staatsbegriff ausgeht als die westlichen Länder. Obwohl die bei den Tibetern existierende Einheit von nationaler und religiöser Identität den chinesischen Einfluss in Tibet eng begrenzt, befindet sich Peking in einer Position der Stärke. Zudem wird Tibet von der internationalen Staatengemeinschaft einhellig als Teil Chinas betrachtet. Die Kritik des Westens wird sich daher lediglich auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung der kulturellen Autonomie beziehen.

Das atemberaubende Wirtschaftswachstum Chinas hat seine Schattenseiten. Die Umweltkrise ist allgegenwärtig. China sieht sich aufgrund seiner naturräumlichen Gegebenheiten mit „traditionellen“ Umweltproblemen wie Dürren, Überschwemmungen, Verlust von Biomasse, Erosion und Ausbreitung der Wüsten konfrontiert. Durch die immense Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft kommen „moderne“ Umweltbelastungen hinzu: Luft- und Gewässerverschmutzung, Schadstoffbelastungen in Agrarerzeugnissen und ansteigende Treibhausgasemissionen. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verursacht die Umweltzerstörung erhebliche ökonomische Schäden. Eva Sternfeld erörtert die verschiedenen Dimensionen der chinesischen Umweltsituation und analysiert die Wirkung der umweltpolitischen Maßnahmen und Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltrechts.

Chinas rigide Bevölkerungspolitik hat gravierende demographische Folgen. Das staatliche Programm der Geburtenplanung, als so genannte Ein-Kind-Politik bekannt, war stets umstritten und führte zu Unmut und Abwehrstrategien auf Seiten der betroffenen Familien. Trotz der inzwischen erreichten Verlangsamung des Bevölkerungswachstums hat die chinesische Bevölkerungspolitik eine Reihe von nicht intendierten Nebenwirkungen ausgelöst. So ist Chinas überalterte Bevölkerung eine Herausforderung für die im Aufbau begriffenen sozialen Sicherungssysteme.

Schwer wiegt auch die unausgewogene Geschlechterverteilung bei der Geburt, die eine deutliche Präferenz für die Geburt von Jungen und die gesellschaftliche Geringschätzung des weiblichen Geschlechts offenbart. Hinter der Ungleichverteilung von Geburten- und Sterberaten bei Jungen und Mädchen verbirgt sich eine soziale „Logik“, die Frauen diskriminiert und der zufolge nur wenig in weibliches Humankapital investiert wird – so das Fazit von Bettina Gransow.

Während der ersten drei Dekaden der Volksrepublik China stand das Recht im Dienste der klassenkämpferisch ausgerichteten Parteipolitik. Im Gefolge der zunächst zögerlich eingeleiteten Reformpolitik Ende der 1970er Jahre, die als Wirtschaftsreform begann, sich sodann zur gesellschaftlichen und politischen Reform entwickelte, war die Wandlung der Rechtskultur und Entwicklung des Rechtssystems eine Notwendigkeit. Ein Strafgesetz und ein Strafprozessgesetz garantieren – trotz aller Mängel aus westlicher Sicht – ein Mindestmaß an Sicherheit der Bürger und schaffen somit die Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Stabilität. Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas wäre undenkbar ohne Veränderungen im Wirtschaftsrecht bzw. ohne eine Wirtschaftsordnung, die seit geraumer Zeit privatwirtschaftliche Initiativen und Rechtsformen zulässt und Systeme der sozialen Sicherung etabliert. Verbesserungen im Rechtsschutz und die Kontrolle administrativer Macht sind weitere Indikatoren, die – so Robert Heuser – den Wandel der Rechtskultur anzeigen. Gleichwohl kennt die chinesische Verfassung keine Gewaltenteilung. Insofern ist der Terminus „sozialistischer Rechtsstaat“ eine Chiffre für den Übergang und kennzeichnet den Suchprozess, historische Ordnungsvorstellungen und chinesisches Kulturerbe mit der Idee des Rechtsstaats europäischer Prägung in Einklang zu bringen. Bei aller berechtigten westlichen Kritik an der Menschenrechtssituation in China wird allzu oft übersehen, dass China die Grundidee der Menschenrechte nachdrücklich befürwortet, jedoch eine eigene Position entwickelt hat. Chinesische Politiker unterstreichen angesichts westlicher Rhetorik immer wieder, dass es in einem „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ ein anderes Verständnis der Menschenrechte herrsche. Wichtiger als die von westlicher Warte aus reklamierten individuellen Rechte seien in China immer die kollektiven, d.h. die wirtschaftlichen und sozialen Rechte gewesen.

Trotz einer schrittweisen Verbesserung der Menschenrechtslage, die von internationalen Menschenrechtsorganisationen durchaus konstatiert wird, zeigt die aktuelle Bestandsaufnahme von Gunter Schubert, dass die zivilen und politischen Rechte nur unzureichend verwirklicht sind. Mithin stellt sich die Frage der Positionierung des Westens. Wirksame Strategien sind eine stete Gratwanderung zwischen „stiller“ Diplomatie bzw. bilateralen Dialogen und einer Thematisierung der weltweiten Menschenrechtsverletzungen in internationalen Foren.

Das Instrument der Petition gab es schon im kaiserlichen China. Es trug zur Lösung von Konflikten auf lokaler Ebene bei, vermittelte dem Kaiser zugleich Informationen über lokale Verhältnisse und die dortige Beamenschaft. 1949 besann sich die Regierung der Volksrepublik China erneut auf dieses alte Instrument, welches eine Ventilfunktion einnehmen, das Ansehen der Kommunistischen Partei verbessern und analog zur historischen Funktion im alten China Informationen über regionale Verhältnisse und lokale Kader bereitstellen sollte. Seit den 1990er Jahren erlebt das Petitionswesen einen Aufschwung. Untersuchungen zur Lage des Petitionswesens zeigen einen Vertrauensschwund in die unteren Ebenen von Partei und Regierung und belegen, dass die an Petitionen gebundenen Erwartungen, soziale Gerechtigkeit zu erfahren, aufgrund jahrelanger und komplexer Interaktionen zwischen Staat, Bürgerinnen und Bürgern oft erheblich gedämpft werden. Bettina Gransow zeigt am Beispiel einer bäuerlichen Petitionsbewegung aus dem Gebiet des Drei-Schluchten-Staudamms, welche Eigendynamik eine solche, über viele Jahre andauernde Bewegung in der Praxis entfalten kann. Größere und im Hinblick auf ihre Zahl wachsende, durch qualifizierte Anführer organisierte Petitionsbewegungen lassen auf das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen auch in China schließen.

Konfuzius, der einst als reaktionär diffamierte Philosoph, erlebt ein Comeback. Das von Staats- und Parteichef Hu Jintao propagierte Konzept einer „Harmonischen Gesellschaft“ lehnt sich an die Lehre von Konfuzius an. Diese neue alte Zauberformel ist eine Reaktion auf die sozialen Folgeerscheinungen des chinesischen Wirtschaftswunders. Das immer größer werdende Einkommensgefälle und die daraus erwachsende Unzufriedenheit äußern sich in offenen und zum Teil gewaltsamen Protesten. Die von Günter Schucher vorgestellten

Beispiele verdeutlichen die vielfältigen Ursachen der Proteste, von denen inzwischen kein Landesteil mehr verschont bleibt. Umwelt- und Landprobleme, soziale und arbeitsrechtliche Ungerechtigkeiten, Machtmissbrauch sowie die Korruption politischer Eliten führen zu Protesten, die letztlich den Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei in Frage stellen. Die chinesische „Doppelstrategie“ der Regierung und Partei setzt in den letzten Jahren zum einen auf sozialen Ausgleich, auf die „nachholende“ Entwicklung ländlicher Räume und die Etablierung verbesserter Sozialgesetze und Rechtswege, scheut aber andererseits auch vor „harten“ Maßnahmen und Überwachungsstrategien nicht zurück.

China gewinnt immer mehr an Bedeutung, Wissen und Kenntnisse über das Land nehmen aber nicht in gleichem Maße zu. Vielmehr ist unser Bild von China rudimentär und allzu häufig von Ängsten geprägt. Der rasante Wandel des Landes und seine wirtschaftliche Verflochtenheit mit Europa – nicht zuletzt auch mit dem exportorientierten Land Baden-Württemberg – legen im Grunde eine intensive unterrichtliche Beschäftigung mit China nahe. Wenn man nun die Bildungs- und Lehrpläne genauer in den Blick nimmt, so stellt man fest, dass zwar hehre Ziele formuliert werden, die realen Gegebenheiten jedoch einiges zu wünschen übrig lassen. Der curriculare Stellenwert des Themas und das zur Verfügungen stehende Zeitkontingent lassen eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem „Reich der Mitte“ oftmals nicht zu. China ist ein eher randständiges Thema im Unterricht. Mehr noch: Schulbücher und audio-visuelle Unterrichtsmedien lassen eine ausgewogene Betrachtung der wichtigsten Inhalte vermissen. Und auch im Rahmen der Lehrerfortbildung – so ein Fazit von Werner Spaeth – liegt vieles im Argen. Ziel und Aufgabe von Schule und Unterricht müsste es vielmehr sein, eine differenzierte Darstellung und unterrichtliche Behandlung anzustreben, um so der Bedeutung des Landes gerecht zu werden.

Die Autorinnen und Autoren wollen mit ihren Beiträgen detaillierte Informationen und Fakten vermitteln, die für das Verständnis des komplexen Themas wichtig sind. Allen Autorinnen und Autoren sowie Herrn Werner Spaeth, der mit seinem fachkundigen Rat wesentlich zum Entstehen des Heftes beigetragen hat, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit. Siegfried Frech

Die Geschichte der chinesisch-westlichen Beziehungen: ein Überblick

Christoph Müller-Hofstede

Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis Chinas ist die wechselvolle Geschichte der chinesisch-westlichen Beziehungen. Über die letzten 2.000 Jahre war China sowohl das bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft der Welt wie auch eine technologisch und administrativ fortgeschrittene Zivilisation. Bis zum 18. Jahrhundert sah China sich als Zentrum der Welt. Weil sie an Absatzmärkten interessiert waren, forcierten westliche Imperialmächte die gewaltsame Öffnung des Landes. Im 19. Jahrhundert geriet das hoch entwickelte Land in eine halbkoloniale Abhängigkeit vom Westen. Für China stellt diese Zeit der Besetzung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und politisch-militärischen Niederlagen bis heute ein im kollektiven Gedächtnis verankertes Trauma dar. Das koloniale Gebaren des Westens trug jedoch entscheidend zur Reform des Staats- und Gesellschaftsgefüges Chinas sowie zur Entstehung eines modernen chinesischen Nationalismus und zur Herausbildung politischer Eliten bei, die das politische Geschick des Landes im 20. Jahrhundert prägten. Christoph Müller-Hofstede analysiert das chinesisch-westliche Verhältnis sowie dessen wechselvolle Geschichte und schildert Chinas von Spannungen, Widersprüchen, Rückschlägen und Konflikten gekennzeichneten Weg in die Gegenwart. Vor dem Hintergrund der chinesischen Geschichte handelt es sich bei der aktuell zu beobachtenden Entwicklung Chinas zur politischen und wirtschaftlichen Weltmacht um die „Rückkehr“ zu einer Stellung, die dieses Land über mehr als zwei Jahrhunderte nur vorübergehend aufgegeben hatte.

China und der Westen: der geschichtliche Kontext

Die Beziehungen des Westens¹ mit China stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter dem Eindruck einer neuen Dynamik. Drei Jahrzehnte rasanten Wirtschaftswachstums haben China in die Champions League der Weltpolitik und Weltwirtschaft aufsteigen lassen. Nicht nur die historische Finanzkrise, die seit dem Spätsommer 2008 den Westen ergriffen hat, lässt es wahr-

scheinlich erscheinen, dass die USA und Europa als politische und wirtschaftliche Weltführungsmächte langsam aber unausweichlich in den Hintergrund gedrängt werden. Damit würden sich Analysen bestätigen, die eine dritte große Machtverschiebung in den internationalen Beziehungen der letzten 500 Jahre prognostizieren. Tatsächlich ist eine Dynamik des Auf- und Abstiegs in den Beziehungen zwischen Europa (das heißt dem Westen) und China unverkennbar. Im 16. Jahrhundert (nach den Entdeckungen Amerikas) wurde Europa zum reichsten und aktivsten Teil der Welt. Die von der Renaissance und der Aufklärung angestoßenen kognitiven und technologischen Umwälzungen wirkten weltweit und leiteten die politische und intellektuelle Vorherrschaft des Westens ein, die lange als Selbstverständlichkeit betrachtet wurde.

Im 20. Jahrhundert lösten die USA die Vorherrschaft des britischen Imperiums ab und wurden zur beherrschenden Weltmacht. Im „amerikanischen Jahrhundert“ verfestigte sich die wirtschaftliche, politische und kulturelle Dominanz der USA – trotz zweier Weltkriege und der Blockkonfrontation des Kalten Krieges – über den Rest der Welt. Heute – so der amerikanische Publizist Fareed Zakaria² – bewegen wir uns in einer „postamerikanischen Welt“, in der sich der „Aufstieg der Übrigen“ (*rise of the rest*) vollziehe, all der Nationen, die in den letzten 20 Jahren rapide an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung gewannen. Hierzu gehören Brasilien, Russland, Indien, China – die sogenannten BRIC-Staaten – als größte Nationen. China als bevölkerungsreichstes und dynamischstes Mitglied dieser Gruppe steht freilich im Mittelpunkt dieser Bewegung.

Nicht zufällig sehen auch andere Beobachter den Aufstieg Chinas im Kontext einer 500-jährigen Auseinandersetzung des Landes mit dem Westen und sprechen von einer „Rückkehr“ Chinas zu seinem angestammten Platz als Weltmacht: „Von einer Rückkehr Chinas spricht man, weil das Reich der Mitte über den größten Teil unserer Zeitrechnung nicht nur das bei weitem bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft der Welt war, sondern auch die technologisch und admini-

rativ fortgeschrittenste Zivilisation. Im neunzehnten Jahrhundert versank das hoch entwickelte Land in tiefe Armut und wurde Halbkolonie des Westens. Es war das Jahrhundert der Demütigung, das bis heute jeden Chinesen prägt.“³

Nach wie vor – so die These dieses Beitrages – ist das westlich-chinesische Verhältnis nur vor dem Hintergrund dieser von wechselseitigen Aufstiegs- und Abstiegs geschichten, von Ängsten und Faszinationen belasteten „Beziehungsgeschichte“ zu verstehen. Der vorolympische Kommunikationscrash zwischen China und dem Westen nach den Unruhen in Tibet im März 2008 muss vor diesem historischen Hintergrund gesehen werden, der im Rahmen dieses Beitrages nur kurz skizziert werden kann.⁴

Die Ankunft der Europäer

Beginnen wir mit dem Hinweis auf Marco Polos Bericht über seine Reise zum Großkhan und zu den „Wundern der Welt“ (*Merveilles du Monde*), mit dem im 14. Jahrhundert die westliche Chinafaszination ihren Anfang nahm. Christoph Kolumbus hatte eine von ihm annotierte Ausgabe der Beschreibungen Marco Polos an Bord seiner ersten Expedition, die ihn zu den Reichtümern des Großkhan in Cathay führen sollte, aber tatsächlich nach Amerika brachte. Zwanzig Jahre nach der Entdeckung Amerikas landeten 1519 portugiesische Schiffe vor Kanton (Guangzhou), um Handelsbeziehungen mit China anzuknüpfen. Dieser erste Vorstoß scheiterte (die Portugiesen wurden des Landes verwiesen, einige von ihnen als Seeräuber hingerichtet) – erst nach 1540 konnte Portugal in Macao eine dauerhafte Niederlassung errichten. Mit dem Eintreffen des Jesuiten Matteo Ricci (1552–1610) in Macao im Jahre 1582 beginnt die fast 150 Jahre andauernde Jesuitenmission (bis zum kaiserlichen Verbot der Missionierung 1742). Etliche theologisch und naturwissenschaftlich gebildete Jesuiten werden am Hof in Peking als Berater und Gelehrte des Kaisers angestellt. Eine rege Korrespondenz mit Europa beginnt. Ihre Berichte gelan-

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Mit Marco Polos Bericht über seine Reise zum Großkhan und zu den „Wundern der Welt“ (Merveilles du Monde) nahm die Faszination für China im 14. Jahrhundert ihren Anfang. Die Buchmalerei zeigt Kublai Khan, der die Bezahlung von Händlern durch seine Beamten überwacht.

picture alliance/dpa

gen – gedruckt in prächtigen illustrierten Bildbänden wie der „Description de la Chine“ des Jesuiten Jean Baptist Du Halde – in die Bibliotheken und an die Höfe Europas.⁵ Das positive Bild, das sie von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen in China zeichnen, löst die Chinabegeisterung (und Chinamode) des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts aus. Voltaire etwa war von einer umfassenden Überlegenheit Chinas über das von kirchlichen Mächten beherrschte Europa überzeugt: „Bewundern, erröten, aber vor allem: nachmachen“, war sein Rezept für den Umgang mit China. Zumindest aber drängte man, wie Gottfried Wilhelm Leibniz in seiner „Novissima Sinica“ (1697), auf einen umfassenden kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit China, dem „Europa des Ostens“, um sich zu ergänzen und vonei-

inander zu lernen.⁶ Noch kurz vor der Französischen Revolution wünscht sich ein Berater von König Ludwig XVI., den Franzosen einen Hauch „chinesischen Geistes“ einzuimpfen. Damit ist jedoch auch der Höhe- und Endpunkt der europäischen Sinophilie erreicht. Schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts hatten zunächst in England, aber auch in Frankreich (Charles de Montesquieu) und Deutschland (Johann Gottfried Herder) chinakritische Stimmen an Gewicht gewonnen.⁷ Die neue Dynamik in der Entwicklung Europas, die politischen Impulse der Französischen Revolution sowie die von England ausgehende industrielle Revolution ließen China in einem von ihm nicht gewollten weltweiten „Wettbewerb der Systeme“ zunehmend zurückfallen. Das europäische Chinabild wurde fortan durch die Berichte europäischer

Handelsreisender geformt, insbesondere den berühmten Bericht des englischen Gesandten Lord George Macartney 1793, der vergeblich im Auftrag George III. am chinesischen Hof Handelsrechte aushandeln wollte. Der Bericht wurde in mehrere europäische Sprachen übersetzt und hatte großen Einfluss auf die europäische Öffentlichkeit. Die allgemeine Chinabegeisterung schlägt nun um in Verachtung. China wird als Reich im Niedergang angesehen, als „Mumie“, so etwa Karl Marx in einem berühmten Diktum, „in einem hermetisch versiegelten Sarg, die durch die europäische Expansion mit frischer Luft in Berührung“ komme und nun unausweichlich zerfalle.⁸ Die von den europäischen „Meisterdenkern“ angelegte Projektion einer dauerhaften, historisch gleichsam genetisch angelegten Überlegenheit des Westens über den Rest der Welt, mithin der Blick auf chinesische Defizite (Aufklärung, Demokratie, Individualismus etc.), prägt die westliche Chinabetrachtung bis weit ins 20. Jahrhundert – ungeachtet kurzer Phasen der Chinaschwärmerei wie in der Studentenbewegung der 1960er Jahre. Diese Epoche der gleichsam selbstverständlichen und implizit auf allen Seiten akzeptierten Dominanz des Westens geht heute zu Ende. Allenthalben wird eine neue „geistige Kartographie“ (Frank-Walter Steinmeier) für den Umgang mit China und anderen aufstrebenden Nationen gefordert. Die Konturen dieses neuen Mindmap des 21. Jahrhunderts zeichnen sich freilich nur langsam ab. Sicherer erscheint der Blick zurück auf diejenigen Ereignisse und Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, die die Wahrnehmungen auf beiden Seiten so nachhaltig geprägt haben.

China als Kolonial- und Zentralmacht Ostasiens im 18. Jahrhundert

Am Ende des 18. Jahrhunderts hatte das chinesische Kaiserreich seine bis dahin größte Ausdehnung erreicht. Neben den 18 Provinzen des chinesischen Kernlands umfasste das Reich die erst Ende des 17. Jahrhunderts eroberte Insel Taiwan, die Mandschurei mit großen Gebieten jenseits des Amur, die Innere wie die Äußere Mongolei, Tibet sowie weite, gleichfalls nach 1750 neu eroberte Landstriche Zentralasiens bis ins heutige Kasachstan. Im Südwesten erstreckte sich China über den Hindu-kusch hinaus bis nahe an Persien her-

an. Ein großer Teil dieser Gebiete war erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts erobert worden.

China war unter den mandschurischen Qing-Kaisern Kangxi (1662–1722) und Qianlong (1736–1795) zur wirtschaftlichen und politischen Zentralmacht in Ostasien geworden. Die wirtschaftliche Blüte des Reiches in dieser Phase hatte eine Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb von 150 Jahren auf 300 Millionen zur Folge. Chinas technologische und wirtschaftliche Stärke wurde den Europäern nicht zuletzt durch die erste „Exportlawine“ Chinas vor Augen geführt: seit Beginn des 17. Jahrhunderts bis weit ins 18. Jahrhundert hinein wurden mehrere hundert Millionen Stück Porzellan über die holländischen und englischen *East India Companies* nach Europa eingeführt. Der „erfolgreichste Keramiktyp der Weltgeschichte“ (Lothar Ledderose) konnte erst Anfang des 18. Jahrhunderts in ersten Prototypen in Europa produziert werden.⁹ China war Europa also in wirtschaftlicher Hinsicht, wenn nicht überlegen, so doch ebenbürtig. Auch als Kolonialmacht kann China mit den europäischen Mächten verglichen werden – wenn auch wesentliche Unterschiede beachtet werden müssen.

Im Unterschied zu Russland und England war der chinesische Kolonialismus weder religiös noch wirtschaftlich motiviert. Sicherheitsbedürfnisse und das Bestreben, die „mongolische Gefahr“ endgültig auszuschalten, waren die zentralen Motive der chinesischen Expansion. Die Eroberung Chinas durch mongolische Reiterstämme in der Nachfolge von Dschingis Khan im 13. Jahrhundert und die wiederkehrenden Beutezüge der innerasiatischen „Barbaren“ innerhalb des chinesischen Kernlands im 15. und 16. Jahrhundert hatten tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis chinesischer Herrscher hinterlassen.

Vor allem aber war Chinas machtpolitisch-militärische Stellung im 18. Jahrhundert noch nicht von seinem Kontakt mit dem Westen bestimmt. China konzentrierte sich auf den kontinentalasiatischen Raum und lebte „mit dem Rücken zum Pazifik“. Epochale Ereignisse wie die Französische Revolution 1789, die napoleonischen Eroberungen in Ägypten, Europa und Russland oder die britische Eroberung Indiens zwischen 1770 und 1818 wurden in Beijing (Peking) nicht weiter wahrgenommen. Um 1800 wusste man in China viel weniger über Europa als umgekehrt: „Vor der machtpolitischen Asymmetrie, die im 19. Jahrhundert zum Tragen kam, stand die Asymmetrie des (Herrschafts-)Wissens zwischen den beiden wirtschaftlichen und politischen Machtzentren der damaligen Welt. Weltpolitische Katego-

rien, die Konkurrenz gleichberechtigter Nationalstaaten, die Bedeutung der Umwälzungen auf außerchinesischen Schauplätzen erschlossen sich der chinesischen Beamteneite nicht. Noch ruhte China selig in sich selbst.“¹⁰

Exkurs: Welt- und Selbstverständnis Chinas vor dem Zusammenstoß mit dem Westen

Wesentlich trug hierzu das Weltverständnis der kaiserlichen Bürokratie bei. China – genauer das Herrscherhaus der Mandschu-Dynastie – sah sich als Zentrum eines moralischen Universums. Die gesamte zivilisierte Welt (die auf Chinesisch als *tianxia*, d.h. „alles unter dem Himmel“ bezeichnet wurde) wurde mit der chinesischen Zivilisation gleichgesetzt. Dem *Tianxia*-Konzept lag die Idee einer hierarchischen Weltordnung und der Überlegenheit und Zentralität chinesischer Kultur zugrunde. Individuen und Völker waren darin nicht gleichberechtigt.

Dabei war dieses Konzept so umfassend, dass selbst über die chinesische Bezeichnung für China im Grunde keine Klarheit herrschte. Ein chinesisches Wort für ein politisches „China“ bzw. die „chinesische Nation“ existierte vor dem 19. Jahrhundert nicht! Weder im allgemeinen Sprachgebrauch noch im Bewusstsein der Elite war China als Nation präsent. Der heute etablierte Begriff des „Reichs der Mitte“ (*zhong guo*; dies bedeutet eigentlich „mittleres Königreich“) ist eine Erfindung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, wie Michael Lackner gezeigt hat.¹¹ In der viele Millionen Schriftzeichen umfassenden Sammlung der 25 chinesischen Dynastiegeschichten erscheint der Ausdruck *zhong guo* nur zirka 2.200 Mal. In der klassischen Literatur Chinas wurde der Begriff nie benutzt, um eine chinesische Nation oder die chinesische Zivilisation zu beschreiben. Da nur China als Muster eines zivilisierten Staates angesehen wurde, erübrigte sich, so Lackner, eine Abgrenzung zu anderen Staatsgebilden nach räumlichen (also in gewissem Sinne egalitären) Kriterien. Stattdessen setzte sich eine Bezeichnung nach historischen Kriterien, also nach der Abfolge der Dynastien, durch. Traditionell wurde das chinesische Reich nur durch die jeweils unterschiedlichen Dynastienamen bezeichnet – also Qin, Han, Tang, Yuan, Song, Ming und Qing, um die wichtigsten Dynastien zu nennen. „Dementsprechend ist die offizielle Bezeichnung Chinas (selbst) zur Zeit der erbitterten Konfrontation mit dem Westen eben nicht *China*, respektive *zhong guo*, sondern *da Qing guo*, Staat der großen Qing(-Dynastie). So sind die

Verträge zwischen China und den westlichen Mächten unterschrieben; diese Herkunftsbezeichnung tragen die ab den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts bevollmächtigten Gesandten Chinas ins Ausland.“¹²

Das chinesische Selbstverständnis eines moralisch und zivilisatorisch überlegenen Universums ließ an Außenbeziehungen und eine Konkurrenz der „Nationen“ wie in Europa nicht denken. Ein Nationalstaat bildet sich erst im 20. Jahrhundert heraus – allerdings mit dem (ungeklärten) Erbe eines multinationalen und multikulturellen Imperiums.

Chinas Einbindung in Weltwirtschaft und Weltpolitik: die wichtigsten Stationen von 1800–1949

Ab Ende des 18. Jahrhunderts machten die Fernwirkungen der europäischen Entwicklungen auch vor China nicht Halt. Die technische, ökonomische und administrative Überlegenheit der Europäer wurde ab dem 19. Jahrhundert auch militärisch wirksam und zwang China – wie auch Japan – in das von Europa gestaltete und dominierte internationale System. China wurde für über ein Jahrhundert – zwischen 1840 und 1945 – zum „Objekt der Großmächte“. Parallel hierzu verlief die Einbindung Chinas in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die schon mit dem für China profitablen Export von Tee, Seide und Porzellan im 17. und 18. Jahrhundert begonnen hatte. Die Faszination des angeblich grenzenlosen chinesischen Marktes wurde dann zum wesentlichen Antriebsmoment der englischen Expansion nach China. In dem nun folgenden „Jahrhundert der chinesischen Revolution“ (1840–1949) wird China zunächst durch die „ungleichen Verträge“ mit England im Gefolge der Opiumkriege schrittweise in das von Europa gestaltete internationale System integriert und gleichzeitig entmündigt. Gleichzeitig verlor China massiv an weltwirtschaftlicher Bedeutung: Betrug Chinas Anteil an der Weltwirtschaftsleistung im Jahr 1820 noch 33 Prozent, so waren es 1952 nur noch 5,2 Prozent, ein Anteil, der sich erst nach 1980 wieder erhöhen sollte.¹³ Die wirtschaftliche Misere und die machtpolitische Entmündigung erzeugen einen neuen chinesischen Nationalismus, der im 20. Jahrhundert zur entscheidenden Triebkraft der Innen- und Außenpolitik Chinas wird. Erst mit der Niederlage Japans 1945 endet für China die Phase der Vorherrschaft fremder Mächte. Seinen Abschluss findet das „Jahrhundert der chinesischen Revolution“ mit dem Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg

und der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949. Betrachten wir im Folgenden diese Epoche etwas näher, bevor wir uns mit den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Westen nach 1949 beschäftigen.

Opiumkriege und Einschränkungen der Souveränität (1839–1895)

Die wirtschaftliche Lage Chinas in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde durch die sogenannte Opium-Silber-Krise geprägt. Seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts war China in zunehmendem Maße in die Handelsströme zwischen Europa und Asien eingebunden worden. Porzellan, Seide und vor allem Tee wurden in solchem Umfang nach Europa exportiert, dass sich ganze Regionen Chinas auf den Export spezialisierten. Allein in den Porzellanmanufakturen von Jingdezhen in der Provinz Jiangxi sollen bis zu einer Million Arbeiter tätig gewesen sein. Die europäischen Importe wurden in großem Umfang mit Silber, vor allem aus Spanisch-Amerika, bezahlt.

Im 18. Jahrhundert wuchsen die europäische Nachfrage nach chinesischen Waren und damit auch der Zufluss von Silber nach China weiter stark an. Für England wurde die notorisch passive Handelsbilanz mit China zum Problem. Um die anhaltend hohen Teeimporte aus China zu bezahlen, exportierte es am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunächst Rohbaumwolle aus Bengalen nach Kanton, um mit den Erlösen das Chinageschäft abzudecken. In diesem anglo-indisch-chinesischen Dreieckshandel ersetzte ab 1820 indisches Opium zunehmend die Rohbaumwolle. Opium war billiger herzustellen und zu transportieren und zudem in China leichter abzusetzen als Baumwolle.

Schon um 1830 war Opium zur wichtigsten Ware im Handel zwischen Großbritannien und China geworden. Erstmals veränderte sich die Handelsbilanz zu Chinas Ungunsten; zwischen 1827 und 1849 verlor China vermutlich die Hälfte des Silbers, das während der vorausgegangenen 125 Jahre ins Land geströmt war: „Der Tausch von Tee und Textilien gegen Silber, also die Situation vor 1800, war für China ein gutes Geschäft gewesen, der Tausch von Silber gegen Opium, also die Situation nach 1830, führte hingegen zu Belastungen der einheimischen Wirtschaft, u. a. durch die Verknappung und Preiserhöhung des Silbers für Grundbesitzer und die Bauernschaft, die ihre Steuern in Silber zahlen musste.“¹⁴ Chinas wirtschaftliche Lage hatte sich innerhalb

eines halben Jahrhunderts dramatisch verschlechtert; hinzu kamen die dramatischen gesundheitlichen Folgen des sich ausbreitenden Opiumkonsums.

Der Opiumkrieg ab 1840, der mit dem Abschluss des ersten „ungleichen Vertrages“ (so werden in China bis heute die dem Land im 19. Jahrhundert von den westlichen Mächten aufgezwungenen Verträge bezeichnet) von Nanjing (Nanking) im Jahre 1842 endete, war eine Reaktion Großbritanniens auf Versuche der chinesischen Regierung, den von ihr als illegal und schädlich eingestuften Opiumhandel in Kanton zu unterbinden. Dieser erste „Öffnungskrieg“ und die gewaltsame Durchsetzung von Freihandelsinteressen war Teil der Politik Großbritanniens, die im 19. Jahrhundert auch gegenüber den jungen lateinamerikanischen Staaten und dem Osmanischen Reich praktiziert wurde. Die wirtschaftlichen Folgen des Opiumkriegs waren zunächst begrenzt: Die chinesischen Küstenstädte wurden Schritt für Schritt in die Weltwirtschaft eingebunden und entwickelten sich sozial und politisch schneller als die Binnenprovinzen Chinas. In machtpolitischer Hinsicht bedeutete die erste Niederlage Chinas gegen einen westlichen Staat dagegen einen tiefen Einschnitt, der sich in markanten Einschränkungen der chinesischen Souveränität äußerte. Hierzu gehörten unter anderem die Öffnung der Hafenstädte Guangzhou, Shanghai, Fuzhou, Ningbo und Xiamen für ausländische Kaufleute und Konsulate; damit konnten sich in diesen Städten extraterritoriale Brückenköpfe Großbritanniens bilden, da die Konsulate später auch mit der Rechtsprechung über in China ansässige britische Bürger betraut wurden. In den folgenden Jahren wurden Belgien, den Niederlanden, Preußen, Spanien, Portugal, den USA und Frankreich ähnliche Privilegien zuerkannt.

1860 entsandten Großbritannien und Frankreich ein gemeinsames militärisches Expeditionskorps nach Beijing und sicherten sich weitere Rechte. In der Folge entstand die wesentlich weitgehendere sogenannte „Zweite Vertragsordnung“ (nach dem Vertrag von Nanjing), die China weitere massive Souveränitätseinschränkungen aufzwang. So wurden nicht nur die Vertragshäfen an der Küste, sondern ganz China für ausländische Reisende zugänglich; christliche Missionare konnten nun ohne Beschränkungen ihrer Arbeit nachgehen. Hinzu kam die Öffnung elf weiterer Vertragshäfen, darunter Tianjin in der Nähe Beijings und wichtige Binnenhäfen am Jangste. Dennoch blieb der direkte ökonomische Einfluss des Westens auf diese Vertragshäfen beschränkt. Die fremde Wirtschaftspräsenz – so

der Wirtschaftshistoriker Richard H. Tawney – glich einer Bordüre, die einem alten, durchaus noch tragfähigen Gewand aufgesetzt war. Erst 1895 begann das Zeitalter des territorialen Kolonialismus und der ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere des Aufbaus ausländisch beherrschter Industrieunternehmen im Textilsektor und im Bergbau. In den Vertragshäfen, insbesondere in Shanghai (noch bis 1949 wirtschaftlich bedeutender als Hongkong und Tokio), entwickelten sich neue Eliten: chinesische Geschäftsleute mit einem erheblichen Eigenvermögen vermittelten zwischen westlichen Kaufleuten und dem chinesischen Markt. Eine ganze Schicht von Händlern, Bankiers und Industriellen entstand, die unter modernen Bedingungen operierte. In Shanghai, aber auch Hongkong, entstanden Zirkel revolutionär und liberal gesinnter Intellektueller, die über Auswege aus der Krise Chinas (unter anderem mit Hilfe westlicher „Rezepte“) nachdachten.

Hier zeigte sich das Janusgesicht des westlichen Kolonialismus: Durch die Begegnung mit dem Westen beschleunigte sich der Zerfall der traditionellen Ordnung nach innen und nach außen; gleichzeitig wurden entscheidende Impulse zur Reform des chinesischen Staats- und Gesellschaftsgefüges und zur Herausbildung neuer Eliten gegeben. Der Druck des Westens trug zur institutionellen Modernisierung Chinas bei, unter anderem durch die Modernisierung der Zollbehörden und den Aufbau moderner außenpolitischer Institutionen.

China als Objekt der Weltpolitik (1895–1931)

1895 ist das entscheidende Epochenjahr, in dem sich der interne Machtverfall der Qing-Dynastie weiter beschleunigt und zugleich der Aufstieg Japans als neue imperiale Macht in Ostasien eingeleitet wird. In der Folge kommt es zum Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Gründung der Republik China (1. Januar 1912). Der weitere Zerfall der Zentralmacht prägt die nächsten Jahrzehnte. China wird zu einem Flickenteppich, auf dem regionale Machthaber (Warlords), ausländische Mächte und eine schwache Zentralregierung ihre Konflikte zulasten der Bevölkerung austragen. Außenpolitisch wird China weiter geschwächt: Der innere Zerfall begünstigt den Zugriff ausländischer

Mächte auf die Ressourcen Chinas. Ungleiche Verträge prägen auch im frühen 20. Jahrhundert die Außenbeziehungen Chinas. Drei Aspekte sind in dieser Phase hervorzuheben:

(1.) Die Bedeutung der Niederlage im chinesisch-japanischen Krieg 1894/95: Japans Sieg über China zerstörte endgültig den Rest an Macht und Prestige, der dem Qing-Reich bis dahin noch geblieben war. Chinas zivilisatorische und politische Hegemonie über Ostasien war endgültig beendet, und die chinesischen Reformer waren sich dessen bewusst. „Unser Land erwacht aus einem viertausendjährigen Schummer“, schrieb der nationalistische Theoretiker Liang Qichao. Die Kriegsentschädigung war doppelt so hoch wie die gesamten jährlichen Steuereinnahmen der Zentralregierung: Japan konnte durch die in Sterling ausgezahlte Entschädigung weiter aufrüsten und stieg in den Kreis der Vertragsmächte Chinas auf. Die Modernisierung Japans ging Hand in Hand mit seiner militärischen Expansion. Im Ersten Weltkrieg und in den Jahren danach verstärkte sich der territoriale Druck Japans auf China.

(2.) Die Jahre zwischen 1895 und 1931 waren die Jahre des größten Einflusses des Westens in China: Alle imperialistischen Mächte des 19. und 20. Jahrhunderts trafen in China zusammen und kooperierten miteinander, um China zu kontrollieren. Einige Besonderheiten dieser multinationalen Kontrolle Chinas waren unter anderem:

- das System der „ungleichen Verträge“, von denen durch die Meistbegünstigungsklausel automatisch alle in China aktiven ausländischen Mächte profitierten;
- die ausländische, „synarchische“ (d.h. durch gemeinsame Herrschaft ausgeübt) Kontrolle des Seezollamts und des Salzamts und die direkte Verwendung der dort eingenommenen Gelder für die Bezahlung des „Schuldenendienstes“;
- die multinationalen Chinakonsortien, die den Eisenbahnbau finanzierten und damit die Erschließung des Landes beförderten.

Seinen Höhepunkt erreichte diese systematische Entmündigung Chinas anlässlich der Versailler Konferenz 1919: China, das auf Wunsch der USA in den Ersten Weltkrieg eingetreten war und über 100.000 Soldaten nach Frankreich entsandt hatte, musste erfahren, dass Jiaozhou, das 1897 vom Deutschen Reich militärisch besetzte und 1898 für 99 Jahre gepachtete Gebiet in der nordöstlichen Provinz Shandong, nicht zurück an China, sondern an Japan fallen sollte. Obwohl China „Siegermacht“ des Ersten Weltkriegs und gleichberechtigte Teilnehmerin an

den Friedenskonferenzen sowie Gründungsmitglied des Völkerbunds war, blieb das Land weiterhin Objekt der Weltpolitik.¹⁵

(3.) Die eklatanten Beschränkungen der staatlichen Souveränität Chinas erzeugten neue und intensive Formen des Nationalismus. Die als „4. Mai-Bewegung“ bekannt gewordenen Massenproteste im Jahr 1919, die sich vor allem gegen Japan und die Siegermächte des Ersten Weltkriegs richteten, zwangen die chinesische Regierung, den Versailler Vertrag nicht zu unterzeichnen. Ab 1921 kam (unter maßgeblicher Beteiligung sowjetischer Berater) sogar eine Einheitsfront von Kommunisten und Nationalisten zustande, da beide Seiten die gemeinsame Vision eines „starken und unabhängigen Chinas“ verfolgten. Übergreifendes Ziel chinesischer Politik war es, den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Status quo zu verändern. Mitte der 1920er

Jahre erreichten die antibritischen und antijapanischen Massenproteste erste bescheidene Konzessionen von Seiten der Vertragsmächte. Ab 1928 gaben zunächst die USA, später auch andere Vertragsmächte die Befugnis zur Zollerhebung an die chinesische Regierung zurück.

Vom antijapanischen Krieg zur Unabhängigkeit (1931–1949)

Das Jahr 1931 wird zu Recht als Beginn eines „denouements“ (Klärung) in Ostasien bezeichnet, in dem sich Interessen und Ziele der in und um China agierenden Mächte – nicht zuletzt unter der Wirkung der Weltwirtschaftskrise – deutlicher als zuvor klären.¹⁶ In Japan gewannen die militaristischen und expansionistischen Strömungen im Militär entscheidenden Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik des Landes:

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Obwohl in der
so genannten
Kulturrevolution
ab 1966 eine
ganze Genera-
tion junger
Chinesen den
Mobilisierungs-
experimenten
und Autarkie-
phantasien
Mao Zedongs
geopfert wurde,
ist Mao in China
zum Mythos ge-
ronnen. Der Text
des Propaganda-
plakats aus dem
Jahr 1969 lautet
sinngemäß: „Alle
Menschen der
Revolution lieben
dich so sehr!“

picture alliance/dpa

in der Lage noch willens, den Endkampf um die Macht in China entscheidend zu beeinflussen. Beide Großmächte sahen sich „zu Zuschauern jenes Dramas reduziert, als dessen Regisseure sie sich noch Anfang 1945 in Jalta gefühlt hatten“.¹⁷ Im Oktober 1949 übernahm die Kommunistische Partei Chinas endgültig die Macht in Beijing. Von nun an bestimmten die internationalen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges die Außenpolitik des neuen Staates.

Unabhängigkeit, Isolation und Reintegration in die Staatengemeinschaft (1949–1979)

Zu Recht ist die chinesische Revolution, die am 1. Oktober 1949 in die Gründung der Volksrepublik China mündete, als eine der großen „total revolutions“ in der neueren Geschichte bezeichnet worden. Die Radikalität und Nachhaltigkeit der von ihr ausgelösten gesellschaftlichen Umwälzungen, die dauerhafte Etablierung einer neuen, revolutionären Staatsmacht und die Auswirkungen auf das internationale System weisen deutliche Parallelen mit der Französischen Revolution 1789 und der Russischen Oktoberrevolution 1917 auf. Wesentlich bedeutsamer als im Falle Frankreichs und Russlands war jedoch in China die Mobilisierung nationalistischer Gefühle, die den Kommunisten schon im Bürgerkrieg und nach der Machtergreifung entscheidend Legitimation verlieh. Die „Befreiung“ Chinas von äußerer Einmischung und Unterdrückung erlangt zu haben, gilt bis heute als Hauptverdienst Mao Zedongs und der Kommunistischen Partei.

Nach 1949 musste sich China zunächst aus ideologischen und pragmatischen Gründen in die weltpolitische Blockbildung einfügen und wurde zum Partner der Sowjetunion, gemäß der Politik des „sich auf eine Seite Neigens“ (*iyibian daol*), wie es Mao Zedong (Mao Tse-tung) 1949 prägnant formulierte.

Schon am 14. Februar 1950 unterzeichneten die Vertreter der Volksrepublik China und der Sowjetunion – nach über zweimonatigen Verhandlungen zwischen Mao und Stalin – einen Vertrag über Freundschaft, Allianz und gegenseitige Hilfe. China bekam umfangreiche Finanz-, Wirtschafts- und technische Hilfen. Im Gegenzug musste es strategische Zugeständnisse machen, unter anderem die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei und damit die sowjetische Dominanz in der ehemals

China sollte zum kolonialen und strategischen Hinterland für die weitere Expansion Japans werden. Innerhalb weniger Wochen besetzte Japan Ende 1931 die ganze Mandschurei. Auf einen Schlag fielen elf Prozent des chinesischen Territoriums mit 50 Prozent der Erdöl- und 80 Prozent der Eisenvorräte Chinas unter japanische Kontrolle. Ab Juli 1937 hatten japanische Truppen Beijing, Shanghai und Nanjing besetzt und mit der Eroberung des chinesischen Kernlandes begonnen. Bis 1945 eignete sich Japan große Teile Chinas in einem kolonialen Raub- und Vernichtungsfeldzug an. Der japanische Feldzug in Ostasien führte ab Dezember 1941 (Überfall auf Pearl Harbor) zum Bündnis der USA mit der republikanischen Regierung Chinas und zur Schwächung Großbritanniens in Ostasien.

China trug zur Niederlage Japans bei, da auf chinesischem Territorium etwa eine Million japanischer Soldaten, et-

wa ein Fünftel der Kaiserlichen Armee, gebunden waren, die somit nicht für andere Einsätze zur Verfügung standen. Nach der Kapitulation Japans am 2. September 1945 standen sich die nun jeweils von den Großmächten Sowjetunion und USA materiell und politisch unterstützten Verbände der Kommunistischen Partei Chinas und der Guomindang unversöhnlicher denn je gegenüber. Die USA waren an einem neuen Bürgerkrieg nicht interessiert und versuchten, zwischen beiden Seiten zu vermitteln, allerdings ohne Erfolg.

Nach den Vorstellungen der Sowjetunion und der USA sollte in Beijing eine nationalistisch-kommunistische Koalitionsregierung etabliert werden, um China zu einer stabilen (wenn auch schwachen) Bündnismacht in einem postkolonialen Asien zu machen. Die Eigendynamik des chinesischen Bürgerkriegs machte alle diese Pläne zunichte. Die Sowjetunion und die USA waren weder

von China kontrollierten nördlichen Peripherie anerkennen. Die Sowjetunion verpflichtete sich hingegen, die chinesische Souveränität über Xinjiang anzuerkennen, das sich in den Wirren des antijapanischen Krieges kurzfristig unter dem Namen „Ostturkestan“ für unabhängig erklärt hatte.

Der Koreakrieg, der nur drei Monate später (im Juni 1950) ausbrach, stellte das neue Bündnis auf eine erste Probe. China unterstützte den Angriff Nordkoreas auf Südkorea mit über 200.000 Soldaten. Dies hatte zur Folge, dass die USA ihre 7. Flotte in die Straße von Taiwan schickten und damit alle Pläne zur Eroberung Taiwans langfristig vereitelten. China wurde zum Objekt US-amerikanischer Wirtschaftssanktionen und Eindämmungspolitik in Ostasien: Japan, die Philippinen, Südkorea, Taiwan und später Südvietnam wurden zu amerikanischen Militärposten, die in Ost- und Südostasien eine breite antikommunistische Front bildeten. Fast alle zwischenstaatlichen Kontakte der USA mit China wurden bis Ende der 1960er Jahre abgebrochen. Der in Europa nach 1945 begonnene Kalte Krieg setzte sich in Ostasien fort und drückte auch den chinesisch-westlichen Beziehungen seinen Stempel auf.

Innenpolitisch gab der Koreakrieg das Signal zu einer breit angelegten Denunziations- und Repressionskampagne gegen die „Konterrevolution“, an deren Ende Millionen Menschen starben. In dieser Zeit wurde das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewachsene dichte Netz aus westlich-chinesischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturkontakten radikal zerschlagen und durch eine ebenso radikale Ausrichtung auf das sowjetische Entwicklungsmodell ersetzt.¹⁸

Ab 1956, mit Beginn der Entstalinisierung in der Sowjetunion, begannen sich tiefe Risse in der chinesisch-sowjetischen Freundschaft abzuzeichnen. Die „Taufwetterpolitik“ in der durch 40 Jahre leninistisch-stalinistische Herrschaft erschöpften Sowjetunion gefährdete den Machtanspruch der radikalen Fraktion in der Kommunistischen Partei Chinas um Mao Zedong, die strikt am Primat der Ideologie festhielt. Innen- wie außenpolitisch war diese an Kompromissen mit den „gemäßigten“ sowjetischen Kommunisten nicht interessiert. Auch machtpolitisch ließen sich die Interessen der Sowjetunion und Chinas nicht mehr auf einen Nenner bringen: Die Sowjetunion suchte nach einem Arrangement mit den USA, um einen Nuklearkrieg zu verhindern; China hingegen wollte zunächst selbst (mit sowjetischer Hilfe) Atommacht werden und den Status quo zu seinen Gunsten verändern. 1960 kam es zum Bruch: Die wirtschaft-

liche Hilfe für China wurde eingestellt und die sowjetischen Experten von einem Tag auf den anderen abberufen. Chinas ideologische und innenpolitische Radikalisierung führte in den Jahren danach weiter in die außenpolitische Isolation. In der so genannten Kulturrevolution ab 1966 wurde eine ganze Generation junger Chinesen den Mobilisierungsexperimenten und den Autarkiephantasien Mao Zedongs und seiner Verbündeten in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas geopfert. Strategisch und sicherheitspolitisch geriet China in die Gefahr einer Konfrontation mit beiden Supermächten.

Zu Beginn der 1970er Jahre brach die maoistische Führung allerdings auf spektakuläre Weise aus der weltpolitischen Isolation aus. Im Februar 1972 kam es zu dem legendären Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon in China und zum Abschluss des sogenannten Shanghai-Kommuniqués, das China als gleichwertigen Akteur in Ostasien anerkannte und die Differenzen in der Taiwan-Frage zurückstellte.¹⁹ Maßgeblich dafür war die Erkenntnis der maoistischen Führung, dass China gegenüber der Sowjetunion in die Defensive geraten war und dass dieses Ungleichgewicht nur mithilfe der USA geändert werden konnte. US-Präsident Nixon und Außenminister Henry Kissinger wiederum wollten China in eine regionale Lösung zur Beendigung des Vietnamkriegs einbeziehen und weltpolitisch als Gegengewicht gegen die Sowjetunion einbinden. Zuvor war im Oktober 1971 die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgenommen worden; sie nimmt seitdem einen ständigen Sitz im Fünfergremium des Sicherheitsrats ein.²⁰

Chinas Öffnung begann somit schon in den frühen 1970er Jahren; diplomatische und Handelsbeziehungen mit dem Westen intensivierten sich, während die Beziehungen mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten für fast ein Jahrzehnt auf niedrigstem Niveau stagnierten. Im so genannten strategischen Dreieck zwischen den USA, der Sowjetunion und China blieben jedoch die USA die eindeutig dominierende Macht. Chinas Weltmachtstatus beruhte in dieser Zeit eher auf Fiktion als auf Realität.

Von der Ablehnung zur Akzeptanz des internationalen Systems (1979–2008)

Erst der Tod Maos 1976 und der Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Dezember 1978 erzeugten schließlich jene wirtschaftliche und politische Dynamik,

die China intensiver als je zuvor in seiner Geschichte in das internationale System integrieren sollte. Die Reformer um Deng Xiaoping knüpften mit ihrem Ziel, China in einen reichen und mächtigen unabhängigen Staat zu verwandeln, explizit an die Visionen der Reformer des 19. und frühen 20. Jahrhunderts an. Das (nationalistische) Geschichtsbewusstsein der chinesischen KP-Elite prägte den Reform- und Öffnungskurs von Anfang an – eine in der westlichen Öffentlichkeit gern übersehene Tatsache. Deng Xiaoping selbst bemerkte einmal in einem Gespräch, dass Historiker, sollten sie einst die Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben, Maos Revolution nur als Vorspiel zu der wirklichen Revolution begreifen würden, die Deng selbst 1978 gestartet hatte.

In seiner auf *longue durée* angelegten Betrachtung ging es darum, die Isolation und Abschottung Chinas von der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt ein für allemal zu beenden, alle ideologischen und politischen Blockaden für ungehemmtes Wirtschaftswachstum im Inneren zu überwinden und eine neue historische Epoche einzuleiten, in der China erneut zu Weltgeltung gelangen sollte. Das eingangs erwähnte Motiv der „Rückkehr“ kommt hier zur Geltung.

Im Rahmen dieser strategischen Grundausrichtung trat China schon 1979 der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei, um von den Transferleistungen zu profitieren. In den 1980er und 1990er Jahren wurde China zum größten Empfänger von besonders günstigen, fast zinslosen Krediten (*soft loans*) und anderen Kapitalhilfen der Weltbank. Parallel zu der wachsenden Verflechtung mit der Weltwirtschaft verstärkte China seine Präsenz in zahllosen Foren und Unterorganisationen der Vereinten Nationen: Seine Mitarbeit dort wird als konstruktiv und kooperativ eingeschätzt.

Auf internationaler Ebene konnte China – trotz einer kurzen Phase der Isolation nach der gewaltsamen Niederschlagung des Studentenaufstands auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 – deutlich an Legitimation gewinnen, sowohl bei den wirtschaftlichen und politischen Eliten des Westens als auch bei den Führungen der Staaten Ost- und Südasiens. Die Offensive der chinesischen Diplomatie seit Mitte der 1990er Jahre, die von einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und einem geschärften Bewusstsein für die Vorteile von „soft power“ getragen ist, hat dazu entscheidend beigetragen. Rechtlich ist China mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization/WTO) 2001 stärker denn je in die internationale Ord-

nung integriert; allerdings erhöht sich mit dem besseren Zugang zu Ressourcen (Märkten/Investitionen) auch der Druck hin zu Transparenz und politischer Berechenbarkeit. Wie schon im 19. und 20. Jahrhundert steht China heute weiterhin vor der Aufgabe, seine Selbstbehauptung (gegenüber dem Westen in einer globalisierten Weltordnung) und seine Einbindung in die Weltordnung zu balancieren.

Ausblick

Es wird deutlich, wie sehr das Leitmotiv des modernen chinesischen Nationalismus die Beziehungen Chinas mit dem Westen prägt: Der massive Bedeutungsverlust Chinas in Weltwirtschaft und Weltpolitik wurde bis heute zur entscheidenden Erfahrung aller sich um die Reform Chinas bemühenden Eliten. China den Rang einer Großmacht wiederzugeben, die regional und international anerkannt wird, stand von Anfang an im Mittelpunkt sowohl der republikanischen als auch der kommunistischen Politik. Methoden und Strategien zur Erreichung dieses Ziels wechselten jedoch häufig; westliche Ideologien und Theorien dienten dabei als Rezepte für die „Rettung Chinas“, die unter anderem in der maoistischen Phase der Volksrepublik Millionen Menschenleben forderten. Außenpolitisch ist es China zweifellos gelungen, die Territorialverluste aus dem 19. Jahrhundert wieder weitgehend wett zu machen: dies gilt für die kolonialen und quasi-kolonialen Peripherien Xinjiang und Tibet und für die ehemals portugiesischen und britischen Kolonien Macao und Hongkong, die 1999 und 1997 an China zurückfielen; nur

die Äußere Mongolei wurde 1945 unabhängig, geriet dann unter den Einfluss der Sowjetunion und sieht sich heute mit der starken wirtschaftlichen und kulturellen Ausstrahlung Chinas konfrontiert. So ging ironischerweise Chinas erfolgreiche Selbstbehauptung gegen den westlichen Imperialismus mit einer partiellen Restauration seines quasi-kolonialen Status in Zentralasien einher.

Interessanterweise scheint dieser Vorgang mit einer in China in den letzten Jahren zu beobachtenden Rückwendung zur Reichsidee zu koinzidieren, in der die Grenzen zwischen dem In- und Ausland verschwimmen und Ansprüche eines neuen chinesischen Universalismus sichtbar werden.²¹ In der Tat gibt es Belege für ein neues (insbesondere kulturelles) Selbstverständnis Chinas im 21. Jahrhundert, das an die kaiserlichen Traditionen des 18. Jahrhunderts anknüpft. Unwahrscheinlich erscheint aber, dass sich eine „sinozentrische Weltordnung“ in Asien, wie sie im 18. Jahrhundert zeitweilig geherrscht haben mag, wieder restaurieren lässt. Dagegen sprechen gute Argumente – nicht zuletzt die fortdauernde militärische Präsenz der USA in Ostasien, die Möglichkeit, dass kleinere und mittlere Nachbarstaaten Koalitionen bilden und die intensive wirtschaftliche Verflechtung. Vieles spricht gegen eine gleichsam linear verlaufende Restauration einer *pax sinica*. Welche Rolle China und die westliche Welt auf der Bühne der Weltpolitik und Weltwirtschaft in den nächsten 20 Jahren tatsächlich spielen werden, muss jedoch offen bleiben. Lineare Aufstiegs- und Abstiegsprojektionen sollten ebenso wie populäre historische Parallelen mit Vorsicht genossen werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Begriff „Westen“ wird hier abkürzend für die Vielfalt der europäischen, amerikanischen und ab dem 20. Jahrhundert auch japanischen und russischen/sowjetischen Einflüsse in China verwendet. Auch der Begriff „China“ steht für eine hochkomplexe, plurale und widersprüchliche politische und kulturelle „Entität“, die sich nicht kulturessentialistisch reduzieren lässt. Siehe erhellend über die neuen Versuche, China weltpolitisch als „antiwestlich“ zu klassifizieren: Mark Siemons (2008): China und die neue Aufteilung der Welt. In: FAZ, 4.10. 2008.
- 2 Fareed Zakaria (2008): The Post-American World. New York, London 2008.
- 3 Konrad Seitz (2000): China: Eine Weltmacht kehrt zurück. Berlin 2000, S. 12.
- 4 Siehe ausführlich Michael Lackner (Hrsg.) (2008): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstbehauptung. Ostasiatische Diskurse des 20. und 21. Jahrhunderts. Wiesbaden 2008; Jonathan Spence (1998): The Chan's Great Continent. China in Western Minds. London.
- 5 Siehe auch: Berliner Festspiele GmbH (Hrsg.) (1981): Europa und die Kaiser von China 1240–1816.

DIE GESCHICHTE DER CHINESISCH-WESTLICHEN BEZIEHUNGEN: EIN ÜBERBLICK

Katalog zur Ausstellung der Berliner Festspiele GmbH im Martin-Gropius-Bau Berlin. 12. Mai bis 18. August 1985. Redaktion: Hendrik Budde/Christoph Müller-Hofstede. Berlin 1985.

6 Adrian Hsia (Hrsg.) (1985): Deutsche Denker über China. Frankfurt am Main.

7 Siehe ausführlicher hierzu: Michael Lackner (2008): Formeln für China? Anmerkungen zu westlichen „master narratives“ über China. Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung in Bonn am 21.4. 2008; Manuskript unter: www.meeting-china.de.

8 Karl Marx: Die Revolution in China und Europa. In: Adrian Hsia (Hrsg.) (1985): Deutsche Denker über China. Frankfurt am Main, S. 243–253; hier S. 246.

9 Lothar Ledderose (2008): Porzellan: Die erste Exportlawine aus China. Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung in Bonn am 23.6. 2008. Dokumentiert unter: www.meeting-china.de.

10 Jürgen Osterhammel (1989): China und die Weltgesellschaft. München 1989, S. 47.

11 Michael Lackner (2004): Anmerkungen zur historischen Semantik von China, Nation und chinesischer Nation im modernen Chinesisch. In: Turk, Horst u.a. (Hrsg.) (2004): Kulturelle Grenzziehungen im Spiegel der Literaturen: Nationalismus, Regionalismus, Fundamentalismus. Göttingen, S. 323–338.

12 Michael Lackner (vgl. Anmerkung 11), S. 327.

13 Gudrun Wacker (2006): Chinas „Grand Strategy“. In: Wacker, Gudrun (Hrsg.) (2006): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik? Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin, S.62.

14 Jürgen Osterhammel (vgl. Anmerkung 10), S. 146; Fußnote 10.

15 Jürgen Osterhammel (vgl. Anmerkung 10), S. 2–7 ff.; ferner: Oskar Weggel (1998): Vom Objekt der Weltpolitik zur Unabhängigkeit: China und die Weltpolitik (1995–1949). In: Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael et al. (Hrsg.) (1998): Länderbericht China. (Schriftenreihe Band 351 der Bundeszentrale für politische Bildung). Bonn 1998, S. 154–162.

16 Jürgen Osterhammel (vgl. Anmerkung 10), S. 277.

17 Jürgen Osterhammel (vgl. Anmerkung 10), S. 330.

18 Beverley Hooper (1986): China Stands Up: Ending the Western Presence, 1948–1950. London.

19 Kay Möller (2005): Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949–2004. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 84–85.

20 Es waren die USA, die in den 1940er Jahren gegen die Opposition Großbritanniens darauf bestanden, China als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat aufzunehmen. Während Winston Churchill in seinen Gesprächen mit Roosevelt die Chinesen noch als „Chinks“ und „Chinamen“ bezeichnete, wollte dieser China zum Freund der USA machen. Siehe: G. John Ikenberry (2008): The Rise of China and the Future of the West. In Foreign Affairs, Heft 1/2008, S. 28.

21 Michael Lackner (2007): Kulturelle Identitätssuche von 1949 bis zur Gegenwart. In: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.) (2007): Länderbericht China. (Schriftenreihe Band 631 der Bundeszentrale für politische Bildung) Bonn, S. 491–512.



UNSER AUTOR

Christoph Müller-Hofstede hat Sino-logie und Politikwissenschaft in Berlin, Peking, Shanghai und Hongkong studiert. Seit 1988 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung in den Themenfeldern China, internationale Beziehungen/Europa, Migration/Integration und Islam.

Chinas Aufstieg als Global Player

Xuewu Gu

Das außenpolitisch klar definierte Ziel der politischen Führung Chinas ist die Rückkehr des Landes in den Kreis der internationalen Führungsmächte. Außenpolitische Stabilität und internationale Zusammenarbeit sollen die Kontinuität des Wirtschaftswachstums garantieren sowie die ökonomische Leistungsfähigkeit Chinas erhalten. Die Einsicht, dass China nur auf dem Wege der Kooperation mit den führenden Industriestaaten seine Modernisierung fortsetzen und damit internationalen Einfluss gewinnen kann, ist Konsens unter den Regierungseliten im chinesischen Politbüro. Xuewu Gu zeigt in seinem Beitrag unter anderem am Beispiel der Olympischen Spiele, dass sukzessive politische Veränderungen in dem autoritär regierten Land aufgrund der Übernahme internationaler Verantwortung durchaus möglich sind. Der Beitrag schließt mit der Skizzierung des chinesischen Engagements in Afrika. Gerade die chinesische Interessenpolitik südlich der Sahara zeigt, dass China eine ernstzunehmende Führungsrolle in der internationalen Staatengemeinschaft beansprucht.

Chinas Griff nach dem Weltall

Der Eindruck, dass China nicht mehr nur eine regionale Großmacht bleiben, sondern auch ein Global Player werden will, wurde durch den erfolgreichen Start seiner dritten Raumfahrtmission am 25. September 2008 erneut symbolisiert. Im Rahmen dieser Mission wurde zum ersten Mal ein Aufenthalt im Weltall außerhalb des Raumschiffes durch einen chinesischen Astronauten (chinesisch: Taikonauten) durchgeführt. Die Tatsache, dass die Chinesen nunmehr in der Lage sind, sowohl mehrere Taikonauten ins All zu schicken, als auch einen Weltraumspaziergang vorzunehmen, deutet darauf hin, dass sie bald ihr Ziel erreichen könnten: die Einrichtung einer eigenen Raumstation. Die Tage der Monopolisierung der stationären Weltraumerschließung durch die Vereinigten Staaten und Russland scheinen gezählt zu sein.

Die Etablierung Chinas als Weltraumnation wird den Prozess seines Aufstieges als Global Player beschleunigen und seine internationale Stellung verstärken. Allerdings ist die Volksrepublik China auf der weltpolitischen Bühne kein Neuling mehr. Die Volksrepublik ist

schon seit 1971 ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, nachdem die Vereinten Nationen Taiwan ausgeschlossen hatte.¹ Allein diese Position verleiht dem Land mit 1,32 Milliarden Menschen ein erhebliches Machtgewicht zur Beeinflussung des weltpolitischen Geschehens. In der Tat hat die Regierung in Beijing (Peking) seitdem nie gezögert, die Privilegien einer UN-Vetomacht in Anspruch zu nehmen, um sich als ebenbürtige und gleichberechtigte Großmacht gegenüber den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation (vormals der Sowjetunion) und anderen westlichen Industriestaaten zu behaupten.

Dennoch ist der Aufstieg Chinas zum Global Player ein relativ junges Phänomen. Es ist das ununterbrochene Wirtschaftswachstum von durchschnittlichen zehn Prozent pro Jahr seit dem Beginn der von Deng Xiaoping im Jahr 1978 eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik, welches die Volksrepublik befähigt, global und wirkungsvoll zu agieren. Inzwischen gilt China als regelrechtes Kräftezentrum der Weltwirtschaft und als unverzichtbarer Partner bei der Lösung von Problemen mit globalem Ausmaß.

Historische Dimension des chinesischen Aufstieges

Historisch betrachtet ist Chinas Aufstieg zu einer führenden Wirtschaftsmacht im 21. Jahrhundert ein einmaliges Phänomen. Zum ersten Mal in der Geschichte erleben wir ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das unter kommunistischer Führung realisiert wird. Der Schutz des Privateigentums ist in die chinesische Verfassung eingeschrieben. Wettbewerb als das zentrale Leitprinzip wirtschaftlichen Handelns hat sich in China längst durchgesetzt.

Eine regelrechte Marktwirtschaft, in welcher der Staatssektor und das Kapital privater Unternehmen und ausländischer Investoren noch um die Dominanz ringen, entsteht im „Reich der Mitte“. Selbst die amerikanische Bush-Administration gab neulich zu verstehen, dass sie bereit sei, China den Status einer Marktwirtschaft zuzuerkennen. Wenn die US-Regierung tatsächlich ihren Willen in die Tat umsetzen sollte, würde die Europäische Union (EU) unter starken Druck geraten. Für die EU sind die staatlichen Subventionen in China immer noch zu hoch und die Markttransparenz

zu niedrig. Die EU wirft China insbesondere vor, ausländische Importeure und Investoren zu behindern und den Kurs des Yuan künstlich niedrig zu halten. Zudem wurde unlängst Kritik laut, weil nach Angaben Brüssels zirka 80 Prozent der in der EU vertriebenen gefälschten Markenprodukte in China hergestellt werden.

Einmalig scheinen auch die Dauer und die Intensität des chinesischen Wirtschaftsbooms zu sein. Chinas Anteil am Welthandel ist von unter einem Prozent vor 20 Jahren auf heute fünf Prozent angestiegen – mit steigender Tendenz. Jahrelang anhaltendes ununterbrochenes Wachstum auf einem Niveau von jährlich zehn Prozent und mehr hat es bislang noch nirgendwo auf der Welt gegeben, weder in Europa und Amerika, noch in Asien und Afrika. Selbst der Wirtschaftsboom Deutschlands und Japans in der Nachkriegszeit haben dieses Ausmaß nicht erreicht.

Die unmittelbar daraus resultierenden Entwicklungsleistungen, nämlich die Überwindung der Massenarmut, sind beachtlich. Der Armutsabbau in den vergangenen 30 Jahren ist historisch einmalig. Millionen Menschen werden jährlich aus der Armut geholt. Zur Bekämpfung der Armut auf dem Land und zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung wurde der Agrarhaushalt im Jahr 2008 um fast ein Drittel auf 562 Milliarden Yuan aufgestockt. China ist bei der Armutsbekämpfung eines der erfolgreichsten Länder der Welt. Es scheint keine Übertreibung zu sein, wenn die Weltbank diese Entwicklung als eine Leistung für die Menschheit des 21. Jahrhunderts würdigt. „Das Reich der Mitte“ ist auf dem Weg, den gerade aus der Armut befreiten Menschen einen „kleinen Wohlstand“ (xiaokang) zu geben. 800 Millionen Landbewohner sollen noch von Bauern zu „Nicht-Bauern“ gemacht werden. Ein massiver Urbanisierungsprozess steht just an. Führende Ökonomen sehen hierin die entscheidende Schubkraft für einen noch nachhaltigeren und kräftigeren Konjunkturschwung Chinas. Es sieht so aus, als ob China sich immer noch am Beginn des Booms befindet.

„Friedlicher Aufstieg“ im Zeichen der Globalisierung

Es ist auffällig, dass der Aufstieg des autoritären China bislang friedlich verlau-

fen ist. Offensichtlich ist die Welt durch Chinas Aufstieg von einem Agrarland zu einer Wirtschaftsmacht, in der mehr als ein Drittel der globalen Verarbeitungskapazitäten konzentriert sind, nicht unsicher geworden. Weder einen „heißen“ noch einen „kalten“ Krieg haben die chinesische Wirtschaftsexpansion und Machtausdehnung bis jetzt verursacht, auch wenn Reibungen und Streitigkeiten präsent sind. Diesen „friedlichen Aufstieg“ charakterisierte der japanische Verteidigungsminister neulich in einem Fernsehinterview in Hongkong damit, dass China zwar die Macht zu einem Angriffskrieg auf Japan, jedoch nicht den Willen dazu besitze. Für viele Beobachter – aber auch Betroffene – scheint die Wahl der Chinesen für einen friedlichen Aufstieg eine beschlossene Sache zu sein.

In der Tat resultiert Chinas Entscheidung für einen friedlichen und auf Ausgleich bedachten Aufstieg aus historischer Einsicht, technokratischem Kalkül und strategischer Klugheit. Die weltpolitischen Katastrophen, die Japan und Deutschland in der Vergangenheit bei der Ausdehnung ihrer Macht gegen den Willen anderer Mächte herbeigeführt hatten, schreckten offenbar die Regierungselite in Beijing vor einer gewaltsamen expansionistischen Politik ab. Die Einsicht, dass China nur in Kooperation mit den führenden Industriestaaten seine Modernisierung fortsetzen und damit an Stärke und internationalem Einfluss gewinnen kann, ist Konsens unter den Regierungseliten im chinesischen Politbüro. Letztlich prägt auch die positive Einstellung der technokratischen Regierung – die ihre pragmatische Regierungspolitik optimieren will – gegenüber dem Globalisierungsprozess die chinesische Politik des „friedlichen Aufstiegs“.

Globalisierung wird von der chinesischen Regierung zwar nach wie vor als ein „doppelschneidiges Schwert“ mit Risiken und Möglichkeiten angesehen. Jedoch erblickten sie gerade in diesem Prozess die einmalige Chance für China, den Anschluss an die Dynamik der Weltwirtschaft und damit an den Wohlstand der Nachbarländer zu erreichen. Die billigen Arbeitskräfte und das grenzenlose Marktpotential der Milliarden Einwohner identifizieren das Land als einen lukrativen Standort für westliche Industrie- und asiatische Tigerstaaten. So entstand die Politik der Reform bei gleichzeitiger Öffnung. Die Tür des Landes wurde gerade in der Zeit geöffnet, in der westliches Kapital, zermüht durch den üppigen Sozialstaat im Heimatland und befreit durch die neoliberalen Deregulierungen, den Globus nach neuen Investitionschancen absuchte. Die chinesischen Kommunisten versprochen

den ausländischen Kapitalinvestoren Ordnung, Steuervergünstigungen und vor allem eine angemessene Infrastruktur – also alles, wovon ein Investor nur träumen kann. Nicht nur das Timing zwischen Chinas Öffnung und der Intensivierung der Globalisierung, sondern auch die „Chemie“ zwischen Kommunisten und Kapitalisten war stimmig.

Im Rahmen dieser kommunistisch-kapitalistischen „Großkoalition“ ging die technokratische Rechnung auf. Inzwischen ist das „Reich der Mitte“ ein Weltproduktionszentrum geworden. 80 Prozent aller Spielzeuge, die weltweit geliefert werden, werden in China produziert. 83,3 Millionen Farbfernsehgeräte (2006) und 35,3 Millionen Kühlschränke entstammen chinesischen Produktionsanlagen (vgl. Tabelle 1 und 2).

Der Prozess der Globalisierung hat Chinas Stellung in der Weltwirtschaft gleichsam revolutionär verändert. Von einer randständigen Position aus hat das Land alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Bundesrepublik überholt, um den vierten Platz unter den größten Volkswirtschaften der Welt einzunehmen, hinter den USA, Japan und Deutschland. Aber die Tage für Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft scheinen gezählt zu sein. Mit einem Volumen des Bruttoinlandsprodukts

(BIP) in Höhe von etwa 3.000 Milliarden US-Dollar hat Deutschland nur einen hauchdünnen Vorsprung vor China, das 2007 etwa 2.900 Milliarden US-Dollar erwirtschaftete. 2008 könnte das Jahr sein, in dem Deutschland seinen dritten Platz an das „Reich der Mitte“ verliert. Dies scheint durchaus möglich zu sein, wenn man daran denkt, dass das zu erwartende Wachstum Chinas (10 Prozent) fünfmal höher ist als das deutsche Wachstum (1,8 Prozent).

Chinas unmerklicher Aufstieg

Chinas Aufstieg ist in gewissem Sinne auch öffentlich unauffällig verlaufen. Nur wenige Fachleute und Chinakenner haben bemerkt, dass chinesische Unternehmen an die Weltspitze vorgerückt sind. Aus einer Studie der Firma Ernst & Young aus dem Jahre 2007 geht hervor, dass China nun zu den drei Spitzenländern gehört, die über die meisten Großunternehmen verfügen. Noch vor 15 Jahren waren die Chinesen eine nu-

Tabelle 1: Hauptausfuhrsgüter 2006 (in Prozent)

Büromaschinen / EDV	13,9
Nachrichtentechnik, Radio und Fernsehen	12,8
Textilien und Bekleidung	14,9
Elektrotechnik	7,5
Maschinenbauerzeugnisse	6,1
Chemische Erzeugnisse	4,6
Metallerzeugnisse	3,7
Eisen und Stahl	3,4
Kfz und Kraftfahrzeugteile	2,8

Quelle: Munzinger Archiv

Tabelle 2: Produktion ausgewählter Industrieerzeugnisse 2006 und 2007

	2006	2007
Rohstahl (Mio. t)	419,1	489,6
Walzstahl (Mio. t)	468,9	568,9
Zement (Mio. t)	1.236,8	1.360,0
Kunstdünger (Mio. t)	53,5	57,9
Werkzeugmaschinen (1.000 Stück)	573,0	N.N.
Kraftfahrzeuge (Mio. Stück)	7,3	8,9
Textilgewebe (Mrd. m)	59,9	66,0
Kühlschränke (Mio. Stück)	35,3	44,0
Farbfernsehgeräte (Mio. Stück)	83,8	84,3
PC (Mio. Stück)	93,4	120,7

Quelle: Munzinger Archiv

merische Unbekannte, wenn es um Rang und Ruhm in der Landschaft der großen Konzerne ging.

Die Situation hat sich jedoch geändert. Auf der Liste der 100 größten Unternehmen der Welt ist China mit zehn Unternehmen vertreten, hinter den USA (32) und Großbritannien (11), aber vor Frankreich (8) und Deutschland (7). Auch das Ranking international agierender Großbanken wurde durch Chinas Aufstieg durcheinander geworfen. Das Land verfügt heute mit der ICBC (Industry and Construction Bank of China) über die größte Bank der Welt. Zu den Top Five der weltweit größten Bankhäuser zählen drei chinesische Banken.

Zweifelsohne ist China mächtig geworden, auch unter finanz- und geldpolitischen Aspekten. Mit 1,90 Billionen US-Dollar übertreffen Chinas Devisenreserven die Rücklagen aller Industriestaaten zusammen. Schätzungsweise sind 70 bis 65 Prozent davon in US-Dollar notierten Wertpapieren angelegt, meistens in Staatsanleihen der US-Regierung. Jede Umschichtung der Anlagestruktur oder neue Ausrichtung der Anlagepolitik der chinesischen Regierung in größerem Maßstab würde den Weltfinanzmarkt in erhebliche Bewegung versetzen. Davon wäre auch der Wert des Euro betroffen. Sollte die chinesische Zentralbank, aus welchem Grund auch immer, dazu übergehen, US-Dollar massiv zu verkaufen oder Euro anzukaufen, würde die europäische Währung noch teurer. Diese Option bleibt bestehen, unabhängig davon, ob China selber von den Konsequenzen seiner eigenen Handlungen profitiert oder darunter leidet. Fest steht nur: Zum ersten Mal in der Geschichte ist die chinesische Entwicklung derart eng mit dem Wirtschaftsleben Europas verflochten, dass der Wert seiner Währung, die Sicherheit der Arbeitsplätze seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Stabilität seiner Konjunktur nicht mehr von dem Land in Fernost getrennt gesehen und analysiert werden können.

Das Gleiche gilt für China, das die meisten seiner Produkte auf dem europäischen Kontinent absetzen und sich somit europäischen Veränderungen nicht entziehen kann. Der Umstand, dass die chinesischen Exporte im Kontext der wirtschaftlichen Stagnation der USA und der Verlangsamung des Wachstums in Westeuropa seit Mitte 2008 spürbar zurückgegangen sind, veranschaulicht das wechselseitig verflochtene Schicksal Chinas, Amerikas und Europas.

Gerade die Finanzkrise im Herbst 2008 offenbarte diese Interdependenzen. Obwohl China als einzige große Volkswirtschaft nicht von einer Rezession bedroht ist, sorgte die Finanzkrise auch dort für ökonomische Verwüstungen. Das Wachstum wird voraussichtlich im

Jahr 2009 erstmalig in den einstelligen Bereich sacken, belastet von der sinkenden Nachfrage westlicher Märkte. Tausende von Fabriken, die auf den Export bauen, stehen vor der Insolvenz, Millionen von Arbeiter vor der Entlassung. Chinas gewaltige Devisenreserven helfen dem Land gegenwärtig nur wenig weiter, weil der größte Teil in US-Staatsanleihen angelegt ist. Diese Rücklagen kann Peking derzeit nicht abstoßen, ohne das internationale Finanzsystem noch weiter in Schieflage zu bringen.

Der hohe Preis des wirtschaftlichen Aufstiegs

Chinas Entwicklung jedoch ist asymmetrisch. All die „großen Erzählungen“ über seinen Aufstieg bleiben ein Mythos, wenn die Schwächen dieser Expansion nicht aufgezeigt werden. Es stellt sich die Frage, ob die Chinesen nicht einen allzu hohen Preis für den wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Nation gezahlt haben und noch zahlen. Diese Frage ist insofern berechtigt, weil die soziale und ökologische Schieflage unverkennbar ist.

Soziale Gerechtigkeit und Umweltqualität sinken drastisch, während die Wirtschaft prosperiert. Auch der Eindruck, dass die Chinesen ihre politische Freiheit gegen den materiellen Wohlstand ausgetauscht und damit auf einen wesentlichen Bestandteil des modernen Lebens verzichtet haben, hält sich hartnäckig. Chinas Gini-Index² verschlechtert sich ständig, von 0,16 (1978) auf 0,47 (2007). Der gängige alarmierende Wert sozialer Ungleichheit liegt bei 0,4. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die chinesische Bevölkerung massiv daran gehindert wird, gleichermaßen vom Wirtschaftsboom zu profitieren.

In der Tat führen die städtischen Einwohner ein viel wohlhabenderes Leben als die Landbewohner. Das Jahreseinkommen der Beschäftigten in den östlichen Küstenzonen ist im Durchschnitt fast sechsmal höher als im Westen des Landes. Die Kluft zwischen Reichen und Armen vergrößert sich dramatisch.

Dass Chinas Aufstieg zur führenden Wirtschaftsmacht zwei Seiten hat, zeigt sich spätestens dann, wenn man bedenkt, dass die Kosten der Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes ausmachen. Ironischerweise entspricht diese Prozentzahl just der jährlichen Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft. So gesehen hat China praktisch nur ein „Nullwachstum“ vorzuweisen. Nicht ohne Grund rangiert das Land auf dem Index der Umweltperformance 2008 auf Platz 104 unter den 149 Staaten, die die amerikanische Eliteuniversität Yale untersucht hat.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Veränderungen durch die Olympiade

Trotz seiner fünftausendjährigen Geschichte und Vergangenheit als Hochkultur ist China ein vergleichsweise „junger“ Global Player. Das Land erlebt gegenwärtig einen Reifungsprozess. Verschiedene Faktoren können diesen Prozess beeinflussen, beschleunigen, verlangsamen oder sogar zurücksetzen. Einer davon ist die Interaktion zwischen China und der internationalen Staatenwelt. Eine verständnisvolle und geduldige internationale Staatenwelt könnte dazu beitragen, dass der chinesische

Soldaten marschieren kurz vor der Eröffnung der Olympischen Spiele am erleuchteten Nationalstadion in Peking vorbei. Die erfolgreiche Durchführung der 29. Olympiade stärkte das Selbstvertrauen Chinas. Bis zum letzten Tag der Veranstaltung bangten die Chinesen um ein mögliches Scheitern.

picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

letzten Tag der Veranstaltung haben die Chinesen um ein mögliches Scheitern des Festes gebangt. Die Angst vor einer Blamage im Angesicht der Weltöffentlichkeit wegen technischen oder organisatorischen Versagens war groß. Doch als die olympische Flamme aus Griechenland in China melancholisch, langsam, aber sicher erlosch, begriff das Milliardenvolk, dass es Geschichte gemacht hat. Das Gefühl, dass China in der Lage ist, die größte Sportveranstaltung der Welt zumindest genauso gut wie andere führende Industriestaaten ausrichten zu können, erhöhte das Selbstbewusstsein der Chinesen gewaltig. Dieses selbstbewusste China wird die Welt auch in der nacholympischen Zeit verstärkt, aber positiv spüren, wenn es darum geht, den Mut zu mehr Transparenz zu erhöhen.

Auch die Politik des nach wie vor autoritär regierten Landes ist durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele liberaler geworden. Es ist zwar nicht falsch, wenn aus der Sicht westlicher Menschenrechtsorganisationen argumentiert wird, dass es dem Westen nicht gelungen ist, mit Hilfe der Olympiade China zur Einführung westlicher Menschenrechtsstandards und einem Menschenrechtsregime gemäß den Konventionen der Vereinten Nationen zu veranlassen. Aber aus chinesischer Sicht ist das, was während der Spiele mit der Meinungs- und Pressefreiheit geschah, ein gewaltiger Fortschritt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik China konnten in- und ausländische Journalisten derart frei über das Land und seine Probleme berichten.

Es ist zu erwarten, dass das Regime die bereits eingeführte Freiheit für die Medien- und Berichterstattung weitgehend belassen wird. Diese wiederrückgängig zu machen, würde der pragmatischen Mentalität der technokratischen Führung diametral widersprechen. Immerhin würde eine Rückkehr zur „vorolympischen Informationspolitik“ nur mit einem Loyalitätsverlust der chinesischen Journalisten gegenüber dem Staat und mit einer Verschlechterung des internationalen Ansehens des Landes möglich sein. Diesen hohen Preis zu bezahlen, scheint die Parteiführung noch keinen Anlass gefunden zu haben.

Erstaunlicherweise sind die Chinesen durch die olympischen Spiele auch nüchterner geworden, wenn es darum geht, die Einstellung der Welt gegenüber China zu beurteilen. Insbesondere bei den relativ gut informierten jungen

Reifungsprozess schneller und positiver vorangetrieben wird. Je mehr internationale Verantwortung China übertragen wird, desto selbstbewusster und verantwortlicher wird sich es verhalten. Dass die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2008 letztlich positiv zum Reifen des Landes beigetragen hat, ist ein überzeugendes Beispiel dafür.

Die These, dass die Olympiade in China politisch wie gesellschaftlich keine Spuren hinterlassen habe, verkennt die tatsächlichen Veränderungen. Nicht deswegen, weil das Gesicht Pekings sich durch die neu entstandenen Inf-

rastrukturen – von den gigantischen Sportanlagen über die topmodernen Flughafenterminals bis hin zu den erstklassigen U-Bahnsystemen – enorm geändert hat. Die durch die Olympischen Spiele im Land herbeigeführten Veränderungen haben eher ideellen als materiellen Charakter. China ist nicht mehr dasselbe Land wie vor der 29. Olympiade, auf die das Land sieben Jahre lang mit großen Anstrengungen hingearbeitet hatte.

Die erfolgreiche Ausrichtung der Olympischen Spiele stärkte vor allem das Selbstbewusstsein Chinas. Bis zum

Chinesen ist zu beobachten, dass sie bei der Rezeption des westlichen Chinasbildes realistischer geworden sind. Dass China nicht nur Freunde, sondern auch viele Kritiker, ja sogar unterschiedene Gegner in der Welt hat, haben die Chinesen durch die weltweite Unterstützung der Exil-Tibeter und die schonungslose Kritik des chinesischen Systems mit großem Schmerz zur Kenntnis nehmen müssen. Viele fühlten sich verwirrt, aber noch mehr erkannten, dass die Welt in der Tat nicht aus „One world, one dream“ besteht und die politischen Bestrebungen Pekings manchmal auf Unverständnis oder sogar Widerstand anderer Nationen stoßen können. Diese ernüchternde Erkenntnis ermutigt nicht wenige Menschen in China, sich mit der Politik des eigenen Landes kritisch auseinanderzusetzen und objektiv nach den Ursachen der internationalen Kritik zu suchen. So gesehen kann man durchaus konstatieren, dass das chinesische Volk als Ganzes durch die intensiven Auseinandersetzungen mit der Weltöffentlichkeit vor und während der Spiele politisch reifer geworden ist. Hierin besteht die eigentliche, nicht-sportliche, aber dennoch wertvolle Leistung, die die 29. Olympischen Spiele in Peking gebracht haben.

Afrika als Übungsplatz

Als „verspäteter“ Global Player sucht die Volksrepublik China intensiv nach Regionen, in denen ein geopolitisches Vakuum herrscht, um den chinesischen Einfluss geltend zu machen. Afrika wurde hierbei als idealer Übungsplatz entdeckt, auch wenn das chinesische Engagement mit den afrikanischen Staaten auf die 1950er Jahre zurückgeht. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts profitiert China von der schwachen Präsenz der USA, Europas, Russlands und Japans in Afrika südlich der Sahara. Die chinesische Politik und Wirtschaft zeigen sich immer entschlossener, dieses Vakuum rasch zu füllen. Diese Vorgehensweise resultiert aus der Einsicht chinesischer Eliten, dass eine sich spät industrialisierende Nation als Konkurrent nur dort eine Chance hat, wo die Konkurrenz der etablierten Mächte schwach ist. Daher fühlt sich die Volksrepublik durch all die Probleme – Menschenrechtsverletzungen, Krieg, Aids, Hunger, Armut, Korruption, Unterentwicklung, Hitze – nicht gestört, über die sich Amerikaner, Europäer und Japaner im Hinblick auf Afrika ständig beklagen. Im Gegenteil: Afrika wird von den Chinesen eher als Chance denn als Risiko wahrgenommen. Dort, wo sich die westlichen Industriestaaten zurückgezogen haben oder noch zögern, sich zu engagieren, macht

China rasch seinen Einfluss geltend. Sudan, Angola und Simbabwe sind nur einige Musterbeispiele hierfür.

Im Fall von Sudan ergab sich für China durch das Zusammenspiel von inneren Unruhen und internationaler Isolation des afrikanischen Staates eine günstige Konstellation. Wenn die westlichen Staaten es ihren Unternehmen nicht untersagt hätten, dort Ölgeschäfte zu betreiben, läge die Ölindustrie Sudans noch in der Hand amerikanischer und französischer Ölkonzerne. Ohne den Rückzug der westlichen Unternehmen hätten die Chinesen kaum eine Möglichkeit gehabt, in Sudan Fuß zu fassen. Der Sudan hat sich zu einem gewinnbringenden Projekt für Chinas Engagement in Übersee entwickelt. Die gesamte Ölinfrastruktur und Ölproduktionskette Sudans – von der Erdölgewinnung im Ölfeld der sudanesischen Provinz Kordofan über Raffineriekapazitäten in Khartum bis hin zum Öltransport durch die 750 Kilometer lange Pipeline nach Port Sudan an der Küste des Roten Meeres – befinden sich fest unter der Kontrolle des größten chinesischen Ölunternehmens CNPC (China National Petroleum Corporation). An der staatlichen sudanesischen Erdölgesellschaft GNPOC (Greater Nile Petroleum Operating Company) ist China bereits seit 1996 größter Anteilseigner mit derzeit 40 Prozent des Kapitalbesitzes.

Durch ihre verspätete Zustimmung für die von den Vereinten Nationen initiierten Sanktionen gegen die sudanesischen Regierung im UN-Sicherheitsrat hat sich die chinesische Regierung den Zorn der westlichen Welt zugezogen. Im Sudan-Darfur-Konflikt blockierte China, das 2004 erst einer entschärften Resolution des Sicherheitsrates zugestimmt hatte, ein entschiedenes Vorgehen gegen Khartum. Die Abwägung zwischen der Absicherung der nationalen Energieversorgung und einem Entgegenkommen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft hat die chinesische Führung letztlich veranlasst, der erstgenannten Option die Priorität einzuräumen. Im Sommer 2007 stimmte China als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat dann doch einer humanitären Intervention im Darfur-Konflikt zu. Nach jahrelanger Unterstützung des Regimes in Khartum reagierte Peking damit auf die wachsende internationale Kritik.

Der Trend zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten wird stets dann beibehalten, wenn es darum geht, afrikanische Regierungen zur Kooperation zu gewinnen. Anders als die Kredite westlicher Geberländer sind die chinesischen Investitionen und Finanzspritzen nicht an politische Konditionen – wie beispielsweise Demokratie, Transparenz und die Einhaltung von Menschenrechten – geknüpft. Die politischen Eliten Afrikas empfangen China daher mit offenen Armen. Diese Abneigung gegen politische Konditionen im Rahmen internationaler Kooperationen geht teilweise auf historische Erfahrungen zurück, die die Chinesen beim Umgang mit westlichen Mächten machen mussten. Sie begründet sich teilweise auch im Zweifel der politischen Eliten Chinas an der Wirkung und Effektivität internationaler Sanktionen. Beijing (Peking) vertritt nach wie vor die Auffassung, dass Sanktionen, die leicht zu Eskalation führen könnten, nur im Ausnahmefalle verhängt werden sollten.

Ein weiteres Motiv für die Zurückhaltung der chinesischen Führung gegenüber dem westlichen Modell, Investitionen und Maßnahmen der Entwicklungshilfe an politische Konditionen zu binden, kann auch darin gesehen werden, dass sich China in Afrika von den westlichen Mächten abheben möchte. In Angola, dessen größter Handelspartner die USA sind, hat China inzwischen die Chance begriffen und eigenes Profil gezeigt. Der Einstieg in den von Amerikanern dominierten Markt in Angola war – aufgrund der dortigen Erdöl- und Diamantenvorkommen – schon immer ein Ziel chinesischer Unternehmen gewesen. Als sich die Regierung in Luanda nach Kreditabsagen durch den Westen an Beijing wandte, kam China dieses Kooperationsangebot sehr gelegen. Aus chinesischer Sicht wäre eine Ablehnung der von Angola ersuchten Kredite in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar ein sträfliches Eigentor mit drei negativen Wirkungen gewesen. Erstens hätte Beijing einen Imageverlust hinnehmen müssen. Die Gleichsetzung Chinas durch die Afrikaner mit den USA wäre die unmittelbare Konsequenz einer solchen Ablehnung gewesen. Zum Zweiten fürchtete Beijing auch einen Profilverlust: Das Land hätte den Anspruch da-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Xuewu Gu ist Politikwissenschaftler; Promotion 1990 in Bonn, Habilitation 1997 in Freiburg; seit 2002 ist Prof. Dr. Xuewu Gu Inhaber des Lehrstuhls für Politik Ostasiens und Leiter der Sektion Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum.

rauf verwirkt, anders als die westlichen Geldgeber zu sein. Und drittens drohte ein erheblicher Marktverlust: Dass die Ambitionen auf die Ölfelder Angolas durch eine Kreditverweigerung der chinesischen Regierung durchkreuzt werden könnten, war die größte Sorge chinesischer Ölkonzerne.

Die chinesische Afrika-Politik ist zwar als solche nicht antiwestlich ausgerichtet, verengt aber in der Praxis die politischen Optionen westlicher Staaten in Afrika. Mit ihrer an Konditionen gebundenen Afrika-Politik, die eine Kooperation nur dann zulässt, wenn die afrikanischen Partner bereit sind, bestimmte politische Reformen in Richtung Demokratie und Menschenrechtsschutz durchzuführen, werden die USA und die EU wegen der chinesischen Präsenz auf dem Kontinent erhebliche Probleme bekommen. Denn mit seiner nicht an Konditionen gebundenen Afrika-Politik stellt das „Reich der Mitte“ eine praktische Alternative zur Verfügung. Afrikanische Staaten müssen sich dem westlichen Druck nicht mehr beugen, sondern richten ihren Blick gen China – wie dies Simbabwe unlängst angekündigt hat. Dies ist ein Grund, warum von westlichen Ländern, auf deren Kosten die chinesische Offensive geht, Pekings Vorgehen in Afrika als Unterstützung diktatorisch regierter Staaten gebrandmarkt wird. Aber auch reformwillige afrikanische Staaten würden es wagen, mit den westlichen Geberländern über bessere Konditionen zu feilschen, weil sie ständig die Chinakarte als Trumpf in der Hand haben. In der Tat haben die westlichen Staaten wegen der Existenz des „China-Faktors“ einen Teil ihrer Initiative auf dem afrikanischen Kontinent bereits verloren, wenn es darum geht, Geschwindigkeit, Prioritäten und Themen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika zu beeinflussen. An China kommt man heute in Afrika nicht mehr vorbei. China hat augenblicklich einen guten Ausgangspunkt, muss jedoch einen Weg finden, um nicht nur das Wohlbefinden der Afrikaner, sondern auch die Zustimmung des Westens zu erreichen.

China bleibt eine Herausforderung

China stellt für den Westen eine ernstzunehmende Herausforderung dar. Das Konzept „friedlicher Aufstieg“ (*heping jueqi*) zur Weltmacht und damit die Integration in die Weltwirtschaft kann durchaus dialektisch verstanden werden: Es verkörpert nicht nur die chinesische Bereitschaft nach nationaler Erneuerung bei gleichzeitigem Verzicht auf militärische Mittel. Es ist ebenfalls als ein Angebot der Volksrepublik China an die etablierten Mächte zu verstehen: Lasst uns aufsteigen und wir versprechen, dies friedlich zu tun.

Aus chinesischer Sicht bedeutet „friedlich“ in diesem Kontext den Willen, die vorhandene internationale Ordnung, von der China profitieren will, nicht in Frage zu stellen. China ist in den letzten Jahren allen regionalen und internationalen Institutionen beigetreten, die diese Ordnung symbolisieren. Dies sind Institutionen, die unter amerikanischer und europäischer Federführung errichtet wurden, um die liberale Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten: von der Welthandelsorganisation (WTO) über die Weltbank bis hin zum Internationalen Währungsfonds.

China, erstarkt durch sein Gewicht in der Weltwirtschaft, lässt jedoch zunehmend erkennen, dass es nicht mehr bereit ist, sich vorhandenen Ordnungsvorstellungen nur zu unterwerfen. Sein Verhalten bei Fragen des Klimawandels, der Energieversorgung, der Entwicklung des afrikanischen Kontinents, in der Doha-Runde³ sowie bei der Behandlung des Iran zeigt, dass die chinesische Führung in vielen globalen Zukunftsaufgaben vom Westen abweichende Vorstellungen hat.

Im Westen herrscht zwar die Auffassung, dass diese Aufgaben ohne eine angemessene Mitwirkung Chinas nicht wirklich gelöst werden können. Aber auf politischer Ebene bewegt sich noch zu wenig, was zur einen größeren mitwirkenden Rolle Chinas bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung führen könnte. Vom Kreis der G 8-Staaten

bleibt China gegenwärtig noch ausgeschlossen. Nur aus amerikanischen Think-Tanks werden die Stimmen nach einem Umdenken immer lauter. Von einer G 2-Herrschaft im Sinne einer chinesisch-amerikanischen Führerschaft in Kooperation mit den „zweiten Weltländern EU, Russland und Indien“ (Fred Bergstein) oder einer G 3-Konstruktion von Amerika, China und Europa (Parag Khanna) ist dort die Rede.

Aus dem europäischen Elitenkreis ist jedoch noch wenig Kreatives zu hören. Es herrscht noch kollektives Schweigen auf dem Kontinent – hoffentlich nicht zu lange. Der Eindruck, dass Europa dem „friedlichen Aufstieg“ Chinas intellektuell nicht gewachsen wäre, muss durch kreatives Denken und schnelles Handeln vermieden werden.

ANMERKUNGEN

1 Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloss am 25. Oktober 1971, die VR China als einzig rechtmäßigen Vertreter des chinesischen Volkes anzuerkennen und ihre Vertreter in den UN-Organen gegen die „nationalchinesischen“ Vertreter auszutauschen. Seit diesem Austausch der Volksvertretungen ist Taiwan bis heute nicht mehr in den Vereinten Nationen vertreten.

2 Der Gini-Koeffizient – oder auch Gini-Index – ist ein statistisches Maß, das von dem italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann z.B. als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

3 Als Doha-Runde – oder auch Doha-Entwicklungsagenda – wird ein Paket von Aufträgen bezeichnet, welche die Wirtschafts- und Handelsminister der WTO-Mitgliedstaaten auf einer Konferenz in Doha bearbeiten und bis 2005 abschließen sollten. Aufgrund unterschiedlicher Ansichten der WTO-Mitglieder kam es bisher nicht zu einem Verhandlungsabschluss.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99–77.

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06–0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Grundlagen, Triebkräfte und Perspektiven des wirtschaftlichen Aufstiegs

Markus Taube

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas ist beispiellos und ein erstaunliches Phänomen zugleich. Noch vor einigen Jahren wurden die chinesischen Staatsunternehmen als reformunfähig und marode belächelt, heute beliefert Chinas Exportwirtschaft die gesamte Welt mit ihren Produkten. China hat den Wandel vom Billiglohnland zum High-tech-Standort vollzogen und überrascht als drittgrößte Volkswirtschaft der Erde mit zweistelligen Wachstumsraten. Woher kommt dieser Erfolg? Markus Taube erörtert, ausgehend vom Scheitern des maoistischen Entwicklungsmodells über die Reformära unter Deng Xiaoping bis hin zum Wandel von der Plan- in die so genannte Sozialistische Marktwirtschaft, die spezifischen Rahmenbedingungen, Entwicklungsimpulse und Triebkräfte des chinesischen Wachstums, diskutiert die Einbindung Chinas in die internationale Arbeitsteilung und beschreibt den Wandel von der „passiven“ Einbindung als „Werkbank der Welt“ hin zu einem eigenständigeren Wachstums- und Entwicklungspfad. Obwohl Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil nach wie vor die zentrale Stütze der chinesischen Wirtschaft und ihres Wachstumserfolges darstellen, präsentiert sich in jüngster Zeit ein ökonomisch „gereiftes“ China auf der Weltbühne.

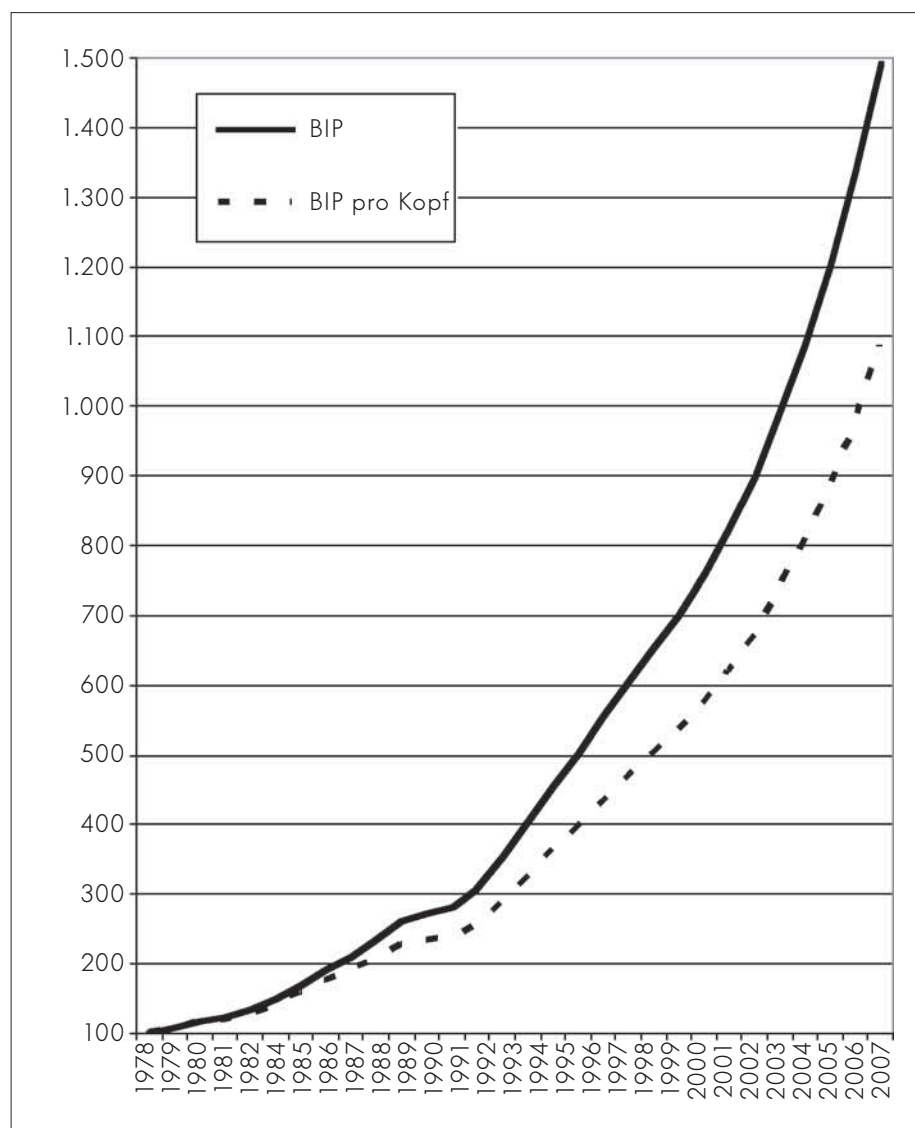
Einführung

Seit Beginn der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik ausgangs der 1970er Jahre hat die chinesische Volkswirtschaft einen historisch einzigartigen Wachstums- und Entwicklungsprozess durchlaufen. Zwischen 1978 und 2007 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahresdurchschnitt um über zehn Prozent angestiegen. Die wirtschaftliche Leistungserbringung des Landes insgesamt ist während dieser 30 Jahre um das Fünffachzehnfache angewachsen; das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner um mehr als das Elffache (vgl. Abbildung 1). Bis zum Jahr 2007 ist die Volksrepublik China somit von einem armen, unterentwickelten Land zur (in Kaufkraftparitäten gemessen) drittgrößten Volkswirtschaft der Erde (vgl. auch Tabelle 1),

der drittgrößten Handelsnation mit einem Anteil von gut acht Prozent an den Weltexporten und einem der wichtigsten Gastländer für Direktinvestitionen avanciert. Keine andere Volkswirtschaft hat je zuvor eine derartig dynamische und lang anhaltende Entwicklung durchlaufen. Die „Wirtschaftswunder“ in Deutschland, Japan und Südostasien werden durch den chinesischen Aufschwung klar in den Schatten gestellt. Es stellt sich von daher die Frage nach den spezifischen Rahmenbedingungen

und Triebkräften der chinesischen „Erfolgsgeschichte“ und der Nachhaltigkeit der das chinesische „Wirtschaftswunder“ befeuernden Wachstums- und Entwicklungsimpulse. Im Zuge einer Annäherung an diese Problemstellung wird im Folgenden zunächst die historische Ausgangslage dargelegt bevor dann der Ideologiewechsel der Ägide Deng Xiaoping und der institutionelle Wandlungsprozess vom Plan zum Markt in ihrer die wirtschaftliche Entwicklung fördernden Funktion näher

Abbildung 1: Das chinesische „Wirtschaftswunder“ – Expansion von BIP und BIP pro Kopf



Anmerkung: 1978 = 100. Darstellung basiert auf konstanten, inflationsbereinigten Preisen. Daten: Nationales Statistikamt der VR China. Eigene Darstellung.

betrachtet werden. Im Anschluss werden die zentralen Wachstumstreiber des chinesischen Aufstiegs vorgestellt. Diese Darstellung wird sodann vertieft durch eine ausführliche Diskussion der Bedeutung, die Chinas Einbindung in die internationale Arbeitsteilung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hatte. Die sich in diesem Kontext abzeichnenden Verschiebungen hin zu einer größeren Eigenständigkeit des chinesischen Wachstums- und Entwicklungspfades stehen im Folgeabschnitt zur Diskussion. Der Beitrag schließt mit einer Betrachtung der weiterführenden Entwicklungs- und Wachstumsperspektiven der chinesischen Volkswirtschaft.

Die historische Ausgangsposition

Der Startpunkt des modernen chinesischen „Wirtschaftswunders“ liegt letztlich in dem ultimativen Scheitern des maoistischen Entwicklungsmodells begründet. Zum Ausgang der 1970er Jahre befand sich die chinesische Volkswirtschaft in einem weitgehend dysfunktionalen Zustand und war nicht mehr in der Lage, das ökonomische Fundament bereitzustellen, um Staat und Gesellschaft in die Zukunft zu führen. China partizipierte auch nicht an den wohlfahrtsfördernden Effekten der internationalen Arbeitsteilung und war faktisch kein konstituierender Bestandteil der Weltwirtschaft.¹ Nachdem bereits mit dem katastrophalen Fehlschlag des „Großen Sprungs nach vorn“ (1958–1959) die Volkswirtschaft nachhaltig geschwächt worden war, war sie anschließend im Rahmen der „3.-Front-Strategie“ (1964–1979)² in Strukturen überführt worden, die in keiner Weise geeignet waren, die der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen in effizienter Weise einer produktiven Ver-

wendung zuzuführen. Über ein gutes Jahrzehnt hinweg war Chinas Kapitalstock nach Maßgabe eines militärstrategischen Kalküls gebildet worden und hatte Ende der 1970er Jahre schließlich jeglichen Bezug zu den bestehenden gesamtwirtschaftlichen Knappheitsrelationen verloren. China befand sich zu diesem Zeitpunkt weit entfernt von dem *best practice* der Weltwirtschaft und wies somit substantielles Potential zur Erschließung einer Entwicklungslücke im Sinne des Konzepts „nachholenden Wachstums“ auf. Um diese Potentiale aber auch wirklich umsetzen zu können, mussten zunächst die aufgesetzten Pfadabhängigkeiten und Systemträgerheiten überwunden werden. Dies wiederum konnte nur geschehen im Zuge eines Bruchs mit grundlegenden Wertvorstellungen und Überzeugungen der maoistischen Leitideologie.³

Ideologisches Fundament und wirtschaftspolitische Leitbilder

Der entscheidende Impuls zum Bruch mit der herrschenden Ideologie ergab sich schließlich mit der Erkenntnis, dass der von Hua Guofeng eingeleitete neuerliche Versuch, mit einer investitionsgetriebenen, schwerindustriell ausgerichteten Entwicklungsstrategie die ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, zu einem grandiosen Scheitern verurteilt war.

Unter der Führung Deng Xiaopings übernahmen Ende des Jahres 1978 reformorientierte Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei die Macht und setzten auf dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees im Dezember 1978 durch, dass als Hauptwiderspruch innerhalb der chinesischen Gesellschaft nun nicht mehr der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat definiert wurde,

sondern stattdessen das Missverhältnis zwischen der mangelnden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung.

Mit einem Schlag war somit der Schwerpunkt aller politischen Arbeit vom „Klassenkampf“ verlagert worden auf die Wirtschaftspolitik. Während zuvor ökonomische Zielsetzungen und Rationalitätsüberlegungen einem ideologisch-klassenkämpferischen Primat untergeordnet worden waren, wurden nun die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Ausbildung von leistungsstarken ökonomischen Strukturen zum Primat der politischen Arbeit. Die derart herbeigeführte ideologische Fundierung einer grundlegenden Umgestaltung des ökonomischen Ordnungsrahmens wurde auf dem 14. Parteikongress im September 1992 durch die Erhebung des Konzepts der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ zum Leitprinzip der ordnungspolitisch-institutionellen Ausgestaltung der chinesischen Wirtschaftsordnung noch einmal substantiell ausgeweitet. Im offiziellen Sprachgebrauch wurde nun erklärt, dass der Marktmechanismus lediglich ein Instrument zur Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung sei und keineswegs ein definierendes Charakteristikum des Gesellschaftssystems. Auch bei Anliegen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung könne und werde in China weiterhin eine sozialistische Gesellschaftsordnung umgesetzt. Mit dieser revolutionären Umdeutung eines Eckpfeilers der marxistischen Lehre wurde der Weg frei gemacht für den forcierten Aufbau einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Ideologiegeleitete Debatten über die Kompatibilität einzelner ökonomischer Reformmaßnahmen mit den Grundwerten der sozialistischen Bewegung konnten nun entfallen. Der ordnungspolitisch-institutionelle Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung konnte nun mit aller Kraft angegangen werden. Mit dieser Ablösung von dem bisherigen Entwicklungskontinuum wurden unternehmerische Freiräume eröffnet, in denen sich der Prozess dynamischer institutioneller und realwirtschaftlicher Entwicklung entfalten konnte.

Vom Plan zum Markt

Ausgehend von einem gegebenen Satz an Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden (d.h. Umwelt i. w. S.), Kapital) und ei-

Tabelle 1: Die Weltwirtschaft und ihre Akteure im Vergleich – Absolute Größe nationaler Volkswirtschaften in Mrd. US-Dollar auf Kaufkraftparitätenbasis

Weltwirtschaft	54.980	100,0%
EU-25	13.019	23,7
USA	12.376	22,5
VR China	5.333	9,7
Japan	3.870	7,0
Deutschland	2.515	4,6
Indien	2.341	4,3
Großbritannien	1.902	3,5
Frankreich	1.862	3,4
Russland	1.698	3,1
Italien	1.626	3,0
Brasilien	1.585	2,9

Daten: World Bank, Revision vom Dezember 2007. Eigene Darstellung.

nem gegebenen technologischen Niveau wird die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft in erster Linie von ihrer Befähigung determiniert, diese Produktionsfaktoren möglichst effizient (d.h. Transaktionskosten sparend) zu kombinieren und im Sinne einer bestmöglichen Reduzierung von subjektiv empfundener Knappheit einzusetzen. In der dynamischen Perspektive tritt dann noch die Befähigung hinzu, bestehende Strukturen möglichst schnell und friktionsarm an Veränderungen in der – ökonomischen – Umwelt anzupassen sowie das erreichte technologische Niveau über die Zeit hinweg immer weiter zu erhöhen, um so eine immer Ressourcen sparendere Nutzung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen und Güter zur Befriedigung von Bedürfnissen zu erstellen, die zuvor nicht realisiert werden konnten.

Das in der Volksrepublik China bis zum Ende der 1970er Jahre verfolgte zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftliche Ordnungssystem war de facto nicht in der Lage, die in der Volkswirtschaft verfügbaren Produktionsfaktoren in statischer und dynamischer Hinsicht hinreichend effizient zu kombinieren. Um eine substantielle Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungserbringung zu erzielen, musste daher zwangsläufig der institutionelle Rahmen der ökonomischen Interaktion

verändert werden. Mit der Definition eines neuen wirtschaftspolitischen Leitbildes ausgangs der 1970er Jahre hatten die politischen Entscheidungsträger in Beijing (Peking) grundsätzlich die Voraussetzung für derartige Änderungen geschaffen. Ursprünglich bestand dabei lediglich die Absicht, durch einen partiellen Einbau marktwirtschaftlicher Institutionen die Leistungsfähigkeit des bestehenden zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlichen Ordnungssystems zu steigern. Ein Systemwechsel vom Plan zum Markt war nicht vorgesehen. Er ergab sich dann allerdings „spontan“ aus der Logik des institutionellen Wandels und der sich aufzeigenden Möglichkeiten, durch weiterführende Reformen immer neue Wohlfahrtspotentiale zu erschließen.

Kern des chinesischen Reform- und Transformationsprozesses war das Prinzip eines langsamen Aus- bzw. Einblendens institutioneller Arrangements, d.h. individuelles Verhalten steuernder Regelsätze und Anreizmechanismen, und der Verzicht auf kurzfristig umgesetzte radikale Brüche mit bestehenden Strukturen. Dieses *phasing-in* eines neuen Satzes von Institutionen erfolgte sowohl durch den langsamen, graduellen Ansatz der chinesischen Systemtransformation als auch durch die Idee eines *dual-track*-Vorgehens, das entgegen aller wirtschaftstheore-

tischen Vorgaben eine Parallelexistenz von plan- und marktwirtschaftlichen Ordnungsmechanismen zum Prinzip erhob. (Industriebetriebe wickelten ihre Produktion so z.B. zu einem Teil nach Maßgabe von Plandirektiven und zum anderen Teil nach den Gegebenheiten der Marktnachfrage ab.) Diese – ursprünglich wohl keineswegs bewusst entwickelte – Reformstrategie hat letztlich entscheidend dazu beigetragen, dass der chinesische Transformationsprozess, im Gegensatz zu den osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländern, ohne das Phänomen einer den Wirtschaftsprozess erschütternden Transformationsrezession vonstatten gehen konnte. Stattdessen ist es gelungen, ein Kontinuum von institutionellen (Übergangs)-Lösungen zu schaffen, das einen vergleichsweise friktionsarmen Übergang von zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Interaktionsstrukturen ermöglicht hat. Insbesondere ist es gelungen, eine schlagartige Entwertung von Human- und Sachkapital zu vermeiden und dieses stattdessen allmählich umzuwidmen.⁴

In diesem Zusammenhang sind auch staatliche bzw. kollektive Eigentumsrechte nicht mit einem Schlag in Privateigentum überführt worden. Stattdessen folgte die Eigentumsstruktur dem in

Tabelle 2: Chinas Öffnung zum Weltmarkt

Zeitpunkt	Maßnahme
Januar 1979	Einrichtung einer Export-Produktionszone in Shekou (Shenzhen).
Mai 1980	Die Provinzen Guangdong und Fujian werden mit Sonderrechten in Hinblick auf Außenhandel und die Attraktion ausländischer Direktinvestitionen ausgestattet.
August 1980	Einrichtung von vier Sonderwirtschaftszonen (Shantou, Shenzhen, Zhuhai [in der Provinz Guangdong], Xiamen [Provinz Fujian]).
April 1984	Deklaration von 14 „Geöffneten Küstenstädten“ sowie der Insel Hainan; in einigen derselben werden zusätzlich spezielle <i>Economic and Technological Development Zones</i> eingerichtet.
Februar 1985	Öffnung dreier Deltaregionen (Perlfuss-Delta, Yangtse-Delta, Süd-Fujian-Delta).
März 1988	Ausweitung der geöffneten Küstenregion.
April 1988	Die Insel Hainan wird aus der Provinz Guangdong herausgelöst und zur fünften Sonderwirtschaftszone erhoben.
März 1991	Einrichtung von 21 <i>High-Tech Development Zones</i> .
1992	Einrichtung weiterer 18 <i>Economic and Technological Development Zones</i> .
Juni 1992	Der Shanghaier Stadtteil Pudong wird geöffnet. Öffnung von 28 Hafenstädten entlang des Yangtse-Flusses. Öffnung von 14 Grenzstädten.
März 1993	Einrichtung von 27 weiteren <i>High-Tech Development Zones</i> .
1994–1996	Inländische Regionen erhalten größere Gestaltungsfreiheiten in Hinblick auf ihre Außenwirtschaftsbeziehungen.
März 2000	Im Kontext der <i>Great Western Development Strategy</i> erhalten westchinesische Provinzen größere Entscheidungsgewalten in Hinblick auf ihre Außenwirtschaftsbeziehungen.
Dezember 2001	China tritt der Welthandelsorganisation (WTO) bei. Beginn der Umsetzung weit reichender Liberalisierungsmaßnahmen und volkswirtschaftlicher Öffnungsschritte nach Maßgabe sektorspezifischer Zeitpläne.

Daten: Offizielle Bekanntmachungen. Eigene Darstellung.

einem von grauen Märkten und politischen Unternehmern geprägten Muster von Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten. Erst in dem Maße wie Marktprinzipien zum dominierenden Ordnungsprinzip aufgestiegen waren und politische Akteure an Einfluss auf individuelle Unternehmensergebnisse verloren, sind auch exklusive Verfügungsrechtsstrukturen und private Eigentumstitel umfassend implementiert worden. Diese jahrzehntelange Ambiguität von Eigentumstiteln hat letztlich keineswegs zu Allokationseffizienzen geführt, sondern hat vielmehr aufgrund ihrer jeweils gegebenen zeitpunktbezogenen Anreizkompatibilität die auf der ökonomischen und der politischen Ebene positionierten Unternehmerpersönlichkeiten in hocheffizienten Allianzen zusammengeführt.

Chinas Öffnung zum Weltmarkt

Eine der für die Entfaltung des chinesischen „Wirtschaftswunders“ wichtigsten, aber wohl auch eine der schwierigsten Dimensionen der institutionellen Neuerung bildete die Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft zum Weltmarkt.

Bis zum Anheben der Reformbewegung Ende der 1970er Jahre war die chinesische Volkswirtschaft, wie erwähnt, faktisch vollständig vom weltwirtschaftlichen Geschehen isoliert. Faktorallokation und Güterströme erfolgten losgelöst von den auf dem Weltmarkt herrschenden Knappheitsrelationen (und faktisch auch den tatsächlichen ökonomischen Knappheiten der Binnenwirtschaft auf der Grundlage eines hierarchisch durchorganisierten Planungssystems. Die verbliebenen rudimentären Kontakte zur Außenwelt wurden durch eine Reihe von „Adapter“-Organisationen⁵ abgewickelt, die als „Luftschleusen“ zu den horizontalen Interaktionsstrukturen der Weltwirtschaft fungierten und jegliche Übertragung von systemfremden Informationen und Signalen verhinderten. Nur so konnte der Ordnungszusammenhang des Binnenmarktes aufrechterhalten werden. – In diesem Umfeld mussten Experimente mit einer Öffnung der Volkswirtschaft zum Weltmarkt wie ein Hantieren mit hochtoxischen Giften wahrgenommen werden.

Tatsächlich waren die ersten Schritte zur Durchbrechung der binnenwirtschaftlichen Isolation denn auch von größter Vorsicht und dem Bestreben geprägt, diese Experimente gegebenenfalls ohne größere Kosten wieder rückgängig machen zu können. Diese Interessen konnten am besten durch die Ausweisung von Exklaven erfolgen, d.h. Industriezonen auf dem Territorium der Volksrepublik China, die zum Welt-

markt hin geöffnet und gleichzeitig vom Rest der Volkswirtschaft abgeschottet wurden. Die Gründung von vier Sonderwirtschaftszonen im Jahr 1980 erfüllte genau diesen Zweck (Es handelte sich hierbei um Territorien in den Regierungsbezirken Shantou, Shenzhen und Zhuhai in der Provinz Guangdong sowie Xiamen in der Provinz Fujian.). Von der Binnenwirtschaft abgeschottet wurden sie zu Zollfreigebieten erklärt und mit weit reichenden Sonderbestimmungen zur Attraktion ausländischer Investoren ausgestattet. Die Befähigung derartiger Arrangements, Entwicklungs- und Wachstumsimpulse aus der Weltwirtschaft in die Binnenwirtschaft zu tragen, war allerdings zwangsläufig sehr beschränkt. Erst mit der sukzessiven Ausweitung der zum Weltmarkt hin geöffneten Teilbereiche der Volkswirtschaft und einer Liberalisierung des Außenhandelsregimes wurde es möglich, die entwicklungsfördernde Funktion der internationalen Arbeitsteilung allmählich zu erschließen (vgl. Tabelle 2).⁶

Wachstumstreiber

Der auf der Grundlage des oben skizzierten Ideologiebruchs und institutionellen Wandels angestoßene Prozess wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstums in der Volksrepublik China ist wie eingangs dargestellt mehr als beachtlich. Die Einstufung als „Wirtschaftswunder“ ist allerdings irreführend, da der chinesische Wachstumsprozess zum einen auf einem sehr niedrigen Niveau einsetzte und zum anderen die Mechanismen „nachholenden“ Wachstums zum Tragen gekommen sind, durch die aufstrebende Volkswirtschaften quasi automatisch höhere Wachstumsraten erzielen können, als die etablierten, führenden Wirtschaftsnationen.⁷

Die den chinesischen Wachstumsprozess vorantreibenden Faktoren waren und sind vielfältiger Natur. Schon alleine durch die institutionelle Umgestaltung der Wirtschaftsordnung sind erhebliche Effizienzverbesserung bei der Allokation und Kombination der der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren ermöglicht worden. In diesem Kontext ist u. a. ein umfassender Strukturwandel vollzogen worden im Zuge dessen Sektoren mit relativ geringer Arbeitsproduktivität (Landwirtschaft) an Gewicht verloren und solche mit einer höheren Produktivität (Industrie, Dienstleistungen) gewonnen haben. Das heißt allein dadurch, dass Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Industrie und letztlich den Dienstleistungssektor gewandert sind, ist es gelungen, die gesamtwirtschaftliche Leistungserbringung zu steigern.

Neben diesen „intensiven“ Wachstumsimpulsen ist in den vergangenen 30 Jahren aber auch die Quantität der der Volkswirtschaft absolut zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren erheblich angestiegen. Zwischen 1980 und 2007 ist die Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung (16–65 Jahre) von 600 Millionen auf 920 Millionen Personen angestiegen und hat das Angebot des Produktionsfaktors „Arbeit“ erheblich ausgebaut. Auch der Produktionsfaktor „Kapital“ war bei einer Sparquote von 30 bis 40 Prozent in mehr als hinreichendem Maße vorhanden. Kapital war in der jüngeren Geschichte faktisch niemals ein *bottleneck* für die wirtschaftliche Entwicklung in China.

Um all die hier angesprochenen grundlegenden Wachstumstreiber aber auch wirklich mobilisieren zu können, bedurfte China fündiger Unternehmer, die renditeträchtige Projekte aufspürten, die vorhandenen Ressourcen in solchen zusammenführten, das ökonomische Geflecht immer weiter ausdehnten und den Strukturwandel vorantrieben. Derartige Unternehmerpersönlichkeiten sind nach dem ideologischen Neuanfang und dem Beginn der Reformpolitik in bedeutender Zahl zu Tage getreten. Und viele von ihnen haben ihr Handwerk von ausländischen und insbesondere Hongkonger Managern erlernt.

De facto konnte die chinesische Volkswirtschaft während der allerersten Phase ihrer weltwirtschaftlichen Öffnung von einem historischen Glücksfall profitieren. Zeitgleich mit der Öffnung des südchinesischen Perlfloss-Deltas hatte die Hongkonger Volkswirtschaft aufgrund steigenden Kostendrucks ein Entwicklungsstadium erreicht, dass einen grundlegenden Strukturwandel erzwang. Die exportorientierte Leichtindustrie Hongkongs suchte genau zu jenem Zeitpunkt neue Entwicklungsperspektiven, als sich mit der Öffnung des direkt angrenzenden festlandchinesischen Perlfloss-Deltas ein kostengünstiger Produktionsstandort anbot. Im Ergebnis konnte so eine *win-win* Konstellation erzielt werden, die es einerseits Hongkonger Unternehmern ermöglichte, ihre bestehenden, grundsätzlich erfolgreichen Geschäftsmodelle mit neuen, deutlich verbesserten Kostenstrukturen fortzuführen, und es andererseits festlandchinesischen Akteuren ermöglichte, innerhalb kürzester Zeit einen tiefen Einblick in den Weltmarkt, seine Strukturen und Usancen zu nehmen. Die Lehrfunktion Hongkongs für

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

die Ausbildung einer neuen Generation von weltmarktorientierten Unternehmen in China kann nicht hoch genug geschätzt werden, sind es doch gerade die fehlenden Kenntnisse über die Bedarfsstrukturen, Kaufgewohnheiten, spezifischen administrativen Anforderungen an technische Standards und Qualitätsanforderungen etc. in den OECD-Märkten, die Unternehmen aus Entwicklungsländern einen eigenständigen – nicht von ausländischen Investoren angeleiteten – Einstieg in diese erschweren und einen solchen letztlich oftmals verhindern. Vor diesem Hintergrund haben Hongkonger Unternehmer eine kritische Masse von chinesischen

Akteuren in den Weltmarkt eingeführt und somit eine entscheidende Funktion für die Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft gespielt.

Die überragende Bedeutung der weltwirtschaftlichen Integration für das Anheben des chinesischen „Wirtschaftswunders“ beschränkt sich allerdings bei Weitem nicht auf diese Ausbildungsfunktion. Ohne die Einbindung Chinas in die internationale Arbeitsteilung wären die allokationseffiziente Ausrichtung des Wachstumspfad und die Erschließung substantiell höherer Dimensionen von Wachstumsdynamik kaum möglich gewesen. Ohne ihre Einbindung in die Weltwirtschaft wäre der Aufstieg Chi-

nas nicht nur sehr viel langsamer erfolgt, sondern in weiten Bereichen auch gänzlich unmöglich gewesen.

Geborgtes Wachstum? – Chinas „passive“ Einbindung in die Weltwirtschaft

Das von Hongkonger Unternehmen im Perfluss-Delta angestoßene Modell der „passiven“ Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft hat letztlich Modell gestanden für zwei Jahrzehnte exportorientierten („vertikalen“) Engagements ausländischer Investoren in China. Kern dieses Modells ist die

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Führungsrolle ausländischer Unternehmen, die den Standort China aufgrund seiner Produktionskostenvorteile in ihre Wertschöpfungsketten integriert haben, gleichzeitig aber die Kontrolle über die im Produktionsprozess eingesetzten Technologien, die Vertriebsstrukturen in den Absatzmärkten, die Markenpositionierung etc. in ihren Händen behalten. Absatzseitig ist der exportorientierte Charakter der in diesem Kontext aufgebauten Industriekapazitäten zu betonen. Angesichts der geringen Kaufkraft auf dem chinesischen Binnenmarkt hätte dieser eine entsprechende Angebotsausweitung nicht absorbieren können. China muss-

te sich somit Kaufkraft aus dem Ausland „ausleihen“, um eine derartige Expansion der einheimischen Industrie realisieren zu können.

Im Rahmen dieses Modells der Rollenverteilung ist China zur „Werkbank“ der Welt aufgestiegen, wobei sich drei zentrale Strukturphänomene mit letztlich globalen Implikationen herausgebildet haben:

- massive (Netto)-Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen nach China;
- rapide ansteigende Exporte von Fertigprodukten aus China in die OECD-Märkte, gepaart mit hohen und weiter ansteigenden Handelsbilanzüberschüssen Chinas;

Zwischen 1980 und 2007 ist die Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung in China von 600 Millionen auf 920 Millionen Menschen angestiegen und hat das Angebot des Produktionsfaktors „Arbeit“ erheblich ausgeweitet.

picture alliance/dpa

■ parallel zur Exportausweitung massiv anwachsende Importe von Vorprodukten insbesondere aus Südostasien, gepaart mit schnell anwachsenden Handelsbilanzdefiziten Chinas gegenüber diesen Staaten.

In China selber war der Aufstieg zur „Werkbank“ der Welt zum einen verbunden mit dem Aufbau substantieller Produktionskapazitäten, die an den Bedarfsstrukturen des Weltmarktes ausgerichtet waren und von ausländischen Unternehmungen gesteuert und kontrolliert wurden und zum anderen, qua hohen Vorprodukteinfuhren, einem zunächst vergleichsweise geringen chinesischen Wertschöpfungsanteil an den chinesischen Fertigproduktexporten in die OECD-Märkte.

Wenn die ausländischen Unternehmungen als prozesssteuernde Akteure und Empfänger der auf den internationalen Märkten zu erzielenden Renten für ihre Technologie- und Markenführerschaft in beachtlichem Maße von der – durch sie betriebenen! – Integration Chinas in die internationale Arbeitsteilung profitieren konnten, so hat auch die chinesische Volkswirtschaft in ihrer eher „passiven“ Rolle in erheblichem Maße von dieser Konstellation profitiert. Chinesische Unternehmungen haben durch die Vermittlung ausländischer Investoren Kenntnis von und Zugang zu Geschäftsmodellen und Produktionsverfahren erhalten, die zuvor nicht bekannt waren. Die im Zeitablauf über 600.000 in China gegründeten Unternehmungen mit ausländischem Kapitalanteil haben nicht nur Arbeitsplätze für Dutzende von Millionen Arbeitskräften bereitgestellt, sondern auch eine neue Generation von Managern, Ingenieuren und Fachkräften ausgebildet, die mittelfristig auch und gerade der einheimischen Industrie zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung technologischen Know-hows seitens ausländischer Investoren ist demgegenüber keineswegs immer freiwillig erfolgt, sondern wurde (und wird) seitens der chinesischen Regierung durch ein

Bündel von Maßnahmen erzwungen, dass u. a. die folgenden umfasst:

- **local content**-Auflagen und damit Zwang zur Weitergabe von Produktions-Know-how auf vorgelagerten Produktionsstufen;
- sektorspezifischer Zwang zur Joint Venture-Bildung mit zum Teil explizit ausgewiesenen chinesischen Partnern;
- sektorspezifische Auflagen zur Gründung von F&E-Einrichtungen⁸ gekoppelt an die Vergabe von Geschäftslizenzen;
- mangelhafte Durchsetzung von Gesetzen und Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums.

Auf diese Weise ist es China gelungen, in überproportionalem Maße technologisches Know-how aus dem Ausland einheimischen Unternehmen zugänglich zu machen und zum Aufbau eigener Technologieträger und „national champions“ zu nutzen.

Der wichtigste Beitrag ausländischer Investoren für die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft dürfte allerdings in der von ihnen angestoßenen Ausrichtung der Produktionsstrukturen an den komparativen Kostenvorteilen des Landes sein. Aufgrund ihrer Exportorientierung mussten ausländische (und später dann auch rein chinesische) Investoren ihre Produktionsstrukturen streng an den komparativen Kostenvorteilen ausrichten. Dadurch wurde nicht nur der (ausländisch kontrollierte) Exportsektor in Richtung der komparativen Kostenvorteile des Landes gedreht, sondern auch dessen vorgelagerten Zulieferindustrien. In einem längerfristigen Anpassungsprozess setzt sich dieser Ausrichtungsprozess schließlich bei allen grenzübergreifend handelbaren und nicht-handelbaren Gütern durch. Dessen ungeachtet bezeichnet die Anreicherung der chinesischen Volkswirtschaft durch Unternehmungen mit ausländischem Kapitalanteil und die durch diese betriebene rasche Einbindung Chinas in die internationale Arbeitsteilung keineswegs eine ungetrübte Erfolgsgeschichte. Grund hierfür ist in erster Linie die nur unzureichende Integration ausländischer Unternehmungen in den nationalen Wirtschaftsverband. Stattdessen hat sich eine duale Struktur herausgebildet, die durch stark divergierende Leistungsparameter bei Unternehmungen mit ausländischem Kapitalanteil und rein chinesisch kapitalisierten Unternehmen geprägt ist. Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil (und hier insbesondere solche mit Investoren aus den OECD-Staaten) stellen die zentrale Stütze der chinesischen Wirtschaft und ihres bisherigen Wachstumserfolges dar. Diese Unternehmensgruppe erwirtschaftet ca. 20 Prozent des chine-

sischen Bruttoinlandsprodukts (BIP), ca. 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung, und steht für über 55 Prozent der gesamten chinesischen Exportleistung. Ihr Anteil an den chinesischen Exporten von Hochtechnologie-Gütern ist noch deutlich höher und erreicht in einzelnen Produktgruppen 100 Prozent. Wichtiger als diese Größenindikatoren sind aber relative Leistungsindikatoren. Und auch hier erweist sich der Sektor der ausländisch kapitalisierten Unternehmungen dem inländischen Unternehmenssektor weit überlegen. Die Wachstumsdynamik ersterer liegt um das Dreifache über letzteren, was dazu führt, dass ausländische Unternehmungen in den letzten Jahren bis zu 40 Prozent zum chinesischen Wirtschaftswachstum beigetragen haben. In Hinblick auf die Arbeitsproduktivität stehen ausländisch kapitalisierte Unternehmungen in einem Leistungsverhältnis von 9 zu 1 zum chinesischen Unternehmenssektor insgesamt bzw. 4 zu 1, wenn nur Unternehmen des industriellen Sektors betrachtet werden.

Diese offensichtliche Zweiteilung der chinesischen Unternehmenslandschaft in einen leistungsstarken ausländisch kapitalisierten Sektor und einen deutlich rückständigeren einheimischen Sektor weist letztlich darauf hin, dass trotz der staatlichen Anstrengungen zur Erzwingung eines Technologietransfers ein substantieller *spillover* von Know-how und eine dadurch induzierte Angleichung der Produktivitätsniveaus beider Unternehmensgruppen nur höchst unzureichend stattgefunden hat. Chinas „passive“ Einbindung in die Weltwirtschaft würde von daher auch einhergehen mit einem vom Ausland „geborgten“ Wachstumsimpuls, der ohne ausländische Unternehmungen und insbesondere einen beständigen Zustrom neuer Direktinvestitionen nicht aufrecht zu erhalten wäre.

Paradigmenwechsel – China als „aktiver“ Gestalter der Weltwirtschaft

Die oben skizzierte „passive“ Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft erfährt in jüngster Zeit allerdings – jenseits der weiterhin bestehenden starken Abhängigkeit von leistungsstarken ausländisch kapitalisierten Unternehmungen im industriellen Gefüge des Landes – weit reichende Veränderungen, die dazu beitragen können, den chinesischen Wachstumsprozess auch in den kommenden Jahren zu verstetigen. Dieser Wandlungsprozess wird durch zwei größere Entwicklungslinien gekennzeichnet:

- Das Modell der Werkbank Chinas, die die Welt mit leichtindustriellen Gütern

versorgt, diese aber nur dank massiver Vorproduktimporte herstellen kann und letztlich nur geringe eigene Wertschöpfungsanteile beisteuert, wird sukzessive abgelöst durch eine neue Exportstruktur. Diese wird nun gekennzeichnet durch wachsende Wertschöpfungsanteile am Endprodukt, eine breitere Nutzung inländischer Vorleistungen und eine immer geringere Abhängigkeit von Vorprodukten aus Südostasien und anderen Weltregionen.

- Einzelne chinesische Unternehmungen emanzipieren sich von der Führungsrolle ausländischer Konzerne und schreiten nun erstmals eigenständig, mit eigenen Geschäftsmodellen, patentierten Technologien und Marken auf die Weltmärkte hinaus. Das heißt dem bisher zu verzeichnenden einseitigen Strom von Direktinvestitionen nach China hinein wird nun ein zweiter daneben gestellt, der aus China herausführt und es chinesischen Unternehmungen ermöglicht, in bislang nicht gekannter Form aktiv und selbstbestimmt auf den Weltmärkten aufzutreten.

Während die erstere der hier angeführten Entwicklungslinien noch stark mit der Präsenz ausländischer Investoren in China korreliert ist und durch diese in erheblichem Maße vorangetrieben wird, scheint die neuerlich in schnell wachsenden Volumina (18,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007) zu beobachtende eigenständige Investitionstätigkeit chinesischer Unternehmungen im Ausland eine neue Ära in der Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft einzuläuten.

Die Motive chinesischer Unternehmungen, sich im Ausland zu engagieren, sind vielgestaltig und tatsächlich nur zum Teil als Ausdruck von „Stärke“ zu interpretieren. Ein wichtiger Beweggrund, den Sprung ins Ausland zu wagen, liegt letztlich nämlich auch in dem Bestreben, dem exzessiven Wettbewerb im chinesischen Heimatmarkt zu entfliehen, wo in zahlreichen Branchen massive Überkapazitäten das Marktumfeld prägen und einen enormen Kosten- bzw. Preisdruck ausüben, was letztlich zu unterdurchschnittlichen Rentabilitäten führt. Von größerer Bedeutung sind insgesamt allerdings proaktive, strategische Beweggründe, die die Elite der chinesischen Unternehmen dazu veranlassen, den Sprung in die Weltwirtschaft zu wagen:

- Etablierung chinesischer Markennamen auf den OECD-Märkten und somit Erschließung der „markierten Produkten“ erschließbaren *profit pools*;
- Förderung von Vertriebsaktivitäten und Umgehung von Handelsbarrieren in einem Umfeld weltweit eskalierender Handelsdispute;
- Verlagerung von Produktionsstätten im Vorfeld einer erwarteten deutlichen

Aufwertung der chinesischen Währung und damit einhergehenden signifikanten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exportprodukte;

- Erwerb von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und Innovationskompetenz, die in China nicht zugänglich ist, zur Stärkung der mittel- bis langfristigen Wettbewerbsfähigkeit;
- Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Ressourcen zur Aufrechterhaltung der mittelfristigen Versorgungssicherheit in einem Umfeld zunehmender Konkurrenz um knappe Rohstoffe.

Übergeordnetes Ziel dieser Aktivitäten ist der Einzug chinesischer Unternehmungen in die wichtigsten Gütermärkte der Weltwirtschaft beherrschenden Oligopole. Der Shanghai Joint Venture-Partner von Volkswagen, SAIC, hat so z.B. bereits kommuniziert, dass das Unternehmen innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre zu einem der sechs größten Automobilkonzerne aufsteigen und die etablierte „6+3“-Struktur der globalen Automobilindustrie aufbrechen will. Unternehmen wie Baosteel (Stahl), Haier („weiße Ware“⁹⁾, Huawei (IuK-Technologien), Lenovo (Computer), TCL (TV-Geräte, „braune Ware“) verfügen bereits heute in ihren spezifischen Gütermärkten – auch global – über beachtliches Gewicht und Einfluss und sind auf dem besten Weg, die bestehenden globalen Oligopolstrukturen neu zu gestalten.

Die chinesische Regierung, die in starken einheimischen Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung chinesischer Interessen auf der internationalen, politischen wie ökonomischen Bühne sieht, ist gerne bereit, die auf eine Stärkung ihrer globalen Positionierung ausgerichteten Aktivitäten chinesischer Unternehmer zu unterstützen. Unternehmungen, die sich als staatlicher Förderung würdig erwiesen haben, können so von einem breiten Spektrum staatlicher Unterstützungsmaßnahmen profitieren. Diese umfassen u. a. folgende Bereiche:

- Befreiung von administrativen Auflagen im Außenwirtschaftsverkehr;
- Zugang zu subventionierten Kreditlinien;
- umfassende Steuererleichterungen;
- bevorzugten Zugang zu Geschäftslizenzen;
- materielle und institutionelle Unterstützung bei der Etablierung eigener Markennamen;
- materielle und institutionelle Unterstützung bei der Entfaltung eigenständiger F&E-Aktivitäten;
- Protektion vor ausländischen Konkurrenten;
- eigenen Direktinvestitionen komplementäre Entwicklungshilfeleistungen an Drittländer.

Diese Allianz zwischen sehr ehrgeizigen Unternehmen und noch ambitionierteren Regierungsorganisationen – die mittlerweile auch über substantielle finanzielle Mittel verfügen – weckt zuweilen den Eindruck, dass hier eine neu gegründete „China AG“ sehr aktiv darum bemüht ist, sich die Welt zu erschließen und diese nach den eigenen Bedürfnissen (um)zugestalten. Tatsächlich hat China in den letzten Jahren durch kombinierte ADI/ODA-Aktivitäten¹⁰ in Afrika und Südamerika in einem Maße strukturierend auf die Weltwirtschaft eingewirkt, wie es bislang nur den USA und westeuropäischen Staaten möglich schien. So wurden z.B. Investitionen von Baosteel in brasilianische Eisenerzvorkommen seitens der chinesischen Regierung mit Entwicklungshilfeprojekten zum Bau einer transkontinentalen Eisenbahntrasse und dem Ausbau eines peruanischen Tiefseehafens komplementiert. Durch diese Maßnahmen wird – im Vorhof der USA – eine neue Infrastruktur geschaffen, die an den Rohstoffbedürfnissen einer expandierenden chinesischen Volkswirtschaft ausgerichtet ist. Ähnliche Aktivitäten sind in Afrika zu beobachten, wo China insbesondere in Angola und im Sudan ökonomische Interessen mit üppigen „Entwicklungshilfeleistungen“ untermauert und eine auf seine eigenen langfristigen Rohstoffbedürfnisse und Exportinteressen ausgerichtete Infrastruktur schafft.

Aus der Gesamtperspektive betrachtet erscheint somit in jüngster Zeit ein ökonomisch „gereiftes“ China auf der Weltbühne, das aus der bisherigen passiven Einbindung in die internationale Arbeitsteilung herauswächst und nun aktiven Einfluss auf den Weltmärkten gewinnt, der ihm bislang verwehrt geblieben war. Diese Entwicklung stärkt den chinesischen Unternehmenssektor und die Volkswirtschaft als ganze, die Abhängigkeiten von den von außen vorgegebenen Strukturen ablegen kann. Insgesamt trägt dieser Prozess zu einer produktiveren Verwendung der China zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren bei und erhöht zudem die Entlohnung derselben durch einen nunmehr erlangten direkten Zugang zu den *profit pools* der Weltwirtschaft.

Perspektiven: Die Binnenwirtschaft als Wachstumsträger

Der Volksrepublik China ist es über drei Jahrzehnte hinweg gelungen, die Wachstumspotentiale nachholender Entwicklung zu realisieren. Dabei haben sich die chinesische Volkswirtschaft insgesamt und ihre Unternehmungen im Speziellen immer wieder von neuem an Modellen und Vorbildern ausgerichtet

können, die ihnen im Rahmen ihrer Einbindung in die globalen Wirtschaftsstrukturen vorgestellt wurden.

Inwiefern dieses Muster „nachholender Entwicklung“ auch in Zukunft das Wachstum der chinesischen Wirtschaft wird antreiben können, erscheint zunehmend fraglich. Mit wachsender Komplexität der anliegenden institutionellen Strukturen, Geschäftsmodelle, technologischen Grundlagen und Interaktionsmuster wird die Ausrichtung an exogen vorgegebenen Vorbildern und *benchmarks* immer schwieriger. Allein schon die Identifikation geeigneter Vorbilder gestaltet sich immer problematischer; die Adaptation externer Modelle an lokale Gegebenheiten verlangt immer größere Anpassungsleistungen.

Ein *phasing-out* des bisherigen „nachholenden Wachstumsprozesses“ bedeutet allerdings keineswegs, dass die Wachstumsdynamik der chinesischen Volkswirtschaft damit verloren gehen müsste. Notwendig für eine Fortsetzung der chinesischen „Erfolgsgeschichte“ ist aber unbedingt eine stärkere Hinwendung zu einem bislang weit untergewichteten potentiellen Wachstumsparameter: dem inländischen Konsum. Chinas ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren heute nur drei Prozent des globalen Konsums. Eine „Normalisierung“ dieser Relation birgt immenses Wachstumspotential für die chinesische Volkswirtschaft. Dabei könnte dieser Wachstumsfaktor vergleichsweise schnell mobilisiert werden, wenn es gelingt, private Kaufkraft freizusetzen, die derzeit noch in Ersparnissen gebunden ist, welche aus Unsicherheit über die Versorgung im Falle von Alter, Arbeitslosigkeit oder Krankheit gehalten werden. Die Etablierung eines verlässlichen Sozialversicherungssystems könnte von daher entscheidende Bedeutung für die Entfaltung der chinesischen Volkswirtschaft in der nächsten Dekade besitzen.

Mit der Ablösung der bisherigen Wachstums- und Entwicklungsmuster wird China in den kommenden Jahren große Anstrengungen zur Stärkung eigener Innovationskapazitäten und der Erlangung „chinesischer“ Schlüsseltechnologien und Patente unternehmen müssen. Die Wirtschaftspolitik hat sich dieser Aufgabenstellung bereits angenommen und mit einer Ausbildungssoffensive sowie dem *Medium to Long-term Program on Technological and Scientific Development* ein durchaus schlagkräftiges Rahmenprogramm eingerichtet, das dazu beitragen soll, den Beitrag des

technologischen Fortschritts zum Wirtschaftswachstum auf bis zu 60 Prozent hinaufzuführen und gleichzeitig die Abhängigkeit von ausländischen Technologieimporten auf unter 30 Prozent zu senken. Bis zum Jahr 2020 soll China außerdem in Hinblick auf die Anzahl der in chinesischer Hand befindlichen Patentrechte und in der Zahl der internationalen Veröffentlichungen zu den fünf führenden Nationen gehören. Diese Ziele erscheinen überambitioniert, zeigen aber an, dass die Herausforderungen eines Wachstums jenseits der Ära des „Nachholens“ sehr wohl verstanden worden sind.

ANMERKUNGEN

1 Während der maoistischen Ära war die Volksrepublik China nur marginal in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den „westlichen“, marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften erlebten mit Chinas Eintritt in den Koreakrieg und den anschließenden Boykottmaßnahmen bereits 1950, also ein Jahr nach der Gründung der Volksrepublik China, einen massiven Einbruch und verharteten bis in die 1970er Jahre auf einem minimalen Niveau. Aber auch zu dem unter der Führung der UdSSR stehenden sozialistischen Block unterhielt China nur während der 1950er Jahre intensivere Austauschbeziehungen. Mit dem Bruch mit Moskau 1959/60 kamen auch die Wirtschaftsbeziehungen zu dieser Staatengruppe zu einem faktischen Stillstand. Zwischen 1960 und dem Ende der 1970er Jahre war die Volksrepublik China de facto kein konstituierender Bestandteil der globalen Wirtschaftsgemeinschaft und entwickelte sich in Hinblick auf Sektorstrukturen und technologischen Entwicklungen weitestgehend autonom von dieser. Ein Rechnungszusammenhang, über den Signale über relative Knappheiten zwischen China und der Weltwirtschaft hätten ausgetauscht werden können, existierte nicht.

2 Während der ersten Hälfte der 60er Jahre wurde das internationale Umfeld als der Volksrepublik China gegenüber zunehmend feindlich und die Möglichkeit eines neuen Krieges als sehr wahrscheinlich eingestuft. Mit der 3.-Front-Strategie sollte daher der traditionellen Ballung ökonomisch-industrieller Ballungszentren im strategisch ungünstigen und nur schlecht zu verteidigenden Küstenstreifen entgegengewirkt werden. Stattdessen sollte im chinesischen Hinterland eine neue industrielle Basis errichtet werden, die nach einer möglichen Besetzung des Küstenstreifens durch feindliche Truppen einen lang gezogenen Guerillakrieg ermöglichen sollte. Zu diesem Zweck wurde mit enormem finanziellen und personellen Aufwand in Zentral- und Westchina eine neue Infrastruktur aufgebaut, die allerdings mangels Güterverfügbarkeit z. T. durch den Abbau bestehender Eisenbahntrassen etc. in anderen Landesteilen versorgt werden musste. In ähnlicher Art und Weise wurden auch bestehende Unternehmungen in Ostchina angehalten, unter Abstellung eines Teils ihres Maschinenparks und ihrer Belegschaft Zweigfabriken in den 3.-Front-Regionen zu errichten. Die 3.-Front-Strategie verlor mit der politischen Annäherung an den Westen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ihre wirtschaftspolitische Sonderstellung, wurde jedoch erst 1979 endgültig aufgegeben. In ihrem wirtschaftsstrukturellen Ergebnis muss die 3.-Front-Strategie als gescheitert bewertet werden. Bedingt durch das militärstrategische Primat ist es nicht gelungen, betriebs- oder volkswirt-

schaftlich sinnvolle und aus sich selbst heraus tragfähige Wirtschaftsstrukturen in Zentral- und Westchina zu erschaffen. Stattdessen wurden diese Regionen in den Folgeperioden mit einem übermäßigen Bestand an unrentablen und nicht an den Bedürfnissen einer sich reformierenden und öffnenden Volkswirtschaft ausgerichteten Staatsunternehmen belastet. Der industrielle Kern der chinesischen Volkswirtschaft überdauerte demgegenüber in seinen traditionellen Kerngebieten in Ost- und Nordostchina, obwohl er über ein Jahrzehnt hinweg durch das Ausbleiben von Ersatzinvestitionen und den Abzug von Maschinen deutlich geschwächt worden war.

3 Das Geflecht ökonomischer Interaktionen und dessen Ordnung ist letztlich als Subsystem des gesamtgesellschaftlichen Werte- und Normensystems zu verstehen. Es existiert nicht losgelöst von anderen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens, sondern steht mit diesen in einem engen Sinnzusammenhang. Letztlich bedeutet dies, dass die Ausgestaltung des ökonomischen Systems in erster Linie auf der Ebene der ideologisch-religiösen Grundüberzeugungen determiniert wird. Mittelfristig kommt es dann aber auch zu gegenläufigen Rückkopplungen.

4 Um unserer Beispiel weiter zu verfolgen: Manager eines Industriebetriebes, die das Unternehmen zuvor allein nach Maßgabe der Plandirektiven gelenkt hatten, konnten nun in den über den Markt koordinierten Produktionsteilen gleichsam on the job lernen, wie der Betrieb in einem wettbewerbsfähigen Marktumfeld organisiert und gesteuert werden musste.

5 Auf realwirtschaftlicher Ebene wurde diese Funktion von 12 staatlichen Außenhandelsgesellschaften übernommen, während die monetäre Abwicklung dieser Transaktionen von der Bank of China abgewickelt wurde.

6 Dies geschah zunächst durch die Ausweisung von 14 so genannten „geöffneten Küstenstädten“ im Jahr 1984 und die Ausweisung immer größerer Teile des Perlflossdeltas zu einer „geöffneten Wirtschaftsregion“ zwischen 1985 und 1988. In den Folgejahren wurden immer größere Teile der Volkswirtschaft sukzessive zum Weltmarkt hin geöffnet. Es muss betont werden, dass während der 1980er Jahre die Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols noch nicht mit einer umfassenden Außenhandelsliberalisierung einherging. Stattdessen wurde ein restriktives System von Lizenzen, Quoten, sowie tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen eingeführt, das die Handlungsparameter stark einschränkte.

7 Das Konzept „nachholenden Wachstums“ basiert auf der Idee, dass ökonomische Entwicklungsprozesse bei aller Idiosynkrasie nationaler Strukturen grundsätzlich ähnlichen Pfaden folgen und es somit möglich ist, dass „Nachzügler“ von fortgeschrittenen Volkswirtschaften und deren Akteuren lernen können. Insofern sie „ausgetretenen Pfaden“ folgen, d.h. bewährte institutionelle Arrangements, erprobte Technologien und Geschäftsmodelle übernehmen sowie gezielte Investitionen in Sach- und Humankapital vornehmen, können diese Volkswirtschaften ihren ökonomischen Entwicklungsprozess mit einem Minimum an risikobehafteten Investitionen, d.h. einem Minimum an Ressourcen verzehrenden trial-and-error Prozessen, betreiben. Dies ermöglicht grundsätzlich eine höhere Wachstumsrate als sie in Volkswirtschaften erzielt werden kann, die an der Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung stehen und deren weitere Entwicklung und Wachstum auf in hohem Maße risikobehafteten Investitionen in neue Technologien und Geschäftsmodellen sowie, grundlegend hierfür, neuem Wissen und Humankapital basieren. Neben diesem auf reduzierten Suchkosten basierenden Impuls für beschleunigtes Wachstum können „Nachzügler“ zudem von einer potentiell sprunghaft steigenden Arbeitsproduktivität profitieren, die auf sektorialem Strukturwandel basiert und dessen Wachstumsimpulse die führenden Volkswirtschaften bereits weitestgehend ausgeschöpft haben. Ein weiterer Effekt

über den „Nachzügler“ höhere Wachstumsraten realisieren und somit ihren Entwicklungsrückstand gegenüber den führenden Volkswirtschaften reduzieren können, ergibt sich aus dem Solow'schen Ersparnis-Investitionen-Abschreibungs-Nexus. Bei einer gegebenen gesamtwirtschaftlichen Sparrate kann die Volkswirtschaft umso schneller wachsen, desto größer der Anteil der Ersparnisse, der in Neuinvestitionen fließt und nicht für den Ersatz abgeschrieben Sachkapitals aufgewendet werden muss. Hoch entwickelte Volkswirtschaften müssen mit zunehmender Reife immer größere Anteile ihrer Ersparnis in den Ersatz abgeschrieben Sachkapitals lenken und können somit nur noch immer geringere Netto-Neuinvestitionen und damit Wachstumsraten realisieren. Letztlich erreichen sie ihren steady state in dem die Ersparnisbildung gerade für die Wiederherstellung des verbrauchten Sachkapitalbestands ausreicht. Wachstum kann nun nur noch durch technologische Innovation und eine produktivere Faktorverwendung realisiert werden. In Summe ergibt sich aus diesen Überlegungen die Einsicht, dass Volkswirtschaften, die dem „ausgetretenen Entwicklungspfad“ der in der Weltwirtschaft führenden Industriestaaten folgen, (a) geradezu zwangsläufig höhere Wachstumsraten werden realisieren können als diese und (b) dieses Wachstumsdifferential umso größer sein wird, desto rückständiger die „nachholende“ Volkswirtschaft.

8 F&E steht für Forschung und Entwicklung

9 „Weiße Ware“ bezeichnet elektrische Haushaltsgeräte. „Braune Ware“ bezeichnet Geräte der Unterhaltungselektronik, da diese sich in vergangenen Jahrzehnten oft durch braune Holzgehäuse auszeichneten.

10 ADI: Ausländische Direktinvestitionen; ODA: Official Development Assistance.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Markus Taube ist Inhaber des Lehrstuhls für Ostasienwirtschaft/China an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Duisburg-Essen (seit 2000) und Gründungspartner von THINKIDESK China Research & Consulting, München-Shanghai, einer auf die Begleitung von Investoren nach und in China spezialisierten Unternehmung (seit 2004). Nach dem Studium der Sinologie und Volkswirtschaftslehre in Trier und Wuhan (VR China) sowie der Promotion an der Ruhr-Universität Bochum war Prof. Taube zunächst als Wissenschaftlicher Referent am ifo Institut für Wirtschaftsforschung (München) tätig.

Die soziale Kehrseite des chinesischen Aufstiegs

Heinrich Kreft

Die ökonomische Entwicklung Chinas ist zweifelsohne dem Aufbau einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ näher gekommen. Allerdings hat sich das Ziel, eine egalitäre Gesellschaft schaffen zu wollen, in den letzten Jahren ins Gegenteil verkehrt. Die rapide Modernisierung Chinas hat zu sozialen Widersprüchen und gesellschaftlichen Ungleichgewichten geführt. Die Ungleichverteilung der Einkommen verstärkt die Disparitäten zwischen Stadt und Land, so dass der Anschluss der ländlichen Bevölkerung an die Wirtschaftsentwicklung zusehends in Gefahr gerät. Zunehmende Landflucht, Millionen von Wanderarbeitern, hohe Arbeitslosigkeit sowie mangelnder Arbeits-, Unfall- und Versicherungsschutz sind weitere Verwerfungen dieser ökonomischen Dynamik. Hinzu kommen die Auswirkungen des demographischen Wandels, der auch in China die bescheidene Altersversorgung kollabieren lässt. Die sozialen Schattenseiten dieser Entwicklung haben in den letzten Jahren zu einem Anstieg von Massenprotesten geführt. Die politische Führung Chinas muss – so das Fazit des Beitrags von Heinrich Kreft – geeignete soziale Maßnahmen und Aufstiegschancen für die Verlierer des Modernisierungsprozesses schaffen, wenn sie der wachsenden Erosion ihrer Legitimität begegnen will.

Die Schattenseiten der chinesischen Erfolgstory

Mit beeindruckender Geschwindigkeit ist China dank seines ökonomischen und politischen Aufstiegs von der Peripherie ins Zentrum der Weltwirtschaft und der Weltpolitik gerückt. China ist inzwischen zur viertgrößten Volkswirtschaft – nach den USA, Japan und Deutschland – aufgestiegen und hat im Jahr 2007 mit 11,4 Prozent erneut das mit Abstand höchste Wachstum unter den großen Volkswirtschaften erzielt. Trotz der von den US-Finanzmärkten ausgehenden und auch die chinesische Exportwirtschaft treffende globale Konjunkturertrübung, wird Chinas Volkswirtschaft auch im Jahr 2008 kräftig wachsen. China ist inzwischen zur drittgrößten Handelsmacht der Welt aufgestiegen: Sein Anteil am Welthandel ist von unter einem Prozent vor 20 Jahren auf heute fünf Prozent angestiegen – Tendenz steigend dank zweistelliger

Exportwachstumsraten. Chinesische Firmen sind in die Weltliga aufgestiegen und exportieren nicht nur, sondern treten auch selbst als Investoren im Ausland auf. Dieser ökonomische Aufstieg hat zwangsläufig zu einem weiteren politischen Aufstieg Chinas zu einer Macht mit nicht nur regionalen, sondern globalen Ambitionen geführt. China ist eine Weltmacht im Werden. Doch dieser Aufstieg hat immer sichtbarer werdende Schattenseiten, deren Analyse im Fokus dieses Beitrags steht.

Die beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung Chinas hat eine weniger bekannte Kehrseite. Diese ist geprägt von großen und weiter wachsenden Herausforderungen. Auf der einen Seite ist es der chinesischen Führung dank 25 Jahren ununterbrochenen Wachstums gelungen, ihrem Ziel – dem Aufbau einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ – näher zu kommen. Das nominale Pro-Kopf-Einkommen, das erst im Jahr 2002 die Grenze von 1.000 US-Dollar überschritten hat, liegt in-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Ein Wanderarbeiter bietet am Straßenrand seine Dienste als Klempner an.

picture alliance/dpa

zwischen bei 2.360 US-Dollar. Auf der anderen Seite hat die rapide Modernisierung Chinas bestehende innere Widersprüche akzentuiert und zu neuen Herausforderungen geführt. Das sich verschärfende innere Problempotential besteht unter anderem in einer ständigen Gratwanderung zwischen hohem Wachstum und Überhitzung, massiven gesellschaftlichen Ungleichgewichten, bis zu 200 Millionen Wanderarbeitern und hoher Arbeitslosigkeit sowie fortgesetzter Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Hinzu kommen wachsende soziale Proteste, Probleme bei der Implementierung von Politik und modernem Recht, sowie eine systemische Korruption. Die Kommunistische Partei tut sich immer schwerer, diese Entwicklungen zu steuern und zu kontrollieren. Die Folge ist eine wachsende Erosion der Legitimität der führenden Stellung der Kommunistischen Partei. Bis weit hinein in hohe Hierarchien reichen die internen Diskussionen darüber, inwieweit die Partei noch in der Lage ist, die Administration zu dirigieren. Trotz der Erfolge und Anpassungsfähigkeit der Kommunistischen Partei Chinas bleibt offen, ob ein in die Weltwirtschaft integriertes Land auf Dauer unter der Führung einer leninistischen Kaderpartei möglich ist.

Wachsende soziale Differenzierung

Im Rückblick haben die Wirtschaftsreformen in China zu erheblichen sozialen Verwerfungen geführt. Die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung sind sehr ungleich verteilt, was sich an dem aktuellen Gini-Koeffizienten¹ von 0,496 ablesen lässt: China hat sich innerhalb von 25 Jahren von einer der egalitärsten Gesellschaften zu einer der ungleichsten entwickelt. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 45 Prozent des Volksvermögens, die ärmsten zehn Prozent dagegen nur 1,4 Prozent. Die wachsende soziale Ungleichheit und gewaltige Einkommensunterschiede zeigen sich insbesondere zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb der städtischen und ländlichen Schichten. 1990 betrug die Einkommensdifferenz zwischen den 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten und den 20

Prozent mit dem niedrigsten Einkommen etwa das Vierfache. Dieser Unterschied ist inzwischen auf fast das 13-fache gestiegen. Verfügten die 20 Prozent mit dem höchsten Einkommen im Jahr 1990 zu Beginn der Reformen über etwa 39 Prozent des Gesamteinkommens, liegt dieser Wert inzwischen bei über 80 Prozent. Das United Nations Development Program (UNDP) gibt die Einkommensdiskrepanz zwischen der obersten und der untersten Zehn-Prozent-Gruppe mit 11 zu 1 an², so dass jetzt selbst offizielle chinesische Stellen von einer bedrohlichen Ungleichverteilung der Einkommen sprechen. Da ein Großteil der Einkommen statistisch nicht erfasst wird, dürften die Einkommensunterschiede in der Realität noch wesentlich höher sein.

Zwar geht es heute auch den 737 Millionen Bauern und der Landbevölkerung in Zentral- und Westchina besser als je zuvor, doch mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 374 Euro lassen sich auch in China nur die lebensnotwendigsten Ausgaben bestreiten. Den 120 bis 135 Millionen Chinesen, die mit einem Dollar am Tag auskommen müssen, stehen 320.000 chinesische Dollar-Millionäre³ gegenüber. Dank letzterer hat sich das Land zu einem boomenden Markt für teure Autos und andere Luxusimporte entwickelt.

Die Unternehmensberatung McKinsey kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass derzeit 22 Prozent der 190 Millionen städtischen Haushalte in China zur Mittelschicht zu zählen sind, und zwar 9,4 Prozent zur oberen Mittelschicht (40.000 bis 100.000 Yuan Jahreseinkommen) und 12,6 Prozent zur unteren Mittelschicht (25.000 bis 40.000 Yuan Jahreseinkommen). McKinsey geht davon aus, dass im Jahre 2025 59,4 Prozent der dann 373 Millionen städtischen Haushalte zur oberen Mittelschicht und weitere 19,8 Prozent zur unteren Mittelschicht gehören werden.⁴

Stagnation der ländlichen Entwicklung

Noch immer leben 56,1 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande. Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind ein wichtiger Faktor für die Unzufriedenheit großer Teile der ländlichen

Bevölkerung und für die anhaltende Landflucht. Die ländlichen Wirtschaftsreformen verringerten vor allem in der Anfangsphase die Armut auf dem Lande beträchtlich. So sank – nach chinesischen Kriterien – die Zahl der absolut Armen von 250 Millionen in 1978 auf 21,5 Millionen im Jahr 2006, womit China bei der Armutsbekämpfung eines der erfolgreichsten Länder der Welt ist.⁵ Die Armutsgrenze ist in China mit 683 Yuan (etwa 62 Euro) pro Person und pro Jahr allerdings niedrig angesetzt. Weitere 35,5 Millionen Chinesen müssen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 958 Yuan (etwa 87 Euro) auskommen. Nimmt man die von den Vereinten Nationen definierte Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag zum Maßstab, erhöht sich die Zahl der in absoluter Armut lebenden Chinesen auf 120 bis 135 Millionen Menschen. Auch in den Städten leben 27,7 Millionen Menschen unterhalb des Existenzminimums.

Trotz des beachtlichen Wachstums der ländlichen Einkommen geht die Einkommensschere zwischen ländlichen und städtischen Einkommen schon seit vielen Jahren auseinander. Nach offiziellen Angaben lag das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen der städtischen Bevölkerung 2007 bei 13.786 Yuan (etwa 1.245 Euro), während die ländlichen Einkommen mit 4.140 Yuan (etwa 374 Euro) nur bei weniger als einem Drittel davon lagen. Städtische und ländliche Einkommen entwickelten sich auch 2007 weiter auseinander. Der vom UNDP erstellte Human Development Index, der neben materieller Versorgung auch Bildungs- und Gesundheitsindikatoren mit einbezieht, zeigt, dass die Stadt-Land-Disparitäten über die 1990er Jahre nicht verringert werden konnten und von 1997 bis 2002 sogar gewachsen sind.⁶ Hinzu kommt die regionale Unausgewogenheit der Wirtschaftsentwicklung. So liegt das Pro-Kopf-Einkommen in der am weitesten entwickelten Küstenregion etwa doppelt so hoch wie in Zentralchina. Chinas ländliche Bevölkerung droht den Anschluss an die allgemeine dynamische Wirtschaftsentwicklung zu verpassen. Dieses ist nicht nur mit der im Vergleich zu den städtischen Industriesektoren langsamer steigenden Produktivität in der Landwirtschaft zu erklären, sondern auch mit dem Abbau staatlicher

Tabelle 1: Auseinanderentwicklung der Einkommen in Stadt und Land (in Yuan, pro Jahr)

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2007
Städtische Einkommen	1.510	2.027	3.496	4.839	5.425	6.280	7.703	9.422	13.786
Ländliche Einkommen	683	784	1.221	1.926	2.162	2.253	2.476	2.936	4.140
Differenz	827	1.243	2.275	2.913	3.263	4.027	5.227	6.486	9.646

Quelle: China Statistic Year Book 2004; State Statistical Bureau; Statistical Communiqué 2007.

Investitionen im Agrarsektor, mit der Verschlechterung der Terms of Trade zwischen Agrar- und Industrieprodukten und auch mit der bis vor kurzem steigenden Steuer- und Abgabenlast zugunsten lokaler Regierungen. Eine weitere wichtige Quelle ländlicher Unzufriedenheit ist die Bodenfrage. Nach offiziellen Angaben hat die chinesische Landwirtschaft allein im Jahr 2003 2,5 Millionen Hektar an Anbauflächen verloren, was vor allem auf die Umnutzung unter anderem für Industrie- und Wohnansiedlungen sowie für Infrastrukturprojekte zurückzuführen ist. Diese Umnutzung ist ein besonders großes Einfallstor für Korruption. Bauern erhalten häufig nur einen Bruchteil des Gesamterlöses, was wiederholt zu Protesten geführt hat. Die Mehrheit der Bauern hat langfristige Nutzungsverträge (30 Jahre), jedoch kein Eigentum an den von ihnen bearbeiteten Flächen, die sie somit auch weder beleihen noch verkaufen können.

Die von Peking, bzw. den Provinzregierungen vorgegebenen Modernisierungsziele (Infrastrukturprojekte) ohne gleichzeitiges Zurverfügungstellen der notwendigen Finanzmittel führten in den 1990er Jahren zu einer deutlichen Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast lokaler Unternehmen und der Bauernschaft. Trotz dieser Maßnahmen sind heute eine große Zahl Dörfer, Gemeinden und Landkreise hoch verschuldet. Dieser Schuldenberg wird inzwischen auf umgerechnet nahezu 100 Milliarden Euro geschätzt. Die mit 30 Prozent beträchtliche Besteuerung der bäuerlichen Einkommen hat wiederholt zu ländlichen Unruhen geführt. Die Zentralregierung hat zwar im Jahr 2004 die Abschaffung der Agrarsteuer beschlossen, was jedoch das Problem der unzureichenden Finanzausstattung der lokalen Ebene nur verstärkt hat, da keine Ausgleichszahlungen von Peking überwiesen werden.

Hukou-System und Landflucht

Für nahezu 50 Jahre war das Haushaltsregistrierungssystem eine Besonderheit der chinesischen Gesellschaft mit enormen gesellschaftlichen Auswirkungen. Das System unterscheidet zwischen städtischen und ländlichen Bewohnern wie auch zwischen landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen *hukou*. Das System untersagt Bauern, ohne behördliche Genehmigung vom Land in die Stadt zu ziehen. Damit sollte die Landflucht verhindert und die Lage der Städte stabilisiert werden. Mitte der 1980er Jahre lockerte der Staat dieses System und erlaubte den zeitweiligen Aufenthalt ländlicher Arbeitskräfte in den Städten.

Es wird geschätzt, dass derzeit etwa 120 Millionen Landbewohner, d.h. 23 Prozent aller ländlichen Arbeitskräfte in den Städten tätig sind, weitere etwa 80 Millionen sind als Wanderarbeiter in ländlichen Betrieben beschäftigt. Durch ihren Geldtransfer tragen diese Wanderarbeiter in beträchtlicher Weise zu einem Armutsabbau auf dem Lande bei. Die Wanderarbeiter leben und arbeiten im Vergleich zu ihren städtischen Kollegen in prekären Verhältnissen. Sie erledigen die schmutzigsten, die härtesten und die gefährlichsten Arbeiten. Ihre Arbeitswoche besteht in der Regel aus sieben Tagen und ihr Arbeitstag aus bis zu zwölf Stunden und das bei geringen Löhnen (2007 durchschnittlich etwa 108 Euro) und defizitärem Arbeitsschutz. Sie haben in der Regel keinerlei soziale Absicherung. Nur etwa zwölf Prozent der Wanderarbeiter sind gegen Berufsunfälle versichert; fünf Prozent verfügen über eine Krankenversicherung. Da die Wanderarbeiter nach dem Hukou als Bauern registriert sind, haben sie auch kein Recht auf städtische Sozialleistungen.

Zudem sind ihre Familien, soweit sie mit in die Städte gezogen sind, aufgrund ihres nach wie vor problematischen Aufenthaltsstatus weitgehend von Bildungschancen ausgeschlossen. 20 Millionen Kinder von Wanderarbeitern wachsen daheim auf dem Lande ohne ihre Eltern bei Verwandten oder Bekannten auf. Auch wenn es in China – zum Teil aufgrund rabiater behördlicher Räumungsmethoden – keine Slums gibt, ist das soziale Gefälle in den Städten augenfällig.⁷ Allein in Peking sollen mehr als 3,8 Millionen und in Schanghai 3,75 Millionen Wanderarbeiter tätig sein. In China gibt es auch nach wie vor Kinder- und Sklavenarbeit, deren Ausmaß sich nur schwer abschätzen lässt. Im Mai 2007 wurden in der zentralchinesischen Provinz Henan und der benachbarten Kohleprovinz Shanxi mehrere Fälle von Kinder- und Sklavenarbeit in Ziegeleien und Kohleminen aufgedeckt, worüber die chinesischen Medien ausführlich berichteten. Über 50 entführte Kinder und nahezu 600 Wanderarbeiter arbeiteten dort unter sklavenähnlichen Bedingungen bis zu 16 Stunden am Tag und wurden rund um die Uhr bewacht, um ihre Flucht zu verhindern. Partei und Regierung haben die von der Partei gelenkten Gewerkschaften angewiesen, sich stärker für den

Schutz und die Rechte von Wanderarbeitern einzusetzen. Nach Angaben der Gewerkschaften waren mit Stand vom März 2008 80 Millionen, d.h. 40 Prozent der Wanderarbeiter, Gewerkschaftsmitglied. Allerdings steht eine wirksame Reform des diskriminierenden Hukou-Systems bisher nicht auf der Tagesordnung der Regierung.

Als Folge der Landflucht hat sich der Urbanisierungsgrad von etwa 20 Prozent Anfang der 1980er Jahre innerhalb von nur zwei Jahrzehnten verdoppelt. Die Regierung versuchte mit nur mäßigem Erfolg mittels einer dezentralen Urbanisierungsstrategie mittelgroße Städte auf dem Lande zu schaffen, um so den zu groß werdenden Migrationsdruck auf die großen Ballungsräume an der Ostküste zu senken. Die Weltbank und auch chinesische Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2020 weitere 300 Millionen Bauern in die Städte abwandern werden und sich der Urbanisierungsgrad damit auf 60 Prozent erhöhen wird.

Mangelnder Arbeitsschutz

Der Arbeitsschutz und die Sicherheit der Beschäftigten bei ihrer Berufstätigkeit sind in China noch stark unterentwickelt. Dieses trifft insbesondere auf den Kohlebergbau zu. Im Jahre 2007 kamen nach offiziellen Angaben 3.787 Bergleute ums Leben, doch unabhängige Beobachter schätzen die Zahl deutlich höher ein. Damit entfallen 80 Prozent aller Todesfälle bei Bergwerksunfällen auf China, obwohl das Land mit 2,5 Milliarden Tonnen Kohle nur 40 Prozent der weltweiten Kohle fördert. Gemessen an der Fördermenge liegt die Todesrate in chinesischen Kohlegruben siebenmal höher als in Indien und Russland und 70-mal höher als in den USA.

Auch in anderen Wirtschaftssektoren gehören tödliche Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zur traurigen Realität. Nach Angaben der State Administration of Work Safety starben 2007 mehr als 101.000 Menschen bei Arbeits- und Verkehrsunfällen. Rund 200 Millionen

Tabelle 2: Todesfälle in chinesischen Kohlegruben

2004	2005	2006	2007
6.027	5.986	4.746	3.787

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Arbeiter sind laut Schätzungen des chinesischen Gesundheitsministeriums durch Berufskrankheiten gefährdet. 30.000 erkranken jedes Jahr aufgrund des Umgangs mit giftigen und anderen gesundheitsschädlichen Substanzen. Mehr als 600.000 Menschen sollen seit den 1950er Jahren an einer Staublunge erkrankt und 140.000 davon inzwischen gestorben sein.

Die chinesische Staats- und Parteiführung kündigt regelmäßig eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen und größere Anstrengungen zur Kontrolle der Arbeitssicherheit an. Die Zentralregierung hat auch immer wieder die Schließung von unsicheren Kohleminen angekündigt, doch zu einer spürbaren Verbesserung haben diese Maßnahmen kaum geführt. Chinas Arbeitsschutzbehörde wirkt wie ein zahloser Tiger, der sich gegen die im Kohlebergbau weit verbreitete Korruption, in der Minenbetreiber, lokale Aufsichtsbehörden und Parteifunktionäre zusammenwirken, nur selten durchsetzen kann. Aufgrund des schnell wachsenden Energiebedarfs steigt die Nachfrage nach Kohle, mit der in China sehr viel Geld zu verdienen ist.

Demographie und soziale Sicherung

Die marktwirtschaftlichen Reformen seit Beginn der 1980er Jahre haben zu einer Krise der sozialen Sicherungssysteme geführt, die seit den 1950er Jahren aufgebaut worden waren. Regierung, Partei und Staatsbetriebe garantierten ihren Beschäftigten eine Absicherung in allen Lebenslagen. Diese basierte in den Städten vor allem auf der Versorgung der Beschäftigten durch die Staatsbetriebe, von denen viele inzwischen zusammengebrochen oder nicht mehr in der Lage sind, für die medizinische Versorgung und die Rentenzahlungen aufzukommen. Im Durchschnitt haben seit 1997 etwa zehn Millionen Arbeitnehmer jedes Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, die mit den jährlich zehn bis zwölf Millionen Schulabgängern auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung konkurrieren. Auch im ländlichen Raum, der immer im Vergleich zu den Städten unterprivilegiert war, gibt es einen vergleichbaren Trend. Mit der Dekollektivierung der Landwirtschaft sind immer mehr Menschen aus dem in den 1960er Jahren eingeführten System genossenschaftlicher Gesundheitsversorgung herausgefallen.

Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind in China bisher die Ausnahme und weitgehend ein Privileg für die Beschäftigten in Staatsbetrieben, in Partei und Verwaltung sowie einigen großen Privatunternehmen.

Tabelle 3: Demographische Entwicklung Chinas

	1980	1990	2000	2030	Veränderung 2000–2030
Landbevölkerung in Millionen	796	841	855	560	– 295
Anteil an der Gesamtbevölkerung	81%	74%	67%	35%	
Städtische Bevölkerung (Millionen)	191	302	421	1040	+ 619
Anteil an der Gesamtbevölkerung	19%	26%	33%	66%	
Gesamtbevölkerung (Millionen)	987	1143	1276	1600	+ 324

Quelle: China Statistics Bureau: Estimates on 2000 and 2030 demography.

Die Altersversorgung

Traditionell wurde die Altersversorgung insbesondere auf dem Land von der Familie getragen und dort primär von den Söhnen, was insbesondere den Wunsch nach männlichen Nachkommen erklärt (und inzwischen zu einem erheblichen Männerüberhang geführt hat).⁸ Durch Abwanderung der jungen Leute in die Städte und durch den wachsenden Anteil der Alten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und als Folge der Ein-Kind-Politik ist die traditionelle Altersversorgung auf dem Lande in hohem Maße Not leidend.

Chinas demographische Entwicklung gleicht immer mehr der weit aus entwickelter Gesellschaften. Die chinesische Gesellschaft altert rapide und das bei

nach wie vor niedrigem Einkommensniveau. Gemäß UN-Projektionen wird zwischen 2005 und 2050 der Altersmedian um 12,2 Jahre auf fast 45 Jahre springen (in Deutschland dürfte der Wert im gleichen Zeitraum um 5,3 auf 47 Jahre steigen).⁹ Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter¹⁰ als Anteil an der Gesamtbevölkerung wird ihren Höhepunkt etwa um 2010 erreichen mit 72,2 Prozent, von dort abnehmen und 2050 60,7 Prozent erreichen. Nimmt man aber die niedrigere Pensionierungsgrenze in China zum Maßstab (50 bis 55 Jahre bei Frauen und 60 bis 65 bei Männern), wird der Höhepunkt, der dann bei nur 62,3 Prozent liegt, bereits zwischen 2005 und 2010 erreicht und würde im Jahr 2050 auf dann 47 Prozent zurückgehen. Würde sich an der Pensionierungsgrenze nichts ändern,

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Tabelle 4: Sozialversicherte in China (Stand 2007)

Versicherung	in Millionen Menschen	davon: Arbeiter und Angestellte	davon: Rentner
Rentenversicherung	200	150	50
Krankenversicherung	220	178	42
Arbeitslosenversicherung	114,7	s. S. 200	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

kämen 2050 79 Rentner auf 100 Personen im beschäftigungsfähigen Alter. Als Folge des demographischen Wandels wird die Zahl der Rentner schneller wachsen als die Zahl der beschäftigungsfähigen Bevölkerung, die ab 2011 nicht mehr ansteigen wird. Ohne einschneidende Reformen dürfte die derzeit bestehende ohnehin bescheidene Altersversorgung bald kollabieren.¹¹ Mitte der 1980er Jahre haben Partei und Regierung mit dem Umbau des alten Systems der staatlichen Versorgung begonnen. An seine Stelle ist ein gemeinsam von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziertes Sozialversicherungssystem getreten, das allerdings bisher nur einem kleinen Teil der chinesischen Bevölkerung zugute kommt. Von den 764 Millionen Erwerbstätigen haben nur 20 Prozent Rentenversicherungsansprüche, etwa 23 Prozent eine Kranken- und rund 15 Prozent eine Arbeitslosenversicherung. Die Rentenversicherungspflichtigen zahlen et-

wa vier bis acht Prozent ihres Einkommens als Beitrag, der Arbeitgeber bis zu 24 Prozent. Ein Rentenanspruch entsteht nach Ablauf von 15 Beitragsjahren. 50 Millionen Menschen beziehen in China eine monatliche Rente, die im Durchschnitt 963 Yuan (knapp etwa 87 Euro) beträgt, was bei steigenden Lebenshaltungskosten zur Verarmung vieler Rentner führt, bzw. diese zu Zuverdiensten im Privatsektor zwingt. Das chinesische Rentenversicherungssystem steht vor kaum lösbaren Problemen: Nicht nur, dass für lediglich ein Fünftel der abhängig Beschäftigten Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden, sondern auch das mit 51,2 Jahren etwa zehn Jahre unter dem weltweiten Durchschnitt liegende Renteneintrittsalter und der wachsende Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute 153 Millionen auf über 400 Millionen bis zum Jahr 2050 unterminieren das System. Da das Rentenversicherungssystem von einer Lebenserwartung von zehn Jahren nach dem Eintritt in die Rente ausgeht, tatsächlich aber für durchschnittlich 25 Jahre Renten gezahlt werden, entstehen in der dezentral organisierten Rentenversicherung riesige Defizite.

Gesundheitspolitik und Krankenversicherung

Auch im chinesischen Gesundheitswesen akzentuieren sich die Probleme. Während in Peking und den boomenden Städten der Ostküste überall private State-of-the-art-Krankenhäuser westlichen Standards für eine zahlungskräftige Klientel entstehen, wird die gesundheitliche Versorgung für die Mehrheit der Chinesen und insbesondere für die 737 Millionen Menschen auf dem Lande immer schlechter. Der Staat hat sich aus der Finanzierung der Gesundheits-

Als Folge des demographischen Wandels wird die Zahl der Rentner auch in China schneller wachsen als die Zahl der beschäftigungsfähigen Bevölkerung. Ohne einschneidende Reformen dürfte die ohnehin bescheidene Altersversorgung bald kollabieren.

picture alliance/dpa

versorgung weitgehend zurückgezogen und diesen Bereich nahezu vollständig kommerzialisiert. Wer die steigenden Kosten für eine ärztliche Behandlung oder einen Krankenhausaufenthalt nicht bezahlen kann, muss sich entweder (häufig hoch) verschulden oder auf ärztliche Hilfe verzichten. Die Aufwendungen für das chinesische Gesundheitswesen liegen bei jährlich 4,82 Prozent des Sozialprodukts, aber nur 17 Prozent der Mittel stammen aus öffentlichen Kassen. Der größte Teil der Aufwendungen – etwa 55 Prozent – muss von den Patienten selbst aufgebracht werden. Der Rest stammt von Versicherungen. Erschwerend kommt hinzu, dass nur 20 Prozent der Gesundheitsausgaben der Landbevölkerung zugute kommen, d.h. 56 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Krankenversicherung konzentriert sich bisher auf die Beschäftigten in Partei, Verwaltung und Staatsbetrieben sowie vereinzelt Privatunternehmen. In den Städten liegt der Anteil der krankenversicherten Erwerbstätigen bei etwa 64 Prozent, die zwei Prozent ihrer Lohnsumme als Beitrag entrichten, während die Arbeitgeber bis zu zehn Prozent der Lohnsumme zahlen. Für die 737 Millionen auf dem Land lebenden Menschen hat die Regierung ein eigenes Kostenerstattungssystem für die Behandlung schwerer Krankheiten aufgebaut. Viele Landbewohner sind aber gar nicht in der Lage, mit größeren Beträgen in Vorlage zu treten. Nach chinesischen Angaben können sich 48,9 Prozent der Bevölkerung im Falle einer Krankheit keinen Arztbesuch leisten. Für die Landbevölkerung schätzt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) diesen Anteil auf 60 Prozent, d.h. auf 442 Millionen Menschen.

Arbeitslosen- und Grundsicherung

Von Chinas 764 Millionen Erwerbstätigen sind nach offiziellen Angaben nur etwa acht Millionen, d.h. vier Prozent, arbeitslos. Allerdings gibt dieses die arbeitsmarktpolitische Realität nur sehr eingeschränkt wieder, denn die chinesische Statistik erfasst nur die in den Städten registrierten Arbeitslosen und auch die nur sehr ungenau. Das Development Research Center des Staatsrats geht von einer Arbeitslosigkeit von etwa 12 Prozent (d.h. etwa 90 Millionen) aus. Allein zwischen 1998 und 2002 verloren 77 Millionen Menschen im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus ihren Arbeits-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

platz.¹² Auf dem Land wird die Arbeitslosigkeit auf etwa 30 Prozent geschätzt. Etwa 150 bis 170 Millionen Menschen dürften dort ohne produktive Arbeit oder unterbeschäftigt sein.

Parallel zur Renten- und Krankenversicherung hat die Regierung damit begonnen, eine im sozialistischen System per definitionem nicht notwendige Arbeitslosenversicherung aufzubauen. Die Arbeitslosenversicherung gilt bisher nur für die in den Städten beschäftigten Arbeitnehmer, die 0,5 bis ein Prozent ihres Einkommens und deren Arbeitgeber ein bis zwei Prozent der jeweiligen Lohnsumme als Beiträge zahlen. Anspruch auf Leistungen aus diesem Fonds erwachsen nach einem Jahr, die je nach Beitragsjahren ansteigen, aber auch nach zehn Jahren wird Arbeitslosengeld nur für 18 Monate gezahlt. Die Höhe des Arbeitslosengeldes ist von Region zu Region unterschiedlich: in Peking liegt der Betrag zwischen 337 (etwa 30 Euro) und 446 Yuan (etwa 40 Euro) im Monat. Landesweit beziehen nach Angaben des zuständigen Ministeriums 3,27 Millionen Menschen Arbeitslosenunterstützung. Dieses System ist allerdings bisher nur in einigen Regionen eingeführt. Es dürfte noch lange dauern, bis ein landesweites Arbeitslosenversicherungssystem aufgebaut ist.

Zeitgleich mit der Arbeitslosenversicherung wurde auch eine Sozialhilfe eingeführt. Diese Aufgabe obliegt den Einwohnerkomitees in den städtischen Nachbarschaftsvierteln. Dieses in den vergangenen Jahren in den Städten aufgebaute System einer Grundsicherung wird derzeit auch auf die Landbevölkerung ausgeweitet. Die derzeit in den Städten an Bedürftige gezahlte Sozialhilfe liegt bei 182 Yuan (etwa 16 Euro) pro Person und Monat. Auf dem Lande werden durchschnittlich 70 Yuan (etwa 6,32 Euro) pro Person und Monat gezahlt. Insgesamt erhalten 27,7 Millionen Bedürftige in den Städten und 35,5 Millionen Menschen auf dem Land Zuschüsse zur Sicherung des Existenzminimums.

Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat in China inzwischen bedrohliche Ausmaße erreicht. So kommt die Weltbank in einer Studie zu dem Ergebnis, dass sich bei Gegenrechnung der Umweltschäden das Wirtschaftswachstum halbieren dürfte.¹³

Gemäß inoffiziellen Zahlen sterben jedes Jahr 750.000 Chinesen vorzeitig aufgrund der Umweltverschmutzung. Die Luft in den meisten chinesischen Großstädten ist in hohem Maße belas-

tet. 16 der 20 weltweit am meisten verschmutzten Großstädte befinden sich in China. In 200 chinesischen Großstädten überschreitet der Schwebstoffgehalt die von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Grenzwerte. Über 75 Millionen Chinesen leiden unter akuten Asthmaanfällen. Ein Drittel des Landes ist von saurem Regen betroffen. China ist – in absoluten Zahlen – bereits der zweitgrößte Treibhausgasemittent der Welt und dürfte bald auch die USA überholen. Bezogen auf die Pro-Kopf-Emissionen aller Treibhausgase lag China im Jahr 2000 mit knapp vier Tonnen noch unter dem weltweiten Durchschnitt von 5,6 Tonnen, während die USA mit 24,5 Tonnen pro Kopf im weltweiten Vergleich an der Spitze lagen. Besorgniserregend ist insbesondere die Steigerung der chinesischen Emissionen, die allein im Zeitraum von 2000 bis 2005 um etwa 45 Prozent gestiegen sind.

Ein großer Teil der Umweltverschmutzung wird vom Kohlebergbau und von Kohlekraftwerken verursacht. Während China Öl und Gas importieren muss, verfügt es über große, allerdings stark schwefelhaltige Kohle. Aus Gründen der Energiesicherheit setzt China für die Deckung des schnell wachsenden Energiebedarfs auf die Verstromung der heimischen Kohle. Dazu sollen bis 2012 über 500 neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Wenn diese nicht mit neuester Filtertechnologie ausgerüstet und mit größtem Wirkungsgrad gebaut werden, wird dieses über mehrere Jahrzehnte verheerende Folgen für die Umwelt haben.¹⁴ Zur Luftverschmutzung trägt auch der wachsende motorisierte Individualverkehr bei. Bis 2020 soll die Anzahl der Personenkraftwagen von derzeit etwa 35 Millionen auf 100 Millionen Fahrzeuge ansteigen.

Wasserverschmutzung und Wassermangel sind eine weitere große Herausforderung für die Regierung. Bis zu 700 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Nur ein Viertel der Abwässer werden geklärt bzw. behandelt. 70 Prozent der Flüsse und 90 Prozent der städtischen Gewässer sind stark belastet. Nur ein Fünftel der Abfälle werden umweltgerecht entsorgt.

Die chinesische Regierung muss ein Regel- und Anreizsystem dafür schaffen, dass die kurzfristigen Kosten eines effektiven Umweltschutzes von den (zumeist industriellen) Verursachern getragen werden, um damit die langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten weiterer, zum Teil irreparabler Umweltschäden zu vermeiden.

Mit der jüngsten Aufwertung der staatlichen Umweltbehörde State Environmental Protection Administration (SEPA) zum Umweltministerium soll die Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen

gestärkt werden. Ob dieses gelingt, ist aber zweifelhaft, da die Umweltgesetze (wie andere Gesetze auch) der Zentralregierung nur sehr lückenhaft in dem großen Land angewandt werden. Das Problem ist auch nicht mit der Einführung moderner Umwelttechnologie in den Griff zu bekommen. Es kommt vielmehr darauf an, die politische Kultur des Landes zu verändern, in Richtung auf mehr Transparenz, bessere Regierungsführung (durch effektive Kontrollinstanzen) vor allem auf der lokalen Ebene und ein unabhängigeres Rechtssystem.¹⁵

Wachsende Proteste

Die tief greifenden Veränderungen seit Beginn der Reformen Ende der 1970er Jahre haben zu großen sozialen Verwerfungen geführt, die für die politische Führung des Landes zu einer wachsenden Herausforderung werden. Chinesische Berichte zeigen, dass die Menschen sich zunehmend gegen Willkür lokaler Behörden zur Wehr setzen. Immer mehr Menschen gehen gegen als ungerecht empfundene Entscheidungen staatlicher Instanzen oder von Parteistellen vor. Dazu werden nicht nur amtliche Beschwerdeverfahren genutzt. Die Übergabe von Petitionen, Sitzstreiks vor Parteibüros oder Ämtern gehören genauso dazu wie nicht genehmigte Demonstrationen bis hin zu Verkehrsblockaden und gewalttätigen Übergriffen auf Behörden- und Parteivertreter. Gemäß offiziellen chinesischen Quellen ist die Zahl sozialer Unruhen und Proteste (so genannte „Massenvorfälle“) in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Nach offiziellen Zahlen des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit ist die Zahl der Fälle von „Störungen der öffentlichen Ordnung“ von 10.000 mit 730.000 Beteiligte im Jahr 1993 auf 87.000 im Jahr 2005 angewachsen, an denen sich schätzungsweise drei bis zehn Millionen Menschen beteiligten.¹⁶ In 35 Prozent dieser Fälle waren Bauern beteiligt. In diesen Fällen geht es zumeist um Landnutzungsrechte. Im März 2007 erklärte das Ministerium für Landwirtschaft und Ressourcen, dass es im Jahr zuvor 96.133 Fälle illegaler Landnutzung untersucht habe, in denen laut Schätzungen von Regierungsexperten zwischen 540.000 und 814.000 Bauern ihr Land verloren haben dürften. Für das erste Halbjahr 2007 gab der zuständige Minister Xu Shaoshi 24.245 neue Fälle bekannt. In 80 Prozent dieser Fälle seien dabei lokale Vertreter des Staates in illegaler Weise verwickelt.¹⁷ Allerdings kam es 2005 nur in 700 (der 87.000) Fälle, d.h. in weniger als zwei Prozent, zu Zusammenstößen mit der

Polizei. Der schwerwiegendste bekannt gewordene Fall ereignete sich im Dezember 2005 als es in Dongzhou, im Südosten der Provinz Guangdong zu Zusammenstößen von Dorfbewohnern mit der Bewaffneten Volkspolizei kam, in denen mehrere Dorfbewohner ums Leben gekommen sind.

Die Reaktion des Staates: Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“

Trotz der wachsenden Unzufriedenheit und der zunehmenden Zahl sozialer Unruhen ist die Gefahr nicht sehr hoch, dass sich diese zu Flächenbränden ausweiten und das Regime ernsthaft gefährden könnten. Dennoch sind Regierung und Führung der Kommunistischen Partei alarmiert und haben inzwischen den Fokus ihrer politischen Prioritäten sichtbar verändert. Die Bemühungen der Zentralregierung, die Ursachen der wachsenden sozialen Proteste anzugehen, wird beeinträchtigt durch bestehende Spannungen zu den lokalen Regierungen, durch institutionelle Schwächen des Staatsapparates, inkonsistente Politik und der Unfähigkeit oder dem Unwillen

zu grundlegenden politischen Reformen. Die Zentralregierung hat die Berechtigung vieler Proteste aber anerkannt, unter anderem durch Premierminister Wen Jiabao in seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongress. In einigen Fällen revidierte die Zentralregierung auch Entscheidungen lokaler Behörden oder bestrafte Beamte wegen des Einsatzes unverhältnismäßiger Mittel. Staat und Partei behalten sich aber in jedem Fall die Entscheidung darüber vor, welche Proteste als legitim und akzeptabel gelten. Peking verfolgt insgesamt eine „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie im Umgang mit sozialen Protesten.

Schon 1999 begann die Zentralregierung damit, mittels der Förderung großer Infrastrukturprojekte die zurückgebliebenen Westprovinzen an die boomenden Ostprovinzen anzubinden und die lokalen Ressourcen zu erschließen – mit bisher nur mäßigem Erfolg. In 2003 folgte ein zweites regionales Förderprogramm für die Notleidende Schwerindustrieregion des Nordostens.

Seit dem Übergang von Jiang Zemin zu Hu Jintao im Jahr 2002 wenden sich Regierung und Partei zunehmend den Verlierern des Modernisierungsprozesses zu. Der 11. Fünf-Jahresplan (2006–2010) sieht neben der Fortführung und Verstärkung von Maßnahmen zur Angleichung von städtischen und ländlichen Einkommen auch eine Verstärkung der Anstrengungen im Bereich Energie und Ökologie vor.

Die politische Führung hat die Notwendigkeit einer sozial und ökologisch ausgeglicheneren Entwicklung erkannt. Unter der neuen Leitidee einer „harmonischen Gesellschaft“ zeigt sich die derzeitige Partei- und Regierungsführung entschlossen, das bisherige Modell eines Wachstums um (nahezu) jeden Preis ohne große Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Kosten zu korrigieren. Ähnliches gilt für Fragen der Produktsicherheit, von mangelhaftem (exportiertem) Spielzeug bis hin zum jüngsten Lebensmittelskandal, bei dem aus purer Profitgier Milchprodukte mit giftigem Melamin angereichert wurden, die zur Erkrankung und zum Tod zahlreicher Kleinkinder geführt haben.

In Anbetracht der begrenzten Durchsetzungs- und Kontrollfähigkeit der Zentrale gegenüber den Provinzen und lokalen Behörden sowie Parteikadern ist es allerdings fraglich, ob das dringend erforderliche Umsteuern überhaupt und in der gebotenen Schnelligkeit gelingt. Von daher ist davon auszugehen, dass wachsende Einkommensunterschiede, grassierende Korruption und das Fehlen demokratischer Institutionen auch weiterhin zu sozialen Unruhen führen werden. Allerdings dürfte es unwahrscheinlich sein, dass sich das aktuelle Niveau

an Unruhepotential in einer nationalen politischen Bewegung entladen könnte, ohne dass andere soziale Gruppen, insbesondere die neue Mittelschicht, Intellektuelle und Studenten sich ihr anschließen. Die entscheidende Herausforderung für die kommunistische Parteiführung besteht darin, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sichern und gleichzeitig durch geeignete soziale Maßnahmen und der Eröffnung von Aufstiegschancen einen möglichst großen Teil der bisherigen Verlierer des Modernisierungsprozesses einzubeziehen.

LITERATUR

- Cai, Heping/Hua, Yingfang (2008): Sozialversicherung für Wanderarbeiter in der Volksrepublik China/Social insurance of rural migrants in the People's Republic of China. In: China aktuell, 1/2008 (Special issue: Flexibility and security in the People's Republic of China), S. 181–203.
- Cai, Yongshun (2008): Social conflicts and modes of action in China. In: The China Journal, January 2008, S. 89–109.
- Chan, Gerald/Lee, Pak K./Chan, Lai-ha (2008): China's environmental governance: the domestic-international nexus. In: Third World Quarterly, 2/2008, S. 291–314.
- Chan, Kam-wing/Wang, Man (2008): Remapping China's regional inequalities, 1990–2006: a new assessment of de facto and de jure population data. In: Eurasian Geography and Economics, 1/2008, S.21–56.
- Chandler, William (2007): Financing energy efficiency in China. Washington D.C.
- Chandler, William (2008): Breaking the suicide pact: U.S.-China cooperation on climate change. Washington/D.C.
- Chen, Shaofeng (2008): Motivations behind China's foreign oil quest: a perspective from the Chinese government and the oil companies. In: Journal of Chinese Political Science, 1/2008, S. 79–104.
- Cheng, Joseph Y. S. (2008): A Chinese view of China's energy security. In: The Journal of Contemporary China, 55/2008, S. 297–318.
- Davies, Gloria/Ramia, Gaby (2008): Governance reform towards „serving migrant workers“: the local implementation of central government regulations. In: The China Quarterly, 193/2008, S. 140–149.
- Economy, Elizabeth C. (2007): The great leap backward: the costs of China's environmental crisis. In: Foreign Affairs, 5/2007, S. 38–59.
- Fan, C. Cindy/Sun, Mingjie (2008): Regional inequality in China, 1978–2006. In: Eurasian Geography and Economics, 1/2008, S. 1–20.
- Gallagher, Kelly Sims (2007): China needs help with climate change. In: Current History, 703/2007, S. 389–394.
- Gilboy, George J./Read, Benjamin L. (2008): Political and social reform in China: alive and walking. In: The Washington Quarterly, 3/2008, S. 143–164.
- Jacka, Tamara (2007): Population governance in the PRC: political, historical and anthropological perspectives. In: The China Journal, 58/2007, S. 111–128.
- Jennings, M. Kent /Chen, Kuang-hui (2008): Perceptions of injustice in the Chinese countryside. In: The Journal of Contemporary China, 55/2008, S. 319–338.



UNSER AUTOR

Dr. Heinrich Kreft ist seit September 2006 vom Auswärtigen Amt beurlaubt und als außen- und sicherheitspolitischer Berater der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag tätig. 1994 trat er in den deutschen diplomatischen Dienst ein mit Tätigkeiten u. a. an den deutschen Botschaften in Bolivien, Japan und den USA sowie im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, dessen stellvertretender Leiter er bis Ende 2005 war. Er war Visiting Fellow in verschiedenen amerikanischen Think-Tanks in Washington, D.C. Heinrich Kreft hat Politikwissenschaften, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft am Juniata College, PA (USA), an der WWU Münster sowie am Institut d'Etudes Politiques de Paris (I.E.P.) studiert. Schwerpunkt seiner Arbeits- und Forschungstätigkeit sind Asien und die USA mit zahlreichen Publikationen. Seit 1994 hat er China über zwanzigmal aus offiziellen Anlässen (Konsultationen, Gespräche, Konferenzen, Vorträge an Universitäten) bereist.

Kang Xiaoguang/Han, Heng (2008): Graduated controls: the state-society relationship in contemporary China. In: *Modern China*, 1/2008, S. 36–55.

Keidel, Albert (2007): China's regional disparities: the causes and impact of regional inequalities in income and well-being. Washington D.C.

Khan, Hamayoun (2007): Changing demographic trends in China. In: *Strategic Studies*, 2/2007, S. 152–171.

Kref, Heinrich (2008): Chinas energische Energiesicherheitspolitik. In: Braml, Josef (Hrsg.) (2008): *Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik. Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006*. München 2008, S. 234–242.

Kref, Heinrich (2008): Die Schattenseiten des Aufstiegs. Innere Widersprüche einer Weltmacht im Werden. In: *Die Politische Meinung*, 464/2008, S. 15–18.

Kref, Heinrich (2008): Sicherheit der Energieversorgung Chinas – Eine globale Herausforderung. In: *Geographische Rundschau*, 1/2008, S. 50–57.

Kref, Heinrich (2007): Chinas Politik der Energie- und Rohstoffsicherung als Herausforderung für den Westen. In: *Internationale Politik und Gesellschaft/International Politics and Society*, 2/2007, S. 46–61.

Kref, Heinrich (2006): China – Die soziale Kehrseite des Aufstiegs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49/2006, S. 15–20.

Kref, Heinrich (2006): China's Energy Security Conundrum. In: *The Korean Journal of Defense Analysis*, 3/2006, S. 107–120.

Kref, Heinrich (2006): La diplomatie chinoise de l'énergie. In: *Politique Étrangère*, 2/2006, S. 349–360.

Lan, Xue/Simonis, Udo Ernst/Dudek, Daniel J. (2007): Environmental governance in China: recommendations of a task force. In: *Internationales Asienforum*, 3/2007, S. 293–304.

Li Shantong/Xu, Zhaoyuan (2008): The trend of regional income disparity in the People's Republic of China. Tokio.

Li, Lianjiang/O'Brien, Kevin J. (2008): Protest leadership in rural China. In: *The China Quarterly*, 193/2008, S. 1–23.

Mertha, Andrew C. (2008): China's water warriors: citizen action and policy change. Ithaca/N.Y.

Michelson, Ethan (2008): Justice from above or

below? Popular strategies for resolving grievances in rural China. In: *The China Quarterly*, 193/2008, S. 43–64.

Morgan, Jamie (2008): China's growing pains: towards the (global) political economy of domestic social instability. In: *International Politics*, 4/2008, S. 413–438.

Oberheitmann, Andreas (2008): Langer Marsch in die CO₂-Freiheit: Pekings Energiepolitik zwischen fossiler Energiesicherheit und Klimaschutz. In: *Internationale Politik*, 4/2008, S. 55–61.

Richerzhagen, Carmen/Scholz, Imme (2008): China's capacities for mitigating climate change. In: *World Development*, 2/2008, S. 308–324.

Tan, Wei (2007): On the contemporary state of environment and environmental governance in China. In: *Verfassung und Recht in Übersee*, 3/2007, S.314–328.

Tanner, Murray Scot (2007): Chinese Communist Party strategies for containing social protest: 2nd Berlin Conference on Asian Security (Berlin Group). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Wacker, Gudrun/Kaiser, Matthias (2008): Nachhaltigkeit auf chinesische Art: das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Yang, Ming (2008): China's energy efficiency target 2010. In: *Energy Policy*, 2/2008, S. 561–570.

Zhao, Suisheng (2008): China's global search for energy security: cooperation and competition in Asia-Pacific. In: *The Journal of Contemporary China*, 55/2008, S. 207–228.

ANMERKUNGEN

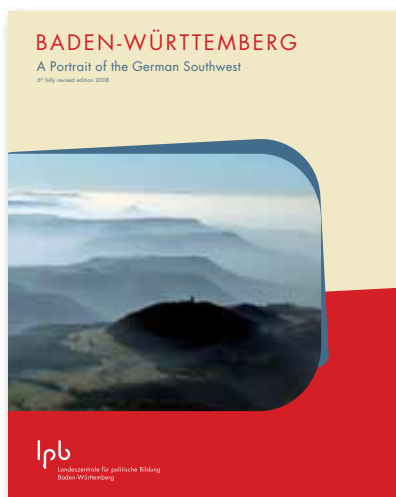
- 1 Der Gini-Koeffizient – oder auch Gini-Index – ist ein statistisches Maß, das von dem italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann z.B. als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.
- 2 UNDP: China Human Development Report 2005. Februar 2006.

- 3 Merrill Lynch/Capgemini: World Wealth Report 2007.
- 4 McKinsey&Company: Insights China 2008.
- 5 Nach den strikteren internationalen Kriterien liegt die Zahl bei 90 Millionen; vgl. Zhang Junhua: Der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in der VR China – eine kritische Betrachtung (Teil II). In: *China aktuell*, 3/2005, S. 55–56.
- 6 Vgl. UNDP: Human Development Report. 2006, S. 9ff; vgl. auch: George J. Gilboy and Eric Heginbotham: The Latin Americanization of China? In: *Current History*, September 2004, S. 256–261.
- 7 Björn Alpermann: Chinas Problem bei der wirtschaftlichen Modernisierung. In: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 1/2006, S.56–61; hier: S. 58.
- 8 Aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts wird der Jungenüberhang immer dramatischer, so dass befürchtet wird, dass im nächsten Jahrzehnt bis zu 60 Millionen Frauen fehlen könnten.
- 9 United Nations: Population Division. The World Population Prospects: The 2004 Revision.
- 10 Gemäß allgemeiner Definition die 15–64jährigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung.
- 11 Tamara Trinh: China's pension system. Deutsche Bank Research, 17/2006.
- 12 Vgl. China Human Development Report 2005.
- 13 The World Bank: Cost of Pollution in China. Economic Estimates of Physical Damages. Washington, D.C. 2007.
- 14 Heinrich Kref: Sicherheit der Energieversorgung Chinas – Eine globale Herausforderung. In: *Geographische Rundschau*, 1/2008, S. 50–57.
- 15 Vgl. Elizabeth C. Economy: The Great Leap Backward? In: *Foreign Affairs*, September/October 2007.
- 16 Gov.cn, Januar 19, 2006; Richard Spencer: China Fears Meltdown over Social Instability. In: *National Post (Canada)*, August 23, 2005; George J. Gilboy and Benjamin L. Read: Political and Social Reform in China: Alive and Walking. In: *The Washington Quarterly*, Summer 2008, S. 143–164.
- 17 George J. Gilboy and Benjamin L. Read: Political and Social Reform in China: Alive and Walking. In: *The Washington Quarterly*, Summer 2008, S. 143–164; hier: S. 151.

JETZT AUF ENGLISCH

Baden-Württemberg. A Portrait of the German Southwest

2008, 128 Seiten mit zahlreichen Abbildungen



Die „Kleine politische Landeskunde“ steht für knappe und verständliche, sachliche und ausgewogene Grundinformationen über das Land Baden-Württemberg.

Jetzt auch auf Englisch ist „A Portrait of the German Southwest“ die einzige Schrift, die sich vor allem für Städtepartnerschaften und Schüleraustausche, aber auch für den Englischunterricht, für Auszubildende, Studierende und Berufstätige eignet.

Die repräsentative, aktuelle und reich bebilderte Broschüre motiviert

zum Kennenlernen unseres Landes, ist ein ideales Gäste-Präsent und krönt jede Auslandskorrespondenz!

7.50 EUR (zzgl. Versandkosten, Staffelpreise im Internet)

Erhältlich per Fax 0711.16409977 über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb

Nationalitätenprobleme in China und die Tibet-Frage

Thomas Heberer

Die jüngsten Unruhen in tibetischen Siedlungsgebieten sind nur ein Indikator für zunehmende Konflikte zwischen den Nationalitäten in China. Die Volksrepublik ist ein nur scheinbar toleranter Vielvölkerstaat. Die Mehrheitsbevölkerung (Han) hat nur ein geringes Verständnis für die ethnischen Minderheiten; die Kontrolle durch Peking ist teilweise sehr rigide. Hinzu kommt, dass die Minderheitengebiete noch immer zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen Chinas zählen. Die historische Dimension der Nationalitätenkonflikte offenbart die Wurzeln des patriarchalischen Staatsverständnisses, welches Traditionen der feudalen Vergangenheit fortschreibt. Am Beispiel der ungelösten Tibet-Frage zeigt Thomas Heberer, dass China von einem anderen Nationen- und Staatsbegriff ausgeht als die westlichen Länder. Obwohl die bei den Tibetern existierende Einheit von nationaler und religiöser Identität den chinesischen Einfluss in Tibet eng begrenzt, befindet sich Peking in einer Position der Stärke. Zudem wird Tibet von der internationalen Staatengemeinschaft einhellig als Teil Chinas betrachtet. Ein tibetischer Nationalstaat ist aus chinesischer Sicht nicht denkbar. Die Kritik des Westens wird sich daher lediglich auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung der kulturellen Autonomie beziehen. Wenn auch in den letzten Jahren eine Diskussion über umfangreichere Rechte und ein Mehr an Partizipation für die ethnischen Minoritäten in Gang gekommen ist, bleiben die Brisanz der Nationalitätenkonflikte und das damit verbundene Konfliktmanagement für Peking eine zentrale politische Frage.

Konflikte zwischen den Nationalitäten nehmen zu

Die Unruhen in tibetischen Siedlungsgebieten Chinas im März und April 2008 und Anschläge uigurischer Separatistenorganisationen zuletzt im Juli und August 2008 haben verdeutlicht, dass die Lage in China keineswegs stabil ist. Der letzten Volkszählung von 2000 zufolge hatten die 55 „nationalen Minderheiten“ mit 105 Millionen Angehörigen

gen einen Anteil von 8,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung Chinas (die „Han“, die Bevölkerungsmehrheit, machten 91,6 Prozent aus). Dabei schwanken die Größenordnungen zwischen ca. 17 Millionen (Zhuang) und wenigen tausend (Lhoba in Tibet). China steht keineswegs vor einem Zerfall nach sowjetischem Muster. Gleichwohl nehmen die Konflikte zwischen den Nationalitäten zu.

Die historische Dimension der Konflikte

Die gegenwärtigen Konflikte zwischen den Nationalitäten in China haben historische, politische, ökonomische, kulturelle und soziale Ursachen. Im kollektiven Gedächtnis der verschiedenen Nationalitäten manifestiert sich die historische Dimension dieser Konfliktfelder.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Die Uiguren sind eine muslimische Minderheit in China. Mit sieben Millionen sind die in der autonomen Provinz Xinjiang lebenden Uiguren die größte der 55 „nationalen Minderheiten“ Chinas. Mit 105 Millionen Angehörigen machen diese 55 ethnischen Minderheiten 8,4 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung aus.

picture alliance/dpa

Vor dem Bergpalast des Dalai Lama in Lhasa werden Anfang 1959 die Beschlüsse Pekings zur Bildung einer neuen Regierung verlesen. Aktuelle Nationalitätenprobleme in China haben stets auch eine historische Dimension. Im kollektiven Gedächtnis der verschiedenen Nationen manifestieren sich historische Traumata, wie die Demütigung, Verdrängung und blutige Niederschlagung von Aufständen.

picture alliance/dpa

Dies bezieht sich auf historische Traumata, wie die Verdrängung, Vernichtung oder Demütigung von Völkern wie in der neueren Geschichte die blutige Niederschlagung von Aufständen verschiedener Völker gegen die Verdrängungspolitik des Kaiserhofes und die Unterdrückung und Ausbeutung durch Han-Beamte. Die Miao in Guizhou etwa waren im 18. Jahrhundert so verzweifelt, dass sie ihre Siedlungen auflösten, teilweise sogar ihre Frauen und Kinder töteten, um mit aller Kraft und letzter Konsequenz an einem Aufstand teilnehmen zu können, der in einer Niederlage mit 18.000 toten Miao endete. Ihr gesamtes fruchtbares Land wurde an Han verteilt, die Miao mussten sich tief in öde und unfruchtbare Berggebiete zurückziehen. Bei der blutigen Niederschlagung muslimischer Aufstände im 19. Jahrhundert haben chinesische Truppen ein derartiges Gemetzel angerichtet, dass sich die Zahl der Muslime nahezu halbierte. Dazu kommen die Traumata der Mao-Ära: die grausame Niederschlagung von Aufständen verschiedener Ethnien in den 1950er Jahren, die Zerstörung und Schändung der Kulturgüter und religiösen Stätten, der Versuch ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Gleichschaltung. Allein im Verlauf des Aufstandes von 1959 kamen 87.000 Tibeter ums Leben und 2.690 von 2.700 tibetischen Klöstern wurden in den 60er Jahren zerstört. Durch die Kulturrevolution (1966–76) hat sich das Beziehungsgefüge zwischen den Nationalitäten grundlegend gewandelt.

Ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben sich auch traditionelle Vorstellungen von Hierarchisierung wie, dass die Han schon immer „Kultur“ besessen hätten, deren Besitz sie von den anderen Völkern unterscheidet, wobei das politische Ziel in der „Kultivierung“ dieser Völker bestand. Kultivierung wurde letztlich mit Sinisierung identifiziert. Die indigenen Völker galten als „Barbaren“, die häufig mit Tieren verglichen wurden. Die traditionellen Vorstellungen vertrugen sich mit dem Weltbild, das Stalin in den 1930er Jahren für alle Völker entworfen hatte und demzufolge auch die ethnischen Minderheiten Chinas den Stufen „primitive“, „sklavenhalterische“, „feudalistische“ oder „kapitalistische“

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Gesellschaft zugeordnet wurden. Die von der Kommunistischen Partei (KP) formulierte Aufgabe jeder Nationalität bestand darin, den großen Bruder möglichst schnell einzuholen und sich seiner (sozialistischen) Zivilisation anzunähern. Der patriarchalische sozialistische Staat erhielt die Aufgabe, entsprechende Schritte einzuleiten. Er legte fest, was für die „Minderheiten“ nützlich ist und welche Sitten und Bräuche „gesund“ (oder fortschrittlich) und damit „reformierbar“ waren und welche „ungesund“ (oder rückständig) sind und abgeschafft oder reformiert werden mussten.

Stereotypen wie die genannten stehen einer ernsthaften Beschäftigung und Auseinandersetzung der Han über die Nicht-Han-Völker und ihre Kultur im Wege und beeinflussen bis in die Gegenwart hinein die Vorstellungen der Han von den Nicht-Han, wobei die letzteren zugleich ein Gefühl latenter Diskriminierung und entwicklungsmaßiger Unterlegenheit entwickelt haben. Werden solche, im kollektiven Gedächtnis eingegrabene Erinnerungen nicht aufgearbeitet, dann sind intraethnische Konflikte vorprogrammiert.

Fehlende echte Autonomie und ökonomische Disparitäten

Auf politischem Gebiet bestehen die Kernprobleme im Fehlen echter Autonomie. Trotz einer Aufwertung der ethnischen Minoritäten in der Verfassung von 1982, der Verabschiedung eines

Autonomiegesetzes im Jahre 1984 und einer revidierten Fassung von 2001 existiert keine echte Autonomie. Bei der Verfassung und dem Autonomiegesetz handelt es sich um „weiche“ Gesetze, weil es aufgrund fehlender Rechtsinstitutionen (es existieren keine entsprechenden Verfassungs- und Verwaltungsgerichte) und der Überordnung der Partei über das Recht keine rechtlichen und politischen Instrumente zur Durchsetzung dieser Gesetze und ihrer Bestimmungen gibt. Zudem sieht das Autonomiegesetz in wichtigen Fragen wie Einwanderung von Han, Industrieansiedlung, Exploration von Rohstoffen oder Schutz natürlicher Ressourcen keinerlei Mitspracherechte vor.

Trotz signifikanten ökonomischen Wandels zählen viele Minoritätengebiete noch immer zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen. Zwar hat das ökonomische Defizit auch historische Ursachen und kann von daher nicht allein der gegenwärtigen Parteiführung angelastet werden. Gleichwohl hat eine an die Bedingungen jener Regionen nicht angepasste Entwicklungspolitik seit den 50er Jahren die Kontinuität von Rückständigkeit begünstigt, und dies, obwohl ein Großteil dieser Gebiete aufgrund reicher Rohstoffvorkommen ein signifikantes Entwicklungspotential besitzt. Die Mehrheit der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebt in Minderheitengebieten, ein Fünftel der Angehörigen ethnischer Minoritäten gelten als arm. Trotz aller Wachstumsraten auch für die autonomen Gebiete haben sich die Entwicklungsunterschiede zwi-

schen den Siedlungsgebieten ethnischer Minoritäten und den Han-Gebieten im Verlauf der Reformära vergrößert. Verstärkte Zuwanderungen in Minoritätengebiete (von Händlern, staatlichen Institutionen oder Privatpersonen, die ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung Wälder abholzen, nach Edelmetallen schürfen oder Kohle abbauen) verstärken die Unzufriedenheit in den Minoritätengebieten, zumal auswärtige Händler und Handwerker einheimische vom Markt verdrängen. Beschäftigte, die einer ethnischen Minorität angehören, werden oftmals schlechter bezahlt, verrichten minderwertigere Tätigkeiten und besitzen geringere Fortbildungschancen als Han. Die Bevorzugung von Han im Wirtschaftsleben hat nicht nur mit Fähigkeiten oder Vorurteilen zu tun, sondern muss zugleich als Ausdruck eines ethnischen Nepotismus begriffen werden, bei dem die Han aufgrund ihrer Dominanz und der institutionellen Abhängigkeit der Minoritäten ihre Interessen am besten durchsetzen und sich gegenseitig begünstigen können. Modernisierungsprozesse und sozialer Wandel erzeugen ein Gefühl unterschwelliger Bedrohung, weil die damit verbundene Zuwanderung von Han, die Abwanderung von Angehörigen der eigenen Ethnie, die industrielle Erschließung der Minderheitengebiete sowie die Erodierung der eigenen Kultur (Geringschätzung von eigenen Trachten, Bräuchen und Sprachen vor allem unter der Jugend) die Integration und Konsistenz der einzelnen Ethnien zu schwächen scheint.

Zwischen Resignation und Widerstand

Die Nicht-Han-Völker reagieren unterschiedlich auf diese Lage. Bei einigen ethnischen Gruppen wächst das Moment der Ethnizität, d.h. das Selbstbewusstsein eigener ethnischer Identität; bei einem Teil davon schlug Ethnizität in Widerstand um (wie in Tibet oder Xinjiang), verbunden mit dem Entstehen separatistischer Bewegungen. Vor allem bei einigen kleineren Nationalitäten hat sich eine Tendenz zur Resignation und der Anpassung an die Han entwickelt. Zum Teil, wie bei den nordostchinesischen kleinen Jägervölkern (Ewenken, Oroqen, Dahuren, Hezhe), haben der von den Behörden erzwungene Wandel im Wirtschaftsleben (Zwangsesshaftmachung mit erzwungener Umwandlung von Nomaden sowie Jägern und Sammlern in Ackerbauern) sowie der Kulturschock aufgrund des Verbots schamanistischer und animistischer Rituale und Praktiken diese Völker ruiniert. Nicht anders als bei anderen indigenen

Völkern weltweit werden diese Gruppen durch Alkoholismus, Selbstmorde und Krankheiten dezimiert. Andererseits hat der Reformprozess in China keineswegs zu einer Angleichung der Kulturen geführt. Der partielle Rückzug des Staates bewirkt vielmehr auch eine Rückkehr lokaler Kulturen. In Zeiten raschen sozialen Wandels findet eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen statt, um sich selber als Gruppe zu erhalten. Die Revitalisierung von Religion gilt nicht nur für den Islam und den tibetischen und mongolischen Buddhismus, sondern auch für animistische, animatistische und schamanistische Glaubensvorstellungen sowie das Anwachsen von Sekten und chiliastischen Heilsbewegungen.

Die Tibet-Frage als Teil der Nationalitätenfrage

Die Tibet-Frage wird im Westen in der Regel als Sonderfall angesehen. Entweder wird ein „freies Tibet“ gefordert, d.h. ein unabhängiges Staatsgebilde oder – wie die Vertreter des Dalai Lama – größere Selbstverwaltungsrechte. Vergessen wird dabei, dass größere Autonomierechte lediglich für die Tibeter, eine mittelgroße Nationalität auf chinesischem Territorium, aber nicht zugleich auch für andere Völker Chinas, von den Letzteren als ein Akt der Diskriminierung begriffen würde. Die Tibeter in China machen lediglich 0,42 Prozent der Bevölkerung und 5 Prozent der ethnischen Minderheiten aus. Wenn aber – so würden viele Provinzen argumentieren – Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten größere Selbstverwaltungsrechte erhielten, weshalb dann nicht auch Provinzen? Von daher reicht diese Frage weit über Tibet hinaus und betrifft letztlich die Struktur des chinesischen Staatsgebildes.

Im Folgenden wollen wir zunächst auf den Status Tibets vor 1950 eingehen, sodann auf die Tibetpolitik Peking und die aktuelle Problematik, ehe wir am Ende auf mögliche Mechanismen zur Lösung der Nationalitätenkonflikte in China zurückkommen. Die „Tibet-Frage“ lässt sich von der Nationalitätenproblematik Chinas nur schwer trennen.

Der rechtliche Status Tibets vor 1950

Ab 1723 besaß Tibet den Status eines mit China assoziierten Gebietes. Damals wandten sich die Tibeter an den chinesischen Kaiser mit der Bitte um militärische Unterstützung gegen eine Invasion der Dsungar-Mongolen. Nach deren erfolgreicher Vertreibung schloss Kaiser Kangxi einen Vertrag mit dem Dalai Lama, durch

den sich Tibet der Schutzmacht China unterstellte. Es erkannte die Oberhoheit Chinas an, die Regierungsgewalt jedoch lag beim Dalai Lama. Tibet befand sich damit im Zustand der Suzeränität, nicht aber der Souveränität. Das heißt, militärische Sicherheit und Außenpolitik lagen beim Kaiserhof in Peking, der sich im Gegenzug verpflichtete, Tibet jeden erdenklichen Schutz zu gewähren. Die innere Verwaltung hingegen lag beim Dalai Lama und seinem Hofstaat, wie es der traditionellen Politik des Kaiserhofs entsprach. Danach wurden Siedlungsgebiete von Nicht-Han-Völkern nicht direkt durch chinesische Beamte verwaltet. Vielmehr erhielten in Gebieten, in denen Macht und Organisationsstruktur der Stammesgesellschaften noch ungebrochen waren, einheimische Führer vom Kaiserhof erbliche Titel und Ränge innerhalb der chinesischen Beamtenhierarchie. Die so geschaffenen „Beamten“ übten ihre Befugnisse unter der Aufsicht chinesischer „Schutzherrn“ aus. Da in diesen Regionen auch die unteren Beamten aus den Reihen der lokalen Führer stammten, spürten die so in das chinesische Reich integrierten Völker oder Stämme die Oberhoheit des Kaiserhofs nicht direkt. Zu unmittelbaren Eingriffen Peking kam es nur, wenn dessen Oberhoheit in Frage gestellt wurde oder Stämme sich auflehnten. Nicht militärische Eroberung, sondern indirekte Verwaltung war für diese Politik kennzeichnend. Dementsprechend hielten sich die Bevollmächtigten des chinesischen Kaiserhofs in Tibet, die Ambane, während der Qing-Dynastie bei Eingriffen in innere Angelegenheiten Tibets zurück, wobei es zugleich nur eine marginale Militärpräsenz gab. Tibet hatte sich der Oberhoheit Peking unterstellt, und die Ambane übten die Kontrolle über die lokale Verwaltung aus.

Das war jedoch kein statischer Zustand bis zur chinesischen Revolution von 1911. Das Vorrücken der Briten auf dem indischen Subkontinent veränderte die Machtverhältnisse in Asien. China wurde selbst Opfer kolonialer Machtpolitik und erlitt eine empfindliche Schwächung, von der auch die Schutzmacht über Tibet berührt wurde. Der Kaiserhof bemühte sich, seine Schwäche durch ein energischeres Vorgehen in Nord- und Osttibet auszugleichen, um dort territoriale Verluste zu verhindern. Tibet sah sich durch die britische Unterwerfung Indiens und das Vorrücken der Kolonialmacht an seinen Grenzen bedroht. Daher schloss es bereits Ende des 18.

Jahrhunderts sein Gebiet für Personen aus „westlichen Mächten“. Da Tibet eine „Schutzmacht“ England ablehnte, China jedoch diese Funktion immer weniger ausüben vermochte, bemühte sich Tibet seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um Äquidistanz, d.h. es pendelte zwischen beiden Seiten, um keine von ihnen zum Eingreifen zu provozieren (Norbu 1992, S. 22–30).

Als Peking 1908/09 seine Kontrolle über Osttibet zu verstärken und damit das Fundament der bisherigen Beziehungen zu untergraben begann, wandte sich der Dalai Lama an Großbritannien und bat dieses um die Errichtung eines Protektorats. London lehnte dies ab, weil Tibet, wie es in einem britischen Dokument hieß, als „worthless piece of territory“ (Norbu 1992, S. 34) betrachtet wurde. Die Kosten einer Inbesitznahme wurden als zu hoch veranschlagt; eine Übernahme hätte zudem zu Konflikten mit Russland geführt. Diese beiden Mächte einigten sich bei dem Ringen um die Macht in Zentralasien darauf, Tibet als Pufferzone zwischen ihren Einflusssphären zu etablieren, vorzugsweise unter chinesischer Oberhoheit. Nach dem Ende der kaiserlichen Herrschaft in Peking erklärte der Dalai Lama sein Land 1912 für unabhängig. China erkannte diesen Schritt nicht an und gab seinen Anspruch auf Tibet nie auf. Dies gilt für die Guomindang unter Sun Yat-sen, Chiang Kai-shek und dessen Nachfolger ebenso wie für die Kommunisten. Vor dem Einmarsch der Chinesen 1950 hatte kein Staat Tibet als selbstständiges völkerrechtliches Subjekt anerkannt. Verträge zwischen Großbritannien und China bekräftigten auf allerdings widersprüchliche Weise, dass Tibet zwar unabhängig sei, aber chinesischer Oberherrschaft unterstehe.

Völkerrechtlicher Status umstritten

Bei Zugrundelegung der Konvention über die Rechte und Pflichten von Staaten des Völkerbunds von 1933 (Konvention von Montevideo; 26.12.1933) waren für die Anerkennung eines Staates bestimmte Kriterien maßgebend: eine permanente Bevölkerung, ein fest umrissenes Territorium, eine Regierung und die Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen (Eide 1993, S. 13f.). Diese Erfordernisse waren im Falle Tibets alle erfüllt – mit einer einzigen Ausnahme: Tibet war kein international anerkannter Staat. Die fehlende Anerkennung durch die Staatengemeinschaft, die Zuordnung zu China und der von Peking aufrechterhaltene Anspruch lassen den völkerrechtlichen Status des Landes vor 1950 als nicht eindeutig erscheinen. Zwar hatte Tibet sich für

unabhängig erklärt, es zugleich aber versäumt, die Unabhängigkeit international abzusichern. Damit fehlten 1950 drei entscheidende Voraussetzungen der Unabhängigkeit: 1. eine frühere Beteiligung am Leben der internationalen Staatengemeinschaft; 2. die Fortdauer der Schwäche Chinas; 3. eine Schutzmacht, die, nach dem Rückzug Großbritanniens aus Indien im Jahre 1947, die gewaltsame Eingliederung durch China hätte verhindern können.

Die tibetische Regierung hatte 1947/48 vergeblich Missionen in die Hauptstädte der wichtigsten westlichen Staaten gesandt, um eine Anerkennung zu erreichen. Der Widerstand der damals noch von der Guomindang gestellten Regierung in Peking ließ deren wichtigsten Verbündeten, die USA, das Ansinnen zurückweisen. Auch nach ihrer Übersiedlung nach Taipeh verhinderte die nicht-kommunistische Führung der Republik China, die noch jahrzehntelang den Sitz im UNO-Sicherheitsrat innehatte, eine Änderung der westlichen Haltung. Auch wollten sich Großbritannien (als Kolonialmacht in Hongkong) und Frankreich (als Kolonialmacht in dem an China grenzenden Indochina) auf keinen Konflikt mit Peking einlassen, weil dieser ihre kolonialen Interessen in Fernost hätte beeinträchtigen können. Aus chinesischer Sicht erschien die gewaltsame Wiedereingliederung Tibets völlig gerechtfertigt. China ging und geht von einem anderen Nations- und Staatsbegriff aus als die westlichen Länder. Danach sind alle Völker, die bis 1911 auf chinesischem Territorium gelebt haben, Teil des chinesischen Volkes. Der in China verwendete Begriff „Chinesen“ (Zhongguoren) schließt alle Bewohner des Landes unabhängig von ihrer Nationalität ein. Die Angehörigen der chinesischen Ethnie heißen „Han“ und gelten als eine der 56 Nationalitäten des Landes. Anders als in Westeuropa, wo im 18. und 19. Jahrhundert relativ einheitliche Nationen Nationalstaaten bildeten (Übereinstimmung von Nationalprinzip und Nationsprinzip), wird in China das Territorialprinzip zum Nationsprinzip gemacht. Bereits Sun Yat-sen, der Gründer der Republik China, schrieb nach der Unabhängigkeitserklärung der Mongolen (die später zur Gründung der Mongolischen Volksrepublik führten), auch die Mongolen seien und blieben Chinesen, auch wenn sie dies eine Zeitlang vergessen hätten. Von daher stehen sich hier zwei unterschiedliche Rechtskonzepte gegenüber. Nach den Normen des heutigen Völkerrechts war die Ausdehnung der chinesischen Macht auf Tibet eindeutig eine Okkupation. Nach chinesischem Rechtsverständnis dagegen handelte es sich um die Wiederherstellung legi-

timer Rechte, die China lediglich aufgrund zeitweiliger Schwäche und Zerrissenheit nicht hatte ausüben können. Peking hatte demnach nichts anderes getan, als einem lange missachteten Rechtsprinzip wieder Geltung zu verschaffen. Bei dem chinesischen Vorgehen dürfte auch die militärstrategische Lage Tibets ein wichtiger Gesichtspunkt gewesen sein. Tibet verfügt über eine natürliche Grenze nach Süden. Diese strategische Bedeutung darf, vor allem unter den Bedingungen des Kalten Krieges, nicht gering bewertet werden. Tibet schafft zugleich eine natürliche Grenze und Barriere gegenüber dem Rivalen Indien, mit dem nach wie vor Grenzstreitigkeiten bestehen. Überdies war Tibet als große, menschenleere Region mit beträchtlichem Rohstoffpotential für China interessant.

Die Tibet-Politik nach Gründung der VR China

1951 zwang China der tibetischen Regierung ein „17-Punkte-Abkommen“ auf. Darin erklärte sich Peking seinerseits bereit, nichts am politischen System Tibets zu ändern, Religionsfreiheit sowie lokale Sitten und Bräuche zu respektieren, die Kloostergemeinschaften und deren Einnahmen sowie tibetische Sprache und Schrift zu schützen. Das bezog sich allerdings von vornherein nur auf die tibetische Provinz U-Zang, das heutige Autonome Gebiet Tibet, nicht aber auf die beiden anderen Provinzen des Berglandes, Amdo und Kham, die im 18. und 19. Jahrhundert chinesischen Provinzen zugeschlagen worden waren und heute zu den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan gehören.

Die Konflikte zwischen Chinesen und Tibetern spitzten sich zunächst in den tibetischen Siedlungsgebieten zu, für die das Abkommen nicht galt. Dort wurden – wie im übrigen China – die politischen Verhältnisse von Grund auf verändert. Die Freiheiten der Religionsausübung wurden erheblich eingeschränkt, Klöster enteignet bzw. geschlossen, deren Mönche einer „Umerziehung durch körperliche Arbeit“ unterworfen. Die sich daraus ergebenden Konflikte, eine zunehmende religiöse Einengung und politische Gängelung sowie das Fehlen jeder rechtlichen Gewähr für die Einhaltung des „17-Punkte-Abkommens“ führten zum tibetischen Aufstand von 1959, in dessen Verlauf etwa 87.000 Tibeter ihr Leben verloren und 100.000 weitere mit dem Dalai Lama nach Indien flüchteten. In der Zeit nach 1959 wurden die traditionellen Strukturen Tibets gewaltsam beseitigt. Die tibetische Elite und der Grundpfeiler der tibetischen Kultur, die Klöster, wurden vernichtet. Mit der Zer-

störung von 2.690 bedeutenderen Klöstern von insgesamt 2.700 verschwanden praktisch alle Bildungs-, Kultur- und Religionsinstitutionen Tibets. Das lastet die Parteiführung heute der „Kulturrevolution“ und der „Vierbande“ an, wobei es zugleich heißt, auch die Han-Chinesen seien damals Opfer gewesen. Zweifellos war die Gesamtbevölkerung Chinas von der damaligen Brutalität betroffen – allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Für Chinesen war die Kulturrevolution ein politischer Konflikt, von dem das eigene Volk betroffen war; für die Tibeter dagegen handelte es sich um einen nationalen Konflikt, der von Han-Chinesen ausging und sich gegen ein anderes Volk, die Tibeter, richtete. Als der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, 1980 als erster Parteichef Tibet einen Besuch abstattete, war er erschüttert. Er fand eine bettelarme Region vor, deren Führung mit falschen Erfolgsmeldungen die Parteiführung in Peking jahrzehntelang hinter das Licht geführt hatte. Daraufhin veranlasste Hu einen „Tibet-Beschluss“, der weitreichende ökonomische Freiheiten und Sondermaßnahmen vorsah. Von nun an wurde nicht mehr wahllos alles Tibetische unterdrückt, vielmehr schlug sich die Reformpolitik in größeren wirtschaftlichen Freiheiten sowie kultureller und religiöser Liberalisierung nieder (vgl. Heberer 2001). Aber trotz größerer ökonomischer Freiheiten hat sich an der politischen Rigidität wenig geändert. Die Liberalisierung hat allerdings das Entstehen eines ethnischen Eigenbewusstseins unter den Tibetern begünstigt.

Von Ethnizität zum Nationalismus

Wenn sich der innerchinesische Nationalitätenkonflikt – außer in Xinjiang/Ostturkestan – heute in Tibet am schärfsten äußert, so liegt das daran, dass hier ein Volk mit hohem ethnischen Eigenbewusstsein in einem relativ geschlossenen Siedlungsgebiet lebt und sich kulturell wie historisch als nicht-chinesische Nation versteht. Das ethnische Wir-Gefühl wurde durch die während der Kulturrevolution versuchte Zwangsassimilierung nicht beseitigt. Doch erst die Politik der Liberalisierung und Außenöffnung ermöglichte es, dass es sich äußern konnte, dann angesichts des Ausbleibens der erhofften Veränderungen politisierte und schließlich in ethnischen Nationalismus umschlug. Die bei den Tibetern über Jahrhunderte hinweg entstandene Einheit von nationaler und religiöser Identität, die den Buddhismus nicht nur Religion, sondern auch Kultur, Zivilisation und Substanz allen Lebens sein lässt, hat seit jeher dazu geführt, dass – anders als in Korea,

Japan und Vietnam – der chinesische Einfluss in Tibet eng begrenzt blieb. Die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Renaissance des tibetischen Buddhismus ist daher als Ausdruck eines zunehmenden ethnischen Eigen- und Selbstbewusstseins zu werten. Dabei führt die Religion nicht nur zur Rückbesinnung auf die eigene Kultur und kulturelle Identität, sondern dient auch der Verarbeitung des sozialen Wandels. Die enge Verflechtung von Religion und Nation zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Mönche und Nonnen führende Kräfte in der nationalen Bewegung sind. Das liegt zum einen in der traditionell führenden politischen Rolle der Klöster begründet. Zum anderen sind die Mönche und Nonnen aufgrund ihrer geistigen Ungebundenheit und Unbestechlichkeit die natürlichen Bewahrer der tibetischen Kultur. Drittens muss, wer ins Kloster gehen will, zahlreiche bürokratische Hürden überwinden; er führt nicht mehr – so wie früher – ein Leben in sozial gesicherter Umgebung und fasst darum seinen Entschluss in Kenntnis großer bevorstehender Ungewissheit um der tibetischen Kultur und Nation willen. Aufgrund des Zölibats können sich die Mönche und Nonnen viertens bedingungslos für die tibetische Unabhängigkeit einsetzen und größere Opferbereitschaft an den Tag legen. Die Klöster bieten fünftens geistigen Freiraum, der unter anderem durch das liberale und humanitäre Gedankengut der buddhistischen Lehre bedingt ist. Schließlich hat das Mönchsgelübde den Einsatz für die Gemeinschaft – und das bedeutet Einsatz für die Unabhängigkeit Tibets – zum Inhalt. Wer dieses Gelübde treu erfüllt und vielleicht sogar sein Leben dafür opfert, dem ist der Lohn, die Wiedergeburt als menschliches Wesen im nächsten Leben, gewiss. Dies wiederum erscheint wichtig für das Erreichen des geistlichen Endziels, des Nirwana. Daher verschmelzen für den Tibeter im Mönchsein religiöse und nationale Ziele (Schwartz 1994, S. 71 und 120).

Zugleich manifestiert sich der nationale Protest in religiösen Ausdrucksformen. Alle Demonstrationen in Lhasa in den letzten Jahrzehnten liefen nach dem gleichen Schema ab: Kleine Gruppen von Mönchen oder Nonnen umrundeten immer wieder den Jokhang-Tempel, das zentrale Heiligtum Tibets, führten die tibetische Flagge mit sich und riefen Unabhängigkeitsparolen. Diese Umrundung des Tempels in der Richtung, in der sich die Erde dreht, ist ein sehr wichtiges Ritual (Khorra) im tibetischen Buddhismus. Es gilt als Mittel zur Überwindung von Sünden und zur Sammlung von Verdiensten zwecks besserer Wiedergeburt (Schwartz 1994, S. 26 und 218). Das Nationale äußert sich auf diese Weise

in einer religiös festgelegten Form. Die Aktivität der Mönche und Nonnen findet auch aus anderen als religiösen Gründen Unterstützung. In den Reihen der chinesisch sozialisierten tibetischen Funktionäre sorgen Unzufriedenheit mit der insbesondere auch im Vergleich zum übrigen China schlechten ökonomischen Lage Tibets, mit dem ständigen Zustrom von Han-Chinesen, mit der sich ausbreitenden ökologischen Zerstörung, dem enormen Bildungsrückstand im Lande und mit dem Scheincharakter der gewährten Autonomie für Aufnahmebereitschaft.

Die inneren und äußeren Bedingungen für den tibetischen Nationalismus haben sich in den 1990er Jahren verändert (Sautman 2006). Aus der jüngeren Generation in den Klöstern und außerhalb derselben ist man zu organisierten Formen des Widerstands übergegangen. Diese Generation ist unter chinesischer Herrschaft aufgewachsen, kennt das traditionelle Tibet nicht mehr und orientiert sich nicht unbedingt an Werten wie friedlichem Widerstand. Zugleich haben die Öffnung Chinas, die Reformpolitik und die dadurch ermöglichte soziale Mobilität zu einem Nachlassen der Regierungskontrolle über die Regionen geführt. Die partielle Schwächung der Parteistrukturen, vor allem in den ländlichen Regionen, lässt die tibetischen Funktionäre nicht mehr so sehr die Interessen der Kommunistischen Partei Chinas als vielmehr die Tibets vertreten. Im Ausland hat sich die Aufmerksamkeit für Tibet verstärkt. Überdies hat die Erfahrung, dass kleine Völker sich in anderen Ländern erfolgreich gegen übermächtige Gegner zur Wehr gesetzt haben, die Verfechter der tibetischen Unabhängigkeit ermutigt.

Oberhoheit über die Ernennung religiöser Führer Tibets

Im Juli 2007 hat das Nationale Büro für Religionsangelegenheiten interessanterweise die „Verwaltungsmaßnahmen für die Reinkarnation Lebender Buddhas des tibetischen Buddhismus“ erlassen, die am 1. September 2007 in Kraft traten (vgl. Heberer 2008).

Die wichtigsten Klauseln der Verwaltungsmaßnahmen sehen u. a. vor:

- Die Prozedur zur Identifizierung von Reinkarnationen und das Findungsergebnis bedürfen staatlicher Genehmigung.
- Einmischung oder Kontrolle von Organisationen oder Personen außerhalb

des chinesischen Staatsgebietes werden nicht toleriert.

■ Unautorisierte Prozeduren sind illegal. Anlass für diesen Erlass ist zum einen die Auseinandersetzung um die Reinkarnation des Panchen Rinpoche (Panchen Lama) und zum anderen die Regelung der künftigen Reinkarnation des Dalai Lama, der sich bekanntermaßen seit seiner Flucht im Jahre 1959 im indischen Dharamsala im Exil aufhält.

Nach dem Tod des zehnten Panchen Lama Anfang 1989 setzte der Dalai Lama einen Findungsprozess in Gang. 1995 wurde von einer Findungskommission, die vom Dalai Lama autorisiert worden war, ein Kind namens Gedhun Ghoeke Nyima in Tibet als elfte Reinkarnation des Panchen Lama identifiziert. Mehrere religiöse Wahrsagezeremonien bestätigten die Auswahl. Noch im gleichen Jahr erklärte die chinesische Regierung diese Wahl für ungültig und setzte eine eigene Findungskommission ein, die mit Hilfe der traditionellen „Goldenen Urne“ einen eigenen Kandidaten bestimmte. Bei diesem Verfahren, das 1793 von dem chinesischen Kaiser Qian Long ins Leben gerufen worden war, wird durch Ziehung eines Namens die entsprechende Person identifiziert (dazu unten). Das Kind Gyaltzen Norbu wurde als Reinkarnation des Panchen Lama identifiziert und 1996 zur Ausbildung nach Peking gebracht. Die zuvor identifizierte, vom Dalai Lama gebilligte Reinkarnation Gedhun Ghoeke Nyima soll mittlerweile an einem unbekannten Ort leben. Der heute 17 Jahre alte Gyaltzen Norbu, die von staatlichen Behörden legitimierte Reinkarnation, wurde in Peking erzogen und bezeichnet sich bei seinen Auftritten als „Patriot“ und lobt die Kommunistische Partei und ihre Religionspolitik.

Die früheren Verfahrensmodalitäten ebenso wie die neuen „Verwaltungsmaßnahmen“ weisen darauf hin, dass es sich nicht nur um eine religiöse, sondern vielmehr um eine hochpolitische Angelegenheit handelt. Letztlich geht es um die Frage der politischen Autonomie und Zuständigkeit über Tibet und den Einfluss der zentralen Behörden Chinas. Lassen sich die Intentionen der Qing-Zeit eher als Regelungs- und Konfliktvermeidungsstrategien in einer Region interpretieren, die als mit China assoziierte Region zu begreifen war, so versucht Peking heute, den Einfluss des Dalai Lama bei der Auffindung von Reinkarnationen zurückzudrängen, um eine befürchtete Sezession Tibets im Vorfeld zu unterbinden. Das Erfordernis staatlicher Legitimierung des Auswahlprozesses und die Beeinflussung der Entscheidung, wer letztlich über die Inthronisierung entscheidet und wo und wie der künftige Würdenträger ausgebildet wird, ist letztlich eine Frage politi-

schen Interesses und politischer Macht, zumal die ausgewählten Reinkarnationen einen enormen Einfluss in Tibet und auf die Tibeter ausüben können. Eine chinesische Sozialisierung, so die Hoffnung Pekings, soll dazu beitragen, den Antagonismus zwischen Tibetern und der chinesischen Zentralregierung zu entschärfen. Die größere Rolle staatlicher Verwaltungsebenen und offizieller Religionsorganisationen (Buddhistische Vereinigung Chinas), deren Zustimmung auf allen Ebenen einzuholen ist, sollen die staatliche Aufsicht verstärken.

Dieses Dokument erhält zentrale Bedeutung im Hinblick auf die in Zukunft irgendwann zu erwartende Reinkarnation des 15. Dalai Lama, d.h. des Nachfolgers des jetzigen Dalai Lama, der als religiöses und auch politisches Oberhaupt der Tibeter fungiert und dessen Amt damit eine Schlüsselfunktion sowohl für Tibet und die Tibeter sowie deren internationale Unterstützung als auch für die chinesische Regierung besitzt. Dass sich hier eine Machtprobe zwischen dem Dalai Lama und Peking abzeichnet, wird u. a. dadurch verdeutlicht, dass der 72 Jahre alte Dalai Lama jüngst erklärte, er werde unter Umständen nicht wiedergeboren, sondern werde seinen Nachfolger noch zu Lebzeiten selbst bestimmen. Von daher ist absehbar, dass es nach dem Ableben des jetzigen Dalai Lama zwei Nachfolger geben dürfte: einen, der vom noch lebenden Dalai Lama ernannt wurde und in Dharamsala residiert, und einen, der mit Genehmigung der chinesischen Behörden inthronisiert wurde und in Peking sitzt. Die Folge dürfte eine Spaltung der Tibeter sein, die bereits eine Doppelbesetzung im Hinblick auf den Panchen Lama hinnehmen mussten.

Perspektiven für Chinas ethnische Minderheiten

Die chinesische Nationalitätenpolitik nach 1949 wies durchaus konstruktive Ansätze auf, die für eine künftige Nationalitätenpolitik fruchtbar gemacht werden könnten. Die Volksrepublik erkannte in den 50er Jahren offiziell über 50 „nationale Minderheiten“ und damit erstmals deren reale Existenz an und sicherte diese Anerkennung zugleich rechtlich ab. Es wurde ein Recht auf Autonomie formuliert und in Teilbereichen gewährt. Verfassungsrechtlich gelten alle Nationalitäten als gleichberechtigt. Diskriminierung wurde gesetzlich untersagt.

Auch Ansätze zur Sonderbehandlung sind erkennbar, wie beim Hochschulzugang, bei Geburtenplanung oder Verwendung von Sprachen und Schriften. Ferner gibt es schriftlich fixierte sowie prozentual festgelegte Vertretungsrech-

te für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten aller Ebenen. Zwar sichert dies keine Partizipation im demokratischen Sinne, es weist aber auf ein gewisses Maß an Akzeptanz von Vertretungsrechten für Minderheiten und deren Inklusion in Entscheidungsprozesse hin. Unabhängig von einer künftigen Gestaltung des Staatswesens könnten die folgenden Maßnahmen zu einer Lösung der oben erwähnten Konfliktursachen beitragen:

■ Anerkennung, dass es auch unter sozialistischen Bedingungen keine Interessensidentität von ethnischen Minderheiten und Staat gibt, zumal aus der Annahme einer solchen Identität der Schluss gezogen wird, es gäbe keine Konflikte und Widersprüche mehr. Die Entwicklungen auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion haben bereits gezeigt, wie fatal eine solche Annahme ist.

■ Längerfristig könnte die Schaffung eines föderativen Staates eine Lösungsmöglichkeit bieten. Eine föderalistische Regelung böte sich nicht nur für Tibet oder Taiwan an, sondern auch für zahlreiche andere Regionen, in denen Nicht-Han-Völker leben. Eine föderalistische Struktur würde nicht nur den ethnischen Gegebenheiten entsprechen. Auch den räumlichen Bedingungen könnte auf diese Weise Rechnung getragen werden. Die Zentralregierung tut sich auf Grund der Größe und Vielfalt des Landes seit jeher schwer, flexibel und sachadäquat zu handeln. Doch wenn sich die Haltung der Chinesen gegenüber den Nicht-Han-Völkern nicht ändert, wird auch ein föderalistisches System die Probleme nicht lösen. Ein dauerhaftes, stabiles föderalistisches System lässt sich nur auf Grund des Konsenses zwischen allen beteiligten Völkern schaffen. Föderative Strukturen tragen zugleich den Unterschieden zwischen den Kulturen und Regionen Rechnung und können deren Akzeptanz erleichtern.

■ Dies wiederum würde größere Rechtssicherheit voraussetzen, d.h. die gesetzliche Absicherung kultureller, ökonomischer und sozialer Autonomie. Die autonomen Rechte wären vor allem auch für die indigenen, kleineren Minoritäten wichtig, um deren Überleben zu sichern. Die autonomen Verwaltungseinheiten sollten zugleich über wichtige Fragen wie Zuwanderungen, Industrieansiedlung, Landnutzung und -vergabe, die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen des Gebietes oder Umwelt- und Ökologieschutz selbstständig entscheiden können.

■ Ein institutioneller Rahmen für die Durchführung und Durchsetzung von Autonomie ist also erforderlich. Dies verlangt u. a. ein unabhängiges Gerichtswesen: der Mehrheit müssen rechtliche Grenzen gesetzt werden. Auch die Partei dürfte dann nicht außerhalb des Rechts-

rahmens stehen und der Autonomie übergeordnet bleiben. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch ethnischen Gemeinschaften sollte das Recht eingeräumt werden, Klage gegen Rechtsverstöße zu führen.

■ Geschichte und Kultur der einzelnen Nationalitäten sowie die Geschichte der interethnischen Beziehungen sollten neu bewertet werden und zwar in einem offenen Diskurs von Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten. Das Konzept der Hierarchisierung von Kulturen und Gesellschaften sollte aufgegeben und es sollte anerkannt werden, dass alle Kulturen und Nationalitäten politisch, gesellschaftlich und kulturell gleichwertig sind.

■ Rechte von Minderheiten, die außerhalb autonomer Verwaltungseinheiten leben, sollten abgesichert werden. Territoriale Autonomie sollte zugleich von personeller begleitet sein. Die Sicherstellung und Durchsetzung der genannten Rechte erfordert eine organisierte und legitimierte Interessensvertretung der einzelnen Nationalitäten, zumal das Recht auf Autonomie nur durch organisierte Gemeinschaften vertreten bzw. ausgeübt werden kann. Dies verlangt zunächst Vereinigungsfreiheit für die Minoritäten, d.h. soziale Gruppenbildung.

■ Maßnahmen gegen die wachsende Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten sollten ergriffen werden. Zwar ist offene Diskriminierung gesetzlich untersagt, Diskriminierung herrscht allerdings latent auch im Alltag und nimmt besorgniserregend zu.

Solche Maßnahmen träfen in China durchaus auf fruchtbaren Boden, zumal ethnische Minderheiten als solche formal anerkannt und gesetzlich respek-

tiert werden und den Gesetzen zufolge die gleichen Rechte wie die ethnische Majorität genießen. Zudem besteht Konsens in der Notwendigkeit von Sonderbehandlung und positiver Diskriminierung. Doch wie realistisch ist überhaupt die Möglichkeit einer Umsetzung des vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs? Es ist eine Binsenwahrheit, dass in autoritären Staatswesen keine demokratische Nationalitätenpolitik möglich ist. Immerhin ist in den letzten Jahren eine Diskussion über umfangreichere Rechte und ein größeres Maß an Partizipation für die ethnischen Minoritäten in Gang gekommen. Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf das Autonomiegesetz sowie dessen Mängel.

Zudem hat die Parteiführung nicht zuletzt aufgrund der internationalen Entwicklung erkannt, welche Brisanz Nationalitätenkonflikte in sich tragen. Neue Denkansätze sind erkennbar, jedoch nicht so weit gediehen, dass der staatliche Diskurs durch einen öffentlichen, interethnischen abgelöst wird. Die Verschärfung der Konflikte wie zuletzt in Tibet dürfte die Frage des Konfliktmanagements daher zu einer der zentralen politischen Fragen werden lassen.

Die ungelöste Tibet-Frage

Was die Tibet-Frage anbelangt, so wäre eine Lostrennung Tibets nur bei einem extremen Umbruch in China und mit äußerer Unterstützung denkbar. Es wäre auf jeden Fall ein Gesichtverlust für jede chinesische Führung. Diese müsste zudem befürchten, dass dadurch weitere Sezessionsbestrebungen ermutigt werden würden. Die Tibet-Frage könnte nicht als gelöst gelten, wenn China lediglich so wie ab 1912 aufgrund innerer Schwäche die Kontrolle über Tibet verlieren würde. Nach erneutem politischem Erstarken würde Peking dann neuerlich versuchen, Tibet gewaltsam wiedereinzugliedern. Der Dalai Lama hat bereits Ende der 1980er Jahre einige Vorschläge für Verhandlungen unterbreitet: Umwandlung Tibets in eine Friedenszone, sofortiger Stopp der chinesischen Migration nach Tibet, Respektierung der grundlegenden Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten der Tibeter, Wiederherstellung und Schutz von Natur und Umwelt, schließlich ernsthafte Verhandlungen über den künftigen Status Tibets. Prinzipiell hat er sich bei einem Verbleib Tibets im chinesischen Staatsverband ausgesprochen, wobei Tibet ein hohes Maß an Autonomie erhalten soll. Letzteres wurde bislang jedoch nicht präzisiert.

Die Chancen, dass dieses vom Dalai Lama formulierte Minimalverlangen zum Verhandlungsgegenstand mit Peking werden könnte, sind gegenwärtig gleich

null. Der Verhandlungsdruck ist schwach, China befindet sich in einer Position der Stärke und hat insoweit die Unterstützung der Staatengemeinschaft, als diese einhellig Tibet als Teil Chinas betrachtet. Die Kritik einzelner Länder bezieht sich lediglich auf die Einhaltung der Menschenrechte. Sollte es unter veränderten Bedingungen zu Verhandlungen kommen, dann läge das erste Problem in der Frage, welche Grenzen Tibet hat. Während sich die tibetische Exilregierung auf Großtibet bezieht, umfasst Tibet für Peking nur die heutige „Autonome Region“. Die tibetischen Unabhängigkeitsforderungen zielen auf einen Nationalstaat ab, der historische, ethnische und geographische Grenzen zur Deckung bringen soll. Dieses Großtibet würde mehr als ein Fünftel des gegenwärtigen chinesischen Territoriums umfassen. Auf diesem Territorium, von dem über die Hälfte seit 100 bis 200 Jahren nicht mehr den tibetischen Behörden untersteht, übertreffen zudem die Chinesen mit ihren über sieben Millionen Einwohnern die Zahl der Tibeter erheblich. Solange die politische Lage in China relativ stabil bleibt, ist eine Unabhängigkeit Tibets nicht vorstellbar. Zu groß ist die quantitative und militärische Überlegenheit der Chinesen. Auch die internationale Staatengemeinschaft wird nicht von dem Prinzip abgehen, dass Tibet Teil Chinas ist. Auch künftig werden die westlichen Länder nur an den Menschenrechtsverletzungen in Tibet Kritik üben.

LITERATUR

- Eide, Asbjorn (1993): In Search of Constructive Alternatives to Secession. In: Tomuschat, Christian (Hrsg.) (1993): *Modern Law of Self-Determination*. Dordrecht 1993.
- Heberer, Thomas (2008): Peking erlässt die „Verwaltungsmethode zur Reinkarnation eines Lebenden Buddhas im tibetischen Buddhismus“. In: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 1/2008, S. 1–10.
- Heberer, Thomas Heberer (2001): Die Nationalitätenfrage in China am Vorabend des 21. Jahrhunderts. Konfliktsachen, ethnische Reaktionen, Lösungsansätze und Konfliktprävention. In: Schubert, Gunter (Hrsg.) (2001): *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg 2001, S. 81–134.
- Norbu, Darwa (1992): Imperialism and Inner Asia 1775–1907. How British India and Imperial China Redefined the Status of Tibet. In: Warikoo, Kulhushan B./Norbu, Darwa (1992): *Ethnicity and Politics in Central Asia*, New Delhi, S. 22–30.
- Sautman, Barry (Hrsg.) (2006): *Contemporary Tibet*. London 2006.
- Schwartz, Ronald D. (1994): *Circle of Protest. Political Ritual in the Tibetan Uprising*. London 1994.



UNSER AUTOR

Professor Dr. Thomas Heberer ist Inhaber des Lehrstuhls für Politik Ostasiens an der Universität Duisburg-Essen. Er beschäftigt sich seit über 40 Jahren mit China und hat viele Jahre dort gelebt und gearbeitet. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: politisches System, politischer, institutioneller und sozialer Wandel, soziale Akteure, Korruption und Nationalitätenpolitik.

Schöne neue Welt im Grauschleier. Chinas ökologische Situation und Umweltpolitik

Eva Sternfeld

Das atemberaubende Wirtschaftswachstum Chinas hat seine Schattenseiten. Die Umweltkrise ist allgegenwärtig. China sieht sich aufgrund seiner naturräumlichen Gegebenheiten mit „traditionellen“ Umweltproblemen wie Dürren, Überschwemmungen, Verlust von Biomasse, Erosion und Ausbreitung der Wüsten konfrontiert. Durch die immense Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft kommen „moderne“ Umweltbelastungen hinzu: Luft- und Gewässerverschmutzung, Schadstoffbelastungen in Agrarerzeugnissen und ansteigende Treibhausgasemissionen. Die Konflikte um knappe Ressourcen verschärfen sich. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verursacht die Umweltzerstörung erhebliche ökonomische Schäden. Eva Sternfeld erörtert die verschiedenen Dimensionen der chinesischen Umweltsituation und analysiert die Wirkung der umweltpolitischen Maßnahmen und Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltrechts. Obwohl sich die chinesische Regierung der Umweltproblematik durchaus bewusst ist, greifen die umweltpolitischen Instrumente nur in besser entwickelten Landesteilen und verschärfen damit die regionalen Disparitäten. Angemahnt wird ein vermehrter Investitionsbedarf in Umweltschutzmaßnahmen, ein Mehr an Transparenz im Hinblick auf Umweltinformationen und eine bessere Rechtssicherheit. |

Chinas Umweltkrise ist allgegenwärtig

Auf der ersten UN-Umweltkonferenz, die 1972 in Stockholm stattfand, gab sich der Vertreter des damals noch bitterarmen Landes optimistisch und unbekümmert: „Wir werden nicht aus Angst vor dem Ersticken das Essen aufgeben, nicht aus Angst vor Verunreinigung der Umwelt darauf verzichten, unsere Industrie zu entwickeln.“¹ Seither hat die Volksrepublik China ein atemberaubendes Wirtschaftswachstum erlebt, doch zu einem hohen Preis: Jeden dritten Tag kommt es irgendwo im Land zu einer größeren Umweltkatastrophe und diese Fälle, die es in die Schlagzeilen schaffen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Schätzungen gehen davon aus,

dass die durch Umweltverschmutzung und -zerstörung verursachten Schäden zwischen drei und zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts auffressen. Die Umweltschäden haben vielerorts solch apokalyptische Ausmaße erreicht, dass die Sanierung selbst unter größten Anstrengungen kaum gelingt. Mindestens zehn Milliarden Euro wurden seit 2001 allein in Umweltschutzmaßnahmen für die Olympiastadt Beijing (Peking) investiert.² Doch der Erfolg blieb bescheiden. Trotz Fahrverboten und Schließung von hunderten von Industriebetrieben waberte noch wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele grauer Smog über der Mega-Stadt, lagen die krebserregenden Feinstaubbelastungen um bis das Zehnfache über den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Werten. An der Küste vor Qingdao, Austragungsort

der olympischen Segelwettbewerbe, schaufelten zur gleichen Zeit 139.000 Armeesoldaten und andere Helfer giftigen Algenschleim aus dem Meer. Die chinesischen Behörden, die „grüne Spiele“ versprochen hatten, waren international blamiert.

Chinas Umweltkrise ist allgegenwärtig und wird sowohl von der politischen Führung als auch von der Bevölkerung als einer der entscheidenden Faktoren gesehen, die den angestrebten Weg zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Weltmacht gefährden könnten.³ Mit zunehmender Sorge verfolgt die gegenwärtige Regierung, wie sich Konflikte um knappe Ressourcen verschärfen und Umweltzerstörung nicht nur große ökonomische Schäden verursacht, sondern mitunter auch zum Auslöser für soziale Unruhen wird. Nie zuvor haben sich chinesische Regierungsvertreter so

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

häufig und offen zur Umweltkrise geäußert wie Ministerpräsident Wen Jiabao und Parteichef Hu Jintao dies regelmäßig tun. Bereits 2005 hatte der stellvertretende Umweltminister Pan Yue in einem aufsehenerregenden Interview mit dem Spiegel gewarnt: „Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit.“⁴

Ungünstige naturräumliche Bedingungen

Die ungünstige Verteilung von nutzbarem Ackerland und der Zugang zu Wasserressourcen haben seit jeher die Menschen in China herausgefordert. Fast zwei Drittel des Territoriums bestehen aus Wüsten und Gebirgen in Höhen von über 1.000 Metern, wo nur marginaler Ackerbau möglich ist. Im übrigen Drittel, das sich überwiegend im Osten des Landes befindet und wo fast 90 Prozent der Milliardenbevölkerung lebt, führt die intensive Nutzung der Böden und dichte Besiedlung zu einem starken Druck auf die natürlichen Ressourcen.

Ressourcenknappheit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung konfrontieren das Land mit

Umweltbelastungen mehrerer Dimensionen zugleich. In weiten Teilen des Landes sieht sich China mit einem Teufelskreis von Armut der überwiegend ländlichen Bevölkerung und „traditionellen“ Umweltproblemen wie Dürren, Überschwemmungen, Verlust von Biomasse, Erosion, Ausbreitung der Wüsten konfrontiert. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind als Folge einer auf rasches Wachstum ausgerichteten Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft vor allem im Osten des Landes „moderne“ Umweltbelastungen hinzugekommen wie Luftverschmutzung, Verschmutzung der Gewässer, Schadstoffeinträge in Böden und Grundwasser, Schadstoffbelastungen in Agrarprodukten, Lärmbelastung und beschleunigter Klimawandel als Folge von ansteigenden Treibhausgasemissionen.

Entwaldung – ein traditionelles Umweltproblem

Die Abholzung von Wäldern und die damit verbundenen Umweltprobleme wie Erosion, Überschwemmungen, Ausbreitung von Wüsten sind seit vielen Jahrhunderten dokumentiert. Ein klassisches Beispiel ist die vor Jahrhunderten

SCHÖNE NEUE WELT IM GRAUSCHLEIER. CHINAS ÖKOLOGISCHE SITUATION UND UMWELTPOLITIK

begonnene Entwaldung des Lössberglandes (*Huangtu Gaoyuan*) in Zentralchina. Die fruchtbaren Böden werden in den größten nordchinesischen Fluss geschwemmt, der wegen der Sedimente den Namen „Gelber Fluss“ (*Huanghe*) trägt. Mehrfach hat der Fluss in der Geschichte auf Grund der Schlammfrachten sein Bett verlagert und verheerende Überschwemmungen verursacht. Die Jahrhundert-Überschwemmungen, die 1998 die Yangzi-Region und Nordostchina heimsuchten, wurden auf den Kahlschlag an den Oberläufen der Flüsse zurückgeführt. Die Fluten, die damals mehrere tausend Todesopfer forderten und Sachschäden in Milliardenhöhe verursachten, bewirkten eine radikale Umkehr in der Forstpolitik. Die Regierung verfügte ein radikales Abholzverbot in den betroffenen Flussgebieten und fördert seither umfangreiche Aufforstungsprogramme. Die seit 1998 drastisch ansteigenden Holzimporte nach China weisen darauf hin, dass das Abholzverbot in den betroffenen Regionen tatsächlich wirksam umgesetzt wird. Sie sind jedoch auch ein Indiz dafür, dass China nun seine Umweltprobleme in andere Länder auslagert.

Degradierung des Graslandes und Ausbreitung der Wüsten

Infolge von Klimawandel, Überweidung, Bodenversalzung, Erosion und Zerstörung durch Nagetiere sind bereits 90 Prozent der Steppen geschädigt. Jährlich vergrößern sich Chinas Wüstenflächen um bis zu 3.000 Quadratkilometer. Als Boten des durch menschliche Aktivitäten beschleunigten Klimawandels ereignen sich im ariden Nordwestchina immer häufiger Sandstürme, die alljährlich im Frühjahr nicht nur die Hauptstadt Beijing beeinträchtigen, sondern deren Ausläufer häufig auch die koreanischen Nachbarn und Japan erreichen.

Wassermangel und Wasserverschmutzung

China ist kein wasserarmes Land, jedoch sind die Ressourcen ungleich verteilt. Während mehr als 80 Prozent der Wasservorkommen auf die Yangzi-Region und den Süden entfallen, sieht sich Nord- und Nordwestchina, wo rund 550 Millionen Chinesen leben, sich

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Dürre in Chengdu in der Provinz Sichuan: In weiten Teilen des Landes sieht sich China mit einem Teufelskreis von Armut und „traditionellen“ Umweltproblemen wie Dürren, Überschwemmungen, Verlust von Biomasse, Erosion, Ausbreitung der Wüsten konfrontiert.
picture alliance/dpa

Veraltete Industrieanlagen und Kohlekraftwerke sind die Hauptverursacher der Luftverschmutzung. Das Foto zeigt eine Stahlfabrik in Zhongyang in der Provinz Shanxi.
picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

wichtige Industriezentren sowie zwei Drittel der landwirtschaftlichen Flächen befinden, mit chronischem Wassermangel konfrontiert. So erreichte seit den 1990er Jahren der Gelbe Fluss (*Huanghe*) mehrfach sein Mündungsgebiet in Shandong nicht mehr. Bewässerung und der Einsatz von Agrarchemikalien ermöglichten eine „grüne Revolution“ in der nordchinesischen Tiefebene, in der heute etwa 40 Prozent des chinesischen Getreides angebaut werden. In Ermangelung von Oberflächenwasser werden dabei Grundwasser, zunehmend auch fossile Ressourcen, gefördert. In der Nordchinesischen Tiefebene sinkt derzeit der Grundwasserspiegel im Schnitt um 1,5 Meter im Jahr.

Solch radikale Eingriffe in den natürlichen Wassergehalt haben Auswirkungen auf die Wasserqualität; so dringt in küstennahen Gebieten Salzwasser in die leer gepumpten Grundwasserleiter nach. Auch kommt es vielerorts durch die im Untergrund entstehenden Hohlräume zu Bodenabsenkungen, die gefährliche Schäden an Gebäuden und Straßen verursachen.

Gewässerverschmutzung ist einer der ökologischen Brennpunkte. In ihrem 2007 veröffentlichten Jahresbericht stuft die nationale Umweltbehörde fast 30 Prozent der chinesischen Gewässer als hochgradig verschmutzt ein.⁶ Zu den Problemflüssen gehört z. B. der Haihe, in dessen Einzugsgebiet auch die Haupt-

stadt Beijing und die Industriemetropole Tianjin liegen. Auf mehr als der Hälfte seiner 2.000 Kilometer langen Strecke kann dieser Fluss als nicht anders als eine Kloake bezeichnet werden. Dennoch ist vielerorts Oberflächenwasser die einzige Ressource für Trinkwasser. Aber auch Städte, die ihr Trinkwasser aus Grundwasser aufbereiten, stehen vor Problemen. 90 Prozent der Grundwasserressourcen in Stadtgebieten sind durch Schadstoffeinträge belastet.

Nach offiziellen Angaben haben landesweit 340 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wasserverschmutzung bedroht die Volksgesundheit. Auf dem Lande sind Magen- und Darmerkrankungen, die

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

durch verschmutztes Wasser übertragen werden, weit verbreitet. Nirgendwo anders in der Welt werden häufiger Todesfälle infolge von Magen-, Leber- und Blasenkrebs gemeldet als im ländlichen China.⁷

Fahrlässig verursachte Wasserverschmutzung ist an der Tagesordnung. Internationales Aufsehen erregte der Fall der Stadt Harbin, deren vier Millionen Einwohner im November 2005 tagelang ohne Fließwasserversorgung auskommen mussten, nachdem nach der Explosion einer Chemiefabrik der Fluss Songhua mit 100 Tonnen krebserregendem Benzol verseucht worden war. Im Sommer 2007 musste wochenlang die Trinkwasserversorgung der Zweimillio-

nenstadt Wuxi abgestellt werden. Der Taihu, ein See aus dem die Stadt ihr Trinkwasser bezieht, in den aber zugleich auch Millionen Kubikmeter von ungeklärten Abwässern aus unzähligen Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben eingeleitet werden, war durch eine Algenplage zu einer stinkenden Brühe geworden. Doch sind diese Fälle nur die Spitze des Eisbergs: Der von dem Journalisten Ma Jun ins Netz gestellte „Wasserverschmutzungsatlas für China“ lokalisiert mehr als 5.000 Industriebetriebe, die Abwässer einleiten, deren Schadstoffgehalt die zulässigen Grenzwerte bei weitem überschreitet.⁸ Neben industriellen Abfällen ist in den vergangenen Jahren die Intensivland-

wirtschaft, die jährlich Millionen Tonnen Gülle und Agrarchemikalien in die Gewässer schwemmt, zu einem Hauptverursacher der Wasserverschmutzung geworden.

In den vergangenen Jahren investierte China erhebliche Summen in den Gewässerschutz. Zwischen 2000 und 2006 stieg die Zahl der städtischen Klärwerke von 315 auf 939.⁹ Nach Angaben des Bauministeriums können derzeit etwa 60 Prozent der kommunalen Abwässer behandelt werden. Diese beeindruckenden Angaben relativieren sich jedoch, angesichts der Tatsache, dass zum Beispiel in einer Provinz wie Heilongjiang (rund. 37 Millionen Einwohner) lediglich acht städtische Klärwerke, in der Provinz Jiangxi für 42 Millionen Einwohner lediglich vier Klärwerke zur Verfügung stehen.¹⁰ Aus diesen Zahlen wird bereits deutlich, dass in der Regel nur Millionenstädte über moderne Abwasserkläranlagen verfügen, während in kleineren Städten und ländlichen Regionen Abwasser bisher in der Regel unbehandelt auf die Felder oder in die Gewässer eingeleitet wird. Auch schätzt das Umweltministerium, dass mindestens hundert Klärwerke wegen der hohen Betriebskosten und technischer Probleme stillstehen.

Luftverschmutzung

Im Vorfeld der Olympischen Spiele rückten die extremen Luftverschmutzungsprobleme Beijings ins Zentrum des internationalen Interesses. Mit immer drastischeren Fahrverboten und Fabrikschließungen kämpften die chinesischen Behörden wenige Wochen vor der Eröffnung verzweifelt dagegen an. In der Tat ist Luftverschmutzung in den dicht besiedelten Landesteilen das physisch spürbarste Umweltproblem. Ursache ist eine Energiewirtschaft, die sich hauptsächlich auf die Nutzung von Kohle stützt. Zwischen 2000 und 2005 stieg der Kohleverbrauch landesweit um 75 Prozent.¹¹ Veraltete Industrieanlagen und Kohlekraftwerke sind die Hauptverursacher. In Nordchina kommen im Winter Kohleheizungen als weitere Emissionsquelle hinzu. Die rege Bautätigkeit in vielen chinesischen Großstädten trägt zusätzlich zu der enormen Staubbelastung bei. Schließlich stieg mit dem Kraftfahrzeugaufkommen in den chinesischen Städten in den vergangenen Jahren die Belastung durch Kfz-Abgase erheblich an. In den

letzten fünf Jahren wurden in Beijing, der Stadt mit der höchsten Verkehrsdichte Chinas, täglich etwa 1.000 neue Autos zugelassen. Mit durchschnittlichen Feinstaubbelastungen von 150 µg, dreimal soviel wie nach Anforderungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zulässig wäre, gehört die Olympiastadt zu den weltweiten Spitzenreitern mit schlechter Luftqualität.¹² Zwei Drittel der städtischen Bevölkerung Chinas, d.h. zirka 400 Millionen Menschen, leben nach Erhebungen des Umweltministeriums in einer Umgebung mit schlechter oder sehr schlechter Luftqualität. Die Luftverschmutzung in den chinesischen Städten ist ein Gesundheitsrisiko. Atemwegserkrankungen gehören zu den weit verbreiteten Todesursachen. Nach Angaben des Umweltministeriums sterben jährlich 400.000 Menschen vorzeitig in Folge von Krankheiten, die direkt auf die Luftverschmutzung zurückgeführt werden. Infolge der hohen SO₂-Emissionen sind weiterhin erhebliche Schäden an Gebäuden und Vegetation durch „Saurer Regen“ zu beklagen. Auch Chinas Nachbarländer sind davon betroffen.

Abfall

Aus Mangel an Rohstoffen hatte China bereits in den 1970er Jahren das Recycling von Sekundärrohstoffen verstärkt gefördert. Auch heute gibt es in jeder chinesischen Stadt Sammelstellen, die wieder verwertbare Altstoffe ankaufen und damit das Existenzminimum der Armen sichern. Die Sammler sind in der Regel auf bestimmte Materialien spezialisiert wie Plastik, Papier, Pappe, Glas, Metall und Elektroschrott. Recycling ist wegen des großen Rohstoffbedarfs ein blühender Industriezweig, der sich nicht nur mit den im eigenen Lande anfallenden Abfallstoffen begnügt, sondern auch in großem Umfang insbesondere Plastik sowie Metalle und Elektroschrott aus anderen Ländern importiert. Umweltfreundlich ist dieser Industriezweig jedoch keineswegs. Die verbreiteten Verfahren, wie sie zum Beispiel in den berüchtigten Mülldörfern in der Umgebung von Guangzhou in kleineren Familienbetrieben zum Einsatz kommen, sind dabei oft mit erheblichen Gesundheitsgefährdungen für die Beschäftigten sowie Belastungen für die Umwelt verbunden. Vor dem rapide angestiegenen Aufkommen von städtischem Siedlungsabfall und neuartigem Verpackungsmüll hat das herkömmliche Entsorgungssystem jedoch offensichtlich kapituliert. Umweltgerechte Müllverbrennungsanlagen oder Abfalldeponien sind bisher die Ausnahme. Nur etwa 20 Prozent der städ-

tischen Abfälle werden nach Angaben des Umweltministeriums ohne Belastungen für die Umwelt entsorgt. Häufig werden in stadtnahen ländlichen Gebieten Anbauflächen für Müllhalden zweckentfremdet.

Umweltschäden durch Intensivlandwirtschaft

Eine produktive Landwirtschaft stellt sich der Herausforderung, auf einer äußerst begrenzten und sich verringernden nutzbaren Fläche eine stetig wachsende Bevölkerung zu ernähren. Dies wird ermöglicht durch einen auch im internationalen Vergleich gigantischen Einsatz an Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden. In China wird auf etwa einem Zehntel des weltweiten Ackerlandes 30 Prozent des weltweit produzierten Kunstdüngers ausgebracht. China ist ebenfalls führend in Produktion und Verbrauch von Pestiziden. Doch die Technisierung der Landwirtschaft stößt an ihre Grenzen. Vielfach sind die Böden durch Überdüngung ausgelaugt, abgespülte Düngemittel und Pestizide tragen maßgeblich zur Verschmutzung der Oberflächenengewässer und des Grundwassers bei. Durch den massiven Einsatz von Agrarchemikalien ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu beklagen. Obwohl der Einsatz von international geächteten Pestiziden wie DDT inzwischen verboten ist, ist China eines der wenigen Länder, in denen DDT nach wie vor produziert wird und somit auch zum Einsatz kommt. Die Schadstoffbelastung von vielen aus konventionellem

Anbau stammenden Lebensmitteln ist erheblich. Dies führte unter anderem dazu, dass die Europäische Union (EU) für zahlreiche Lebensmittel aus China, unter anderem Shrimps und Honig, einen Einfuhrstopp verhängte. Verbunden mit den Exportschwierigkeiten und auch der Verunsicherung einheimischer Konsumenten durch zahlreiche Lebensmittelskandale im Inland ist aber auch ein wachsendes Interesse an integrierten und ökologischen Anbaumethoden zu beobachten.

Um Erträge zu erhöhen, wird mit gentechnologisch modifizierten Sorten experimentiert. Offiziell freigegeben für den kommerziellen Anbau ist bisher jedoch nur die sogenannte BT-Baumwolle, der Gene des *Bacillus Thuringensis* gegen den Baumwollkapselwurm eingepflanzt wurden. Inzwischen wird 30 Prozent der Baumwollernte aus BTPflanzen gewonnen.

Emission von Treibhausgasen und Auswirkungen auf den Klimawandel

Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und erwartungsgemäß starker Abhängigkeit von Kohle als fossilem Energieträger ist China eines der Schlüsselländer, wenn es um den anthropogenen, d.h. durch Menschen verursachten Anteil am globalen Klimawandel geht. Bereits 2008 hat China die USA als weltweit größter Emittent von Kohlendioxid überholt. Im tibetischen Hochland hat der Klimawandel bereits heute dramatische Auswirkungen: Im Quellgebiet der großen asiatischen Flüsse Brahmaputra, Mekong, Irrawaddy, Salween, Yangzi und Huanghe (Gelber Fluss), in deren Einzugsgebieten mehr als die Hälfte der Menschheit lebt, und das als „Dach der Welt“ das Klima in Südasien und die Monsunsysteme prägt, schrumpfen die Gletscher in einem beängstigenden Tempo. Dies wird auch bei eis- und schneegekrönten Gebirgsketten in Nordwestchina beobachtet. Es ist absehbar, dass innerhalb der nächsten 50 Jahre die Gletscher, die die Flussoasen am Tarimfluss und im Gansu-Korridor versorgen, vollständig abgeschmolzen sein werden. Experten rechnen weiterhin mit stärkeren Taifunen und einem Anstieg des Wasserstands um bis zu einem halben Meter an der Küste des ostchinesischen Meers. Wichtige Wirtschaftszentren wie das Perlfloss-Delta und Shanghai wären direkt davon betroffen. Auch werden Rückgänge der landwirtschaftlichen Produktion um bis zu zehn Prozent innerhalb der nächsten 50 Jahre prognostiziert. Mit Millionen von Umweltflüchtlingen ist zu rechnen. Jedoch erhofft man in China auch günstigere Folgen der globalen Erwär-



UNSERE AUTORIN

Dr. Eva Sternfeld, auf Umweltthemen spezialisierte Sinologin, forscht seit den frühen 1980er Jahren zur chinesischen Umweltsituation. Von 2000 bis 2008 war sie im Rahmen der deutsch-chinesischen Entwicklungszusammenarbeit als CIM-Expertin an einem öffentlichen Umweltinformations- und Bildungszentrum des chinesischen Umweltministeriums in Beijing (Peking) beschäftigt. Seit August 2008 leitet sie die Arbeitsstelle für Geschichte und Philosophie der chinesischen Wissenschaft und Technik der TU Berlin.

mung wie längere Anbauperioden in Nordostchina und feuchteres Klima in der nordchinesischen Tiefebene.

China gehört zu den Unterzeichnerstaaten des Klimaschutzabkommens von Kyoto. Auch wenn das Land wie andere Entwicklungsländer von einer Verpflichtung zur Reduzierung des Treibhausgasen bisher ausgenommen ist, spielt es bei der Umsetzung der Instrumente des Klimaschutzabkommens wie zum Beispiel des Cleaner Development Mechanism (CDM) eine wichtige Rolle. Diese Instrumente erlauben es Industrieländern, sich Investitionen in klimaschutzrelevante Projekte in Entwicklungsländern auf Verpflichtungen des eigenen Landes gutschreiben zu lassen. Bis August 2008 waren chinesische 251 CDM-Projekte beim UN-Klimasekretariat registriert.¹³ Dies entspricht etwa 20 Prozent aller weltweit registrierten CDM-Projekte und 51 Prozent der abgegebenen Emissionszertifikate.

Umweltpolitik

China kann bereits auf eine gut 35-jährige Geschichte der institutionalisierten Umweltpolitik zurückblicken. Den Anstoß gab die erwähnte Teilnahme einer chinesischen Delegation an der ersten UN-Umweltkonferenz, die 1972 in Stockholm stattfand. Ein Jahr später trat dann die erste Nationale Umweltkonferenz zusammen, auf der sich eine ministerielle Führungsgruppe für Umwelt konstituierte. 1982 wurde Umweltschutz zunächst dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Städtebau und ländliche Entwicklung zugeordnet. 1984 erhielt das dem Ministerium angegliederte Nationale Umweltamt (National Environmental Protection Agency/NEPA) erstmals einen unabhängigen Status und konnte nun direkt dem Staatsrat berichten. Die Behörde war zunächst vorrangig für den städtischen und industriellen Umweltschutz zuständig und finanzierte ihre lokalen Behörden vor allem durch Einnahmen aus den sogenannten Schadstoffabgabegebühren. Die Überschwemmungskatastrophen im Jahr 1998, die eine radikale Umkehr in der Forst- und Naturschutzpolitik bewirkten, führten zu einer weiteren Aufwertung der Behörde und zur Ausweitung der Zuständigkeiten. Die nunmehr State Environmental Protection Administration (SEPA) genannte Behörde war seither auch für Naturschutz sowie Nuklearsicherheit zuständig. Allerdings hatte eine im selben Jahr erfolgte Strukturreform auch eine Halbierung des Personalbestands zur Folge. Es sollte weitere zehn Jahre dauern, bis im März 2008 die oberste Umweltbehörde dann vom Katzentisch im Staatsrat an den Ka-

binettstisch geholt wurde und den Rang eines vollwertigen Ministeriums erhielt.

Umweltrecht und Umweltpolitik

Seit 1978 ist die Verpflichtung des Staates zum Umweltschutz in der chinesischen Verfassung verankert. Bereits 1979 wurde der Entwurf für das erste Nationale Umweltschutzgesetz verabschiedet. Eine überarbeitete Fassung trat 1989 in Kraft. Diesem folgten im Lauf der Jahre zahlreiche Einzelgesetze (Gesetze gegen Wasser-, Meeres- und Luftverschmutzung; Bodenschutzgesetz; Gesetz zur Bekämpfung der Wüstenausbreitung) sowie Ressourcenschutzgesetze (u.a. Naturschutzgesetz, Forstgesetz). In jüngerer Zeit verabschiedete Gesetze wie das Gesetz zur Förderung der „Sauberen Produktion“ (2002) sowie das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (2003) betreffen Aspekte des Umweltmanagements. Ein „Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien“ trat 2006, eine Elektroschrottverordnung im Frühjahr 2008 in Kraft. Ein Gesetz zur Kreislaufwirtschaft, in dem Verantwortlichkeiten für Recycling und die Behandlung von Abfällen geregelt werden, ist in Vorbereitung. Die chinesische Umweltgesetzgebung verfügt mittlerweile über einen sehr detaillierten Katalog von mittlerweile ca. 375 Umwelt- und Emissionsstandards, die sich an der internationalen Umweltschutzgesetzgebung orientieren. Die Standards werden unter anderem zur Ermittlung von Emissionsabgaben herangezogen. Hinzu kommen über tausend von den Umweltbehörden der Provinzen und Städte erlassene umweltrelevante Bestimmungen und Verordnungen. Jedoch sind viele Regelungen für die praktische Umsetzung noch zu wenig konkret, daher werden bereits in früheren Jahren erlassene Gesetze überarbeitet. So trat Anfang 2008 die Neufassung des Gesetzes zur Kontrolle der Wasserverschmutzung in Kraft, die nun drastischere Strafen für Verursacher von Wasserverschmutzung vorsieht.

Bei der flächendeckenden Umsetzung der Umweltpolitik gibt es jedoch bislang große Defizite. Zur Anwendung kommen Umweltgesetze vor allem in besser entwickelten Landesteilen. Dies führt mittlerweile dazu, dass Industrien mit hoher Umweltbelastung ins Hinterland ausgelagert werden.

Trotz einer Fülle von Aufgaben besitzt das Umweltministerium bisher nur eine dünne Personaldecke. Die mit der Aufwertung zum Ministerium erwartungsgemäß verbundene Personalaufstockung erfolgte bisher nur zögernd. Bis Sommer 2008 waren lediglich 300 Beamte in der Zentrale in Beijing beschäftigt, hinzu kamen ca. 200.000 Ange-

stellte in den Umweltämtern auf Provinz- und Kreisebene sowie angegliederten Behörden wie z.B. Überwachungsstationen. Insbesondere auf lokaler Ebene sind viele Beamte für ihre technisch anspruchsvollen Aufgabenbereiche häufig nicht ausreichend qualifiziert.

Da sich lokale Umweltämter teilweise über die Einnahmen aus den Emissionsgebühren finanzieren, sind dem Interesse, Verschmutzungsquellen zu beseitigen, Grenzen gesetzt. Hinzu kam, dass in der Vergangenheit lokale Umweltämter zwar der Struktur der Umweltbehörden unterstanden, aber vor allem ihren Lokalregierungen und deren Wirtschaftsinteressen verpflichtet waren. Inwieweit die Aufwertung der Behörde zum Ministerium nun auch zu größerer Durchsetzungsfähigkeit auf lokaler Ebene führt, muss die Praxis erst zeigen.

Auch soll das Ministerium zusätzliche Zuständigkeiten erhalten. Damit sollen Überschneidungen mit den Verantwortungsbereichen anderer Ministerien und Behörden, die bisher die Durchsetzung von Umweltpolitik erschwerten, reduziert werden. Bisher gab es zum Beispiel beim Wasserschutz ein verwirrendes Kompetenzgerangel zwischen den Umweltbehörden, dem Ministerium für Wasserressourcen, dem Bauministerium, dem Landwirtschaftsministerium sowie der Verwaltung für Küstengewässer.

Ob das Umweltministerium tatsächlich schlagkräftiger als die Vorgängerbehörde sein wird, wird jedoch auch davon abhängen, ob andere im Staatsrat vertretene Regierungsbehörden und staatseigene Betriebe bereit sind, mit ihr zu kooperieren und sich mit ihr zu koordinieren. Langfristig wird der Erfolg der Umweltpolitik daran zu messen sein, ob sie den Umweltämtern auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene größere Handlungsfähigkeit und Kompetenz verleiht.

Umwelt-Nichtregierungsorganisationen

Ein strategischer Partner für die Umweltbehörde bei der Artikulation sind die nicht-staatlichen Umweltorganisationen, deren Arbeit seit Beginn der 1990er Jahre toleriert wird, deren Existenz allerdings bislang immer noch nicht legalisiert ist. Zu den prominenten genuin chinesischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gehören die 1993 gegründeten „Friends of Nature“ und „Global Village of Beijing“ sowie inzwischen hunderte Andere. Auch vie-

le internationale Umweltorganisationen (wie zum Beispiel World Wildlife Fund/WWF und Greenpeace) unterhalten in China Repräsentanzen. Umwelt-Nichtregierungsorganisationen in China beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit Themen des Natur- und Artenschutzes sowie mit der Umweltbildung. Nur selten agieren sie konfrontativ zur offiziellen Umweltpolitik.

Zugang zu Informationen

Der noch immer nicht freie Zugang zu Daten erschwert nicht nur die Beteiligung der Öffentlichkeit an Umweltprozessen, sondern auch die Arbeit der beteiligten Behörden und wird nicht selten zum Nadelöhr bei geplanten Projekten. Zwar werden ausgewählte Daten zur Umweltqualität inzwischen veröffentlicht (wie zum Beispiel Daten zur städtischen Luftqualität), andere Informationen (zum Beispiel hydrologische Daten, genaue Kartierungen etc.) werden jedoch nach wie vor wie Staatsgeheimnisse gehandelt. Beim Zugang zu Informationen spielen die chinesischen Medien dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Auch wenn die Regierung Nachrichten über Naturkatastrophen, Industrieunfälle und Sicherheitsrisiken kontrolliert, gelingt es engagierten Journalisten immer wieder, diese Meldungen auch in die Presse zu bringen. Erst seit 2005 ist es offiziell zulässig, über Naturkatastrophen (z.B. Erdbeben) zu berichten.

Ökoeffizienz

Knappe Ressourcen werden häufig verschwenderisch und ineffizient genutzt. Schätzungen zufolge könnten bis zu 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs und des damit verbundenen CO₂-Ausstoßes durch Verbesserung der Energieeffizienz eingespart werden. Bisher gibt es in China jedoch zu wenig Anreize zum sparsameren Umgang mit Ressourcen. Preise für produktionswichtige Rohstoffe sind stark subventioniert und werden ohne Einbeziehung der Kosten der Umweltbelastung kalkuliert. So gelten die staatlich festgelegten Preise einheitlich für Kohle sehr unterschiedlicher Qualität, obwohl ungewaschene Kohle mit sehr hohem Schwefelgehalt und Staubanteilen sehr viel höhere Umweltfolgekosten verursacht. Wegen der einheitlichen Preise fehlen Anreize, in ökonomische Technologien und Umweltschutz zu investieren. Die Wassertarife sind ebenfalls noch immer stark subventioniert und liegen häufig weit unter den Bereitstellungskosten. Erst neuerdings beginnen viele Städte damit, nicht nur die Wassertarife anzuhe-

ben, sondern den Verbrauchern auch die Entsorgung der Abwässer in Rechnung zu stellen. Eine deutliche Anhebung der Tarife könnte sich auf die Höhe des Wasserverbrauchs und damit auch des Abwasseraufkommens und der damit verbundenen Belastung der Gewässer auswirken. Bisher konnte sich ökonomische Bauweise in chinesischen Städten aufgrund fehlender Anreize und gesetzlicher Bestimmungen nicht durchsetzen. Allein hier liegen ungeheure Potentiale zur Energie- und Wassereinsparung.

Reform des Finanzsektors

Den Umweltschutz über eine Reform des Finanzsektors voranzubringen, ist ein weiteres großes Projekt des Umweltministeriums. Eine im Februar 2008 vorgestellte Bestimmung macht für börsennotierte Unternehmen die Offenlegung ihrer Umweltberichten obligatorisch. Weiterhin hat die Behörde eine Liste von 141 „stark verschmutzenden und für die Umwelt gefährlichen Produkten“ erstellt, die von Steuervergünstigungen und Handelsberechtigungen ausgenommen werden sollen. Auch für die Vergabe von Krediten soll die Erfüllung von Umweltschutzaufgaben zum Kriterium werden. So wurden 2007 bereits Kredite an rund 30 Unternehmen mit hohem Energieverbrauch und großen Umweltbelastungen verweigert. Ein Ansatz, der bei konsequenterer Durchsetzung große Wirkung zeigen könnte: Die Umweltbehörde hat bereits Daten von 30.000 verschmutzenden Unternehmen an Geschäftsbanken weitergegeben. Gemeinsam mit dem Finanzministerium erarbeitet derzeit die Umweltbehörde einen Anforderungskatalog für chinesische Investitionen und Kreditvergabe im Ausland. In Zusammenarbeit mit der staatlichen Versicherungskommission wird über eine „Umweltversicherung“ nachgedacht. Diese soll bis 2015 landesweit eingeführt werden und die Entschädigung von Umweltverschmutzungsoffern regeln.

Schlussfolgerungen

China steht vor enormen Herausforderungen bei der Bewältigung seiner Umweltprobleme. Eine Fortsetzung der bisherigen nachholenden Entwicklungsstrategie, einhergehend mit Inkaufnahme einer erheblichen Umweltbeeinträchtigung und einem Raubbau an den vorhandenen Ressourcen, würde in absehbarer Zeit zu erheblichen Einbrüchen im Wirtschaftswachstum (bei Einbeziehung der Umweltkosten), möglicherweise sozialen Unruhen und fatalen Folgen für den Klimawandel führen.

Die chinesische Führung ist sich der Problematik bewusst und adressiert sie. Ob die Instrumente der Umweltpolitik künftig wirkungsvoller eingesetzt werden können und das Land zu einer effizienteren und nachhaltigeren Nutzung der Ressourcen gelangt, wird daran zu messen sein, ob Investitionen in den Umweltschutz deutlich erhöht werden, Umweltbehörden insbesondere auf lokaler Ebene gestärkt, die Öffentlichkeit verbesserten Zugang zu Informationen erhält und die Rechtssicherheit verbessert wird.

LITERATUR

- Bundesagentur für Außenwirtschaft/BFAI (2006): Wassertechnik und Wassermanagement in der VR China. (Verfasserin: Abele, Corinne). Köln. Bertelsmann Stiftung (2006): Weltmächte im 21. Jahrhundert. Gütersloh.
- China Environment Yearbook (Zhongguo Huanjing Nianjian) (2007).
- Economy, Elisabeth (2004): The Rivers Run Black. Ithaca/London.
- Oberheitmann, Andreas (2006): Herausforderungen für die Umweltpolitik. In Fischer, Doris/ Lackner, Michael (Hrsg.) (2007): Länderbericht China. Bonn, S.72–98.
- Pan Yue (2005): Das Wunder ist bald zu Ende. In: Der Spiegel, 10/2005, S. 149–150.
- Schüller, Margot (2008): Wirtschaftliche Dimensionen der Olympischen Spiele in Beijing: Wer werden die Gewinner sein? In: China aktuell, 2/2008, S. 126–139.
- State of the Environment; unter: www.zhb.gov.cn/plan/zkgb/05hjb/
- Stockholm Environmental Institute/UNDP (2002): China Human Development Report 2002. Making Green Development a Choice. Stockholm.
- 2005 Environmental Sustainability Index Report; unter: www.yale.edu/esi.
- World Bank/State Environmental Protection Administration (2007): Cost of Pollution in China. Economic Estimates of Physical Damages. Washington D.C.

ANMERKUNGEN

- 1 Peking Rundschau, 24/1972, S. 6–9.
- 2 Die Gesamtkosten der Olympischen Spiele 2008 werden nach inoffiziellen Schätzungen auf rd. 35 Milliarden US-Dollar veranschlagt, davon wurden etwa 55 Prozent für Umweltschutzprojekte ausgegeben; vgl. Preuss, Holger: „Signaling Growth“, zitiert bei Schüller, Margot (2008).
- 3 Laut einer 2006 von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichten Untersuchung hielt die Mehrheit der chinesischen Befragten Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung für die größten Herausforderungen in den kommenden Jahren. (Bertelsmann Stiftung 2006, S. 18–20).
- 4 Vgl. Der Spiegel, 10/2005, S. 149.
- 5 Von einem ariden Klima spricht man dann, wenn die potentielle Verdunstung den Niederschlag einer Region übersteigt. Dies hat eine sehr niedrige Luftfeuchtigkeit zur Folge.
- 6 State of the Environment, S. 7; unter: www.zhb.gov.cn/plan/zkgb/05hjb/.
- 7 World Bank 2007, S. 7.
- 8 www.ipe.org.cn
- 9 China Environment Yearbook (Zhongguo Huanjing Nianjian) (2007), S. 611.
- 10 Ebenda.
- 11 World Bank 2007, S. XI.
- 12 World Bank 2007, S. XVIII.
- 13 <http://cdm.unfccc.int>.

Zu viel, zu alt, zu männlich?

Demographie und Bevölkerungspolitik

Bettina Gransow

Chinas rigide Bevölkerungspolitik – die ökonomische Lasten aus den Zeiten Mao Zedongs beseitigen soll – hat gravierende demographische Folgen. Das staatliche Programm der Geburtenplanung, als so genannte Ein-Kind-Politik bekannt, war stets umstritten und führte zu Unmut und Abwehrstrategien auf Seiten der betroffenen Familien. Trotz der inzwischen erreichten Verlangsamung des Bevölkerungswachstums hat die chinesische Bevölkerungspolitik eine Reihe von nicht intendierten Nebenwirkungen ausgelöst. So ist Chinas überalterte Bevölkerung eine Herausforderung für die im Aufbau begriffenen sozialen Sicherungssysteme. Schwer wiegt auch die unausgewogene Geschlechterverteilung bei der Geburt, die eine deutliche Präferenz für die Geburt von Jungen und die gesellschaftliche Geringschätzung des weiblichen Geschlechts offenbart. Hinter der Ungleichverteilung von Geburten- und Sterberaten bei Jungen und Mädchen verbirgt sich eine soziale „Logik“, die Frauen diskriminiert und der zufolge nur wenig in weibliches Humankapital investiert wird. Das Phänomen der missing girls – so ein Fazit von Bettina Gransow – bringt im Hinblick auf den „Heiratsmarkt“ allerdings auch Nachteile für die Männer mit sich. Trotz der Rufe nach einer Lockerung der Ein-Kind-Politik hält die chinesische Regierung an ihrer Politik einer Beschränkung des Bevölkerungswachstums fest, wird diese aber in absehbarer Zeit überdenken müssen.

Demographische Folgen der „Ein-Kind-Politik“

Seit Beginn der 1980er Jahre verfolgt die Volksrepublik China eine rigide Politik der Bevölkerungsplanung, die unter dem Stichwort „Ein-Kind-Politik“ bekannt geworden ist. Hintergrund waren die massiven Wirtschafts- und Versorgungsprobleme, die Mao Zedongs Herrschaft in der Volksrepublik China hinterlassen hatte und die seine Nachfolger mit Deng Xiaoping an der Spitze nicht nur durch ökonomische Reformen, sondern auch durch eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums zu überwinden suchten. Wie aktuelle Prognosen

zeigen, konnte diese Zielsetzung – wenn auch nicht im ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen – im Wesentlichen erfüllt werden.

Von 1987 bis 2006 sank die Geburtenrate kontinuierlich von 23 Promille auf 12 Promille, während die Sterberate bei etwa 6,5 Promille konstant blieb (China Statistical Yearbook 2007, S. 105). Allerdings war ursprünglich geplant worden, dass die chinesische Bevölkerung im Jahre 2000 nicht mehr als 1,2 Milliarden Menschen umfassen sollte. Diese Zahl wurde aber bereits im Jahr 1995, d.h. fünf Jahre früher als geplant, erreicht. 2006 betrug die Gesamtzahl der Bevölkerung in der chinesischen Volksrepublik 1,314 Milliarden (ebd.). Trotzdem ist es insgesamt zu einer deutlichen Verlangsamung des Bevölkerungswachstums gekommen. Schätzungen gehen davon aus, dass es ohne diese Politik in den letzten drei Jahrzehnten rund 300 Millionen Geburten mehr gegeben hätte (Peng 2004, S. 135). Gleichzeitig führte die Politik der Geburtenbeschränkung zu demographischen Verwerfungen wie insbesondere einer beschleunigten Überalterung und einem wachsenden Ungleichgewicht der Geschlechter.

Ein weiteres Problem der Bevölkerungsentwicklung in China bezieht sich auf das Verhältnis von Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt. Prognosen gehen davon aus, dass die chinesische Bevölkerung noch bis etwa Mitte des 21. Jahrhunderts auf 1,4 Milliarden wachsen wird (Zhang 2007, S. 86). Ein solches Bevölkerungswachstum stellt eine erhebliche Herausforderung für das Verhältnis von Bevölkerung und Naturressourcen dar und bedeutet eine weitere Belastung für die Umwelt.

Die Ein- (oder Zwei-)Kind-Politik

Angesichts dieser komplexen Situation stellt man sich daher heute in China die Frage, ob es Zeit für eine Umkehr der chinesischen Bevölkerungspolitik ist oder ob diese weiterhin beibehalten werden soll und wenn ja, zu welchen Konditionen.

Das staatliche Programm der Geburtenplanung lässt sich grob in sechs Phasen einteilen:

- (1.) die Zeit von 1979 bis 1983, in der von einer Zwei-Kind-Politik zu einer Ein-Kind-Politik übergegangen wurde;
- (2.) die Zeit von 1984 bis 1985, die als eine Liberalisierungsphase bezeichnet werden kann und in der es zu einer Ausweitung von Ausnahmeregelungen für Zweitkinder kam;
- (3.) die Zeit von 1986 bis 1989, die durch einen Richtungsstreit über die Fortführung der Ein-Kind-Politik gekennzeichnet war;
- (4.) die Zeit von 1990 bis 1993, in der die Ein-Kind-Politik bekräftigt wurde;
- (5.) die Zeit von 1994 bis 2002, in der man versuchte, die Ein-Kind-Politik durch diversifizierte und verbesserte Verwaltungsmaßnahmen umzusetzen;
- (6.) die Zeit seit 2002, in der das Familienplanungsgesetz zur rechtlichen Grundlage der Ein-Kind-Politik wurde, die praktische Ausgestaltung aber weiter auf der lokalen Ebene erfolgt (Scharping 2007, S. 55f.; vgl. Gransow 2000, S. 180; Greenhalgh/Winkler 2005).

Umstritten war das Programm der Geburtenplanung in der ganzen Zeit seiner Anwendung und hat insbesondere in den ländlichen Gebieten Chinas immer wieder zu Unmut und Abwehrstrategien auf Seiten der betroffenen Familien geführt. Seit den 1990er Jahren wurde die Ein-Kind-Politik immer mehr dahingehend ausgelegt, dass Ehepaare in den Städten nur ein Kind haben sollten, während Paare auf dem Lande zwei Kinder haben durften, besonders, wenn das erste Kind ein Mädchen war. Zahlreiche weitere Ausnahmesituationen ermöglichten es, ein zweites Kind zu haben, nämlich wenn (1.) ein Elternteil allein die Familienlinie seit zwei Generationen fortführte, d.h. ein Einzelkind Kind eines Einzelkindes ist, (2.) der Ehemann der einzige von mehreren Brüdern ist, der die Fähigkeit hat, sich fortzupflanzen, (3.) die Frau ein Einzelkind ist und der Ehemann bei ihrer Familie wohnt, (4.) beide Ehepartner Einzelkinder sind, (5.) einer der Ehepartner ein versehrter Veteran ist, (6.) die Ehefrau mit einem zurückgekehrten Auslandschinesen verheiratet ist oder (7.) es sich um einen Haushalt in einem Berg- oder Fischereigebiet mit erschweren wirtschaftlichen Bedingungen handelt (Ikels 1996, S. 124f.).

Tabelle 1: Verordnungen zur Bevölkerungsplanung in den 1990er Jahren.

Gruppe	Verordnungen	Geltungsbereich
1	Ein-Kind-Politik mit wenigen Ausnahmen, die es Ehepaaren erlauben, zwei Kinder zu haben	Für alle Stadtbewohner sowie Ehepaare auf dem Lande in der Provinz Jiangsu und in Teilen der Provinz Sichuan
2	Zwei Kinder, wenn das erste Kind ein Mädchen ist	Für die meisten Ehepaare auf dem Lande
3	Zwei Kinder mit einem Abstand von vier Jahren	
4	Zwei oder drei Kinder	Für Minderheiten in Autonomen Minderheitsgebieten
5	Keine zahlenmäßige Beschränkung	Für die ländliche tibetische Bevölkerung

Quelle: Peng 2004, S. 136.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Politik der Bevölkerungsplanung auf lokaler Ebene recht unterschiedliche Formen angenommen hat. Auch wenn es sich bei der chinesischen Politik zur Geburtenplanung um ein staatliches Programm handelt, so erfolgte seine Umsetzung jedoch dezentralisiert. Provinzregierungen und lokale Behörden hatten daher eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung regional gültiger Verordnungen und Empfehlungen zu Heiratsalter, Abständen zwischen den Geburten und Ähnliches. Die aktuellen Vorschriften lassen sich in fünf Gruppen unterteilen (vgl. Tabelle 1).

Wegen all dieser verschiedenen Auslegungen und regional unterschiedlichen Verordnungen handelt es sich daher streng genommen bei dem Begriff der Ein-Kind-Politik um eine Vereinfachung. Hauptmittel zu ihrer Durchsetzung sind Sanktionen. Neben Anreizen wie günstigen Ausbildungs- und Versorgungsbedingungen für Einzelkinder stehen Lohnabzüge und Geldstrafen im Mittelpunkt dieser Politik. Diese können (mit bis zu drei Jahreseinkommen beider Ehepartner) empfindlich hoch sein. Durch eine stetig anwachsende Einkommensschere ist diese Politik in den letzten Jahren zunehmend als sozial ungerecht in die Kritik geraten, da wohlhabende Familien die entsprechenden Strafen für nicht genehmigte Kinder problemlos aufbringen könnten, nicht jedoch die ärmeren Schichten. Die Ein-Kind-Politik hat die demographische Alterung der chinesischen Gesellschaft beschleunigt, vor allem in denjenigen städtischen Gebieten, die sie in der Vergangenheit besonders konsequent durchgesetzt haben.

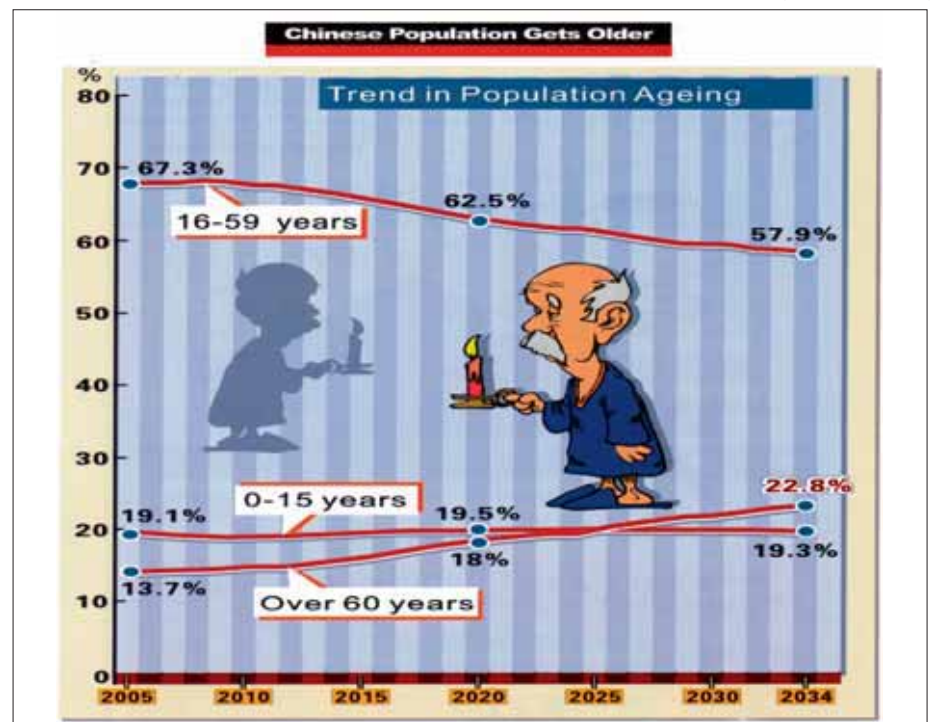
In China wird die Ein-Kind-Familie auch als „4 : 2 : 1-Modell“ bezeichnet, d.h. ein Kind, zwei Elternteile und vier Großeltern. Da die Schaffung eines umfassenden sozialen Sicherungssystems – insbesondere auf dem Lande – nur schleppend vorankommt, wird hier eine der großen Herausforderungen für die chinesische Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten liegen.

Einwände gegen Chinas gegenwärtige Bevölkerungspolitik

Ein Überdenken der Ein-Kind-Politik liegt aus verschiedenen Gründen nahe: *Erstens* wurde diese Politik in den 1980er Jahren bereits mit der Maßgabe eingeführt, dass sie nur für eine begrenzte Periode, nämlich zwanzig bis dreißig Jahre, gelten sollte, *zweitens* kann das hauptsächliche Ziel dieser Politik, eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums zu erreichen, als im Wesentlichen gelöst betrachtet werden und schließlich hat *drittens* diese Politik eine Reihe von nicht intendierten Nebenwirkungen ausgelöst, die zu demographischen und sozioökonomischen Problemen geführt haben. So gab es als Folge der Ein-Kind-Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts schätzungsweise 90 Millionen Einzelkinder in China. Begleitet war das Auftreten dieses neuen Phänomens von besorgten Debatten um die Persönlichkeitsentwicklung der „kleinen Kaiser“. Befürchtet wurde, dass sie egoistisch, eigenwillig, übergewichtig, ag-

gressiv und unkooperativ werden könnten. Inzwischen sind die ersten Jahrgänge herangewachsen: Erwartung geben chinesische Jugendforscher im Hinblick auf die soziale Integration, das Selbstbewusstsein, den Lerneifer und das Umweltbewusstsein der Einzelkinder; Schwächen werden dagegen insbesondere in mangelndem Verantwortungsbewusstsein und mangelnder Selbstständigkeit der Einzelkinder gesehen. Dies wird damit begründet, dass manche Eltern ihre Kinder vorrangig zum Lernen anhalten und ihnen hierzu viele andere alltägliche Aufgaben abnehmen. Eine solche Haltung hängt zum einen mit traditionell konfuzianischen Auffassungen zusammen, wonach Bildung die wesentliche Voraussetzung für sozialen Aufstieg darstellt, zum anderen mit der geringen Aufnahmequote in die Universitäten des Landes (unter 20 Prozent eines Jahrgangs). Deutlich ist der erhöhte Erwartungsdruck, dem die Einzelkinder durch die älteren Generationen sowohl im Hinblick auf zu erbringende Leistungen wie auch im Hinblick

Schaubild 1: Prognose zur Alterung der chinesischen Bevölkerung (2005–2034)



Quelle: China in Diagrams 2005, S. 78

auf deren spätere Versorgungsansprüche ausgesetzt sind.

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die Tatsache, dass die Politik der Bevölkerungsplanung insbesondere in den Städten greift und damit bei jenen Teilen der chinesischen Bevölkerung, die den höchsten Bildungsstand haben. Allerdings wäre eine Politik, die die ohnehin in vieler Hinsicht privilegierte Stadtbevölkerung auch noch bei der Geburtenbeschränkung bevorzugt, in China kaum zu realisieren. Die wichtigsten Einwände gegen Chinas gegenwärtige Bevölkerungspolitik beziehen sich insbesondere auf die Überalterung der Bevölkerung und das zunehmend unausgeglichene Geschlechterverhältnis.

Überalterung der chinesischen Bevölkerung

Im Jahre 2000 gab es in der chinesischen Bevölkerung 88 Millionen Bürger, die älter als 65 Jahre waren. Mit diesem Anteil, der erstmals in der chinesischen Geschichte mehr als sieben Prozent der gesamten chinesischen Bevölkerung betrug, wurde China zu einer „alternden Gesellschaft“.¹ Shanghai beispielsweise, das ja gerne als Sinnbild des ultramodernen China präsentiert wird, hatte im gleichen Jahr einen Anteil an über 65-Jährigen, der bei 13 Prozent lag, d.h. für Shanghai kann man schon fast von einer „gealterten Gesellschaft“ sprechen.

Im Jahre 2005 hat die chinesische Bevölkerung zum ersten Mal die Marke von 1,3 Milliarden überschritten. Prognosen zufolge wird sich der Anteil der über 60-Jährigen von 13,7 Prozent der chinesischen Bevölkerung auf 18 Prozent im Jahre 2020 und auf 22,8 Prozent im Jahre 2034 erhöhen, während der Anteil der 0- bis 15-Jährigen mit etwas über 19 Prozent eher gleich bleibend sein wird. Dies bedeutet auch, dass der Anteil der Bevölkerung zwischen 16 und 59 Jahren – und das heißt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – im gleichen Zeitraum von 67,3 Prozent (2005) auf 57,9 Prozent (2034) zurückgehen wird. Mit anderen Worten, es wird nicht nur zu einer Erhöhung des Durchschnittsalters der chinesischen Bevölkerung kommen, sondern gleichzeitig nimmt auch der Teil der Bevölkerung ab, der die Jüngeren und die Älteren, die noch nicht oder nicht mehr für sich selbst sorgen können, mitversorgt. Dies bedeutet eine außerordentliche Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme in China, die bisher noch im Aufbau befindlich sind und erst für eine städtische Minderheit in der Gesellschaft bereits heute greifen. Schon jetzt gibt es immer wieder Meldungen über

soziale Unruhen, die sich an nicht ausbezahlten oder unzureichenden Rentenzahlungen entzündeten (Hurst/O'Brien 2002).² Aber noch kritischer als in der Stadt sind die Verhältnisse auf dem Lande. Hier sorgen vergleichsweise geringe Erträge aus der Landwirtschaft und die abnehmende Bedeutung familiärer Sicherungssysteme durch die sinkende Geburtenrate für eine zunehmend prekäre Situation der älteren Landbevölkerung. Einen Ausgleich schaffen allein die Einkommen der Land-Stadt-Migranten, die zu einem guten Teil in die Herkunftsregionen transferiert werden und die wesentlich zur Versorgung ihrer Kinder und Eltern beitragen.

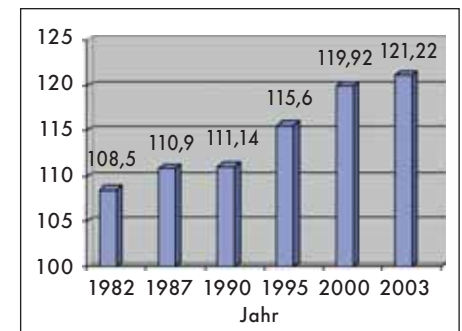
Nun ist die Alterung von Bevölkerungen ein weltweites Phänomen – allerdings eines, das man vorrangig in hoch industrialisierten Ländern wie Japan oder Deutschland erwartet, während Entwicklungs- oder Schwellenländer doch eher als „junge“ Bevölkerungen gelten. Im Vergleich mit der Geschichte einiger europäischer Länder schreitet der Alterungsprozess der chinesischen Gesellschaft jedoch sehr viel schneller voran. Prozesse, die hier rund hundert Jahre gebraucht haben, erfolgen in China nun in einem Zeitraum von weniger als dreißig Jahren. Es wird ebenfalls prognostiziert, dass um die Mitte des 21. Jahrhunderts Indien als bevölkerungsreichstes Land China abgelöst haben wird (Peng 2004, S. 139).

Angesichts dieser Situation wird – wie der Ruf nach einer Lockerung der Ein-Kind-Politik laut, um eine günstigere Altersstruktur zu schaffen. Könnte dies nicht eine sehr einfache Lösung des Problems der Alterung der chinesischen Bevölkerung sein? Gegenüber diesem Argument gibt der Shanghai-Bevölkerungswissenschaftler Peng Xizhe zu bedenken, dass eine Lockerung der Ein-Kind-Politik vor allem längerfristige Wirkungen hätte und damit nicht in der Lage wäre, kurz- und mittelfristig zur Lösung des Alterungsproblems beizutragen. Hinzu käme, dass kurzfristig zunächst einmal der Anteil der Kinder und damit der Anteil der mit zu versorgenden Bevölkerung gegenüber dem Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung anstiegen. Die heutige erwerbstätige Bevölkerung würde damit noch stärker belastet als sie es ohnehin schon durch die steigende Zahl älterer Mitbürger ist. Außerdem würde längerfristig auf diese Weise wieder eine größere Bevölkerung geschaffen und damit dem langfristigen Ziel der Bevölkerungsbeschränkung im Interesse der Schaffung einer Wohlstandsgesellschaft entgegen gearbeitet. Besorgt stellt man sich nun die Frage: „Werden wir alt bevor wir wohlhabend werden?“

Unausgewogene Geschlechterverteilung bei der Geburt

Die Geschlechterverteilung bei der Geburt³ zeigt die Anzahl der männlichen Säuglinge im Vergleich zu den weiblichen Säuglingen, die in einem bestimmten Zeitraum geboren werden. Sie wird in der Regel durch die Anzahl der Jungen je 100 Mädchengeburten dargestellt. Eine Relation zwischen 103 und 107 Jungengeburten auf 100 Mädchengeburten wird als natürlich angesehen. Wenn die Geschlechterverteilung bei der Geburt von der normalen Relation nach oben abweicht, zeigt dies eine Präferenz für die Geburt von Jungen und die gesellschaftliche Geringschätzung des anderen Geschlechtes an.

Schaubild 2: Geschlechterverteilung bei der Geburt in China (1982–2003, ausgewählte Jahre)



Quelle: Xie 2006, S. 250, Tabelle 1.

Ähnlich wie Indien, Südkorea oder Taiwan weist auch die Volksrepublik China eine zunehmend männlich dominierte Geschlechterrelation bei den Geburten auf. Betrachtet man die Statistik der Geschlechterverteilung bei der Geburt für die letzten 50 Jahre in China, dann zeigt sich, dass die Relation zwischen Jungen- und Mädchengeburten vor 1980 normal war. 1953 kamen auf 100 Mädchengeburten 104,9 Jungengeburten, 1964 waren es 103,8 Jungengeburten (Cai/Lavelly 2003, S. 15, Tab.1; vgl. Scharping 2003, S. 290, Tab. 321). Seit den frühen 1980er Jahren ist in China die Geschlechterverteilung bei der Geburt immer weiter von der Norm abgewichen, und zwar kontinuierlich, zunehmend und mit wachsender Verbreitung. Dies hat sich in den folgenden Entwicklungen manifestiert:

■ Die Geschlechterverteilung bei der Geburt ging im Jahre 1982 erstmals über die normale Bandbreite von 103 bis 107 Jungengeburten auf 100 Mäd-

chengeburtens hinaus und ist seitdem immer höher als normal geblieben.

■ Seit 1982 ist der Anteil der Jungengeburtens für mehr als 20 Jahre systematisch und kontinuierlich angestiegen; es handelte sich nicht um gelegentliche Zuwächse in einzelnen Jahren.

■ Das Ungleichgewicht ist immer größer geworden. Im Jahre 2000 lag die Rate der Jungengeburtens bereits fast bei 120 und stieg in den folgenden Jahren noch weiter an.

■ Es handelt sich nicht um ein lokal begrenztes Phänomen, sondern ist weit verbreitet und in den meisten Regionen Chinas anzutreffen, mit den Provinzen Guangdong, Guangxi, Hainan, Anhui, Henan und Jiangxi als Spitzenreitern. Hier lag die Rate der Jungengeburtens im Jahre 2000 bei 117 und höher.

Eine männlich dominierte Geschlechterverteilung bei der Geburt kann entweder eine exzessiv hohe Sterblichkeitsrate weiblicher Föten anzeigen, die vermutlich das Ergebnis geschlechterspezifischer Abtreibungen ist (eine Praxis, die in China gesetzlich verboten ist, aber technisch gesehen keine besonders hohen Anforderungen stellt und daher relativ einfach unterlaufen werden kann) oder sie kann das Ergebnis einer geschlechterspezifischen Unterzählung von Kindern in der Statistik bedeuten. Der Unterschied besteht darin, dass die *missing girls* im ersten Fall tatsächlich nicht vorhanden sind, im Falle der Unterzählung aber nur nominell fehlen. Letzteres würde implizieren, dass diese Mädchen versteckt, d.h. nicht registriert und informell in der

Bevölkerung existieren. Die tatsächlich fehlenden Mädchen haben dagegen eine Reihe von demographischen Effekten, da sie niemals zur Schule gehen, niemals eine Beschäftigung aufnehmen, niemals heiraten. Der wachsende Frauenmangel in der Bevölkerung hat eine Reihe von sozialen und politischen Implikationen, einschließlich möglicher Effekte auf den „Heiratsmarkt“ und anderer sozialer Kosten (Cai/Lavely 2003, S. 14, 21). Allein im Zeitraum zwischen 2000 und 2002 wurden 25.116 Fälle von *kidnapping* und Verkauf von Frauen in China registriert (Department of Population, Social, Science and Technology 2004, S. 98). Geht man davon aus, dass es sich bei der männlich dominierten Geschlechterverteilung bei der Geburt in China um einen Langzeittrend handelt (und die Zensusdaten legen dies nahe), dann ist zu erwarten, dass Frauenhandel zum Zwecke der Heirat und der Zwangsprostitution in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich noch zunehmen wird.

Überraschenderweise gilt der ausgeprägte Trend einer zunehmend männlich dominierten Geschlechterverteilung bei der Geburt nicht nur auf dem Lande, sondern auch für städtische Gebiete. Zwar ist das Problem einer ungleichen Geschlechterverteilung bei der Geburt in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten gravierender als in großen Städten, aber selbst hier hat die ungleiche Geschlechterverteilung bei der Geburt noch zugenommen. Mit anderen Worten, patriarchalische Denkmuster sind nicht nur auf dem

Land zu finden und lassen sich nicht einfach auf einen geringeren Entwicklungsstand als Erklärungsmuster zurückführen. Hier spielt auch die soziale Stellung der Frauen in einer seit den 1980er Jahren immer stärker auf Modernisierung, wirtschaftliches Wachstum und Konkurrenzverhalten ausgerichteten Gesellschaft eine Rolle. Zwar haben die Frauen im Bildungsbereich sehr stark aufgeholt, aber was die Einkommen des weiblichen Teils der chinesischen Bevölkerung betrifft oder ihre Repräsentanz in leitenden Funktionen in Politik und Wirtschaft, so hinken sie doch noch weit hinter den Männern hinterher. So verwundert es nicht, dass vielen Ehepaaren auch in den Städten die Chancen für männliche Nachkommen in der chinesischen Gesellschaft deutlich höher erscheinen als für den weiblichen Nachwuchs (Department of Population, Social, Science and Technology 2004, S. 19).

In den Gebieten der nationalen Minderheiten⁴ ist die Geschlechterverteilung bei der Geburt relativ normal. Die Minderheiten leben überwiegend in den fünf Autonomen Gebieten Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei, Guangxi und Ningxia. Davon zeigt lediglich Guangxi mit einer Rate von 128,80 Jungengeburtens auf 100 Mädchengeburtens ein abnormes Geschlechterverhältnis. In den anderen vier Minderheiten-Provinzen war die Geschlechterverteilung ausgewogen (Tibet, Xinjiang) oder nur leicht erhöht (Innere Mongolei, Ningxia). (Duan 2005, S. 6f.). Ob diese eher normalen Geschlechterverteilungen bei der Geburt aber auf kulturelle Unterschiede in der Bevorzugung oder Nichtbevorzugung von männlichen Nachkommen zurückzuführen sind⁵ oder auf die lockeren Bestimmungen der Bevölkerungsplanung, dies sollte noch Gegenstand weiterer Forschungen sein.

Tabelle 3: Geschlechterverteilung bei Kindern im Alter zwischen 0–14 Jahren nach Provinzen (2000).

Provinz	Relation Jungen-/Mädchengeburtens	Provinz	Relation Jungen-/Mädchengeburtens
Beijing	108,4	Heilongjiang	106,6
Tianjin	108,9	Shanghai	107,5
Hebei	108,9	Jiangsu	115,3
Shanxi	108,6	Anhui	117,4
Inner Mongolia	107,6	Zhejiang	112,0
Liaoning	109,7	Fujian	114,7
Jilin	108,0	Jiangxi	119,0
Shandong	111,6	Chongqing	112,5
Henan	118,1	Sichuan	112,2
Hubei	116,0	Yunnan	111,6
Hunan	114,6	Guizhou	113,0
Guangdong	117,2	Tibet	102,4
Guangxi	120,9	Shaanxi	115,0
Hainan	122,7	Gansu	111,2
Qinghai	106,0	Ningxia	107,1
Xinjiang	104,8		

Quelle: Banister 2004, S. 32, Tabelle 5.

Erhöhte Sterblichkeit weiblicher Säuglinge

Ein weiterer wichtiger Indikator, der das Ausmaß und die Entwicklung des Phänomens der *missing girls* in China anzeigt, ist neben der Geschlechterverteilung bei der Geburt auch die Entwicklung und das Verhältnis der Sterberaten von männlichen und weiblichen Säuglingen. Insgesamt gesehen ist es in der Zeit der Reformpolitik zu einer deutlichen Senkung der Säuglingssterblichkeit in China gekommen, und zwar von 38 Promille im Jahre 1981 auf 28 Promille im Jahre 2000. Allerdings existiert sowohl in ländlichen wie in städtischen Gegenden eine abnormal höhere Sterblichkeitsrate weiblicher Säuglinge im Vergleich zur Sterblichkeit männlicher

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Chinas rigide Bevölkerungspolitik hat gravierende demographische Folgen. Die so genannte Ein-Kind-Politik – wie es auf dem Plakat unterhalb der Familie propagiert wird – war stets umstritten und führte zu Unmut und Abwehrstrategien auf Seiten der betroffenen Familien.

picture alliance/dpa

vorgestellten Daten legen nahe, dass die Ungleichverteilung von Geburten- und Sterberaten bei Jungen und Mädchen nicht einfach auf einen unzureichenden Entwicklungsstand zurückgeführt werden kann. Kulturelle Unterschiede, ein patrilokales Heiratsystem, eine männlich dominierte politische Kultur, politische Maßnahmen, die neben intendierten Effekten auch nicht intendierte Folgen mit sich bringen können, all dies sind Faktoren, die hier in der einen oder anderen Weise zusammenwirken.

Die Bevorzugung männlicher Nachkommen in China wird häufig mit einem Mangel an sozialer Sicherung auf dem Lande erklärt. Die Zensusdaten zeigen jedoch, dass die Bevorzugung männlicher Nachkommen nicht nur für die ländlichen Gebiete charakteristisch ist, sondern auch in den städtischen Gebieten dominiert. Was ist dann aber der Grund für die Bevorzugung männlicher Nachkommen in den Städten? Neben kulturellen Erklärungen wird in der chinesischen Fachliteratur auch der geringere gesellschaftliche Status der Frauen angeführt, der sich an Bildungs-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Einkommensindikatoren ablesen lässt und sich auch in dem geringen prozentualen Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen wie hohen Regierungs- und Parteiämtern und Managerposten ausdrückt. So argumentiert etwa der Sozialwissenschaftler Cai Fang von der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, dass die Geschlechterverteilung bei der Geburt in Familien von Partei- und Regierungskadern in verantwortlichen Stellungen nach dem 5. Zensus (2000) sogar 250 betrug (Durchschnitt: 119,9; normal 103–107). Dieses Ergebnis kann Cai zufolge bis zu einem gewissen Grad als Anerkennung der Tatsache interpretiert werden, dass männliche Nachkommen eine bessere Ausgangsposition für einen gesellschaftlichen Aufstieg mitbringen (Cai 2005, S. 22). Die geringere soziale Stellung der Frauen führt dieser Logik zufolge zu geringeren Investitio-

Säuglinge – dies gilt für die meisten Regionen des Landes.

Verglichen mit Männern sind Frauen biologisch im Vorteil, d.h. normalerweise ist die Sterblichkeitsrate für weibliche Säuglinge geringer als für männliche Säuglinge. Nach dem Zensus von 1982 stimmte die Säuglingssterblichkeit für weibliche und männliche Säuglinge in China mit dieser Regel überein, wich jedoch später immer weiter von dieser Regel ab. Im Jahr 2000 betrugen die Raten 24 Promille für die männlichen Säuglinge und 34 Promille für die weiblichen Säuglinge; d.h. die Sterblichkeit weiblicher Säuglinge lag nun zehn Promillepunkte höher als die der männlichen Säuglinge. Im Zeitraum von zehn Jahren ist es hier zu dramatischen Verschiebungen zwischen den weiblichen und männlichen Sterberaten gekommen, die in diesem Zeitraum ungleich stärker für die männlichen Säuglinge gesunken ist.

Die Säuglingssterblichkeit ist auf dem Lande viel höher als in den Städten und die Benachteiligung auf dem Lande hat sich während der Zeit der Reformpolitik noch verstärkt.

Wie die Zensusdaten verdeutlichen, ist es auf dem Lande nicht nur zu einer relativen Verschlechterung der Sterblichkeit weiblicher Säuglinge gekommen, sondern sogar zu einer absoluten Zunahme der Sterblichkeitsrate von 39 Promille (1982) auf 43 Promille (2000), während im gleichen Zeitraum die Sterberate männlicher Säuglinge auf dem Lande von 41 Promille (1982) auf 30 Promille (2000) abnahm. Obwohl die Gleichberechtigung von Mann und Frau in China als eine offizielle Staatspolitik angesehen wird, die in zahlreichen Gesetzen und Maßnahmen ihre Umsetzung findet, macht das Beispiel der *missing girls* besonders deutlich, wie Rechtslage und Realität auseinanderklaffen können. Die

Tabelle 4: Säuglingssterblichkeit im ländlichen und städtischen China (in Promille) (1982, 1990, 2000).

	Zensus	1982		Zensus	1990		Zensus	2000	
	Gesamt	Männl.	Weibl.	Gesamt	Männl.	Weibl.	Gesamt	Männl.	Weibl.
Gesamt	38	39	37	33	32	33	28	24	34
Städt.	24	25	23				13	11	15
Ländl.	40	41	39				36	30	43

Quelle: Duan 2005, S.51

nen in weibliches Humankapital, zu einem geringeren Bildungsniveau und zu einer Diskriminierung von Frauen im Arbeitsmarkt. Dies ist ein Circulus vitiosus, dessen Durchbrechung spezielle Interventionen zur Förderung von Familien mit Töchtern erfordert.

Solche männlich dominierten Abweichungen von Mustern der Normalverteilung der Geschlechter können nicht nur Nachteile für Mädchen und Frauen mit sich bringen, sondern auch Nachteile für die Männer haben. Mögliche Folgen der maskulinen Geschlechterverteilung bei der Geburt werden in den nächsten zwanzig Jahren für den chinesischen „Heiratsmarkt“ erwartet, der durch das Phänomen der *missing girls* unter Druck gerät. China hat bereits einen deutlich höheren Anteil an (unfreiwilligen) Junggesellen in der armen Bevölkerung, die es sich nicht leisten können, die kostenaufwändigen Hochzeitsfeiern angemessen auszurichten und die erwarteten Besitzstände und Geschenke in die Ehe einzubringen. Während der Frauenhandel zum Zwecke der Heirat (oder Zwangsprostitution) bereits seit einiger Zeit ein erhebliches Problem in China darstellt (Lipinsky 1996; Department of Population, Social, Science and Technology 2004, S. 98), ist angesichts der genannten Projektionen eine weitere Verschärfung dieses Problems (einschließlich einer Zunahme des grenzüberschreitenden Frauenhandels nach China hinein) zu erwarten.

Künftige Rolle der chinesischen Regierung in der Bevölkerungspolitik

Die Ein-Kind-Politik ist ein beständiger Stein des Anstoßes zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Zwar wurde 2002 mit dem Familienplanungsgesetz eine rechtliche Grundlage geschaffen, die den lokalen Behörden Spielraum bei der Ausgestaltung lokaler Bedingungen ließ, aber grundsätzlich bedeutete das Gesetz ein Festhalten an der Linie der Ein-Kind-Politik. Die Umbenennung der Staatlichen Familienplanungskommission im März 2003 in Nationale Kommission für Bevölkerung und Familienplanung kann als ein Schritt zu einer deutlicheren Arbeitsteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren der Bevölkerungspolitik interpretiert werden. Während sich die Rolle des Staates vorrangig auf die Formulierung von Programmen und die Kapazitätsbildung zu ihrer Umsetzung beschränken soll, sollen Marktkräfte und Nichtregierungsorganisationen stärker in die Bereitstellung von Dienstleistungen im Bereich der Familienplanung einbezogen werden. Heutzutage sind zwei Kinder in der Regel die erwünschte Norm chinesischer

Paare, egal, ob auf dem Lande oder in der Stadt. Mit anderen Worten, die Differenz zwischen offizieller Ein-Kind-Politik (einschließlich der vielfältigen Ausnahmen) und den individuellen Normen der Bevölkerung liegen eigentlich gar nicht so weit auseinander. Mit Unterstützung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Geber werden seit Mitte der 1990er Jahre in China landesweite Projekte zur Bereitstellung von Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit durchgeführt, die auf freiwilliger Basis beruhen und die individuellen Rechte der Beteiligten betonen. Diese Ansätze könnten Ausgangspunkt für einen allmählichen Übergang zu einer Politik der Bevölkerungskontrolle sein, die grundsätzlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht. Eine solche Transformation der Bevölkerungspolitik wird aber voraussichtlich noch einige Jahre in Anspruch nehmen und nur allmählich eingeführt werden, nicht zuletzt, um negative Effekte eines abrupten Umschwungs der Bevölkerungspolitik zu vermeiden. Grundsätzlich hält die chinesische Regierung auch weiterhin an ihrer Politik einer Beschränkung des Bevölkerungswachstums fest. Gleichzeitig soll der freiwilligen Teilnahme an entsprechenden Programmen größere Bedeutung zukommen. Ein allmählicher Übergang zu einer Zwei-Kind-Politik nach 2010 ist zu erwarten.

LITERATUR

- Banister, Judith (2004): Shortage of Girls in China Today. In: *Journal of Population Research*, Heft 1/2004, S. 19–45.
- Cai Fang (2005): *Zhongguo renkou yu laodong wenti baogao* Nr.6 (2005). *Renkou yu laodong lübishu* (Report on China's Population and Labor No.6 (2005). Green Book of Population and Labor. Hrsg. von Cai Fang). Beijing (chinesisch).
- Cai Yong/Lavely, William (2003): China's Missing Girls: Numerical Estimates and Effects on Population Growth. In: *The China Review*, Heft 2/2003, S. 13–29.



Prof. Dr. Bettina Gransow lehrt Sinologie am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin. Ihre aktuellen Forschungs- und Publikationsschwerpunkte sind: freiwillige und unfreiwillige Migration in China; soziale Risiken des chinesischen Transformationsprozesses.

- China Statistical Yearbook (2007). Compiled by National Bureau of Statistics. Beijing.
- China in Diagrams (2005). Compiled by the State Council Information Office. Beijing: China Intercontinental Press.
- Department of Population, Social, Science and Technology, National Bureau of Statistics (2004): *Women and Men in China. Facts and Figures*. Beijing.
- Duan Chengrong (2005): *Statistical Facts and Figures. Report about Gender Inequality*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Gransow, Bettina (2000): Gesellschaft. In: Stäger, Brunhild (Hrsg.) (2000): *Länderbericht China*. Darmstadt, S. 178–220.
- Gransow, Bettina (2008): Chinas missing girls – Statistische Unterzählung oder Maskulinisierung der chinesischen Gesellschaft? In: *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*. Herausgegeben in deren Auftrag von Karl-Siegbert Rehberg unter Mitarbeit von Thomas Dumke und Dana Giesecke, Frankfurt am Main/New York (im Erscheinen).
- Greenhalgh, Susan/Winckler, Edwin (2005): *Governing China's Population. From Leninist to Neoliberal Biopolitics*. Stanford.
- Hurst, William/O'Brien, Kevin (2002): China's Contentious Pensioners. In: *China Quarterly*, Nr. 170 (June), S. 345–60.
- Ikels, Charlotte (1996): *The Return of the God of Wealth. The Transition to a Market Economy in Urban China*. Stanford.
- Lipinsky, Astrid (1996): *Frauenhandel in China. Aufsätze und Dokumente. Gelbe Reihe, Heft 6/1996, Terre des Femmes*, Bonn.
- Peng Xizhe (2004): Is it Time to Change China's Population Policy? In: *China: an International Journal*, 2, 1 (March), S. 135–149.
- Scharping, Thomas (2003): *Birth Control in China 1949–2000. Population Policy and Demographic Development*. London.
- Scharping, Thomas (2007): Bevölkerungspolitik und demographische Entwicklung. In: Fischer, Doris/ Lackner, Michael (Hrsg.) (2007): *Länderbericht China*. Bonn, S. 50–71.
- Xie Zhenming (2006): *Zhongguo chusheng xingbie bi yichang piangao de xianxiang he benzhi* (Nature of the Imbalanced Sex Ratio at Birth in China). In: Tan Lin (Hrsg.) (2006): *1995–2005 nian: Zhongguo xingbie pingdeng yu funü fazhan baogao* (Report on Gender Equality and Women Development in China (1995–2005), *Funü lanpishu* (Green Book of Women) Beijing, S. 240–248.
- Zhang Yi (2007): New Features of China's Population Since Reaching 1.3 Billion. In: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin (Hrsg.) (2007): *The China Society Yearbook* (2006). China's Social development; analysis and Forecast. Leiden, S. 83–95.

ANMERKUNGEN

- 1 Nach einer Definition der Vereinten Nationen spricht man von einer „alternden Gesellschaft“, wenn der Anteil der über 65-Jährigen sieben Prozent der Bevölkerung übersteigt bzw. wenn mehr als zehn Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre sind.
- 2 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Günter Schucher in diesem Heft.
- 3 Die Darstellung dieses Abschnittes folgt Gransow 2008 (im Erscheinen).
- 4 Neben der Han-Nationalität, die die Mehrheit der Bevölkerung bildet, gibt es noch 55 so genannte Nationale Minoritäten in China, die zusammen rund acht Prozent der chinesischen Bevölkerung ausmachen. Vgl. hierzu den Beitrag von Thomas Heberer in diesem Heft.
- 5 So zählen zum Beispiel der Zhuang-Minderheit, mehr noch als bei den Han-Chinesen, die Mädchen weniger als die Jungen (vgl. Banister 2004, S. 37).

Chinesische Rechtskultur im Wandel sozioökonomischer Bedürfnisse

Robert Heuser

Während der ersten drei Dekaden der Volksrepublik China stand das Recht im Dienste der klassenkämpferisch ausgerichteten Parteipolitik. Im Gefolge der zunächst zögerlich eingeleiteten Reformpolitik Ende der 1970er Jahre, die als Wirtschaftsreform begann, sich sodann zur gesellschaftlichen und politischen Reform entwickelte, war die Wandlung der Rechtskultur und Entwicklung des Rechtssystems eine Notwendigkeit. Ein Strafgesetz und ein Strafprozessgesetz garantieren – trotz aller Mängel aus westlicher Sicht – ein Mindestmaß an Sicherheit der Bürger und schaffen somit die Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Stabilität. Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas wäre undenkbar ohne Veränderungen im Wirtschaftsrecht bzw. ohne eine Wirtschaftsordnung, die seit geraumer Zeit privatwirtschaftliche Initiativen und Rechtsformen zulässt und Systeme der sozialen Sicherung etabliert. Verbesserungen im Rechtsschutz und die Kontrolle administrativer Macht sind weitere Indikatoren, die – so Robert Heuser – den Wandel der Rechtskultur anzeigen. Gleichwohl kennt die chinesische Verfassung keine Gewaltenteilung, d.h. für eine starke Judikative sind die Voraussetzungen aufgrund der Machtstellung des Nationalen Volkskongresses nicht gegeben. Insofern ist der Terminus „sozialistischer Rechtsstaat“ eine Chiffre für den Übergang. Eine Chiffre, die den Suchprozess kennzeichnet, historische Ordnungsvorstellungen und chinesisches Kulturerbe mit der Idee des Rechtsstaats europäischer Prägung in Einklang zu bringen. ■

Recht im Dienste der Parteipolitik

Als die chinesische Partei- und Staatsführung nach dem Niedergang der maoistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Ende der 1970er Jahre damit begann, die durch diese Politik verursachten Zerstörungen materieller und immaterieller Werte wahrzunehmen und Reformmaßnahmen einzuleiten, sah sie sich bald mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Rolle des Rechts in der sich entwickelnden Neuordnung zu bestimmen. Während der ersten drei Dekaden nach Gründung der Volksrepublik hatte man „Recht“

reduziert gesehen als Funktion von Klassenkampf, als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung und der Kontrolle von als politisch unzuverlässig geltenden Bevölkerungsgruppen, wie (ehemalige) Grundbesitzer und Kapitalisten sowie Intellektuelle. Sie wurden im Rahmen diverser Massenkampagnen vor „Volkstribunalen“ angeklagt, was in öffentlichen Hinrichtungen oder Einlieferung in das sofort aufgebaute System der Arbeitslager endete.¹ Dabei bemühte man die aus der Sowjetunion bezogene „Theorie“, wonach das Recht als „Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse“, „Werkzeug des Klassenkampfes“, „Waffe zur Etablierung der sozialistischen Gesellschaft“ zu begreifen ist. Einer Vorstellung, wonach dem Recht die Funktion der Ausgleichung einer Vielzahl von Interessen in einer (mehr oder weniger) ausdifferenzierten Gesellschaft zukommt, es also auch mit horizontalen Beziehungen zu tun hat, war unter der auf der Grundlage des Staatseigentums an Produktionsmitteln vonstatten gehenden Planwirtschaft, in der es Vertragsfreiheit nicht geben konnte, enge Grenzen gesetzt. In dieser Zeit gab es daher so gut wie kein Bedürfnis weder für eine umfassende Zivilgesetzgebung, noch für ein rechtsstaatlich orientiertes Strafrecht. Für die Zwecke der Herrschafts- und Verwaltungskommunikation bediente man sich des flexiblen Instruments der „politischen Richtlinien“, die von Regierungs- und/oder Parteiorganen festgelegt wurden. Seine ganze Verachtung für ein formalisiertes, weil – wie weitgehend auch immer – beschränkendes, Rechtssystem drückte Mao 1958 im Ferien- und Tagungsort des Politbüros Beidaihe so aus: „Wer kann sich so lange Paragraphen wie Zivil- und Strafgesetze merken? In der Ausarbeitung der Verfassung (von 1954) war ich selbst beteiligt, aber merken kann ich sie mir nicht. Gesetze, das sind unsere Tagungen (*huiyi*), auch wenn wir Versammlungen abhalten (*kaihui*), so sind das Gesetze. Wir stützen uns also auf Tagungen und Versammlungen, viermal im Jahr, und stützen uns nicht auf Zivil- und Strafgesetze zur Wahrung der Ordnung.“² Konflikte zwischen den Bürgern oder zwischen Bürgern und Kadern wurden auf informelle Weise in Schlich-

tungsgremien, Wirtschaftsstreitigkeiten durch die in den Planbehörden angesiedelten Schiedsorgane beigelegt, Rechtsschutz durch Gerichte spielte keine Rolle, Anwaltschaft und Rechtslehre standen, soweit es sie überhaupt gab, im Dienste der klassenkämpferisch ausgerichteten Parteipolitik.

Bedürfnisstruktur und Gesetzgebung

Ende der 1970er Jahre leitete die Kommunistische Partei (KP) einen Umschwung ein, indem sie ihre Klassenkampf-Besessenheit überwand und sich intensiver den Problemen der wirtschaftlichen und kulturellen Fehl- und Unterentwicklung des Landes zuwandte. Die nun eingeleitete Reformpolitik begann als Wirtschaftsreform, erweiterte sich zur Gesellschaftsreform und schreitet – wenn auch zögerlich – fort in die politische Reform. Geht man von den zugrunde liegenden Bedürfnissen aus, so ist es vom jeweiligen Schwerpunkt her gesehen ein Fortschreiten von dem Bedürfnis nach gesellschaftlicher Stabilität zunächst als Antwort auf die Jahre der Kulturrevolution, schnell immer mehr auch als Antwort auf die Schattenseiten des sozialen Wandels, wie Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit und Bildungsmangel, dann dem Bedürfnis nach Verbesserung des materiellen Lebens, der Überwindung der aus Klassenkampf und Planwirtschaft resultierenden Armut, bis hin zu einem Bedürfnis nach Kontrolle administrativer Macht und justitiellem Rechtsschutz. In allem war der Gesetzgeber gefordert, der auf diese Bedürfnisse dadurch reagierte, dass er Vorkehrungen traf für eine Basis-Sicherheit der Bürger gegenüber der Polizeigewalt, aber auch gegenüber der Gewalt anderer Bürger, und so die Grundvoraussetzung schuf für gesellschaftliche Stabilität; dann Vorkehrungen traf zur Anziehung ausländischen Kapitals und zur Umwandlung der Plan- in eine Marktwirtschaft, um so dem Bedürfnis nach Produktivität und Verbesserung des Lebensstandards zu entsprechen; schließlich auch Vorkehrungen zu treffen begann zur Kontrolle verwaltungsbehördlicher Willkür und zur Stärkung des Justizapparats, um dem Bedürfnis nach good

In China existiert noch immer keine ideale Strafrechtswelt im Sinne einer Annäherung an den UN-Menschenrechtspakt.

picture alliance/dpa

governance (was auch ein Freiheitsbedürfnis impliziert) besser zu genügen.

Basis-Sicherheit

Mit Gesetzen, die der Nationale Volkskongress (NVK) im Juli 1979 erließ, wurde erstmals ein Mindestmaß an Sicherheit gegenüber polizeilichen Eingriffen und kriminellen Übergriffen gewährleistet: Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik China wurden ein Strafgesetz und ein Strafprozessgesetz geschaffen. Damit wurden erstmals Straftatbestände einigermaßen präzise ausformuliert, eine erste Annäherung an das rechtsstaatliche Prinzip „keine Strafe ohne (vor Tatbegehung existierendes) Gesetz“ unternommen. Erstmals wurde auch das Strafverfahren von der vorläufigen Festnahme über Verhaftung, Ermittlung und Anklage bis zum Ablauf der Hauptverhandlung im Sinne einer gewissen Ausbalancierung der beteiligten Interessen normiert: der Interessen der Öffentlichkeit an der Strafaufklärung und der Interessen des Beschuldigten, vor willkürlicher Strafgewalt geschützt zu sein.

Zwar konnten ausländische Beobachter gleich die Mängel dieser Gesetzgebung benennen: Nur schwache Ausprägung des Legalitätsprinzips (Möglichkeit der Analogie, pauschalisierende Straftatbestände), keine Ausformulierung der Unschuldsvermutung, schwache Rechtsstellung des Beschuldigten und der Verteidigung, Möglichkeit der Verwertung rechtswidrig (etwa durch – als solche verbotene – Folter) erlangter Beweismittel, Fortgeltung diverser Systeme polizeilich angeordneter Freiheitsentziehung etc. Für die Chinesen jener Zeit jedoch war „das Glas halb voll“, sie sahen die Errungenschaften im Vergleich zu der Zeit vorher. Auch griff die chinesische Rechtswissenschaft, die seit Mitte der 1980er Jahre in einen sich permanent vertiefenden Kontakt mit der Rechtswissenschaft zahlreicher westlicher Länder eingetreten war, die genannten Defizite auf, was Mitte der 1990er Jahre in eine umfangreiche Novellierung des Straf- und Strafprozessgesetzes einmündete. Dadurch wurde immer noch keine ideale Strafrechtswelt hergestellt; dass die Todesstrafe sehr häufig angedroht bleibt und häufig auch ausgesprochen und vollzogen wird, dass illegal erlangte Beweismittel gegen den Beschuldigten verwertet

werden dürfen, die Stellung der Verteidiger prekär bleibt und polizeilich angeordnete Administrativhaft („Arbeits-erziehung“) weiterhin ein lebhaft angewandtes Instrument des „kurzen Prozesses“ ist, sind fortexistierende Mängel, für die in der Rechtswissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit darauf gedrungen wird, sie im Sinne einer Annäherung an den UN-Menschenrechtspakt (Zivilpakt), dessen Ratifikation die chinesische Regierung vorbereitet, zu überwinden. Das Bedürfnis nach einem Mindestmaß an Sicherheit gegenüber der staatlichen Strafgewalt mag so für den Alltag und große Teile der Bevölkerung einigermaßen befriedigt sein, für politisch kritische Bürger, deren Zahl allerdings in Zeiten wachsenden sozio-ökonomischen Stresses rapide zunimmt, ist es dies so lange nicht, wie grundlegende Menschenrechte wie Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

nicht oder unzureichend gewährleistet sind, und das Strafgesetzbuch mit dem Tatbestand der Subversion (§ 105: „Wer durch Verbreiten von Gerüchten und Verleumdungen oder in sonstiger Weise zum Umsturz aufhetzt ...“) einem Ge-sinnungsstrafrecht verhaftet ist.³

Wirtschaftsaufbau

Es ist des Weiteren das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Entwicklung, das der Rechtsordnung fundamentale Aufgaben zugewiesen und ihr damit ein völlig neues Gepräge gegeben hat. Das im Rahmen der ersten Gesetzgebungswelle im Juli 1979 ergangene Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Kapitalbeteiligung machte klar, was für den wirtschaftlichen Aufbau unverzichtbar ist: die Verwendung von Kapital, technischem und

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

betriebswirtschaftlichem Know-how aus dem Ausland. In den 80er Jahren entstand ein ganzer, auf ausländische Investoren ausgerichteter Rechtskreis: Gesetze zu den Investitionsvehikeln (Neben Gemeinschaftsunternehmen, 100-prozentige Tochterunternehmen, Repräsentanten und Holdings), dann Gesetze zum Arbeits-, Vertrags- und Steuerrecht. Währenddessen verharren die rein binnenchinesischen Unternehmen zunächst in nur leicht aufgelockerten planwirtschaftlichen Bindungen. Die 1982 erlassene Verfassung ging noch von der Planwirtschaft als Grundordnung aus und maß der „Regulierung durch den Markt“ nur eine ergänzende Funktion bei. Die Umwandlung der Staatsunternehmen in produktive, Gewinn erzielende Akteure gestaltete sich unter diesen Umständen als schwierig oder unmöglich, da sie ihren Behördencharakter nicht abstreifen konnten.

Inzwischen hatte sich im Bereich der Privatwirtschaft die Unternehmenslandschaft intensiv entwickelt. Während ursprünglich in der Verfassung (Text von 1982) von „Privatwirtschaft“ noch keine Rede war (Art. 11 ursprüngliche Fassung), war 1988 durch Verfassungsänderung „Privatwirtschaft“ als Ergänzung (*buchong*) des Staatssektors legalisiert worden. Der Staatsrat erließ Bestimmungen, in denen erstmals die Rechtsformen aufgeführt waren, deren sich Privatunternehmer bedienen konnten: Gründung als einzelkaufmännisches Unternehmen, als Partnerschaftsunternehmen oder als GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung). Dies waren ganz neue Kategorien in der chinesischen Rechtsordnung, die der Gesetzgeber nach und nach in Spezialgesetzen verdeutlichte. So kam es in den 90er Jahren zum Erlass des Gesellschaftsgesetzes (1993), in dem die Kapitalgesellschaften GmbH und AG

(Aktiengesellschaft) geregelt sind, des Partnerschaftsunternehmensgesetzes (1997) für Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaft/OHG, später auch Kommanditgesellschaft/KG) und des Gesetzes über einzelkaufmännische Unternehmen (1999). Das Vertrauen mit diesen Rechtsformen in der Privatwirtschaft zeigte dann auch den Weg zur Reform der Staatsunternehmen, die zum großen Teil ebenfalls als Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften reorganisiert wurden.

Begleitet und recht eigentlich ermöglicht wurde diese Pluralisierung der Unternehmenslandschaft durch die 1993 durch Verfassungsänderung bestätigte Hinwendung zu einer „sozialistischen“ (d.h. staatsgelenkten) Marktwirtschaft. Ein vielfältiger gesellschaftlicher Wandel hatte die Verabschiedung der Planwirtschaft schon Jahre zuvor praktisch werden lassen: Die so genannten Danweis, die Arbeits- und Lebenseinheiten von Großunternehmen, lösten sich auf, Wahl und Qual eigener Arbeitsplatzsuche war an die Stelle lang üblicher Arbeitsplatzzuweisung getreten, die Wertschöpfung des nicht-staatlichen Unternehmenssektors machte schon mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts aus, Dorfgemeinschaften lösten sich auf, weil ehemalige Bauern, sich Freizügigkeit anmaßend, als Wanderarbeiter in die Städte zogen, Schulen und Universitäten traten miteinander in Wettbewerb etc.

Mit der Legalisierung solcher und anderer Vorgänge als Ausdruck von „Marktwirtschaft“ war der Weg endgültig frei für den Aufbau einer den Prinzipien des Marktes Raum verschaffenden Wirtschaftsrechtsordnung: Neben der erwähnten Gesetzgebung zu den Unternehmen (Wirtschaftssubjekten) wurde der gesamte Bereich der Rechte normiert, mit denen es Unternehmen (und sonstige Personen) zu tun haben können, seien es Rechte an Grundstücken und Bauwerken (Sachenrechtsgesetz), an gewerblichem und intellektuellem Eigentum (Patent-, Urheberrechtsgesetz), oder an Wertpapieren (Wertpapiergesetz). Auch das Medium, mit dem solche Rechte transferiert werden, der Vertrag, wurde nach diversen Vorläufern 1999 durch das Vertragsgesetz geregelt. Schließlich wurde, zuerst durch das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, wesentlich später das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Antimonopolgesetz), der zentrale Me-

chanismus der Marktwirtschaft gegen Missbrauch zu schützen gesucht. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung stellt das im Frühjahr 2007 gegen den Widerstand links-konservativer Kreise zustande gekommene Sachenrechtsgesetz (*wu quan fa*) dar, wodurch eine jahrelange Kontroverse über die Rehabilitation des Privateigentums an Produktionsmitteln im Sinne einer Gleichstellung des Schutzes von Privat- und Staatseigentum beendet wurde. Über Artikel 10 der Verfassung, wonach an Grund und Boden nur öffentliches Eigentum möglich ist, konnte sich das Sachenrechtsgesetz natürlich nicht hinwegsetzen, so dass es den Bauern kein Eigentumsrecht an dem von ihnen seit über 30 Jahren wieder privat bewirtschafteten Land gewährt.

Gesellschaftliche Stabilität: Soziale und ökologische Sicherung

Diese auf den Aufbau von Marktwirtschaft zielende Rechtsordnung stand ganz im Zeichen des die staatliche Politik seit Beginn der Periode von „Reform und Öffnung“ beherrschenden Hauptziels: das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die damit einhergehende Auflösung der alten Industriebetriebe und die Entstehung einer neuen Klasse von Privatunternehmern, die Abschaffung des Systems der städtischen Arbeitsplatzsicherheit, in den ländlichen Gebieten die durch Entkollektivierung veranlasste Migration in die Stadtregionen, dann die durch überall einsetzende extreme Produktivitätssteigerung veranlassten Produktions- und Produktgefahren sowie Umweltdegradierung führten zu ganz neuen Anforderungen an die Systeme der sozialen Sicherung, des Arbeits-, Verbraucher- und Umwelt-

schutzes. Erste Grundlagen für ein auf die städtischen Arbeitnehmer begrenztes Sozialversicherungssystem wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durch Verordnungen der Zentralregierung geschaffen, das Arbeitsgesetz von 1994 sieht Grundlagen für den Arbeitsvertrag und den Arbeitsschutz vor, was kürzlich durch ein Produktionssicherheits- und ein Arbeitsvertragsgesetz ausgebaut wurde. Auf die Bedrohung der Verbraucher durch fehlerhafte Produkte reagieren die 1993 erlassenen Verbraucherschutz- und Produktqualitätsgesetze. Eine seit den 1980er Jahren fortlaufend weiterentwickelte Gesetzgebung zum Naturressourcen- und Umweltschutz spiegelt das wachsende Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Interessen von Ökonomie und Ökologie allmählich besser auszubalancieren.

Rechtsschutz

Die zahlreichen durch die Gesetzgebung geschaffenen Rechtspositionen von Bürgern und Unternehmen (die Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts von 1986, so etwas wie die Kurzfassung eines Zivilgesetzbuchs, fassen die Vermögens- und Personenrechte unter „zivile Rechte“ zusammen) haben das Bedürfnis nach verfahrensmäßig geregelter Rechtsschutz (gerichtlich oder auf andere Weise) dringlich werden lassen. Dem entsprach der Gesetzgeber 1991 mit dem Zivilprozessgesetz (2007 revidiert), 1993 mit dem Schiedsgesetz und 2007 mit dem Gesetz über die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten. Das 1996 ergangene Rechtsanwaltsgesetz (2007 revidiert) löste die bis dahin als „Rechtsarbeiter des Staates“ tätigen Anwälte aus ihrer Zugehörigkeit

zu den Justizverwaltungsbehörden und ermöglichte die Schaffung eines sich selbst verwaltenden, in privatrechtlich organisierten Kanzleien tätigen Berufsstands zur – wie es im Gesetz heißt – „Erbringung juristischer Dienstleistungen.“ Eine nach 1979 in 20 Jahren beinahe aus dem Nichts aufgebaute, aus vier Ebenen bestehende Gerichtspyramide (Grundstufen-, Mittelstufen- und Oberstufengericht, darüber das Oberste Gericht) hat während der letzten Jahre jährlich knapp sechs Millionen Fälle behandelt, wovon etwa 60 Prozent Zivilsachen, 28 Prozent Wirtschaftssachen, 10 Prozent Straf- und 2 Prozent Verwaltungssachen betrafen. Die Zahl der Anwälte ist auf über 100.000 angewachsen, große Unternehmen und Behörden beschäftigen Rechtsexperten, und die Qualität der juristischen Ausbildung an den wichtigen Universitäten des Landes hat einen Stand erreicht, der sich von der in westlichen Staaten zunehmend weniger unterscheidet.⁴ Trotz jährlichen Zuflusses gut ausgebildeter Absolventen von Rechtsfakultäten in die Gerichte und allmählicher Reduzierung der während der ersten Dekaden der Reformperiode dort vielfach als Richter tätigen demobilisierten Militärangehörigen ist die professionelle Qualität, insbesondere der Gerichte außerhalb der Metropolen, niedrig. Korruption ist auch unter Richtern verbreitet, Einflussnahmen von Regierungs- und Parteiinstanzen sind verbreitet. „Klage einzulegen“ (*da guan zhi*) bedeutet in aller Regel „Beziehungen (zu einflussreichen Personen in- und vor allem außerhalb der Justiz) pflegen“ (*da guan xi*). Andererseits haben Anwälte auf der Basis des Rechtssystems die – immer mühsame und manchmal gefährvolle – Möglichkeit, sich gegen den Widerstand lokaler Machttäger für ihre (häufig sozial schwachen) Mandanten einzusetzen. Da diese *wei quan* (Rechte wahren) Anwälte im chinesischen Gesetzesrecht angelegte, im sozialen Umfeld aber schwer realisierbare Rechtspositionen durchzusetzen trachten (Arbeits-, Umwelt-, Grundstücks-, Polizei- und Strafrecht), sehen sie sich gleichzeitig ganz bewusst auch als Anwälte des Gemeinwohls.⁵

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Ein alter Bauer mit einer Petition vor einem Regierungsgebäude in Peking. Nicht zuletzt der Aufschwung des Petitionswesens zeigt ein wachsendes Bewusstsein der chinesischen Bevölkerung für die Wahrnehmung von Rechten gegenüber der Staatsgewalt (vgl. auch den Beitrag von Bettina Gransow in diesem Heft).

picture alliance/dpa

Ein fünftes Bedürfnis, auf das der Gesetzgeber zu reagieren hatte und weiter zu reagieren hat, betrifft die Kontrolle administrativer Macht, zielt also auf Schutz vor willkürlichen Entscheidungen von Verwaltungsbehörden. Auch dieses Bedürfnis ist bereits in den 80er Jahren zum Ausdruck gekommen. Gespeist wurde es vornehmlich aus drei Bedrohungssituationen: Aus der willkürlichen Auferlegung von Verwaltungsstrafen wie Geldbußen, Haft, Vermögensbeschlagnahme oder Betriebsschließungen, zum zweiten aus beliebigen Eingriffen von Behörden in das Management ihnen ehemals untergeordneten, nun aber rechtlich verselbständigten Unternehmen und zum dritten aus der Lethargie oder Arroganz von Verwaltungsbehörden gegenüber Anträgen und Eingaben aus der Bevölkerung. Das 1989 ergangene Verwaltungsprozessgesetz eröffnete den Rechtsweg zu den Gerichten, schuf für die Betroffenen ein Recht, sich gegen im Gesetz aufgezählte Eingriffe (insbesondere Verwaltungsstrafen wie Bußgeldbescheide, Verwaltungshaft, Betriebsschließung, Lizenzentzug, aber auch Bodenenteignung, illegale Steuererhebung, rechtswidrige Maßnahmen bei der Geburtenkontrolle u. a.) und ein Untätigsein (z.B. Verweigerung ein Abschlusszeugnis auszustellen) von Behörden zur Wehr zu setzen, womit der Verwaltungsprozess Eingang in die chinesische Rechtsordnung gefunden hat. Obwohl es sich um einen sehr begrenzten Rechtsschutz handelt, da auch besonders schmerzhaft Eingriffe wie sie z.B. zahlreiche Bürger, die durch Abrissverfügungen und Umsiedlung belastet werden, seit längerem plagen, ebenso wenig justiziabel sind, wie etwa die Ablehnung von Anträgen auf Demonstration⁶, ist die Einführung des Verwaltungsprozesses in und außerhalb Chinas als ein Meilenstein beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung aufgefasst worden, d.h. einer Ordnung, die nicht nur die Bürger, sondern auch die Staatsmacht an das Recht bindet. Durch Verfassungsänderung von 1999 wurde der im Chinesischen für „Rechtsstaat“ stehende Begriff *fazhi guojia* (wörtlich: „Gesetzesregulierungsstaat“) in die Verfassung aufgenommen. Dort heißt es: „Die VR China führt das Prinzip des Regierens gemäß den Gesetzen (*yi fa zhi guo*) durch und errichtet einen sozialistischen Rechtsstaat“ (Art. 5 II). Eine Konsequenz daraus ist die Regelung des Gesetzgebungsgesetzes von 2000, wonach Eingriffe in die persönliche Freiheit nur dann legal sind, wenn ein Gesetz sie vorsieht, d.h. eine Genehmigung des Nationalen Volkskongresses (NVK) gegeben ist. Angesichts der andau-

ernden Praxis, auf der Grundlage von Staatsratsverordnungen Verwaltungshaft („Arbeitserziehung“) zu verhängen, ist dies bis auf weiteres ebenso als eine Absichtserklärung zu verstehen, wie der 2004 erfolgte Verfassungszusatz: „Der Staat respektiert und gewährleistet die Menschenrechte“ (Art. 33 III).

Dafür, dass es in der Bevölkerung ein wachsendes Bewusstsein für die Wahrnehmung von Rechten gegenüber der Staatsgewalt und einen wachsenden Druck in der Öffentlichkeit (Medien) gibt, die Rechtsordnung an den Maßstäben von Rechtsschutz und Menschenwürde fortzubilden, zeigen beispielhaft die folgenden beiden Fälle: 1998 war an einem Gericht der Provinz Henan ein Fall anhängig⁷, in dem ein gehbehinderter Schüler gegen eine Schule wegen Verletzung seines Rechts auf Bildung Klage eingelegt hatte. Der Kläger hatte an der Eingangsprüfung für Fachhochschulen teilgenommen und als seine erste Priorität eine städtische Handelsschule angegeben. Obwohl er bei der Prüfung die erforderliche Punktzahl erreicht hatte, lehnte die Schule die Aufnahme des Klägers mit der Begründung ab, dass der Computersaal sich im vierten Stock befinde und der Kläger nicht ohne Hilfe anderer dorthin gelangen könne. Der Kläger vertrat die Ansicht, dass die Schule sein aus dem Behindertenschutzgesetz resultierendes Recht auf Erziehung (*jiaoyuquan*) verletzt habe, legte Klage ein und forderte vom Gericht, die Schule zu verurteilen, ihn aufzunehmen. Bevor das Gericht eine Entscheidung traf, revidierte die Schule (unter dem Druck der Medien) ihren Beschluss und nahm den Kläger auf, so dass der Kläger seine Klage zurücknahm. Dieser Fall ist typisch für einen Mentalitätswandel: Man ist nicht mehr bereit, die Entscheidungen der Obrigkeit zu erdulden, sondern man wendet sich mit der Erwartung an die Gerichte, seinem Anliegen Öffentlichkeit zu verschaffen.⁸

Das zweite Beispiel zeigt auf Seiten einer kritischen Öffentlichkeit ein wachsendes Verständnis für die Funktionsweise des Rechts- und Verfassungsstaates und für die Notwendigkeit, ihn in China zu implantieren. Ein aus der innerchinesischen Provinz Hubei stammender Modedesigner war 2003 bei einem Unternehmen in Guangzhou (Kanton) beschäftigt. Eines Abends machte er einen Spaziergang, ohne seinen Personalausweis mitzunehmen. Weil er sich nicht ausweisen konnte, wurde er auf der Grundlage der 1982 von der Zentralregierung erlassenen „Vorschriften über Gewahrsam und Rückschaffung von Stadtstreichern und Bettlern“ zu einer Sammelstelle für den Rücktransport von Migrantinnen ohne Aufenthalts-

erlaubnis verbracht. Dort prügeln ihn die Polizisten derart, dass er daran verstarb. Die Angelegenheit erhielt ein intensives Medienecho, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, dass „dieser Fall jeden von uns angeht, jeder von uns zum Opfer eines solchen Systems werden kann.“⁹ Rechtsprofessoren ersuchten (gemäß § 90 II Gesetzgebungsgesetz) den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK), die Verfassungsmäßigkeit der 1982 erlassenen Vorschriften zu überprüfen. Sie trugen vor, dass sowohl nach dem Verwaltungsstrafgesetz von 1996 wie nach dem Gesetzgebungsgesetz von 2000 in die persönliche Freiheit der Bürger nur auf der Grundlage eines vom Nationalen Volkskongress (NVK) bzw. dessen Ständigen Ausschuss erlassenen Gesetzes eingegriffen werden darf (so genannter Vorbehalt des Gesetzes). Bevor der Ständige Ausschuss sich mit der Angelegenheit befassen konnte, erließ die Zentralregierung am 1. August 2003 „Verwaltungsmaßnahmen zur Unterstützung nicht sesshafter städtischer Obdachloser und Bettler.“¹⁰ Aus den „Sammelstellen“ wurden „Sozialstationen“, in denen nicht sesshafte Personen für einen begrenzten Zeitraum Verpflegung und Unterkunft, ferner das Geld für die Rückkehr in ihren Heimatort erhalten können, sofern sie dies wünschen; das Zwangssystem (*shourong qiansong*) wurde abgeschafft.¹¹ Ist dieses Ergebnis auch zu begrüßen, so ist es doch auf „typisch chinesische Weise“ zustande gekommen: Die unter Druck geratene Exekutive bereinigte die Sache, bevor sie durch ein Organ der Legislative (Ständiger Ausschuss des NVK) (vielleicht) dazu aufgefordert worden wäre und so dazu beigetragen hätte, einen an Gewaltenteilung erinnernden Mechanismus in Gang zu setzen.

Auf dem Wege zum Rechtsstaat?

Aus diesem kurzen Überblick zu den zentralen Feldern, in denen der Gesetzgeber auf Bedürfnisse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels reagiert, wird deutlich, dass dem Recht im postmaoistischen China eine bedeutsame Rolle zukommen soll. Dabei erschöpft sich Gesetzgebung – anders als dies während der langen Zeiträume der chinesischen Geschichte selbstverständlich war – nicht darin, der Obrigkeit Instrumente für Kontrolle und Disziplinierung bereitzustellen,

d.h. Gehorsam einzufordern; die seit Ende der 1970er Jahre ergangenen Gesetze artikulieren vielmehr eine Fülle von Rechten, die Bürger untereinander – unter Umständen mit staatlicher Hilfe – geltend machen können und die zuletzt auch eine Richtung gegenüber staatlichen Verwaltungsbehörden aufweisen. Die Funktionstüchtigkeit dieses Systems, d.h. die Umwandlung einer zunächst vornehmlich quantitativen in eine qualitative Seinsweise¹², hängt direkt ab von der Fähigkeit der Justizorgane, Rechtsschutz zu gewähren. Da der chinesischen Verfassung das System der Gewaltenteilung, wonach die drei Staatsfunktionen (Gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt) voneinander unabhängigen Staatsorganen zur Verhinderung von Machtmissbrauch zugewiesen werden, nicht zugrunde liegt, stattdessen alle Staatsgewalt im Nationalen Volkskongress (NVK), der von der Kommunistischen Partei (KP) „geführt“ wird, zusammenfließt, der Nationale Volkskongress und die lokalen Kongresse (und somit die Partei) also auch die Gerichte überwachen, fehlt es für eine starke und verlässliche Stellung der Judikative an den strukturellen Voraussetzungen. In brisanteren Straf- und Verwaltungsprozessen werden die lokalen Regierungs- und Parteiorgane von den Gerichten stets konsultiert, und es kommt zu massiver Einflussnahme. Zwar ließe sich durch die von der Staatspartei schon seit langem angestrebte, bisher nur partiell verwirklichte „Justizreform“ (*Isifa gaige*)¹³ die Tätigkeit der Gerichte von mancherlei Unzulänglichkeit und Störung befreien, insbesondere was die bisher nicht selten vermissten fachlichen Kompetenzen des Justizpersonal anbetrifft. Eine nachhaltige Fundierung gerichtlicher Unabhängigkeit, wie z.B. auch die in Reformerkreisen viel beschworene Fortentwicklung des Nationalen Volkskongresses zu einer Parlaments-Körperschaft, erforderte jedoch eine Neubestimmung der Rolle der Staatspartei, was aber nicht geschieht.¹⁴ Das von der Staatspartei seit der Verfassungsänderung von 1999 propagierte Konzept „sozialistischer Rechtsstaat“ (*Ishehuizhuyi fazhi guojia*/wörtlich: sozialistischer Gesetzesregulierungsstaat) dient im Gegenteil der Legitimation eben der seit jeher in Anspruch genommenen Führungsposition, eine Position, die ihren sinnfälligsten Ausdruck in Paragraph 19 des 1997 verabschiedeten Gesetzes über die Landesverteidigung findet: „Die Streitkräfte der VR China unterstehen der Führung durch die KP Chinas.“ Skepsis für eine Chance des Rechtsstaats fordert neben diesem strukturellen ein ethisch-psychologischer Befund

heraus: die Blindheit der Gegenwart für die Staatsverbrechen der Vergangenheit. „Wenn Serbien ein Rechtsstaat sein will, muss es sich mit dem Unrecht befassen“ hieß es vor einigen Jahren in einem Leitartikel über „Recht und Unrecht auf dem Balkan.“¹⁵ Auch die chinesische Führung ist weit davon entfernt, die seit Beginn der 1950er Jahre und bis zum Juni 1989 im Namen der Staatspartei durchgeführten Unterdrückungs- und Vernichtungsaktionen gegen „Grundherren“, „Konterrevolutionäre“, „Rechtsabweichler“, „Kapitalisten“ und Studenten selbstkritisch zu betrachten und einer differenzierten Beurteilung zu unterziehen. Stattdessen erklärt sie akademische Untersuchungen zu diesen Ereignissen, namentlich zur so genannten „Rechtsabweichlerkampagne“ von 1957, zur „Kulturrevolution“ von 1966 und zur Niederschlagung der Studentenbewegung von 1989, zu Tabuzonen.¹⁶

Mitte der 1980er Jahre, als der Begriff „sozialistischer Rechtsstaat“ in Osteuropa aufkam, wurde in Polen, dessen Volk für seinen abgründigen Humor und trefflichen Witz gerühmt wird, die Frage nach dem Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem sozialistischen Rechtsstaat wie folgt beantwortet: Der sei etwa so wie der Unterschied zwischen einem Stuhl und einem elektrischen Stuhl. Dies bezeugt die Unglaubwürdigkeit, ja Absurdität einer Verbindung des Rechtsstaatskonzepts mit dem Sozialismus marxistisch-leninistischen Gepräges. Im Falle Chinas sollte „sozialistischer Rechtsstaat“ jedoch nicht zum Nennwert genommen, nicht unter europäische Begrifflichkeit subsumiert werden. Es handelt sich um eine Chiffre für einen Übergang, eine ergebnisoffene Suche nach einer neuen Identität, die die seit über einem Jahrhundert erprobten Ordnungskonzepte (Ideen und Institutionen) des Westens mit einer Neuaneignung des eigenen Kulturerbes verbindet. Ob sich daraus ergibt, dass *fazhi* (Gesetzesherrschaft) sich nicht, wie in der chinesischen Antike und fortdauernd in der Gegenwart, vornehmlich als autoritäre Regulierung manifestiert, sondern durch ein übertragendes Weiterdenken alter Staatsklugheit sich immer mehr an einem Bedürfnis der Achtung der Menschenwürde orientierten Rechtsstaatskonzept annähert, wird die Zukunft zeigen.

In den „Gesprächen“ des Konfuzius heißt es: Zigong fragte, woran man eine gute Regierung erkenne. Konfuzius antwortete: „Sie muss die Ernährung sichern, muss ausreichend gegen Feinde gerüstet sein, muss danach trachten, dass das Volk Vertrauen in die Regierung hat.“ Zigong fragte weiter: „Wenn man aber nun eines von den drei Din-

gen aufgeben müsste, worauf könnte man am ehesten verzichten?“ Konfuzius sagte: „Auf die Rüstung“. Zigong weiter: „Müsste nun wiederum eins von beiden aufgegeben werden, worauf sollte man dann noch verzichten?“ Konfuzius: „Auf die Ernährung. Ohne Nahrung muss man sterben. Doch seit jeher ist der Tod das Los aller Menschen. Wenn aber das Volk kein Vertrauen in die Regierung hat, kann der Staat nicht bestehen.“¹⁷ Im Buch „Menzius“ heißt es: König Hui von Liang sprach: „Ich will gelassen Ihre Belehrung annehmen“. Menzius erwiderte: „Ob man Menschen mordet mit einem Knüppel oder einem Messer: ist da ein Unterschied?“ Der König sprach: „Es ist kein Unterschied.“ „Ob man sie mordet mit einem Messer oder durch den Regierungsstil: ist da ein Unterschied?“ Der König sprach: „Es ist kein Unterschied.“¹⁸



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Robert Heuser studierte Rechtswissenschaft, Sinologie und Philosophie in Heidelberg, Tübingen, Taipei und Cambridge/Mass. Nach der Tätigkeit als Ostasienreferent am Heidelberger Max-Planck-Institut für vergleichendes öffentliches Recht und Völkerrecht und als DAAD-Lektor für deutsches Recht an den Staatlichen Universitäten Osaka und Kobe sowie an der Städtischen Universität Osaka ist er seit 1992 Professor für Chinesische Rechtskultur an der Universität zu Köln. Seine letzten Buchpublikationen sind „Einführung in die chinesische Rechtskultur“, Hamburg 1999 (3. Auflage 2006); „Umweltschutzrecht der VR China“, Hamburg 2001 (zusammen mit Jan de Graaf); „Sozialistischer Rechtsstaat und Verwaltungsrecht in der VR China (1982–2002)“, Hamburg 2003; „Die WTO und das neue Ausländerinvestitions- und Außenhandelsrecht der VR China“, Hamburg 2004 (zusammen mit Roland Klein); „Grundriss des chinesischen Wirtschaftsrechts“, Hamburg 2006 und „Ortsbesichtigungen: Chinesisches Recht im Wandel (1971–2006)“, Aachen und Heimbach 2007.

Ahl, Björn (2007): Rechtsprechung und Rechtswirklichkeit. In: Fischer, Doris/Lackner, M. (Hrsg.) (2007): Länderbericht China. Bonn, S. 433–445.

Ahl, Björn (2006): Die neue Juristenausbildung in der VR China. In: Verfassung und Recht in Übersee, S. 326–358.

Bu, Yuanshi (Hrsg.) (2008): Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht aus deutscher Sicht. Tübingen.

Darimont, Barbara (2004): Sozialversicherungsrecht der VR China. Baden-Baden.

Heuser, Robert (2006): Einführung in die chinesische Rechtskultur. 3. Aufl., Hamburg.

Heuser, Robert (2003): „Sozialistischer Rechtsstaat“ und Verwaltungsrecht in der VR China (1982–2002). Hamburg.

Heuser, Robert (2007): Ortsbesichtigungen. Chinesisches Recht im Wandel (1971–2006). Heimbach/Eifel.

Heuser, Robert/de Graaf, Jan (Hrsg.) (2001): Umweltschutzrecht der VR China. Gesetze und Analysen. Hamburg.

Heuser, Robert/Klein, Roland (Hrsg.) (2004): Die WTO und das neue Ausländerinvestitions- und Außenhandelsrecht der VR China. Gesetze und Analysen. Hamburg.

Luo, Wei (2005): Chinese Law and Legal Research. Buffalo/N.Y.

Peerenboom, Randall (2002): China's Long March Toward Rule of Law. Cambridge.

Pißler, Knut B. (2004): Chinesisches Kapitalmarktrecht. Tübingen.

Staiger, Brunhild/Stefan, Friedrich/Schütte, Hans-Wilm (Hrsg.) (2008): Das große China-Lexikon. Darmstadt. Stichworte: Gesetzgebung, Menschenrechte, Rechtskultur, Rechtspflege, Strafrecht, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Wirtschaftsrecht, Zivilrecht (jeweils mit weiteren Nachweisen).

The China Quarterly (2007): Special Issue – China's Legal System: New Developments, New Challenges. London.

Die Zeitschrift für chinesisches Recht (ZchinR), herausgegeben von der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V., informiert regelmäßig über neue Entwicklungen.

ANMERKUNGEN

- 1 Dazu Klaus Mühlhahn (2007): „Repaying Blood Debt“ – State Violence and Mass Crimes during the 1950s in China. In: Mechthild Leutner (Ed.) (2007): Rethinking China in the 1950s. Münster (Berliner China-Hefte, Vol. 21), S. 35ff. und Jean-Louis Margolin (1998): China: Ein langer Marsch in die Nacht. In: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.) (1998): Das Schwarzbuch des Kommunismus. München, S. 511ff.
- 2 Zitiert bei Zhang Zhengde (1995): Lun Deng Xiaoping jianli fazhi shehui de sixiang (Über die Etablierung des Gedankens einer durch Gesetze geleiteten Gesellschaft durch Deng Xiaoping). In: Zhongguo faxue, Nr. 5/1995, S. 8ff., 14.
- 3 So wie es im Frühjahr 2008 der Journalist Hu Jia (geb. 1973) zu spüren bekam. Er hatte einen offenen Brief „Das wahre China und Olympia“ veröffentlicht, in dem es heißt: „Wenn Sie zu den Olympischen Spielen nach Peking kommen, werden Sie Wolkenkratzer, geräumige Straßen, moderne Stadien und enthusiastische Menschen sehen. Sie werden die Wahrheit sehen, aber nicht die ganze Wahrheit, so als sähen Sie nur die Spitze eines Eisberges. Sie werden möglicherweise übersehen, dass die Blumen, das Lächeln, die Harmonie und der Wohlstand auf einem Unterbau aus Leid, Tränen, Gefängnishaft, Folter und Blut ruhen.“ (Henrik Bork in: Süddeutsche Zeitung vom 19.3.2008).
- 4 Im Jahre 2005 studierten an fast 600 Hochschulen rund 200.000 Jurastudenten im BA-Kurs, 66.000 im MA-Kurs.

- 5 Dazu besonders instruktiv Hualing Fu/Richard Cullen (2008): Weiquan (Right Protection) Lawyering in an Authoritarian State: Building a Culture of Public-Interest Lawyering. In: The China Journal, Nr. 59, Jan. 2008, S. 111ff.
- 6 Zum Vergleich: Wegen der Planfeststellung des Flughafens München II sind über 5.500 Verwaltungsklagen anhängig gemacht worden; wegen des unvergleichlich umfangreicheren Projekts des „Drei-Schluchten-Staudamms“ keine einzige.
- 7 In Renminfayuan anlixuan (Auswahl von Fällen der Volksgerichte), Bd. 25 (1998), Nr. 65.
- 8 Dies eher als von den Gerichten, die nicht den Ruf von Unabhängigkeit und Integrität genießen, Gerechtigkeit zu erlangen. Die Mobilisierung der Medien ist auch in ländlichen Gebieten üblich geworden. Siehe: Kevin J. O'Brien/Lianjian Li (2005): Seeing the Local State: Administrative Litigation in Rural China. In: Neil J. Diamant et al. (Eds.) (2005): Engaging the Law in China. State, Society, and Possibilities for Justice. Stanford, S. 3, 31ff., 38f.
- 9 Niu, Longyun (2003): „Sun Zhigang shijian“ yu weixian shencha zhidu (Der „Sun Zhigang-Fall“ und das System der Überprüfung von Verfassungswidrigkeit). In: Liaowang (Peking), Nr. 22/2003, S. 50f.
- 10 Guowuyuan gongbao (Amtsblatt des Staatsrats), 2003, Nr. 21.
- 11 Dass die Staatspartei mehr dem Druck der Öffentlichkeit nachgegeben als aus eigener Einsicht gehandelt hat, zeigt allerdings das Nachspiel: Zwar wurden zwei der an dem Totschlag Beteiligten zum Tode (einer mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub) und zehn weitere zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und lebenslang verurteilt, aber auch für die Journalisten der Guangzhouer Tageszeitung, die als erste den Fall an die Öffentlichkeit gebracht hatten, wurden Straftatbestände ausfindig gemacht (illegale Einnahmen, Bestechung), so dass sie zu Freiheitsstrafen von über zehn Jahren verurteilt werden konnten.
- 12 Manche Äußerungen, die chinesische Politiker, aber auch Rechtswissenschaftler, zum Zustand des Rechtssystems von sich geben, scheinen den Schluss zuzulassen, dass sie Qualität als Quantität begreifen. So wenn etwa aufgezählt wird, dass seit Beginn der Reformen gut 300 Gesetze, fast 800 Staatsratsverordnungen und über 5.000 lokale Rechtbestimmungen in Kraft getreten seien. Dieser Quantitätsorientierung ist eine gewisse Neigung zum Formalismus verbunden, die sich z.B. darin gefällt, die im Juni 2002 durch Beschluss des Obersten Gerichts für die Gerichte eingeführten Hammer, wie er in den US-Gerichten üblich ist, wie folgt zu kommentieren: „The judicial hammer is the latest step in bringing the Chinese legal system up to international standards“ (China Daily vom 3.6.2002).
- 13 1999 erließ das Oberste Gericht ein erstes, 2006 ein zweites Fünf-Jahres-Programm für die Gerichtsreform. Ziel ist die Herstellung einer sauberen und transparenten Justiz. Sauber soll sie dadurch werden, dass die Professionalisierung des Gerichtspersonals weiter vorangetrieben wird. So finden seit 2002 jährlich landeseinheitliche Justizprüfungen (sifa kaoshì) statt. Sie müssen jetzt von allen bestanden werden, die einen juristischen Beruf anstreben (Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte). Erfolgreich sind weniger als 10 Prozent der Teilnehmer. Vorsitzende Richter werden jährlich beurteilt, die anderen Richter in längeren Zeitabständen. Das Richtergesetz soll dahingehend geändert werden, dass ohne gesetzlichen Grund Entlassung, Versetzung und Pensionierung nicht möglich sind, dass also die persönliche Unabhängigkeit der Richter gestärkt wird. Transparenz der Rechtsprechung soll durch Öffentlichkeit der Hauptverhandlung für das allgemeine Publikum und für Berichterstattung durch die Medien gefördert werden. Dies erfordert allerdings eine Änderung der Verfahrensweise,

insbesondere ein Zurücktreten des so genannten „Rechtsprechungsausschusses“ (shenpan weiyuanhui) der Gerichte, in denen die wichtigeren Fälle stets vorentschieden werden, zugunsten der Kammern und Einzelrichter. Fundamental ist die Frage der Richterernennung und der Finanzierung der Gerichte. Die größte Barriere für auch nur einen Ansatz von Unabhängigkeit besteht in der Lokalisierung dieser Kompetenzen; die Lokalregierungen setzen die Haushaltsmittel für die Gerichte (einschließlich der Gehälter des Gerichtspersonals) selbstständig fest. Um die daraus resultierenden Abhängigkeiten zu überwinden, wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur angeregt, die Justizverwaltung von der allgemeinen Verwaltung zu scheiden und eine eigenständige, rein vertikale Justizverwaltung zu schaffen. Dieser seit langem geforderte Strukturwandel wurde vom ersten Fünf-Jahresprogramm noch nicht umfasst, wird im derzeit laufenden Reformprogramm aber aufgegriffen. Es heißt dort (Ziffer 37), dass „ein Mechanismus der Auswahl und Ernennung errichtet (werden soll), der den Besonderheiten des Richterberufs gerecht wird.“ Dazu soll zunächst „im Rahmen bestimmter Regionen die Durchführung eines Systems einheitlicher Rekrutierung und Stellenzuweisung von Richtern zum Dienst in Grundstufengerichten erprobt werden.“ Was hier zurückhaltend „einheitlich“ genannt wird, zielt auf die zentrale Richterernennung und -besoldung durch das Oberste Gericht, statt, wie bisher (vgl. § 11 Richtergesetz) durch die Lokalgerichte. Dieser Programmpunkt führt die Justizreform an einen Scheideweg: Weg von der Abhängigkeit der Gerichte von den Lokalverwaltungen, hin zu einer rein vertikalen und so professionellen Zuständigkeit, was den ersten – und ganz unverzichtbaren – Schritt in Richtung Unabhängigkeit der Gerichte bedeutet.

14 Typisch dafür, dass bei den im Übrigen durchaus fundierten Überlegungen zur Gestaltung einer rechtsstaatlichen Ordnung die Rolle der KP ignoriert wird, ist z.B. Cheng Jie (2003): Congressional Supremacy or Judicial Control: The Development and Debate of Rule of Law in China. In: Zeitschrift für chinesisches Recht, Heft 1/2003, S. 17ff. Die Kritik bezieht sich aber durchaus auf die fehlende Gewaltenteilung. Die „lang propagierte Vorstellung von der ‚Einheit von Beschluss und Durchführung‘ (‘yi xing heyi’) sei recht eigentlich „ein feudalistisches System der Machtkonzentration, Ausdruck feudalen Absolutismus“. Verglichen mit der „Teilung der drei Gewalten“ (san quan fenli) oder der „Gewaltenteilung durch checks and balances“ (fenquan zhi-heng) westlicher Staaten handle es sich dabei „um ein völlig überholtes und rückständiges politisches System.“ So Lü, Taifeng (1998): Xianfaxue jiben lilun yanjiude ruogan sikao (Einige Überlegungen zur Grundtheorie der Verfassungsrechtswissenschaft). In: Faxue yanjiu, Nr. 3/1998, S. 142.

15 Neue Zürcher Zeitung vom 14./15.7.2001.

16 Dazu Mark Siemons (2007): Intellektuellenopferung. Über Maos Jagd auf Rechte darf heute niemand mehr reden. In: FAZ vom 16.7.2007.

17 Konfuzius (Lun-yu). Übersetzt von Ralf Moritz. Stuttgart 1998, XII/7.

18 Mong Dsi. Übersetzt von Richard Wilhelm. Jena 1916, S. 4 und James Legge (1892): The Four Books, The Works of Mencius. Oxford 1892, S. 133.

China und die Menschenrechte

Gunter Schubert

Bei aller berechtigten westlichen Kritik an der Menschenrechtssituation in China wird allzu oft übersehen, dass China die Grundidee der Menschenrechte nachdrücklich befürwortet, jedoch eine eigene Position entwickelt hat. Chinesische Politiker unterstreichen angesichts der westlichen Rhetorik immer wieder, dass in einem „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ ein anderes Verständnis der Menschenrechte herrsche. Wichtiger als die von westlicher Warte aus reklamierten individuellen Rechte seien in China immer die kollektiven, d.h. die wirtschaftlichen und sozialen Rechte gewesen. Trotz einer schrittweisen Verbesserung der Menschenrechtssituation, die von internationalen Menschenrechtsorganisationen durchaus konstatiert wird, zeigt die aktuelle Bestandsaufnahme der chinesischen Menschenrechtssituation von Gunter Schubert, dass die zivilen und politischen Rechte nur unzureichend verwirklicht sind. Ausgehend von der offiziellen Menschenrechtskonzeption Chinas, wie sie im so genannten Weißbuch niedergelegt ist, stellt sich die Frage der Positionierung des Westens. Wirksame Strategien sind mithin eine stete Gratwanderung zwischen „stiller“ Diplomatie bzw. bilateralen Dialogen und einer Thematisierung der weltweiten Menschenrechtsverletzungen in internationalen Foren.

Westliche Hoffnungen – Chinesische Wirklichkeiten

Eine mit der Vergabe der Olympischen Spiele nach Beijing (Peking) verbundene und offen artikuliert Hoffnung auf Seiten des Westens war, dass diese Entscheidung positive Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in China haben möge. Denn ein Land, so die Argumentation, das der Welt seine Offenheit und Modernität präsentieren und damit seinen Anspruch auf eine führende Rolle in der internationalen Gemeinschaft untermauern wolle, werde sich einer nachhaltigen Verbesserung des Menschenrechtsschutzes für seine Bürgerinnen und Bürger nicht verschließen können. Dazu gehört aus der Perspektive des Westens und chinesischer Regimekritiker vor allem die umfassende Gewährung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, letztlich also das Recht, gegen das bestehende Regime der Kommunistischen Partei (KP) auf

friedliche Weise opponieren zu können. Als genauso wichtig wird die Garantie der Religionsfreiheit eingestuft, ebenfalls ein Recht, das gegen den Staat geltend zu machen ist. Weiterhin geht es für den Westen bei der Frage der Menschenrechte in China um den umfassenden Schutz der ethnischen Minderheiten, also um deren Recht auf echte wirtschaftliche, politische und kulturelle Autonomie. Diese Forderung konzentriert sich vor allem auf die Lage in Tibet, eine für die chinesische Regierung seit Jahrzehnten offene Flanke gegenüber der westlichen Menschenrechtskritik. Als im Vorfeld der Olympiade Unruhen in der Autonomen Region Tibet sowie den angrenzenden Provinzen ausbrachen und diese alsbald niedergeschlagen wurden, brach in der westlichen Öffentlichkeit erneut eine Welle der Entrüstung über den chinesischen Staat herein. Man fühlte sich getäuscht. China, so die überwiegende in den Medien verbreitete Meinung, sei eben ein autoritäres, gar totalitäres Land, von dem in Sachen nachhaltiger Menschenrechtsschutz nichts zu erwarten sei. Regimekritikern, religiös Andersdenkenden, den ethnischen Minderheiten, aber auch dem einfachen Bürger, der sich gegen die Enteignung seines Bodens oder den Abriss seines alten Wohnviertels, gegen Behördenwillkür und korrupte Kader zur Wehr setze, drohten willkürliche Verhaftung, Folter, Arbeitslager oder langjährige Internierung ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren. Im Verlauf der Olympiade konnten sich die Kritiker Chinas bestätigt fühlen: So wurde etwa zwei über achtzigjährigen Frauen eine Inhaftierung in Aussicht gestellt, weil sie auf formal korrektem Weg einen legalen öffentlichen Protest wegen des Abbruchs ihrer alten Behausungen nahe

einer olympischen Sportanlage angemeldet hatten. Ausländische Olympia-Touristen, die Solidaritätsfahnen für Tibet entrollten oder – so etwa auf dem Platz des Himmlischen Friedens – die chinesische Tibetpolitik anprangerten, wurden umgehend verhaftet und bald ausgewiesen.

Schrittweise Verbesserung der Menschenrechtssituation

Nach Abschluss der Olympischen Spiele waren sich viele Beobachter einig: Nicht von besseren Aussichten für den Schutz der Menschenrechte könne man sprechen; vielmehr stehe zu befürchten, dass sich die durch die Olympiade an-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Demonstration in Hongkong anlässlich des zehnten Jahrestages des Tiananmen-Massakers. Dieses Massaker war der Tiefpunkt des chinesischen Umgangs mit den Menschenrechten. Der seitdem voranschreitende Transformationsprozess Chinas hat sich durchaus positiv auf den Schutz der Menschenrechte ausgewirkt – wenngleich China für sich eine vom Westen abweichende Menschenrechtskonzeption reklamiert. picture alliance/dpa

gestoßene Perfektionierung des chinesischen Sicherheitsapparates nun noch effizienter gegen die chinesische Zivilbevölkerung richten würde.

China, das wurde in den Monaten vor und nach Olympia deutlich, mag für seinen wirtschaftlichen Aufstieg bewundert werden. In politischer Hinsicht jedoch wird es im Westen von vielen Menschen gefürchtet. Denn was ist zu halten von einem Land, dessen Führung sich kompromisslos gegen die parlamentarische Demokratie und ein Mehrparteiensystem ausspricht, am historisch als anachronistisch eingestuften Sozialismus festhält und die Menschenrechte in derart krasser Weise missachtet? Niemand wird bestreiten, dass der Menschenrechtsschutz in China mangelhaft ist – sogar die chinesische Regierung hat dies wiederholt öffentlich eingestanden. Dennoch greift es zu kurz, diesen Tatbestand aus dem historischen Kontext bzw. der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung dieses Landes, vor allem der letzten 20 Jahre, herauszulösen. Das Jahr

1989 mit der brutalen Niederschlagung der studentischen Protestbewegung bezeichnet zweifellos den Tiefpunkt des chinesischen Umgangs mit den Menschenrechten. Doch seitdem ist der gesellschaftliche Transformationsprozess des Landes mit hoher Geschwindigkeit vorangeschritten. Dies hat sich durchaus positiv auf den Menschenrechtsschutz in China ausgewirkt. So bekennt sich die chinesische Regierung seit der Wiener Weltmensenrechtskonferenz von 1993 zur weltweiten Geltung der Menschenrechte und unternimmt – ungeachtet vieler anderslautender Behauptungen – gerade nicht den Versuch, eine eigene kulturelle Partikularität kategorisch gegen den Universalitätsanspruch der Menschenrechte auszuspielen. Vielmehr hat man sich die schrittweise Verbesserung der Menschenrechtslage im eigenen Land nach Maßgabe globaler Vereinbarungen auf die Fahnen geschrieben. Erfolge in dieser Richtung werden von den einschlägigen internationalen Menschenrechtsorganisationen (amnesty

international, Human Rights Watch u. a.) durchaus gesehen. So bemüht sich die chinesische Regierung, ungeachtet aller mit der Einparteiherrschaft verbundenen Restriktionen, seit Jahren um mehr Rechtstaatlichkeit und eine effektivere Kontrolle über die Kaderbürokratie, um ihre Bürgerinnen und Bürger besser vor administrativer Willkür und Rechtsbeugung zu schützen. Auf lokaler Ebene hat man die Möglichkeiten direkter politischer Partizipation ausgebaut. Auch ist China inzwischen Signatarstaat vieler wichtiger Menschenrechtspakte und -konventionen, darunter die beiden Pakte der Vereinten Nationen (VN) über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über zivile und politische Rechte von 1966 (letzterer ist allerdings noch immer nicht ratifiziert). Mit der Europäischen Union (EU) unterhält die chinesische Regierung eben-

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

so einen Menschenrechtsdialog wie mit der deutschen Bundesregierung. Bei alledem pocht sie jedoch auf eine *eigene Menschenrechtskonzeption*, die die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der chinesischen Bürger gegenüber den zivilen und politischen Rechten privilegiert. Kollektive Rechte werden insofern über Individualrechte gesetzt – wiederum nicht primär aus Gründen einer so behaupteten kulturellen Andersartigkeit Chinas, sondern wegen des „besonderen“ historischen Entwicklungsweges des Landes, der sich von dem des Westens unterscheidet. Somit strebt das offizielle China langfristig durchaus eine Umsetzung aller Menschenrechte an, am Ende also auch der Individualrechte, und behauptet mitnichten, dass diese in China keinen Platz hätten. Allerdings widersprechen der Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei und die Verpflichtung der chinesischen Verfassung auf den „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ dem Postulat universalen, gegen jeden staatlichen Zugriff geschützter Menschenrechte. Insofern sind der Verwirklichung umfassender Menschenrechte in China zumindest solange unverrückbare systemische Grenzen gesetzt, wie die derzeitige chinesische Führung an ihrem Machtmonopol festhält.

Im Folgenden soll zunächst eine aktuelle Bestandsaufnahme der Menschenrechtslage in China vorgenommen und die von den internationalen Menschenrechtsorganisationen als besonders drängend bezeichneten Probleme des Landes dargestellt werden. Danach wird die offizielle Menschenrechtskonzeption der chinesischen Regierung erörtert. Schließlich sollen die Aussichten für umfassend geschützte Menschenrechte in China und die Grenzen einer externen Einflussnahme kurz diskutiert werden.

Die derzeitige Lage der Menschenrechte in China

Es sind seit Jahren fast immer dieselben Probleme, die von den internationalen Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit China vorgetragen werden. Dabei liegt der Schwerpunkt der Kritik auf der unzureichenden Verwirklichung der zivilen und politischen Rechte, also der Bürgerrechte. Aber auch die soziale und kulturelle Diskriminierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen wird deutlich zur Sprache gebracht. So konstatiert etwa der Jahresbericht 2007 von *amnesty international* (ai), der hier beispielhaft zitiert werden soll, eine Zunahme von Repressalien, Inhaftierungen und Gefängnisstrafen

gegen Rechtsanwälte und Journalisten; massive Einschränkungen der Religionsfreiheit für jene Chinesen, die ihren Glauben jenseits der staatlich zugelassenen Kirchen praktizieren; eine anhaltende religiöse und politische Unterdrückung der uighurischen Volksgruppe in der Provinz Xinjiang sowie der Tibeter; und eine weiterhin exzessive Verhängung der Todesstrafe, die die Behörden auch im Falle von Wirtschaftsdelikten und anderen Straftaten ohne direkte Gewalteinwirkung aussprechen.

Als besonders besorgniserregend gilt in jüngerer Zeit die Lage vieler chinesischer Rechtsanwälte, die in der Folge ihres sehr mühevollen Kampfs für die Belange einfacher Bürger zunehmend selbst Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind. So werden diese Bürgerrechtler nicht nur in ihrer juristischen Arbeit behindert, sondern sind zunehmend vom Entzug ihrer Anwaltslizenzen, permanenter Observierung, Hausarrest, Verhaftung und Gefängnis bedroht. Immer wieder kommt es zur rechtskräftigen Verurteilung von Anwälten, die gegen illegale Enteignungen von Boden oder Wohnraum, Zwangsumsiedlungen, Umweltschutzverstöße oder andere Formen korrupten Verwaltungshandelns klagen und sich damit den Unmut lokaler Behörden und Kader zuziehen. Dabei wirkt sich die fehlende institutionelle Unabhängigkeit der örtlichen Gerichte, die den lokalen Regierungen untergeordnet sind und von diesen kontrolliert werden, besonders negativ auf einen effektiven Schutz der Menschenrechte aus.

Die Unterdrückung spiritueller oder religiöser Gruppen wie der protestantischen „Hauskirchen“, der vatikantreuen katholischen Gemeinden oder der *Fa-lungong*-Bewegung wird in jedem Dossier über die chinesische Menschenrechtslage verurteilt. Zwar garantiert die Verfassung der Volksrepublik China die Religionsfreiheit, doch beschränkt der Staat diese auf die Glaubensausübung im Rahmen eines Systems offiziell registrierter und genau kontrollierter Kirchen, Moscheen, Klöster und Tempel. Er behält sich damit das Recht vor, im Einzelfall über die Legalität religiöser Gemeinschaften zu entscheiden und nonkonformistische Gruppen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen wollen, entsprechend zu sanktionieren. So kommt es nach Berichten der internationalen Menschenrechtsorganisationen immer wieder zu fadenscheinig begründeten Verhaftungen der Mitglieder solcher Gruppen bis hin zu körperlicher Misshandlung und systematischer Folter, um sie zu „Geständnissen“ von Rechtsverletzungen zu zwingen und danach auf „legale“ Weise aburteilen zu können.

Die Anwendung der Folter stößt auf die schärfste Kritik von Beobachtern der chinesischen Menschenrechtslage: „Fußtritte, Schläge, Elektroschocks, das Aufhängen an den Armen, das Anketten in schmerzhaften Positionen, Verbrennungen mit Zigaretten sowie Schlaf- und Nahrungsmittelentzug“, so berichtet *amnesty international* im Jahresbericht 2007, „gehörten zu den gängigen Foltermethoden“. Sie werden vor allem in örtlichen Polizeistationen angewendet, um inhaftierte Bürger im Vorfeld eines Gerichtsverfahrens oder eines Haftvorführungstermins einzuschüchtern. Aber auch in chinesischen Gefängnissen und anderen staatlichen Einrichtungen, so z.B. in psychiatrischen Anstalten oder den notorischen Umerziehungslagern, soll es nach zuverlässigen Informationen regelmäßig zur Folter gegen Insassen kommen. Die Einweisung in diese Lager unter der beschönigenden Bezeichnung „Umerziehung durch Arbeit“ (*laojiao*) – die so genannte Administrativhaft – wird international ebenfalls scharf verurteilt. Hunderttausende Chinesen, oftmals Kleinkriminelle und Drogenabhängige, sollen in solchen Lagern einsitzen, meist unter lebensunwürdigen Bedingungen und ständig der Gefahr von Folter und Misshandlung ausgesetzt. Wiederholt sind Vorwürfe erhoben worden, dass dort profitorientierte Zwangsarbeit geleistet wird. Auch Anhänger verfolgter Religionsgemeinschaften, politisch aktive Angehörige der ethnischen Minderheiten, Regimekritiker, Dissidenten und „einfache“ Bürger, die sich gegen Behördenwillkür wehren und die lokale Kaderbürokratie rechtlich zur Verantwortung ziehen wollen, sitzen nach allen verfügbaren Informationen in diesen Straflagern ein. Besonders problematisch an dieser Institution ist die fehlende richterliche Kontrolle. So dürfen die lokalen Polizei- und Ordnungsbehörden aus eigener Autorität eine Einlieferung in die Lager bis zu einer Dauer von insgesamt vier Jahren vornehmen; erst nach seiner Inhaftierung kann der Häftling eine richterliche Überprüfung beantragen – meistens vergeblich. Zwar hat die chinesische Regierung schon vor einigen Jahren bekräftigt, dass sie dieses System reformieren wolle – etwa durch eine Verkürzung der Haftzeiten und eine bessere richterliche Aufsicht; an eine Abschaffung der *laojiao* denkt sie hingegen bisher nicht.

Hart kritisiert wird auch die chinesische Minderheitenpolitik, vor allem mit Blick auf die bereits erwähnten muslimischen Uiguren und die Tibeter. Beide Volksgruppen, zumindest aber ihre in China als illegal eingestuft politischen Vertretungen, bezichtigt die chinesische Regierung des Separatismus bzw. Ter-

rorismus und reagiert mit der strafrechtlichen Verfolgung von Aktivisten sowie erheblichen Einschränkungen der Religionsfreiheit der jeweiligen Bevölkerungen. Vorgeworfen wird dem chinesischen Staat zudem, durch eine zielgerichtete Förderung der Ansiedelung von Han-Chinesen in Xinjiang und der Autonomen Region Tibet den Uiguren und Tibetern ihre wirtschaftliche Basis und kulturelle Identität zu rauben und sie damit auch politisch zu entmündigen.

Als problematisch gilt die Behandlung der zirka 100 bis 150 Millionen Wanderarbeiter aus den ländlichen Regionen. Diese gestalten den Aufschwung der chinesischen Wirtschaftsmetropolen zwar entscheidend mit, sind jedoch einer Vielzahl von sozialen und rechtlichen Benachteiligungen ausgesetzt. Obwohl es in den letzten Jahren einige Verbesserungen in dieser Richtung gegeben hat, diskriminiert das in der maoistischen Ära eingeführte System der Haushaltsregistrierung (*hukou*) mit seiner kategorischen Unterscheidung zwischen Stadt- und Landbewohnern die Wanderarbeiter in besonderer Weise. Weil diese in der Regel keinen städtischen *hukou* erwerben können, besitzen sie nicht die gleichen Rechte wie registrierte Stadtbewohner. So genießen viele Wanderarbeiter keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz und bleiben von der sozialen Daseinsfürsorge in den Städten weitgehend ausgeschlossen. Zudem haben ihre Kinder keinen freien Zugang zum urbanen Schulsystem und müssen daher auf dem Land verbleiben – oder aber ohne angemessene Ausbildungsmöglichkeiten mit ihren Eltern in der Stadt leben. Auch werden die Löhne der Wanderarbeiter häufig nicht rechtzeitig oder gar nicht ausgezahlt, ohne dass diese mit besonderer Aussicht auf Erfolg dagegen angehen könnten.

Chinesische Regierung gesteht Handlungsbedarf ein

Die Gewalt gegen und soziale Diskriminierung von Frauen, die Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern in Industrie und Landwirtschaft, die Verfolgung und Misshandlung von illegal auf chinesischem Boden lebenden nordkoreanischen Flüchtlingen, die rigide Internetzensur und das willkürliche Vorgehen gegen unliebsame Journalisten, die Drangsalierung der chinesischen Arbeiterschaft und das Verbot der Gründung unabhängiger Gewerkschaften, die Vertreibung und Zwangsumsiedlung von großen Bevölkerungsgruppen im Zuge der innerchinesischen Modernisierungspolitik – die Liste der

gegen China erhobene Vorwürfe von fundamentalen Menschenrechtsverletzungen ist lang. Sie werden, wie schon erwähnt, auch nicht durchweg von der chinesischen Regierung zurückgewiesen. Vielmehr ist diese sich bewusst, dass es an vielen Fronten dringenden Handlungsbedarf gibt. So wurde beispielsweise 2007 verfügt, dass zukünftig sämtliche Todesurteile durch den Obersten Gerichtshof überprüft und bestätigt werden müssen, bevor sie rechtskräftig werden. Man erwartet sich davon nicht nur einen Rückgang der Zahl der verhängten Todesurteile, sondern auch eine Reduzierung fehlerhafter Verfahren. Die Todesstrafe selbst steht jedoch nicht zur Disposition. Auch die rechtliche Basis der Administrativhaft sowie die gesetzliche Kontrolle über die lokalen Verwaltungen und Ordnungsbehörden sollen verbessert werden. All dies steht im Zusammenhang mit dem Bestreben des Staates, ein „sozialistisches Rechtssystem“ zu etablieren und damit auch die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. So wurde auf der Ebene des Straf- und Strafprozessrechts sowie des Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrechts seit Mitte der 1990er Jahre mehr prozessurale und inhaltliche Klarheit geschaffen, auf die sich der einzelne Bürger in Rechtsstreitigkeiten mit den staatlichen Bürokratien heute durchaus erfolgreich beruft.

Aus historischer Perspektive hat jeder Chinese heute zweifellos mehr Rechte gegenüber dem Staat als je zuvor in der Geschichte des Landes, und dies nicht nur auf der rechtsformalen, deklaratorischen Ebene. Diese erfreuliche Entwicklung muss man bei jeder punktuellen Bestandsaufnahme der chinesischen Menschenrechtssituation mitdenken. Genauso klar ist aber: Die Menschenrechte haben aus Sicht des chinesischen Staates keinen absoluten, die gesamte Rechtsordnung durchziehenden und prägenden Wert. Sie sind vielmehr instrumenteller Natur, an Pflichten gebunden und stehen also im Dienst des Staates und seiner Zielbestimmung der Aufrechterhaltung von Stabilität und Ordnung. Damit sind sie letztlich dem Fortbestand der Einparteiherrschaft verpflichtet. Daneben tritt eine spezifische Menschenrechtskonzeption der chinesischen Regierung, die die zivilen und politischen (also individuellen) Rechte den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (also kulturellen) Rechten nachordnet und diese sodann der liberalen Menschenrechtskonzeption des Westens mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung entgegengesetzt. Dieses Vorgehen erlaubt es der Regierung, auf internationaler

Ebene offensiv gegen die westliche Menschenrechtskritik zu argumentieren und ihre eigenen Leistungen bei der Verwirklichung der Menschenrechte in den Vordergrund zu rücken.

Die offizielle chinesische Menschenrechtskonzeption

Das Postulat einer weltweit anerkannten Universalität der Menschenrechte ist im so genannten Menschenrechtsregime der Vereinten Nationen (VN) verankert. Zentrale Dokumente dieses Regimes sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die beiden Internationalen Pakte von 1966 über bürgerliche und politische Rechte einerseits sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte andererseits. Die in diesen Verträgen niedergeschriebenen individuellen und kollektiven Rechte, die sich zudem in Anspruchsrechte gegenüber dem Staat und staatliche Gewährleistungsrechte differenzieren, müssen prinzipiell als Gesamtheit gesehen werden und stehen nicht in einer bestimmten Rangordnung zueinander. Dennoch leiten die Staaten aus dem Menschenrechtsregime der Vereinten Nationen unterschiedliche Menschenrechtskonzeptionen ab, d.h. sie hierarchisieren die Wertigkeit einzelner Menschenrechte in eigenen Präferenzordnungen. So stehen für den Westen seit Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die individuellen Freiheitsrechte eindeutig im Zentrum des Universalitätspostulats, während die sozialistischen Staaten des Ostblocks in der Ära des Kalten Kriegs allein die wirtschaftlichen und sozialen Gewährleistungsrechte des Staates betonten und die politischen und bürgerlichen Rechte aus ideologischen Gründen ablehnten. Dies widersprach sicherlich dem Geist des Menschenrechtsregimes der Vereinten Nationen. Die Volksrepublik China, die bis heute am Sozialismus festhält, vertritt demgegenüber eine VN-konforme Menschenrechtskonzeption, die sich allerdings ebenfalls vom Ansatz des Westens unterscheidet und sich wie folgt zusammenfassen lässt:

■ Die westliche Position, dass das Universalitätspostulat auf der Idee vorstaatlich-abstrakter, also naturrechtlich oder vernunftethisch begründeter und insofern dem staatlichen Zugriff prinzipiell entzogener Menschenrechte beruht, ist nicht haltbar. Vielmehr ist die Verwirkli-

chung der Menschenrechte stets an den historischen Kontext gebunden und verläuft im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung innerhalb einer Gesellschaft. Träger und Gestalter dieser Entwicklung ist notwendigerweise der Staat, der somit auch Tempo und Umfang der Verwirklichung der Menschenrechte bestimmt. Menschenrechte werden somit vom Staat gewährt und sind gleichzeitig an Pflichten des einzelnen Bürgers gebunden.

Voraussetzung für die Implementierung der Menschenrechte, und vor allem der Bürgerrechte, ist die Unantastbarkeit der einzelstaatlichen Souveränität in Verbindung mit dem Recht auf Entwicklung, das vom Staat zu garantieren ist. Damit stehen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte im Zentrum des Universalitätspostulats und gehen der Verwirklichung der individuellen Freiheitsrechte voraus. Nur Bürgerinnen und Bürger eines Staates, deren wirtschaftliche und soziale Grundbedürfnisse befriedigt sind, können überhaupt zivile und politische Rechte wahrnehmen.

Vor diesem Hintergrund ist die westliche Menschenrechtskritik an China strikt zurückzuweisen, sofern sie die chinesische Menschenrechtskonzeption infrage stellt. Denn eine solche Haltung ignoriert, dass jede Gesellschaft auf der Grundlage ihrer historischen Erfahrungen (inklusive kultureller Traditionen) sowie ihrer spezifischen sozioökonomischen Entwicklung einen jeweils eigenen Weg zur Verwirklichung der Menschenrechte beschreitet. Wiederum hängt diese von der Souveränität der einzelnen Staaten ab, denn nur diese können Menschenrechte effektiv garantieren. Kritik von außen untergräbt die staatliche Souveränität und leistet deshalb den Menschenrechten einen Bärendienst. In Wahrheit geht es dem Westen deshalb auch gar nicht um den weltweiten Schutz der Menschenrechte, sondern um die Universalisierung seines Demokratiemodells bzw. seiner eigenen Menschenrechtskonzeption. Diesen „Hegemonismus“ lehnt China ab.

China ist bereit und willens, auf der Grundlage des Menschenrechtsregimes der Vereinten Nationen und auf dem Weg zwischenstaatlicher Dialoge über die allmähliche Umsetzung weltweit geltender Menschenrechte, auch in China, zu reden und diesen Prozess aktiv mitzugestalten. Diese Haltung wird durch Chinas Engagement im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und die Unterzeichnung zahlreicher VN-Menschenrechtskonventionen, aber auch durch die 2004 erfolgte explizite Aufnahme des Menschenrechtsschutzes als Staatszielbestimmung in Artikel 33 der chinesischen Verfassung hinreichend dokumentiert.

Weißbücher als Belege für schrittweise Erfolge

Ausgehend von dieser Positionierung in der Menschenrechtsfrage hat die chinesische Regierung seit 1991 eine Reihe von „Weißbüchern“ veröffentlicht, in denen sie ihre Erfolge bei der innerstaatlichen Umsetzung des Menschenrechtsschutzes auflistet. Im jüngsten, 2005 veröffentlichten und sich auf das Vorjahr beziehende Weißbuch, geschieht dies in insgesamt sieben Kapiteln, deren Reihenfolge auch die derzeit gültige Präferenzordnung der chinesischen Regierung widerspiegelt: Kapitel I steht unter dem Obertitel „Die Rechte des Volkes auf Subsistenz und Entwicklung“ und fasst die Erfolge der chinesischen Politik unter anderem bei der Armutsbekämpfung, der individuellen Einkommensentwicklung (vor allem auf dem Land), der Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum, dem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme (inklusive der Etablierung einer nationalen Krankenversicherung) und der allgemeinen Ernährungssicherheit zusammen. Kapitel II bezieht sich alsdann explizit auf die „zivilen und politischen Rechte“ und erwähnt darunter insbesondere Reformen des Systems der Nationalen Volkskongresse (die chinesischen Parlamente auf den verschiedenen Verwaltungsebenen), Verbesserungen bei der dörflichen Direktdemokratie und eine Reform des staatlichen Petitionswesens. Fragwürdig erscheinen aus westlicher Perspektive jene Teile dieses Kapitels, die eine zunehmende Dynamik bei der Entstehung unabhängiger Gewerkschaften und Fortschritte bei der staatlichen Garantie der Religionsfreiheit behaupten. Kapitel III beschäftigt sich mit den jüngsten Rechtsreformen und stellt dabei unter anderem die Fortschritte bei der gesetzlichen Formalisierung von Strafverfolgung, Anklageerhebung und Gerichtsverfahren sowie bei der Bekämpfung von administrativer Willkür und Kaderkorruption heraus. Interessant ist, dass in diesem Weißbuch erst danach die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den Blick genommen werden (Kapitel IV) – ein Zeichen dafür, dass die Bürgerrechte für die chinesische Regierung zumindest auf der deklaratorischen Ebene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. In diesem Kapitel geht es vor allem um den verbesserten Schutz von Arbeitnehmerrechten (inklusive der Rechte der Wanderarbeiter) sowie der Rechte von Frauen. Kapitel V konzentriert sich auf die Rechte und den speziellen Schutz der ethnischen Minderheiten und betont die Mitwirkung von deren Vertretern auf allen Ebenen des

politischen Systems, die staatlichen Transferzahlungen und Hilfsprogramme zum Zwecke der forcierten wirtschaftlichen Entwicklung der von den Minderheiten bewohnten Autonomen Regionen, die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung sowie spezielle Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturen der Minderheiten sowie ihrer natürlichen Umwelt. Kapitel VI widmet sich den staatlichen Anstrengungen zur Verbesserung des Loses der Behinderten. Abschließend stellt das Weißbuch die Beteiligung Chinas auf dem Feld der internationalen Menschenrechtskooperation heraus und unterstreicht, dass die Verwirklichung der Menschenrechte ein integraler Bestandteil des chinesischen Modernisierungsprogramms ist.

Man kann angesichts der eingangs aufgezählten Menschenrechtsverletzungen in China über die Bedeutung eines solchen Weißbuchs trefflich streiten. Für chinakritische Beobachter haben diese Dokumente stark apologetische Züge und werden schnell als Rechtfertigungspropaganda eines autoritären Regimes abgetan. Vor allem die Auflistung ziviler und politischer Freiheiten erscheinen in einem Land, in dem Oppositionsparteien verboten sind und die ideologische bzw. politische Suprematie der Kommunistischen Partei (KP) nicht angetastet werden darf, als hohle Phrasen. Auf chinesischer Seite will man hingegen den exklusiven Herrschaftsanspruch der KP keineswegs verschleiern. Vielmehr sollen die Weißbücher den Anspruch des Westens auf eine normative Überlegenheit in der Menschenrechtsfrage konterkarieren. Der Schutz universaler Menschenrechte, so die chinesische Botschaft, hängt nicht von der Art des politischen Systems ab, sondern von bestimmten wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie auch im „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ geschaffen werden können. Insofern führt China keinen Rechtfertigungsdiskurs, sondern sieht sich an vorderster Front beim Kampf um die Verwirklichung der Idee universaler Menschenrechte. Diese Haltung entspricht dem chinesischen Selbstbewusstsein, dessen Quelle der ökonomische und politische Aufstieg des Landes seit dem Ende der maoistischen Ära ist. Sie wird gestützt von einem internationalen Menschenrechtsregime, das aus rechtsformalen Gründen, aber auch angesichts der internationalen Kräfteverhältnisse nicht fordern kann, den Schutz der Menschenrechte an die Einführung einer liberalen Demokratie westlichen Musters zu binden. Immerhin kann aber gesagt werden, dass die chinesische

Regierung es sich offensichtlich weder leisten kann noch will, die internationale Debatte über die Menschenrechte zu ignorieren, Kooperation und Dialog zu verweigern und nicht auf eine Verbesserung des Menschenrechtsschutzes im eigenen Land hinzuwirken.

Perspektiven

Die Erfolge der chinesischen Regierung bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der von ihr regierten Bevölkerung können nicht bestritten werden. Der in diesem Land über die letzten dreißig Jahre erreichte Armutsabbau ist historisch ohne jedes Beispiel. Gerade weil die sozialen Disparitäten im Zuge des voranschreitenden Transformationsprozesses inzwischen wieder zunehmen und die Einkommensschere immer weiter auseinanderklafft, bleibt die Fokussierung Chinas auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte seiner Bürger richtig und wichtig. Fraglich ist allerdings, ob dies in Zusammenhang mit den Anstrengungen des chinesischen Staates zur Reformierung des Rechtssystems zu einer nachhaltigen Verbesserung der Bürgerrechte führen wird. Der exklusive Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei verlangt von der chinesischen Führung, kompromisslos gegen jene vorzugehen, die nach einem anderen politischen System verlangen – oder die solcher Ziele verdächtigt werden. Auch wird der Staat weiter jene zivilgesellschaftlichen Kräfte an die kurze Leine nehmen, die das gegenwärtige System auf „schleichende“ Weise verändern könnten, indem sie sich immer mehr Freiräume für ein autonomes Handeln erobern. Auch das Ziel, ein Rechtssystem zu schaffen, dem sich auch die

Kaderbürokratie unterwerfen muss, stößt dort an eine Grenze, wo das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gefährdet wird. Auch kann die richterliche Unabhängigkeit nicht absolut sein, wenn sie einem letzten, absoluten Herrschaftsanspruch unterworfen bleibt. Insofern stößt die Verwirklichung der Bürgerrechte in China auf eine derzeit noch unverrückbare systemische Grenze: Das Universalitätspostulat kann nicht dazu führen, dass sich das Regime dem *demos* übereignet und damit seinen historischen Abgesang einleitet.

Bevor dieser Punkt einmal erreicht werden könnte, besteht jedoch noch viel Spielraum für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in China. Die systemimmanenten Reformen zur stärkeren Bürgerbeteiligung an politischen und administrativen Prozessen auf der lokalen Ebene; das Petitionswesen; der voranschreitende Ausbau des Rechtssystems in Verbindung mit einer – zumindest partiell beobachtbaren – konsequenteren Implementierung gesetzlicher Bestimmungen; die Entstehung eines Anwaltsstandes; die allmähliche Formierung einer chinesischen Zivilgesellschaft, unter anderem auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie der unabhängigen Rechtshilfe und -beratung; die Veränderungen auf dem Medienmarkt mit der Entstehung eines investigativen Journalismus und einer sich deutlicher artikulierenden öffentlichen Meinung; nicht zuletzt die explizite Verpflichtung der chinesischen Regierung auf eine sukzessive Umsetzung ihrer internationalen Menschenrechtsverpflichtungen – all dies dürfte auch innerhalb des bestehenden Systems langfristig zu qualitativen Fortschritten beim Schutz der zivilen und politischen Rechte in China beitragen.

Wie soll sich der Westen positionieren?

Umstritten ist, wie sich der Westen zu dieser Entwicklung stellen soll. Innerhalb der deutschen Bundesregierung galt es lange Zeit als geboten, auf eine Strategie des „Wandels durch Handel“ sowie des „stillen Dialogs“ zu setzen und von einer öffentlichen Menschenrechtskritik an China so weit wie möglich abzusehen. Von dieser Position ist die derzeitige Regierung unter Angela Merkel insofern abgerückt, als dass die Kanzlerin eine insgesamt stärker wertorientierte Außenpolitik vertritt als ihr Vorgänger Schröder und dies auch China spüren lässt. So empfing sie im September 2007 demonstrativ den Dalai Lama im Bundeskanzleramt und sorgte damit für starke Irritationen im

„Reich der Mitte“. Mehrfach hat Merkel betont, Menschenrechtsverletzungen beim Namen nennen und niemanden schonen zu wollen. Innerhalb des Kabinetts stößt sie mit dieser Haltung auf den entschlossenen Widerstand des Auswärtigen Amts unter Frank-Walter Steinmeier. Aber auch führende Wirtschaftsvertreter mahnen an, deutsche Interessen in China nicht durch eine nutzlose symbolische Politik zu gefährden. Darin kommt implizit die Meinung zum Ausdruck, dass die chinesische Menschenrechtsentwicklung tatsächlich ihr eigenes Tempo gehe und von außen lediglich durch eine Strategie der Einbindung in internationale Kooperationsstrukturen positiv begleitet und angestoßen werden könne. Diplomatischer Druck führt aus dieser Sicht lediglich zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu China, verringert dessen Bereitschaft zur Teilnahme an internationalen Menschenrechtsdialogen, leiste zudem einem anti-westlichen chinesischen Nationalismus Vorschub und werfe im schlimmsten Fall die positiven Entwicklungen beim innerstaatlichen Menschenrechtsschutz zurück.

An dieser Position ist die Botschaft richtig, dass Menschenrechtspolitik immer genau abwägen muss, wie groß ihre Reichweite ist und wo die Grenzen ihrer Wirksamkeit liegen. Im chinesischen Fall ist der externe Einfluss sicherlich dort am größten, wo man kritisch auf den von China selbst erhobenen Anspruch auf eine zivilisatorische Vorbildrolle und eine Mitgliedschaft Chinas in den Reihen der auch in moralischer Hinsicht „großen“ und anerkannten Nationen hinweisen kann. Denn der umfassende Schutz der Menschenrechte muss der entscheidende Maßstab für eine Bewertung der Legitimität solcher Ansprüche sein. Dies gebietet zunächst eine kritische Sicht auf die eigene Leistungsbilanz, aber sicherlich auch eine selbstbewusste Thematisierung von weltweiten Menschenrechtsverletzungen in öffentlichen Foren – auch in der Auseinandersetzung mit China.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Gunter Schubert ist Professor für Greater China Studies am Asien-Orient-Institut der Eberhard Karls Universität Tübingen. Forschungsgegenstand an diesem Lehrstuhl ist das moderne Chinesentum in seinen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen.

Das Petitionswesen in China – ein Instrument sozialer Gerechtigkeit?

Bettina Gransow

Das Instrument der Petition gab es schon im kaiserlichen China. Es trug zur Lösung von Konflikten auf lokaler Ebene bei, vermittelte dem Kaiser zugleich Informationen über lokale Verhältnisse und die dortige Beamtenschaft. 1949 besann sich die Regierung der Volksrepublik China erneut auf dieses alte Instrument, welches eine Ventilfunktion einnehmen, das Ansehen der Kommunistischen Partei verbessern und analog zur historischen Funktion im alten China Informationen über regionale Verhältnisse, soziale Probleme an der Basis und lokale Kader bereitstellen sollte. Seit den 1990er Jahren erlebt das Petitionswesen einen Aufschwung. Allerdings belegen Untersuchungen zur Lage des Petitionswesens einen Vertrauensschwund in die unteren Ebenen von Partei und Regierung und zeigen deutlich, dass die an Petitionen gebundenen Erwartungen, soziale Gerechtigkeit zu erfahren, aufgrund jahrelanger und komplexer Interaktionen zwischen Staat, Bürgerinnen und Bürgern oft erheblich gedämpft werden. Auch die revidierte Petitionsverordnung aus dem Jahre 2005 änderte wenig an dieser Situation. Bettina Gransow zeigt am Beispiel einer bäuerlichen Petitionsbewegung aus dem Gebiet des Dreischluchten-Staudamms, welche Eigen-dynamik eine solche, über viele Jahre andauernde Bewegung in der Praxis entfalten kann. Größere und im Hinblick auf ihre Zahl wachsende, durch qualifizierte Anführer organisierte Petitionsbewegungen lassen auf das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen auch in China schließen. Somit erfährt das Petitionswesen einen Bedeutungszuwachs, weil es nicht nur der Herrschaftsausübung von oben nach unten dienlich ist, sondern auch von Bewegungen an der Basis genutzt werden kann.

Einleitung: Das Instrument der Petition

Von 1992 bis 1994 reichte Bauer Chen Zhongshun aus dem Dorf Xulou in der chinesischen Provinz Henan immer wieder bei höheren Stellen Petitionen gegen die Dorfverwaltung ein, der er illegale Landnutzung, exzessive Abgabenerfordernisse und Angriffe auf Bau-

ern vorwarf. Im März 1995 wurden vier Kader aus Xulou für schuldig befunden, Chen Zhongshun im Sommer 1994 ermordet zu haben. Sie wurden zum Tode verurteilt und exekutiert. Als Reaktion auf diesen Zwischenfall gab die politische Führung in Peking Anweisung, dem Petitionswesen mehr Gewicht beizumessen (Lam 1999, S. 138). Damit wurde auf ein Instrument zurückgegriffen, das es bereits im kaiserlichen China gegeben hatte und das es den Bauern erlaubte, hunderte oder gar tausende von Kilometern in die Hauptstadt zu reisen, um dort Petitionen einzureichen und sich über lokale Herrscher zu beschweren. Die Rückbesinnung auf das System der Eingaben und seine Wiederentdeckung in den 1990er Jahren sollte zum einen als Ventilfunktion für die zunehmende Unzufriedenheit verschiedener Gruppen von Reformverlierern dienen und zugleich das Image der Kommunistischen Partei Chinas als einer Partei, die nationale Traditionen hochzuhalten weiß, aufpolieren. Petitionen können als Form der Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat angesehen werden. Es handelt sich um ein Instrument zur Bewältigung von Konflikten, insbesondere zwischen Bürgern und Verwaltung. Mehr noch: hinter den Petitionen steht häufig das Empfinden, ungerecht behandelt worden zu sein – mit der Petition wird daher nicht nur die Erwartung konkreter Problemlösung geäußert, sondern auch die Erwartung, soziale Gerechtigkeit zu erfahren. Seit den 1990er Jahren erlebte das Petitionswesen in China einen erheblichen Aufschwung und es kam zu einem regelrechten Petitionstourismus in Richtung Peking. Um diesen Ansturm besser bewältigen zu können, wurden im Frühjahr 2005 die rechtlichen Rahmenbedingungen der Petitionen reformiert. Diese Reform war begleitet von einer kontroversen Debatte um die Frage, ob das Petitionswesen weiter ausgebaut werden sollte, um die Vielzahl der Eingaben und Beschwerden effektiver abarbeiten zu können, oder ob es – gerade umgekehrt – eingeschränkt und in der Bedeutung herabgestuft werden sollte, um zu vermeiden, mit der Ausweitung des Petitionswesens einen Bypass zum regulären Rechtssystem zu legen und damit dessen Aus-

bau und Stärkung zu beeinträchtigen. Wie die Revision der Petitionsverordnung gezeigt hat, hat die chinesische Regierung es letztlich vorgezogen, das Petitionswesen zu stärken und auszubauen, es jedoch gleichzeitig zu präzisieren und kontrollierbarer zu machen. Vor dem Hintergrund dieser anhaltenden Debatte stellt sich die Frage, ob das Petitionswesen als ein Instrument zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit angesehen werden kann und weiter, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hierzu erfüllt sein müssten.

Das Petitionswesen im kaiserlichen China

Das aktuelle Petitionswesen in der Volksrepublik China ist eng verknüpft mit historischen Formen vor und nach der Gründung der Volksrepublik. Das Recht auf Beschwerden im kaiserlichen China war weniger ein spezielles Rechtsinstrument und eher ein Instrument der Regierungsführung, das mehrere Zielsetzungen in sich vereinte und vorrangig zur Sicherstellung einer effektiven Verwaltung im Herrschaftsgebiet des Kaisers dienen sollte. Die lokalen Beamten, die Aufgaben der Rechtssprechung vor Ort erledigten, waren keine professionellen Richter, sondern erfüllten diese Aufgabe neben anderen – wie insbesondere die der Überwachung lokaler Steuereinnahmen, der Regulierung von Arbeitsdiensten und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Es gab eine Reihe von Mechanismen, durch die betroffene Parteien ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Urteile auf lokaler Ebene bei höherer Stelle anfechten konnten. Sie wandten sich beispielsweise an kaiserliche Zensoren, die über die lokalen Bedingungen und das Verhalten der lokalen Regierungsbeamten nach oben berichteten. Ohnehin wurden Strafen, die über die Verhängung von Stockschlägen hinausgingen, routinemäßig überprüft. Die betroffenen Parteien konnten sich aber auch direkt an den kaiserlichen Thron wenden. In extremen Fällen konnten Beschwerdeführer versuchen, die Aufmerksamkeit des Kaisers selbst zu erregen, indem sie vor einer kaiserlichen Prozession oder vor den Toren des Palastes niederknieten. In jedem

Fall ging es darum, höhergestellte Beamte oder den Kaiser selbst dazu zu gewinnen, sich ihrer Sache anzunehmen. Hierzu wurden zumeist Memoranden verfasst, die die Probleme beschrieben und Vorschläge zur Lösung machten. Für die Zensoren, die mit solchen Fällen befasst waren, ging es immer auch um die Korrektur oder Verbesserung der Regierungstätigkeit insgesamt und nicht (nur) um die Lösung eines individuellen Rechtsfalles. Zugleich waren die Beschwerden ein Informationskanal für den Kaiser, der Wissen über soziale Probleme im Volke lieferte und als ein Mittel zur Überwachung von Entscheidungen lokaler Beamter diente. Bei inkorrekten Urteilen drohten diesen selbst Bestrafungen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um beabsichtigte oder nicht beabsichtigte Fehlurteile handelte. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Beschwerdewesen den Kaiser bei seinen Regierungsgeschäften unterstützte, indem es eine zusätzliche Informationsquelle bildete, zur Lösung individueller Fälle beitrug, Wissen über lokale Verhältnisse und das Verhalten von lokalen Beamten bereitstellte, und damit insgesamt zu einer verbesserten Regierungsführung beitrug.

Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich das Beschwerdewesen so ausgeweitet, dass es bereits „Beschwerde-Spezialisten für die Hauptstadt“ gab, die als Berater für Personen auftraten, die Petitionen in Peking einreichen wollten. Zwar gab es Beschränkungen insofern, als gewöhnliche zivile Angelegenheiten eigentlich nicht vorgebracht werden durften und auch dadurch, dass Beschwerden zunächst an die unteren Ebenen der Verwaltung zu richten waren, aber diese Einschränkungen wurden in der Praxis häufig nicht beachtet. Das Unvermögen der Zentralregierung, das Beschwerdewesen einzudämmen, führte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu dessen massiver Ausweitung und überstieg die Kapazitäten der kaiserlichen Institutionen bei weitem. Obgleich dies aus der Perspektive eines effektiven Rechtssystems wenig einleuchtet, wurde das Beschwerdewesen nicht beschränkt. Eine Einschränkung des Petitionssystems war deshalb so schwierig für die kaiserlichen Beamten, weil es seiner Natur nach ein Herrschaftsinstrument darstellte, das den Kaiser bei seiner persönlichen Herrschaft über das Reich unterstützen sollte und keine spezialisierte Rechtseinrichtung bildete. Hinzu kommt, dass die sozialpolitischen Konstellationen in China andere waren als in Europa, wo die Widersprüche zwischen zentraler und lokaler Herrschaft zur Herausbildung juristischer Institutionen führten. In China dagegen, wo es bereits eine gewis-

se Kontrolle der lokalen Ebenen durch die kaiserliche Bürokratie und das Prüfungssystem gab und wo weder unabhängiger Adel noch Bourgeoisie einen entsprechenden Druck ausübten, blieben Rechtsprechung und Verwaltung miteinander verwoben und es bildete sich keine unabhängige Justiz heraus (Minzner 2006, S. 111–114, 171).

Das chinesische Petitionswesen heute

Nach 1949 wurden in der chinesischen Volksrepublik Petitionsinstitutionen ins Leben gerufen, die an kommunistischen Praktiken anknüpften und der Verbindung zwischen der neuen Volksregierung und den Massen dienen sollten. 1950 bildete der Allgemeine Verwaltungsrat (Vorläufer des Staatsrats) eine Arbeitsgruppe zum Umgang mit Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger. 1951 ordnete der Allgemeine Verwaltungsrat an, dass alle Regierungen auf Kreisebene und darüber Büros für Briefe und Besuche der Massen einrichten sollten. Damit entstand die Grundlage für ein landesweites Petitionssystem. Dieses wurde in den folgenden Jahren auf die Provinzen und die Zentrale ausgeweitet, so dass Petitionsbüros auf verschiedenen Ebenen der Bürokratie und bei verschiedenen Institutionen von Partei und Regierung entstanden.

Im Chinesischen sind gegenwärtig zwei Begriffe üblich zur Beschreibung des Petitionswesens: *shangfang* und *xinfang*. *Shangfang* heißt „sich an eine höhere Ebene wenden, höheren Orts vorstellig werden“ oder auch „an eine höhere Instanz appellieren“. In den chinesischen Medien wird *shangfang* als übergreifender Ausdruck für das Petitionswesen verwendet. Der Begriff umfasst sowohl formelle wie auch informelle Aspekte des Petitionswesens und trägt historische Konnotationen, die auf eine entsprechende Praxis im kaiserlichen China verweisen. Der Ausdruck *xinfang*, der soviel bedeutet wie „Briefe und Besuche“, verweist auf die eigens eingerichteten Annahmestellen von Partei und Regierung, die Petitionschriften entgegennehmen und Bittsteller empfangen. Der Begriff bezieht sich auf die Institution und Praxis dieser Büros seit Gründung der Volksrepublik China.

Petitionsbüros bei Partei-, Regierungs- und Justizbehörden

Aufgabe der Petitionsbüros soll es sein, die individuellen Rechte der Beschwerdeführer zu schützen und sich ihrer im Falle der Verletzung ihrer Bürgerrechte

anzunehmen. Gleichzeitig sollen sie die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. In der Realität dienen die Petitionsbüros eher dazu, die Aufmerksamkeit der politischen Führung auf ausgewählte Fälle zu lenken, die möglicherweise Massenaktionen¹ nach sich ziehen könnten und eine soziale Destabilisierung befürchten lassen. Heutzutage gibt es Petitionsbüros in allen Partei- und Regierungs- und Justizeinrichtungen². Die Petitionsbüros haben für die kommunistische Führung in Peking – ebenso wie zuvor für den Kaiser – die Funktion eines Instrumentes der Informationsgewinnung über die lokalen Verhältnisse und über mögliches Fehlverhalten lokaler Kader. In den zahllosen politischen Kampagnen der Mao-Zeit waren die Petitionsbüros ein Mittel, um Beschwerden und Tipps aus der Bevölkerung über politisch suspektive Aktivitäten und Personen zu erhalten. Beschwerden aus der Bevölkerung können aber auch auf illegales Verhalten von Beamten hinweisen. Statistiken über die Anzahl, die Gründe und die regionale Herkunft von Petitionen sind insbesondere für Beamte in höheren Positionen von Interesse, da sie Hinweise auf inhaltliche und regionale Schwerpunkte von Problemen geben. Das Interesse lokaler Beamter besteht dagegen eher darin, Eingaben und Beschwerden bei höheren Stellen zu vermeiden, da dies möglicherweise unliebsame Konsequenzen für sie nach sich ziehen kann. Gerade hier liegt eine der großen Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Petitionssystems in China: Je besser das System seine Funktion erfüllt, die zentrale politische Führung über Fehlverhalten lokaler Kader zu informieren, um so größer werden die Anreize für letztere, mit allen Mitteln zu verhindern, dass Petenten mit ihren Beschwerden an höchste Stelle vorstellig werden können. Da es zur Zeit noch möglich ist, auf dem Wege polizeilicher Verwaltungsmaßnahmen Strafen in Form von „Umerziehung durch Arbeit“ zu verhängen, ohne dass der oder die Betroffene vor der Verhaftung das Recht auf Verteidigung hätte, fangen lokale Polizeikräfte Bittsteller vor den Petitionsbüros zentraler Regierungsstellen ab und versuchen, diese nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ mit Geld und Versprechungen oder auch gewaltsam, von ihrem Vorhaben abzubringen (vgl. Yu 2008). Ein Gesetzentwurf zur Beendigung dieser jahrzehntelangen Praxis wurde 2007 vorgelegt (IWu 2007).

Petitionsreisen von Bauern nach Peking

An der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften wurde von Mai bis Oktober 2004 eine Untersuchung zur Lage des Petitionswesens durchgeführt. Hierzu gehörten unter anderem die Auswertung von mehr als 20.000 Petitionsschreiben und die Befragung von Bauern, die eigens nach Peking gekommen waren, um hier an höchster Stelle ihre Beschwerden vorzutragen. Wie Tabelle 1 zeigt, lässt die zunehmende Konzentration von Petitionen an höchster Stelle einen Vertrauensschwund in die unteren Ebenen von Partei und Regierung vermuten. Da es an einem einheitlichen System der verschiedenen Petitionsinstitutionen mangelte, wurden die Petenten hin und her geschoben. Die in Peking befragten Bauern hatten im Schnitt sechs Institutionen und mehr besucht, einige sogar bis zu 18. Darunter insbesondere das Staatliche Petitionsbüro, das Petitionsbüro des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, des Obersten Gerichtshofes, des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit etc. Bei denjenigen Bauern, die zum ersten Mal nach Peking kamen, um eine Petition einzureichen, war die Erwartungshaltung sehr hoch und überwiegend wurde die Annahme geteilt (94,6 Prozent der Neuankömmlinge), dass sie mit ihrem Anliegen bei offenen Armen empfangen würden. Nachdem sie aber schon eine Woche lang in Peking bei verschiedenen Petitionsbüros vorstellig geworden waren, hatte sich das Bild erheblich gewan-

delt: mehr als die Hälfte der Neuankömmlinge³ war nun der Meinung, die Zentrale fürchte die Bauern, die Petitionen einreichen (58,9 Prozent) und sie könne Vergeltung üben und die Bauern schlagen (44,7 Prozent). Die Zahl derjenigen, die glaubten, mit offenen Armen empfangen zu werden, war nach einer Woche Pekingaufenthalt auf 39,3 Prozent gesunken (Yu 2004, S. 214). Die Hauptgründe für die Beschwerden werden aus Tabelle 2 ersichtlich. Neben Korruption und überhöhten Abgaben wurden insbesondere Probleme, die mit der Beschlagnahme von Boden und Umsiedlungen im weiteren Sinne zusammenhängen, zu einem wichtigen Gegenstand von Beschwerden. Die Tabelle zeigt zugleich, dass das Beschwerdewesen selbst und die teilweise menschenunwürdige Behandlung von Beschwerdeführern nun ihrerseits wieder zur Ursache neuer Beschwerden werden. Gefragt, was sie tun wollten, falls sie mit dem Ergebnis der Petition nicht zufrieden wären, antworteten 91,2 Prozent der Befragten, dass sie fortfahren wollten, Eingaben zu machen. 68,2 Prozent stimmten zu, eine Organisation gründen zu wollen, um die legalen Rechte der Bauern zu schützen, 53,6 Prozent wollten etwas unternehmen, um die Kader des Fürchten zu lehren (Yu 2004, S. 217). Vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Studie sprach sich ihr Leiter Yu Jianrong für eine Abschwächung der Rolle des Petitionswesens aus. Nur so könne der Druck, der durch die Vielzahl der Petitionen auf den Lokalregierungen lastet, verringert werden, und da-

mit auch der Druck vermindert werden, der hierdurch an die Zentralregierung weitergegeben werde. Gleichzeitig würde ein Herunterspielen der Bedeutung der Petitionen auch die (übertriebenen) Erwartungshaltung an die praktischen Problemlösungskapazitäten des Petitionswesens dämpfen und damit zu einem Rückgang des auf Peking ausgerichteten „Petitionstourismus“ führen. Eine Reform mit dem Ziel der Stärkung des Petitionssystems wäre demgegenüber nicht in der Lage, die anschwellende Petitionsflut einzudämmen und die hierdurch aufgeworfenen Probleme zu lösen. Umgekehrt sieht Yu ein gestärktes Petitionswesen letztlich als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung an. Nur eine Stärkung der Justizorgane, ihrer Fähigkeiten und ihrer Verantwortlichkeiten, sich der Fälle der Bürger anzunehmen und diese zu behandeln, könnte diejenigen Stellen entlasten, die gegenwärtig mit den Petitionen befasst und damit überlastet seien. Eine solche Lösung von Problemen durch die offiziellen Kanäle der Justiz wäre auch geeignet, die Autorität der Justiz insgesamt zu stärken und langfristig die Bedeutung des Petitionswesens zu vermindern. Hierzu könnten weiterhin die Eingabestellen bei den verschiedenen Ebenen der Volkskongresse konzentriert werden, statt wie gegenwärtig in den verschiedensten Institutionen von Partei und Regierung eigene Annahmestellen für Petitionen zu unterhalten. In der Debatte um die Reform des Petitionsrechtes konnte sich Yus Position eines Abbaus des Petitionswesens jedoch nicht durchsetzen, und im Mai 2005 trat eine

Tabelle 1: Wie hoch ist auf dem Dorf das Prestige der folgenden Regierungsebenen? (Angaben in Prozent)

	sehr hoch	hoch	durchschnittlich	ziemlich gering	sehr gering	schwer zu sagen	keine Antwort
Zentralkomitee und Staatsrat	37,6	11,9	22,6	6,8	8,2	8,5	4,4
Partei und Regierung auf Provinzebene	1,8	22,8	15,6	12,8	33,9	7,6	5,5
Partei und Regierung auf Stadtebene	0,4	4,1	17,5	12,2	53,2	8,1	4,5
Partei und Regierung auf Kreisebene	1,4	0,3	3,3	13,6	66,5	9,3	5,6
Partei und Regierung auf Gemeindeebene	0	0,7	2,1	3,8	76,1	12,1	5,2

Quelle: Yu 2004, S. 213; n = 632.

Tabelle 2: Welches Problem spiegelt sich in Ihrer Petition? (Angaben in Prozent)

Problem	stimme zu	stimme nicht zu	keine Antwort
Korruption	84,5	11,1	4,4
Prügel und Inhaftierung von Anführern bäuerlicher Petitionen	56,2	37,5	6,3
Ungerechtfertigte Abgaben, die die Lasten der Bauern erhöhen	71,5	22,7	5,8
Gemeinde- und Kleinstadtregierungen, die Druckmittel benutzen, um Steuern zu erheben und Geldmittel zu beschaffen	69,6	25,8	4,6
Probleme durch Beschlagnahme von Boden	73,2	24,5	2,3

Quelle: Yu 2004, S. 215.

revidierte Petitionsverordnung in Kraft, die gerade umgekehrt für eine Position der Stärkung des Petitionswesens stand (Nanfang zhoumo 18.11.2004).

Die Petitionsverordnung von 2005: Konfliktmanagement zwischen Staat, Bürgerinnen und Bürgern

Die Revision der Petitionsverordnung sollte dazu dienen, das Petitionswesen effektiver zu machen. Darunter wurde eine verstärkte Klarheit und Abgrenzung der Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse verstanden, eine verstärkte Informationspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Petitionen einreichen, und ein größerer Entscheidungsspielraum auf der lokalen Ebene, um eine überproportionale Konzentration von Eingaben an zentrale Stellen zu vermeiden bzw. abzubauen. Ein Mehr an Flexibilität auf lokaler Ebene sollte zur Effektivität bei der Lösung von Konflikten beitragen. Die revidierte Petitionsordnung zielt auf ein breites Aufgabenspektrum ab. Petitionen können Informationen über eine bestimmte Situation bereitstellen, sie können Vorschläge unterbreiten, Meinungen vortragen, Beschwerden führen oder Handlungen einklagen, die von Verwaltungsorganen ausgeführt werden müssten, und sie können schließlich die Umsetzung von Entscheidungen der Verwaltung ablehnen.

Zu den konkreten Aufgaben der Petitionsbüros gehört

- die Annahme und Weitergabe der Petitionen an die zuständige Verwaltung oder Behörde;
- der Umgang mit Petitionen, die ausdrücklich an höhere Ebenen gerichtet sind;
- Verhandlungen bei „wichtigen“ Petitionen;
- die Untersuchung der Lösung von Problemen (durch andere Einheiten);
- die Untersuchung von Petitionstrends und die Erstellung von Statistiken hierzu;
- Politikberatung zur Verbesserung der Regierungstätigkeit;
- die Anleitung der Petitionsbearbeitung auf unteren Verwaltungsebenen (Artikel 16, 21.3; Xinfang 2006).

Petitionen sollen in aller Regel bei den unteren Verwaltungsebenen eingereicht werden. Die Forderung nach einem regulären Berichtssystem an höhere Verwaltungsstellen stärkt die Funktion der Informationssammlung.

Zusammenfassend stellt sich das gegenwärtige Petitionssystem als ein Instrument der Regierungsführung dar, das mehrere Zwecke erfüllen soll. Ziele und Inhalte weisen Überschneidungen mit den formalen Rechtsinstitutionen

auf. Zwar wurden mit der Revision der Verordnung einige von deren Normen übernommen, z.B. die Begrenzung der Verfahrensdauer, die Festlegung von Zuständigkeiten und die Verpflichtung zur schriftlichen Benachrichtigung der Beschwerdeführer, jedoch sind die Rechtselemente im Petitionswesen eher als Bestandteile eines umfassenderen Instruments der Regierungsführung anzusehen.

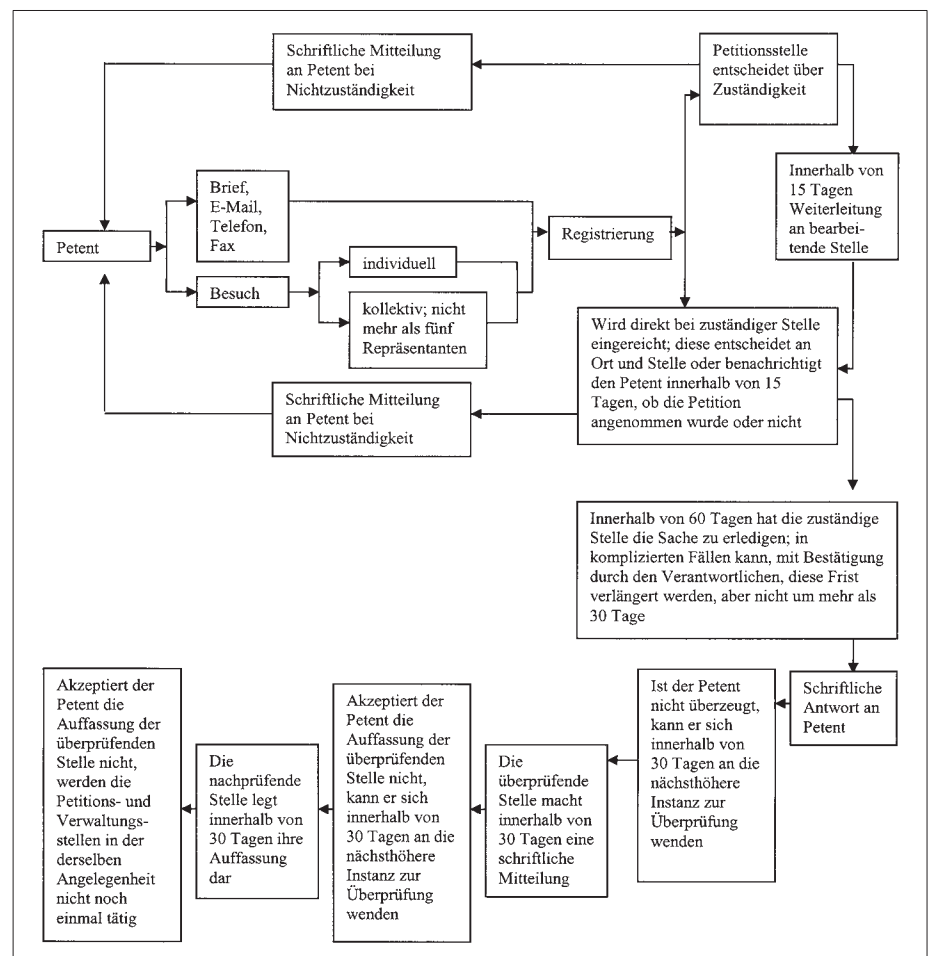
Anreize zur Ausweitung von Petitionsaktivitäten

Im Unterschied zu der verbreiteten Annahme, dass es sich bei den Petitionen um unkoordinierte Aktionen schlecht informierter Personen handelt, die einfach die Regeln des formalen Rechts nicht verstehen, ist das Petitionswesen das Ergebnis komplexer Interaktionen zwischen Staat und Gesellschaft mit einem eigenen Satz von Spielregeln. Diese Regeln haben nur zum Teil mit der oben beschriebenen Verordnung zu tun und sind geprägt von Regeln interner Parteidisziplin, die ausschlaggebend sind für den Umgang der Beamten mit den Petitionen der Bürger.⁴

DAS PETITIONSWESEN IN CHINA – EIN INSTRUMENT SOZIALER GERECHTIGKEIT?

Nach einem System von Disziplinarmaßnahmen können Beamte, in deren Verwaltungsbezirk es zu Massenpetitionen kommt, hierfür zur Verantwortung gezogen werden, bis hin zur Suspendierung. Dieses Verantwortungssystem entspricht im Grunde konfuzianischen Prinzipien, denen zufolge die Aufrechterhaltung oder der Mangel an sozialer Ordnung abhängig ist von den mehr oder minder ausgeprägten moralischen Qualitäten ihrer Führer. Im positiven Fall kann dies dazu führen, dass Beamte vor Ort lokale Unstimmigkeiten auf legalem Wege beseitigen, im negativen Falle kann dies zur aktiven, ja sogar gewaltsamen Unterdrückung von abweichenden Meinungen führen, bis hin zur Unterbindung von Petitionsanstrengungen. Durch dieses Verwaltungssystem werden Anreize geschaffen, die im Prinzip größere und besser organisierte Petitionsbewegungen, die sich an höhere Instanzen oder an die Zentrale in Peking direkt wen-

Flussdiagramm: Petitionen der Bürgerinnen und Bürger



Quelle: Xinfang 2006, S. 29.

den, belohnen. Dies steht scheinbar im Gegensatz zum Inhalt der revidierten Petitionsordnung, die ja gerade darauf abzielt, die Anzahl der Repräsentanten einer Petitionsbewegung klein zu halten. Da sich aber die Höhe der Disziplinarstrafen für lokale Beamte nach der Zahl der Petenten und der Ebene, bei der die Petition eingereicht wurde, richtet, werden Anreize geschaffen, die Petitionsaktivitäten auszuweiten, um damit über ein wirksameres Druckmittel zu verfügen. Bei Massenpetitionen kann durch eine erhöhte Anzahl an Petitionsunterstützern oder durch eine Eingabe bei höherer Stelle mehr Druck auf die Lokalregierung erzeugt werden. Eine wachsende Tendenz zu immer größeren und immer besser organisierten Petitionen ist daher möglicherweise auf die Anreize zurückzuführen, die sich aus dem Petitionssystem für die lokalen Beamten ergeben. Dies würde eine Ausweitung von Petitionsaktivitäten erwarten lassen. Verfügbare Daten bestätigen dies für den Zeitraum zwischen 1995 und 2000. Hier hat sich die Anzahl der Petitionen, die auf Ebenen oberhalb des Kreises eingereicht wurden, mehr als verdoppelt. Im Schnitt werden jährlich 11,5 Millionen Petitionen in China eingereicht. Allein beim Petitionsbüro des Nationalen Volkskongresses gehen jährlich 100.000 Briefe ein; beim Obersten Gerichtshof wurden 2001 152.557 Briefe bearbeitet (Xie 2006, S. 169; Minzner 2006, S. 160; vgl. Schuchter 2006, S. 49ff.). Seit der Reform der Petitionsverordnung 2005 ist die Zahl der Petitionen zurückgegangen, allerdings kann dies durchaus mit der oben erwähnten Praxis des „Abfangens“ von Petenten durch lokale Beamte zusammenhängen.

Kollektive Petitionen und ihre Anführer

Kollektive oder Massenpetitionen können eine Reihe von Ursachen haben, auf dem Lande z.B. überhöhte Steuern, Misshandlung durch Dorfkader oder die Beschlagnahme von Land. In den Städten waren es in den letzten Jahren vor allem Wohnungseigentümer, also Vertreter der neuen Mittelschichten, die sich mit dem Mittel der Petitionen gegen die Beschlagnahme von Boden, gegen Umsiedlungen und unzureichende Entschädigungszahlungen zur Wehr setzten (Cai 2007, S. 182ff.). Mit der durch die revidierte Petitionsverordnung eröffneten Möglichkeit, per E-Mail eine Beschwerde einzureichen, sind neue Möglichkeiten für Massenpetitionen eröffnet worden. Durch das Internet können heutzutage große Zahlen von Petitionsunterstützern

gewonnen werden. So ist insbesondere bei kollektiven Umweltpetitionen das Internet schon erfolgreich genutzt worden (Yang 2005, S. 64). Eine besondere Rolle bei kollektiven Petitionen spielen ihre Anführer. Sie müssen eine Reihe von Qualifikationen mitbringen, z.B. politisch manövrieren können und den Zusammenhalt der Petitionsbewegung gewährleisten. Nicht alle Anführer agieren friedvoll und stützen sich auf Gesetze und Regeln. Einige benutzen Gewalt und Einschüchterung, bestechen Familien, damit sie mitmachen, oder führen die Bauern, besonders solche, die nicht lesen und schreiben können, über die Zielsetzung der Petition hinters Licht.

Anführer kollektiver Proteste erfüllen im Wesentlichen vier Funktionen: Erstens bündeln sie die individuellen Beschwerden der Betroffenen zu kollektiven Ansprüchen. Die Anführer sind in der Lage, die Kritik der Bauern lokalen Verletzungen allgemeiner Gesetze und Regelungen zuzuordnen und damit eine wichtige Voraussetzung zu schaffen, um das Interesse der Zentralregierung auf das Fehlverhalten lokaler Kader zu richten. Zweitens können sie Aktivisten rekrutieren und die Öffentlichkeit mobilisieren. Hierzu ist die Verankerung in ausgedehnten sozialen Netzwerken eine günstige Bedingung. Drittens spielen die Anführer eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Koordinierung kollektiver Aktionen. Hier ist insbesondere Kreativität gefragt bei der Anwendung von Taktiken, die rechtlich nicht anfechtbar sind und die für die lokalen Kader nicht sofort durchschaubar sind.⁵ Viertens schließlich sind die Anführer dafür verantwortlich, sich über mehrere Orte und einen längeren Zeitraum hinweg zu organisieren. Dies kann die Gründung von formellen Organisationen mit Namen wie „Gesellschaft zur Reduzierung der Lasten“ oder „Anti-Korruptions-Gruppe“ bedeuten oder auch nur die Etablierung informeller Netzwerke (Li/O'Brien 2008, S. 5ff.).

Charakteristisch für solche Petitionsbewegungen ist häufig das Fehlen eines klaren Ausgangs. Teilweise dauern Beschwerden viele Jahre, sogar Jahrzehnte. Gruppen von Petitionsunterstützern bündeln ihre Ressourcen, um ihren Repräsentanten den Besuch in der Kreis- oder Provinzstadt zu ermöglichen. Auch können sich die Gründe für eine Beschwerde über die Jahre hinweg ändern: Was als eine Beschwerde über Korruption von lokalen Kadern begann, kann in neuen Ärger umschlagen, wenn dieselben Kader z.B. als Kandidaten für die Dorfwahlen aufgestellt werden, oder in Proteste, wenn die Anführer einer Massenpetition in Haft genommen werden.

Beispiel einer bäuerlichen Petitionsbewegung

Vor 1979 gab es nur selten kollektive Eingaben. Aber mit der neuen politischen Landschaft, die nach Auflösung des Systems der Volkskommunen entstand, erhielten auch die Bauern und die lokalen Regierungen mehr Spielräume, um ihre jeweiligen Interessen zu verfolgen. Beispielsweise begannen Bauern, die Jahre zuvor an weit entfernte Orte umgesiedelt worden waren, Petitionskampagnen mit dem Ziel, in ihre ursprünglichen Heimatgegenden zurückkehren zu dürfen.

An einem Beispiel aus dem Gebiet des Drei-Schluchten-Staudammes am Jangtse hat der Sozialwissenschaftler Ying Xing verdeutlicht, welche Eigendynamik eine solche über viele Jahre andauernde Petitionsbewegung entfalten kann. Nach dem Bau eines ersten Wasserkraftwerkes kam es hier bereits Mitte der 1970er Jahre zu Konflikten, weil als Folge des Baus Ackerland weggeschwemmt wurde und die Bauern hierfür keine adäquate Entschädigung erhielten. Vertreter der betroffenen Produktionsgruppen beschwerten sich vergeblich bei der Leitung des Wasserkraftwerkes, der Kommunenleitung, dem Kreis und der Präfektur. Die Präfektur hatte den Dammbau seinerzeit zwar veranlasst, die Verantwortung für die Bodenbeschlagnahme und die Umsiedlungen aber an die unteren Regierungsebenen abgegeben, denen es jedoch an den hierzu nötigen Ressourcen mangelte.

Ohne die betroffenen Bauern hiervon in Kenntnis zu setzen, geschweige denn, sie in die Verhandlungen mit einzubeziehen, kam es 1977 zu einem Deal zwischen Kommune und Präfektur, wonach 150 Haushalte mit einer Summe von 300.000 Yuan entschädigt werden sollten. Die Kommune erhielt das Geld, investierte dieses jedoch nicht wie verabredet nur zu einem Drittel in den Bau einer Kalkfabrik, sondern verwendete die gesamte Summe hierfür.⁶

Im Sommer 1979 verschlimmerte sich die Bodensituation durch eine Flutkatastrophe noch weiter und die Bauern wandten sich an den Parteisekretär, der sie an das Wasserkraftwerk verwies. In ihrer Not nahmen die Bauern dies wörtlich, marschierten in großer Zahl zum Wasserkraftwerk, besetzten die Kantine und erklärten: „Solange unser Problem nicht gelöst ist, werden wir von jetzt an jeden Tag zum Essen herkommen!“ Durch diese Aktion machten die Bauern die Erfahrung, dass sie Aufmerksamkeit erregen mussten, um überhaupt gehört zu werden. Von da an mehrten sich ihre Aktionen. Allerdings handelte es sich dabei um eine Gratwanderung: Denn nicht immer konnten solche Aktionen unter Kontrolle gehalten werden. Kam

es aber zu Störungen im Kraftwerksbetrieb oder wurde Kommuneneigentum beschädigt, dann setzte die Lokalregierung die Staatsmaschinerie in Gang, um die Unruhen niederzuschlagen und die „Rädelsführer“ zu verhaften.

Mitte der 1980er Jahre war die Gruppe auf mehr als 1.000 Bauern angewachsen und mit einer Verzögerung von rund acht Jahren war die Kreisregierung nun endlich bereit, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Diese verfasste einen Bericht mit Empfehlungen zur Umverteilung der Entschädigungsgelder. Unzufrieden mit den Ergebnissen des Berichtes spaltete sich die Gruppe in zwei Richtungen: eine pragmatische Richtung, der es um eine möglichst rasche Auszahlung der Entschädigungsgelder ging, und eine Richtung unter der Leitung von Lehrer Xu, die aus eher prinzipiellen Erwägungen das Problem der Korruption und des Fehlverhaltens der lokalen Kader betonte. Die Sache schaukelte sich in der Folgezeit weiter hoch, als das Wasserkraftwerk zusätzliches Land für den Bau von Wohnheimen in Anspruch nehmen wollte. Die Verantwortung hierfür wurde zwischen Kraftwerk und Lokalregierung hin und her geschoben. Das Kraftwerk drohte mit der Unterbrechung der Stromversorgung, die Lokalregierung drohte daraufhin mit der Verweigerung des Zugangs zu Krankenhäusern und Schulen für die Beschäftigten des Kraftwerks. Das Kraftwerk schaltete die Präfekturregierung ein, für die es eine wichtige Einnahmequelle bildete.

1984 ging bei starken Regenfällen weiteres Land verloren und erneut zogen die Bauern zum Kraftwerk. Als Vermittler zwischen dem Kraftwerk und den Bauern trat nun Schneider Wang auf den Plan. Unter seiner Leitung machte sich im Herbst 1984 erstmals eine Gruppe von Bauern auf, um in Peking ihre Sache vorzubringen. Ihre Beschwerden hatte der Vater von Schneider Wang, der sich auf Kalligraphie verstand, auf ein weißes Stück Stoff geschrieben – ganz groß das Zeichen für Ungerechtigkeit (yuan) und in etwa 100 Zeichen die wichtigsten Beschwerden (Ying 2001, S. 123). Die beteiligten Dörfer fügten ihre Stempel hinzu. Allerdings flog die Sache schon vorher auf, da es unter den Bauern unterschiedliche Ziele gab und sie auch über unterschiedliche Beziehungen zu den Beamten der Lokalregierung verfügten. Bereits am Bahnhof wurde Schneider Wang verhaftet. Als man – zwei Wochen später – in Wangs Heimatdorf davon erfuhr, schickte sein Bruder ein Telegramm an die Polizeistation des Pekingener Bahnhofs und ermutigte Wang, die Sache unbedingt zu Ende zu bringen. Das Telegramm wurde allerdings wegen des aufrührerischen

Inhalts von der lokalen Poststation niemals weiter befördert. In den folgenden Jahren fuhren Schneider Wang und andere Vertreter der Bauern noch mehrere Male nach Peking, zufällig auch am 15. April 1989, dem ersten Todestag von Hu Yaobang, des reformorientierten Politikers, zu dessen Gedenken die Pekinger Studenten Demonstrationen am Tiananmen-Platz veranstalteten. Obgleich die Bauern von Shanyang nichts davon wussten, bekam die Sache allein wegen des Datums einen politischen Anstrich und die Lokalregierung schaltete erst recht auf „stur“.

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, dass es sich in der Praxis der Petitionen zum Teil um Jahre und Jahrzehnte dauernde Geschichten handelt, die eine ganz eigene Dynamik entfalten. Insbesondere bei kollektiven Petitionen bilden sich Fronten zwischen den Petenten auf der einen Seite und den Lokalregierungen und/oder anderen lokalen Institutionen auf der anderen Seite heraus. Es entstehen komplexe Handlungszusammenhänge, die nicht mehr auf den ursprünglichen Grund der Beschwerde beschränkt bleiben, sondern sich zu multiplen Beschwerdegründen ausweiten können, z.B. weil die Anführer inhaftiert werden und dies nun selbst wieder zum Gegenstand einer Petition wird. Beide Parteien machen im Laufe der Jahre Lernprozesse durch und entwickeln spezifische Handlungsstrategien im Umgang miteinander.

Schlussbetrachtung: Perspektiven des Petitionswesens

Wie gezeigt wurde, erfüllt das Petitionswesen in China mehrere Funktionen gleichzeitig, nämlich als

- ein Instrument der Informationsgewinnung über soziale Probleme an der Basis für die politische Führung;
- ein Instrument der Kontrolle der Verwaltungstätigkeit (oder auch der Bevölkerung selbst);
- ein Instrument der politischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Staat;
- ein Instrument zur praktischen Lösung von Konflikten;
- ein spezielles Rechtsinstrument;
- ein Instrument von symbolischer Bedeutung zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund dieses komplexen Charakters des Petitionswesens würde seine radikale Abschaffung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum als ein Signal im Sinne der Stärkung des Rechtssystems aufgefasst, sondern vielmehr als eine Beschneidung zustehender Rechte verstanden werden. Auch wenn die praktische Problemlösungsquote nur

verschwindend gering ist, so implizieren Petitionen doch zumindest die Möglichkeit, dass der Willkür von Verwaltungshandeln Einhalt geboten und soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Neben den praktischen Problemlösungskapazitäten des Petitionswesens spielt hier vor allem seine symbolische Bedeutung eine Rolle, die Vorstellung, dass auch in scheinbar hoffnungsloser Situation noch ein Ausweg möglich ist und die Option, dass man sich hierzu direkt an eine höhere oder sogar höchste Stelle wenden kann. Hinzu kommt das Selbstverständnis des Petitionswesens als eines Partizipationsinstrumentes in Form einer direkten politischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Staat⁷ (wie es auch in der ehemaligen DDR existierte). Diese Sichtweise ist allein schon deshalb problematisch, weil sich die politische Elite in China in der Regel aus anderen Quellen informiert und die Informationen, die in den Petitionen mitgeteilt werden, eher selektiv wahrgenommen werden. Man könnte höchstens von einer indirekten Form der Partizipation sprechen insofern als die Petitionen unter bestimmten Bedingungen politische Handlungen auslösen können. Hier hängt jedoch sehr viel vom politischen und gesellschaftlichen Umfeld des Petitionsgeschehens ab.

Andererseits sind die mit der Praxis der Petitionen verbundenen Probleme zahlreich und es besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen verschiedenen Anreizsystemen, nämlich zum einen Anreize, die für die Petenten darin bestehen, möglichst kollektive Eingaben mit vielen Unterstützern vorzulegen und dies gegebenenfalls auch medienwirksam zu vertreten, und zum anderen Anreize für die lokalen Verwaltungen, Petitionen möglichst zu verhindern, weil ihre eigene Beurteilung durch höhere Verwaltungsstellen und damit ihre persönliche Karriere von einer möglichst geringen Zahl an Petitionen abhängt. Das politische Modell, das in der revidierten Petitionsverordnung von 2005 aufscheint, unterscheidet sich deutlich von liberalen Demokratie-Modellen. Anstatt den gleichen Schutz individueller Rechte zu betonen, zielt die Verordnung eher auf einen reibungslosen Informationsfluss zwischen Bürgern und Beamten ab, die bei der Verbesserung der Regierungsführung miteinander kooperieren. Auf einer praktischen Ebene dient die Petitionsverordnung den Informations- und Herrschaftsbedürfnissen einer autoritären Regierung, für

die soziale Stabilität höchstes Ziel ist. Gleichzeitig stellt sie Regeln für das Konfliktmanagement zwischen dem Staat und seinen Bürgern auf. Die wachsende Zahl kollektiver Petitionen (mit einer Vielzahl von Unterstützern) kann als Charakteristikum des chinesischen Petitionswesens bezeichnet werden und in diesem Sinne kann man durchaus von einer Petitionsbewegung sprechen. Auch wenn durch die Petitionsverordnung von 2005 die Zahl der Repräsentanten, die bei einem Eingabebüro vorstellig werden darf, auf fünf Personen beschränkt wurde, so sind doch mit dem Internet, mit E-Mail und Mobiltelefonen (einschließlich SMS) ganz neue kommunikationstechnische Möglichkeiten entstanden, um das Instrument der Petitionen zur Durchsetzung von Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Stadt und Land und zur Herstellung von Öffentlichkeit zu nutzen. Hier kommt den chinesischen Massenmedien (auch wenn es sich nicht um eine freie Presse im westlichen Sinne handelt) eine besondere Bedeutung zu. Durch Medienberichte wird gesellschaftliche Aufmerksamkeit allgemein und die Aufmerksamkeit der politischen Elite im Besonderen erregt – dies zieht weitere Medienberichte nach sich und die Anliegen kollektiver Petitionen werden auf diesem Wege nicht selten zu öffentlichen Themen. Damit sind die Voraussetzungen und auch ein öffentlicher Druck zu politischem Handeln geschaffen. Dies kann bis zu einem politischen Richtungswechsel führen (vgl. Xie 2006).

Vor dem Hintergrund zahlreicher neuer Gesetze, die die Rechte der chinesischen Bürger stärken, einer vielfältiger und organisierter werdenden Zivilgesellschaft sowie einer Presse, die trotz aller Beschränkungen zunehmend auch die Anliegen der Bürger aufgreift, erfährt das Petitionswesen einen Bedeutungsgewinn im Sinne eines Instrumentes, das nicht nur zur Herrschaftsausübung von oben nach unten genutzt werden kann, sondern das sich auch Bewegungen an der Basis zunutze machen. Wie umkämpft das Instrument der Petitionen gegenwärtig ist, zeigen die taktischen Manöver, mit denen kollektive Petitionsbewegungen und lokale Beamte einander zu überlisten versuchen. Abschließend ist von der Erwartung auszugehen, dass das Petitionswesen in der Volksrepublik China zu mehr und größeren Konflikten führen wird, deren Inhalte auch zu öffentlichen Themen werden können. Allerdings bedeutet dies nicht unbedingt eine Gefährdung des politischen Systems, da nach Spielregeln verfahren wird, die von allen beteiligten Konfliktparteien akzeptiert werden, wodurch das politische System selbst eher einen Legitimationsschub erhält.

LITERATUR

- Cai Yongshun (2007): Civil Resistance and Rule of Law in China: The Defense of Homeowners' Rights. In: Perry, Elizabeth/Goldman, Merle (Hrsg.) (2007): Grassroots Political Reform in Contemporary China. Cambridge, S. 174–195.
- Lam, Willy Wo-lap (1999): The Era of Jiang Zemin. Singapur.
- Li Lianjiang/O'Brien, Kevin (2008): Protest Leadership in Rural China. In: The China Quarterly, Nr. 193 (März), S. 1–23.
- Minzner, Carl F. (2006): Xinfang: An Alternative to Formal Chinese Legal Institutions. In: Stanford Journal of International Law, Bd. 42, Nr. 1, S. 103–179.
- Mühlberg, Felix (2004): Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. Berlin.
- Schucher, Günter (2006): Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität. In: China aktuell, Nr. 5, S. 47–63.
- Wu Jiao (2007): New Law to Abolish laojiao System. In: China Daily vom 1.3.2007; unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-03/01/content_816358.htm (Aufgerufen am 15.12.2007).
- Xie Yue (2006): Dangdai Zhongguo zhengzhi goutong (Politische Kommunikation im heutigen China). Shanghai.
- Xinfang tiaoli (Petitionsverordnung) (2006). Herausgegeben vom Rechtsbüro des Staatsrates. Peking.
- Yang Guobin (2005): Environmental NGOs and Institutional Dynamics in China. In: The China Quarterly, Nr. 181 (März), S. 46–66.
- Ying Xing (2001): Dahe yimin shangfang de gushi (Die Petitionsgeschichte der Umsiedler vom großen Fluss). Peking.
- Yu Jianrong (2004): Xinfang zhidu diaocha ji gai ge silu (Untersuchung und Überlegungen zur Reform des Petitionssystems). In: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin (Hrsg.) (2004): Blue Book of China's Society. Analysis and Forecast on China's Social Development (2005). Peking, S. 212–219.
- Yu Jianrong (2008): Who Bears the Cost of Intercepting Petitioners?; unter: <http://en.chinaelections.org/newsinfo.asp?newsid=18648> (Aufgerufen am 18.8.2008).

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. hierzu den Beitrag von Günter Schucher in diesem Heft.
- 2 Der Anhang der revidierten Petitionsverordnung von 2005 enthält eine Übersicht mit Kontaktadressen von 33 verschiedenen Büros, angefangen von der Staatlichen Abteilung für Briefe und Besuche (Guojia xinfang ju) über die Büros bei verschiedenen Ministerien wie Bildung, Öffentliche Sicherheit, Zivile Angelegenheiten, Land und Ressourcen, Bauwesen, Landwirtschaft, Gesundheit etc. und bei Massenorganisationen wie dem Frauenverband bis hin zu den entsprechenden Büros auf Provinzebene (Xinfang tiaoli 2006).
- 3 Hierzu wurde 56 Bauern befragt, die zum ersten Mal nach Peking gekommen waren, um Petitionen einzureichen.
- 4 Vorsicht ist daher geboten bei vorschnellen Vergleichen mit westlichen Institutionen wie dem Ombudsmann oder Samisdat (Minzner 2006, S. 140ff.).
- 5 So teilte sich eine Gruppe von Hunderten von Petenten, die 2004 aus der Provinz Hebei nach Peking reiste, um sich über die Lokalregierung zu beschweren (weil diese es zugelassen hatte, dass eine private, unterfinanzierte Firma ein großes Stück Ackerland für ihre Zwecke verwenden konnte, ohne die versprochene Entschädigung an die betroffenen Bauern zu zahlen), in kleine Gruppen von Radfahrern auf und entschlüpfte so den lokalen Polizeikräften, die an den Fahrkartenschaltern von Eisenbahnen und Überlandbussen stationiert wurden, um die Petenten abzufangen (Li/O'Brien 2008, S. 9).
- 6 Von diesen 300.000 Yuan sollten 100.000 zur Befestigung des Flussufers durch lokale Arbeitskräfte verwendet werden, 60.000 Yuan für Landgewinnungsprojekte, 100.000 zum Aufbau einer Kalkfabrik verwendet werden und mit den restlichen 40.000 Yuan sollte eine Reserve gebildet werden.
- 7 Auch in der ehemaligen DDR wurde das Petitionswesen als ein universelles Beschwerderecht verstanden (vgl. Mühlberg 2004, S. 25).



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Bettina Gransow lehrt Sinologie am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin. Ihre aktuellen Forschungs- und Publikationsschwerpunkte sind: freiwillige und unfreiwillige Migration in China; soziale Risiken des chinesischen Transformationsprozesses.

Böses Erwachen? Chinas Traum von der sozialen Harmonie

Günter Schucher

Konfuzius, der einst als reaktionär diffamierte Philosoph, erlebt ein Comeback. Das von Staats- und Parteichef Hu Jintao propagierte Konzept einer „Harmonischen Gesellschaft“ lehnt sich an die Lehre von Konfuzius an. Diese neue alte Zauberformel ist mithin eine Reaktion auf die sozialen Folgeerscheinungen des chinesischen Wirtschaftswunders. Das immer größer werdende Einkommensgefälle und die daraus erwachsende Unzufriedenheit äußern sich in offenen und zum Teil gewaltsamen Protesten. Die von Günter Schucher vorgestellten Beispiele verdeutlichen die vielfältigen Ursachen der Proteste, von denen inzwischen kein Landesteil mehr verschont bleibt. Umwelt- und Landprobleme, soziale und arbeitsrechtliche Ungerechtigkeiten, Machtmissbrauch sowie die Korruption politischer Eliten führen zu Protesten, die letztlich den Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei in Frage stellen. Die chinesische „Doppelstrategie“ der Regierung und Partei setzt in den letzten Jahren zum einen auf sozialen Ausgleich, auf die „nachholende“ Entwicklung ländlicher Räume und die Etablierung verbesserter Sozialgesetze und Rechtswege, scheut aber andererseits auch vor „harten“ Maßnahmen und Überwachungsstrategien nicht zurück. Eine Schlüsselrolle bei der sozialen Befriedung kommt den lokalen Behörden zu, die zwar durch konkrete Einzelmaßnahmen in ihrer Verantwortung gestärkt werden sollen, angesichts uneindeutiger Direktiven und aus Angst vor der Zentralregierung nach wie vor aber unangemessen auf Konflikte reagieren.

Wachsende Unzufriedenheit und öffentliche Massenproteste

An jedem Tag des Jahres 2005 sollen nach Angaben des Ministeriums für öffentliche Sicherheit rund 250 Mal unzufriedene Chinesen zum Mittel des offenen Protestes gegriffen haben. Das Ministerium spricht von „Massenvorfällen“ (*quntixing shijian*), ein Sammelbegriff, der das ganze Aktionsspektrum protestierender Gruppen ab ca. 15 Personen einschließt: Sit-ins und Petitionen ebenso wie Demonstrationen, Straßenblockaden, Belagerungen von Gebäuden

oder auch gewalttätige Unruhen und Kämpfe zwischen verschiedenen Nationalitäten. Im folgenden Jahr soll die Zahl dann dank der neuen „wissenschaftlichen Entwicklungspolitik“, die Harmonie in der Gesellschaft anstrebt, um rund 20 Prozent abgenommen haben. Dies wird allerdings von vielen Beobachtern, auch von chinesischen Wissenschaftlern, bezweifelt. Die chinesische Zeitschrift *Liao*

wang z.B. sprach in ihrer Ausgabe vom 8. September 2008 von über 90.000 Vorfällen im Jahr 2006, mit steigender Tendenz. Und die gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* veröffentlichte im Februar 2007 Interna einer Nationalen Sicherheitskonferenz, wonach es 2006 sogar 112.655 Massenaktionen gegeben haben soll, darunter knapp 41.000 in den Städten

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Gründe für Massenproteste gibt es viele: Arbeitslosigkeit und Lohnrückstände, katastrophale Arbeitsbedingungen, vorenthaltene Löhne für Wanderarbeiter, der Verlust sozialer Sicherungsleistungen, ungeklärte Eigentumsrechte. Das Bild zeigt einen Wanderarbeiter auf Arbeitssuche.

picture alliance/dpa

und 72.000 auf dem Lande. An diesen Aktionen sollen sich insgesamt 12,3 Millionen Chinesen beteiligt haben – 2005 waren es laut einer chinesischen Quelle nur über acht Millionen.

Gegen die Abnahme der Proteste spricht indirekt auch, dass das Ministerium für öffentliche Sicherheit seit 2006 keine Zahlen mehr bekannt gibt. Angeblich sei man nicht zuständig. Das Verschweigen des wahren Ausmaßes der Unzufriedenheit lässt eher die große Sorge der chinesischen Regierung erkennen, dass dadurch am Ende auch ihre Legitimität in Frage gestellt wird – eine Sorge, die spätestens seit der Demokratiebewegung von 1989 bei allen größeren Protesten immer mitschwingt. Während die Staats- und Parteiführung keine Gelegenheit auslässt, auf die Bedeutung sozialer Stabilität hinzuweisen, und nicht unerhebliche Anstrengungen unternimmt, die soziale Komponente ihrer Politik sowie auch konkrete Konfliktlösungsmechanismen zu stärken, scheint dennoch das Vertrauen der Bevölkerung in konsensuale und rechtliche Institutionen nur begrenzt zu wachsen. Die folgenden Beispiele zeigen anekdotisch einige der wesentlichen Konfliktursachen; sie machen deutlich, wie sich Proteste entzünden, wer daran beteiligt ist und wie die Regierungen auf verschiedenen Ebenen darauf reagieren.

Massenproteste

Im Sommer 2005 geriet Chen Jinshen, Vorsteher des 2.075 Einwohner zählenden Dorfes Taishi (im Einzugsgebiet Guanghous, Hauptstadt der Südprominz Guangdong), unter Verdacht, im Zusammenhang mit der Vergabe von Landnutzungsrechten rund 100 Millionen RMB¹ Yuan veruntreut zu haben. 584 Bewohner unterzeichneten daraufhin einen Antrag zur Abberufung Chens, womit die gesetzliche Bedingung erfüllt war, wonach ein entsprechender Antrag die Unterstützung von mindestens einem Fünftel der Wahlberechtigten benötigt. Um die kommunalen Rechnungsbücher zu bewachen, die nach Überzeugung der Bauern den Nachweis für die Korruption des Dorfvorstehers enthielten, besetzten die Protestierenden den Sitz der Dorfgemeinde. Zur Untermauerung ihres Anliegens traten einige Bauern in den Hungerstreik. Die Lage eskalierte, als die amtierende Dorfgemeinde sich weigerte, auf die Rücktrittsforderungen einzugehen und stattdessen bewaffnete Sicherheitskräfte entsandte. Als am 12. September über 1.000 Polizisten den Regierungssitz stürmten, kam es zu heftigen gewalttätigen Zusammenstößen mit den Bauern. Mehrere Dutzend Protestierende wurden verhaftet, darunter

ein aus Beijing angereister Rechtsanwalt, der die Bauern in Taishi während der Wochen in ihrer Sache unterstützt und sich selbst an der Hungerstreikaktion beteiligt hatte. Die Behörden des übergeordneten Verwaltungsbezirks Panyu unternahmen unterdessen zahlreiche Anstrengungen, um die Abberufung Chens zu verhindern. So erklärte eine Untersuchungskommission die Korruptionsvorwürfe für nicht stichhaltig. Mitglieder eines von den Antragstellern gewählten siebenköpfigen Komitees wurden eingeschüchtert und traten zurück. Durch persönliche Besuche von Distriktvertretern gelang es außerdem, 396 der 584 Antragsteller dazu zu bewegen, ihre Unterschriften zurückzuziehen, sodass die gesetzlichen Voraussetzungen für den Antrag auf Abberufung Chens nicht mehr erfüllt waren. Augenzeugen berichteten von einer lähmenden Angst unter der Bevölkerung vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen.

Internationale Aufmerksamkeit erregte der Protest gegen eine Chemiefabrik in der Hafenstadt Xiamen (Provinz Fujian). Am 1. Juni 2007, einem Freitag und damit Werktag, und an den beiden folgenden Tagen demonstrierten rund 10.000 oder sogar bis 20.000 Menschen gegen den Bau einer Chemiefabrik durch die Stadt – trotz öffentlicher Missbilligung. Sie befürchteten durch die stadtnahe Produktion von offiziell 800.000 Tonnen Paraxylol pro Jahr (interne Papiere der Umweltagentur sollen von elf Millionen Tonnen sprechen) Umwelt- und Gesundheitsschäden für sich und ihre Kinder. Die nationalen Umweltbehörden hatten das Projekt ohne Auflagen genehmigt, was eine Mitinitiatorin der Kampagne auch mit Korruption erklärte. Die Stadtregierung hatte ihrer Ansicht nach so hohe wirtschaftliche Wachstumsraten im Blick, dass sie nicht auf die Vorgaben der Zentralregierung für ein ausgewogenes Wachstum eingehen wollte. Unruhe wegen des Baus gab es seit Monaten, aber die Präsentation einer Petition in Beijing war erfolglos geblieben. Später wurden Diskussionsbeiträge in Chat-Räumen und in Blogs von der Stadtregierung blockiert. Doch selbst die Kontrolle der elektronischen Kommunikation und Entlassungsdrohungen gegen Beamte konnten die Aufrufe per SMS zu einem „Spaziergang“ nicht verhindern. Nicht einmal ein in letzter Minute am 30. Mai verkündetes Einfrieren des Projekts hielt die Menschen vom Demonstrieren für die Aufgabe des Projekts ab. In den SMS wurde der Bau der Fabrik mit dem Abwurf einer Atombombe auf die 2,3-Millionen-Stadt verglichen. Leukämie und Missbildungen bei Neugeborenen seien zu befürchten (daher die Demonstration am Welt-Kindertag),

zumal die Fabrik nur 1,5 Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt liege, wo sich in den letzten Jahren Bürger mit höherem Einkommen angesiedelt haben. Wie erst im Juli bekannt wurde, reagierten die Behörden auf die Demonstration u. a. mit der Verhaftung einiger Demonstranten, die sie der Organisation der Aktion beschuldigten.

Am 2. Juli 2007 berichtete *Xinhua* (Nachrichtenagentur der Regierung der VR China), dass die Polizei in der Provinz Guangdong vier Personen verhaftet hatte, weil sie am 30. Juni Wanderarbeiter mit Spaten und Stahlrohren verprügelt haben, die am Bau eines Wasserkraftwerks in der Stadt Heyuan beteiligt waren. Unter den Verhafteten befanden sich auch der Leiter des Sicherheitsteams der Entwicklungsgesellschaft sowie drei Manager. Die rund 300 streikenden Arbeiter hatten seit vier Monaten keinen Lohn erhalten (insgesamt rund fünf Millionen RMB Yuan) und befanden sich im Streit mit der Gesellschaft sowie der auftragnehmenden Firma, die nicht zahlte, weil sie ihrerseits noch Zahlungen der Baugesellschaft ausstehen hatte. Während Streikende begannen, Einrichtungen zu deinstallieren, wandten sich über 100 Arbeiter mit einer Petition an die Stadtregierung. Bei dem Angriff, an dem ca. 200 Schläger beteiligt waren, wurde ein Migrant lebensgefährlich, sieben andere schwer verletzt. Eventuell hatte die Kommunalregierung mit der Baugesellschaft sogar abgesprochen, den Streik gewaltsam zu beenden; zumindest tritt sie zunächst den Angriff ab und sprach nur von Zusammenstößen. Möglicherweise im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines neuen Arbeitsvertragsgesetzes forderte in diesem Fall sogar der Bauminister Wang Guangdao schriftlich die entsprechende Behörde der Provinz zur Aufklärung auf.

Ehemalige Offiziere der Volksbefreiungsarmee haben vor den Feierlichkeiten zum 80. Gründungstag der Armee (1. August 2007) ihre Unzufriedenheit über ihre unzureichende soziale Absicherung (Lebensunterhalt, Wohnung, Kranken- und Rentenabsicherung) kundgetan. Mehrere größere Protestaktionen soll es in den letzten Monaten in Beijing sowie in den Provinzen Guangdong und Shandong gegeben haben, darunter in Yantai mit 2.000 Veteranen. Die Beijinger Gruppe ist seit 2004 aktiv, Höhepunkt war ein Sit-in von rund 1.600 Uniformierten aus 20 Provinzen vor den Toren der Politischen Abteilung der Armee im April 2005 in Beijing. Immer wieder hat die Regierung Sondermittel für die pensionierten Soldaten versprochen, aber nie kam etwas bei ihnen an. Für Soldaten, die vor 2001 aus dem Dienst ausgeschieden, sind die lokalen Regierungen

zuständig, nach 2001 ist es die Armee selbst. Die Polizei, die die Gruppe ohnehin beobachtet, setzt sie speziell bei großen Ereignissen wie den Nationalen Volkskongressen im März jeden Jahres unter Druck, sich ruhig zu verhalten.

Die wahrscheinlich größten und gewalttätigsten Massenproteste der letzten vier Jahre ereigneten sich im Juni 2008 in der rund 460.000 Einwohner zählenden Gemeinde Weng'an in der südwestlichen Provinz Guizhou. Zwischen 10.000 bis 30.000 Bewohner versammelten sich am 28. Juni vor der Lokalregierung, kippten auf ihrem Marsch Polizeiautos um und setzten schließlich das Gebäude des örtlichen Büros für öffentliche Sicherheit in Brand. Ausgangspunkt der Unruhen war der Tod eines 16-jährigen Mädchens, den die Behörden als Selbstmord deklariert hatten. Die Familie bezweifelte dies und beantragte eine Autopsie. Ein Onkel geriet mit der Polizei in Streit und wurde auf dem Heimweg von Unbekannten schwer zusammengeschlagen. Als die Polizei die Familie am Morgen des 28. aufforderte, die Leiche zu bestatten, hatte sich bereits das Gerücht weit verbreitet, das Mädchen sei von Jugendlichen mit guten politischen Verbindungen vergewaltigt und ermordet worden, und die Menge, die sich um den aufgebarten Leichnam versammelt hatte, geriet in Wut. Auf ihrem Weg zum Sitz von Partei und Regierung schwoll sie immer mehr an. Beschwichtigungsversuche fruchteten nicht und schließlich brach die Gewalt los.

Als ein Immobilienfonds, der über die letzten drei Jahre unter dem Versprechen hoher Zinsen rund drei Milliarden RMB Yuan von Tausenden Einwohnern der Präfektur Xiangxi in der Provinz Hunan erhalten hatte, seine Zusagen nicht einhalten konnte, forderten finanziell betrogene und zum Teil ruinierte Geber in Panik ihre Einlagen zurück, begaben sich am 3. September 2008 (1.000 nach Beijinger, 10.000 nach Hongkonger Quellen) zum Sitz der Präfektur in der Stadt Jishou und verursachten dort an den beiden folgenden Tagen Straßenblockaden und Verkehrsstaus und schließlich auch die Einstellung des Zugverkehrs. Die Regierung soll neben bewaffneter Polizei auch die Armee eingesetzt haben, um sie zu zerstreuen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich nur 15 Tage später in der Stadt Lishui in der Provinz Zhejiang.

Ursachen der öffentlichen Massenproteste

Wie diese wenigen Beispiele anschaulich zeigen, gibt es in China keine Bevölkerungsgruppe mehr, die nicht irgendwann zum Mittel des offenen und

bisweilen auch gewaltsamen Protestes greift. Generell ist kein Landesteil mehr von Protesten verschont. Gründe für Unzufriedenheit gibt es sehr viele: Arbeitslosigkeit und Lohnrückstände, katastrophale Arbeitsbedingungen und Arbeitsunfälle (vor allem im Kohlebergbau), vorenthaltene Löhne für ländliche Wanderarbeiter, Probleme bei der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen, der Verlust sozialer Sicherungsleistungen durch Firmenbankrotte oder nicht erfolgte Anpassung der Sicherungsleistungen an die wirtschaftliche Entwicklung, die quasi gescheiterten Reformen im Gesundheits- und Rentenbereich, ungeklärte Eigentumsrechte im Wohnungswesen, Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung, willkürlich erhobene ländliche Gebühren oder auch ethnische und religiöse Spannungen. Eine wichtige Rolle spielt das große und weiter steigende Einkommensgefälle. Der Gini-Koeffizient², ein Index für Einkommensungleichheit, ist seit 1978 kontinuierlich gestiegen und belegt, dass sich China von einer weitgehend egalitären Gesellschaft zu einem der Länder in der Welt mit der größten Ungleichheit entwickelt hat. Chinesische Zeitungen sprechen von einem regelrechten „Hass“ der Bevölkerung auf Neureiche und auf soziale Ungerechtigkeit. Für das erste Halbjahr 2006 wird der Gini-Index von chinesischen Sozialwissenschaftlern mit 0,496 angegeben, d.h. die oberen 20 Prozent der Bevölkerung erhalten 58 Prozent der Einkommen, die unteren 20 Prozent nur drei Prozent.

Hervorzuheben sind weiterhin Umweltschäden und konkrete Umweltkatastrophen sowie der Verkauf bäuerlichen Landes an Entwicklungsgesellschaften, durch den die betroffenen Bauern von lokalen Kadern ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Landnahmen, darunter vielfach illegale, haben sich in den letzten Jahren zu einem der größten Konfliktherde in China entwickelt und machen damit den ländlichen Raum auch weiterhin zu einem Hort der Unruhe, selbst nachdem die Regierung die Bauern von den Steuer- und Gebührenlasten weitgehend befreit hat, die sie früher auf die Dorfstraße brachten. Im Jahr 2006 verzeichnete China durch Naturkatastrophen und Umweltschäden einen Nettoverlust an Agrarland im Umfang von 3.082 Quadratkilometer. Dies machte 55 Prozent des Gesamtverlustes aus, weitere 33 Prozent gingen durch die Baumaßnahmen verloren, bei denen die Bauern nicht selten nur unzureichend für das ihnen genommene Land entschädigt werden. Hintergrund dafür sind die ungeklärten Eigentumsrechte an Boden, die es den Lokalregierungen ermöglichen, das von ihnen „kollektiv“ verwaltete Land den Pächtern zu

nehmen und meistbietend zu veräußern. Nach Ansicht chinesischer Experten erhalten die Bauern nur rund zehn Prozent des Marktwertes an Kompensationen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums verloren 40 Millionen Bauern in der letzten Dekade ihr Land durch Urbanisierung, weitere 15 Millionen werden ihres in den nächsten fünf Jahren verlieren.

Protestdynamiken

Die Brisanz der Umwelt- und Landprobleme zeigt sich daran, dass bis zur Hälfte der Massenvorfälle auf dem Lande stattfindet und sich rund 20 Prozent an Umweltfragen entzünden; die Zahl umweltbedingter Proteste steigt dabei nach Angaben der Staatlichen Umweltagentur jährlich um 30 Prozent. Die Regierung sieht bereits die kritische Grenze an Agrarland erreicht, bei deren Unterschreitung die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet wäre. Sie erließ daher zum 1. Juni 2008 neue „Methoden zur Bestrafung von Verletzungen der Regeln zum Landmanagement“. Völlig unerwartet scheint sie die Veröffentlichung von Erklärungen im Internet getroffen zu haben, in denen im Dezember 2007 Bauern aus vier verschiedenen chinesischen Provinzen ankündigten, sie hätten ihr Land privatisiert. Die Organisatoren – eine Gruppe von ca. zehn Journalisten, Akademikern und politischen Aktivisten – hatte zwei Jahre lang im ganzen Land in den Dörfern geworben und soll nach eigenen Angaben 40.000 Bauern in 20 Provinzen für ihre Erklärung gewonnen haben. Die Regierung zeigte sich der Forderung nach Privatisierung nicht gewogen und unterdrückte diese Ansätze einer Bewegung rasch durch Verhaftung von Bauern und Organisatoren. Beobachter registrieren seit einigen Jahren Anzeichen für eine Veränderung im Protestverhalten, z.B. dass die Proteste im Trend immer mehr Teilnehmer haben, organisierter werden, länger dauern und immer häufiger konfrontativ ablaufen, wobei die Gewaltbereitschaft zu steigen scheint. Zum Teil werden auch das Auftreten von „Protestleitern“, also Aktivisten, und Ansätze einer Vernetzung verzeichnet.

Grundsätzlich aber ist weiterhin von der Fragmentierung der Proteste auszugehen: Zum einen aufgrund der immer noch prägenden ehemaligen sozialen Organisation in zellularen Einheiten wie Unternehmen und Nachbarschaften,

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Eine vor kurzem arbeitslos gewordene Chinesin mit einer Petition, in der sie ihren Unmut äußert. Das immer größer werdende Einkommensgefälle und die daraus erwachsende Unzufriedenheit äußern sich in offenen Protesten, die Zweifel am chinesischen Rechtssystem und Regime ausdrücken.
picture alliance/dpa

zum anderen aus taktischen Erwägungen, um den Staat nicht zu reizen. Vor allem aber entzündet sich der größte Teil der Proteste an konkreten Einzelfragen, die in engem Zusammenhang mit der (im Grunde positiven) wirtschaftlichen Entwicklung stehen, in deren Verlauf es zu Interessenkonflikten kommt. Am ehesten könnten – auch angesichts der vielen Nichtregierungsorganisationen in diesem Bereich – Aktivitäten zum Schutz der Umwelt als Teile einer sich herausbildenden gesellschaftlichen Bewegung begriffen werden. Allerdings können bei ausreichendem Leidensdruck und deutlichem Fehlverhalten der Behörden sowie bei entsprechender

Agitation auch ökonomische Probleme in politische Forderungen münden, wie die Interneterklärung zur Privatisierung von Agrarland gezeigt hat.

Diese Aktion der Bauern sowie die Mobilisierung zum Bürgerspaziergang in Xiamen belegen außerdem anschaulich die wachsende Bedeutung der modernen Kommunikationsmittel für die Mobilisierung, womit die Möglichkeiten der Regierung zur Verhinderung und Kontrolle von Protesten komplizierter werden. Ende März 2008 waren über 574 Millionen Mobiltelefone in China in Benutzung und jeden Monat nehmen sie um knapp zwei Prozent zu. Jeder Besitzer verschickte pro Tag

3,3 SMS, was 58,6 Milliarden SMS im Monat ausmachte. Auch über Internetseiten – China hat derzeit 123 Millionen Internetnutzer – kann zu Aktionen aufgerufen werden, wie z.B. zu den Blockaden gegen den französischen Handelskonzern Carrefour nach den Angriffen auf die olympischen Fackelträger in Paris im April dieses Jahres. Dass die Regierung diese Kommunikationsmittel nur begrenzt kontrollieren kann, zeigen das Entstehen und die Zunahme von „flash mob“-Aktionen, bei denen sich Menschen scheinbar spontan und kurzzeitig zu (noch) politisch harmlosen und anscheinend sinnlosen Anlässen versammeln.

Gefährdungspotential für die Herrschaft der KP

Der Spaziergang in Xiamen kann als eine neue Form des Protestes gelten. Hier traten wohlhabendere Bürger der Mittelschicht mit bewusst friedlichen Mitteln für den Erhalt ihrer Wohn- und Lebensbedingungen ein, bevor diese verschlechtert wurden. Schon seit längerem wurden diese Schichten öffentlich als „Wohnungseigentümer“ aktiv, wenn ihre Wohnrechte durch Stadtentwicklungsmaßnahmen direkt bedroht wurden. Jetzt aber protestierten sie gegen die allgemeine Bedrohung durch eine mögliche Gesundheitsgefährdung. Dies wiederholte sich inzwischen in Shanghai, wo Bürger gegen eine Verlängerung der Magnetschwebbahn auf die Straße gingen, sowie in Chengdu (Provinz Sichuan) und Gulei, wo es ebenfalls um die Ansiedlung von Chemiefabriken geht – Gulei liegt im Süden von Fujian und soll der neue Standort der zuvor in Xiamen geplanten Fabrik werden. Die Aktionsform war jeweils ausdrücklich friedlich, in Chengdu lautete der Aufruf im Internet: „Am 4. Mai von 15 bis 17 Uhr, Spaziergang zwischen Jiuyan Brücke und Wangjiang Turm. Keine Transparente, keine Slogans, keine Ansammlung, keine Demonstration“. Wie auch bei anderen Protesten zu beobachten, berufen sich die Beteiligten auf vorhandene Rechte („rightful resistance“), hier wegen der Bedrohung erworbenen Wohnungseigentums auf das kürzlich verabschiedete Gesetz zum Schutz von Privateigentum. „We are careful not to talk about politics, only our health and our homes“, wird ein chinesischer Geschäftsmann in der *Financial Times* zitiert. Dieses Phänomen wird daher auch als Nimbyismus bezeichnet: „Not-In-My-Backyard“. Manche Kommentatoren halten die verstärkten Aktivitäten von Angehörigen der Mittelschicht für die gefährlichste Entwicklung, was die soziale Stabilität und die Herrschaft der Kommunistischen Partei (KP) betrifft. Noch sei sie zu klein und aus taktischen Gründen noch zu sehr mit den politischen Machthabern verbandelt, um deren Macht wirklich bedrohen zu können, aber dies werde sich mittelfristig ändern. Wenn die Definitionen auch abweichen, so sind sich doch alle einig, dass die Mittelschichten in den nächsten Jahren rapide wachsen werden. Grundlage der Gefährdungsprognose ist die These, dass Mittelschichten unvermeidlich die Forderung nach Partizipation, also nach mehr Demokratie aufstellen werden. Erwiesen ist dies nicht, und die Entwicklung in China lässt auch manchen wieder daran zweifeln, zumal es die Kommunistische Partei (KP) durch die Ermöglichung der Mitgliedschaft von Pri-

vateigentümern in der Partei geschafft zu haben scheint, diese in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Darauf dass sie dennoch Bedenken hat, ob dies ausreicht, könnten die Diskussionen um mehr innerparteiliche Demokratie und die Ausweitung der konsultativen Demokratie im Staat hinweisen.

Arbeitskonflikte und Arbeitsproteste

Andere sehen denn auch in den Arbeitern die gefährlichere Gruppe, ausgehend von deren früherer – zumindest propagandistischer – Position als politische Avantgarde im sozialistischen China und ihrem höheren Organisationsgrad im Vergleich zu anderen Gruppen wie z.B. den Bauern. Arbeitskonflikte und -proteste dürften auch unter dem Gesichtspunkt der Akteursgruppen den relativ größten Teil der Proteste ausmachen. Aber auch sie sind in der Regel spontan und unorganisiert und entzündeten sich vornehmlich an wirtschaftlichen Forderungen. Selbst wenn der Anteil kollektiver Konflikte (zumindest an der Zahl der Beteiligten gemessen) hoch ist, entsteht dennoch keine „kollektive Macht“, die Auseinandersetzungen bleiben sporadisch und voneinander isoliert. Arbeiter versuchen sogar, den Eindruck einer „Bewegung“ gezielt zu vermeiden und beschränken sich in ihren Aktionen auf das eigene Unternehmen, um so die Erfolgchancen ihres Protestes zu erhöhen. Allerdings werden auch die Konflikte im Arbeitsbereich zunehmend konfrontativ, wofür u. a. spricht, dass immer weniger Konflikte auf Unternehmensebene gelöst werden und dass Schlichtungsbemühungen auf allen Ebenen der institutionellen Skala (Schlichtung, Schiedsverfahren, Gerichtsverfahren) immer häufiger ergebnislos bleiben. Ein wesentlicher Grund dürfte dabei auch sein, dass die chinesischen Gewerkschaften aufgrund ihrer Nähe zum Staat von keiner der beiden Konfliktparteien als Interessenvertreter anerkannt sind. Ohnehin agieren die Gewerkschaften hauptsächlich als Vermittler. Arbeiter nehmen lieber die Hilfe von Rechtshilfestellen in Anspruch als dass sie sich an die Gewerkschaften wenden, um ihre Rechte einzuklagen. Diese sollen sie „Parasiten der Verwaltung“ nennen, „die durch die gleichen Nasenlöcher atmen wie der Generalmanager“.

Proteste drücken Zweifel am Rechtssystem und Regime aus

Sehr beunruhigend aus Sicht der Regierung ist vor allem ein anderes Phänomen: die Beteiligung scheinbar Nicht-Betrof-

BOSES ERWACHEN? CHINAS TRAUM VON DER SOZIALEN HARMONIE

fener, wie sie oben in dem Beispiel aus Weng'an deutlich wird. Das Gerücht, ein Verbrechen werde von den Behörden geleugnet, um politisch einflussreiche Täter zu decken, führte zum Aufruhr Zehntausender, deren Unzufriedenheit mit den lokalen Kadern seit Jahren gewachsen war. Diese hatten auf Kosten der Bevölkerung die Ausbeutung lokaler natürlicher Ressourcen vorangetrieben und dafür immer wieder Bewohner ohne ausreichende Entschädigung umgesiedelt. Sie handelten in enger Kumpagnei mit den Mineneignern und nutzten kriminelle Banden, die aufbegehrende Einwohner drangsalierten. Die hohe Rate nicht aufgeklärter Verbrechen deutet weiterhin auf korumpierende Beziehungen zur lokalen Polizei hin.

Machtmissbrauch, „Gangsterkapitalismus“ und Korruption der politischen Elite Chinas sowie des Gefühl sozialer Ungerechtigkeit sind es, die immer häufiger dafür sorgen, dass sich nicht direkt Betroffene dem Protest anderer anschließen und diesen eskalieren. Der chinesische Wissenschaftler Yu Jianrong spricht weiterhin vom Versagen der Regierung, ein gerechtes System zur institutionalisierten Beilegung von Konflikten zu installieren, das zu dem Besorgnis erregenden Aufstauen unspezifischer Wut führt, die sich bei geeigneter Gelegenheit Luft macht. Er sieht denn auch einen Trend zu gewalttätigem „Aufruhr zum Dampf ablassen“ (*langer-venting riots*). Diese Tumulte zeichnen sich dadurch aus, dass sie relativ schnell eskalieren und sich sehr bald von dem eigentlichen Anlass entfernen, aber auch unorganisiert und ohne Führung sind, da sie nur auf so empfundene Ungerechtigkeiten reagieren. Während sich Proteste, in denen Betroffene ihre (meist gesetzlich verbrieften) Rechte einklagen, an konkrete Adressaten richten und vom Vertrauen in das politische System geprägt sind, drückt diese neue Art von Protesten Zweifel an der Effizienz des Rechtssystems und Misstrauen gegen ein diffuses „Oben“ aus und richtet den Ärger an das Regime als solches. Diesem Trend muss die Regierung entschieden entgegenreten, wenn sie die Unterminierung ihrer Legitimität verhindern will.

Eine ebenso beunruhigende Entwicklung könnte der Schulterschluss zwischen Angehörigen der Mittelschichten und „benachteiligten Gruppen“ wie Bauern und Wanderarbeitern in gemeinsamen Protestaktionen sein. Anlass dazu bieten Fälle wie der geplatzte Immobilienfonds, in den nicht nur Wohlhabende inves-

tiert haben, sondern auch Bauern, die ihr Land an Entwicklungsfirmen verkauft hatten und mit der Spekulation ihren Lebensunterhalt sichern wollten. Das Gleiche gilt für Aktiengeschäfte, mit denen 130 Millionen chinesische *gumin* (Aktionäre) ihr Glück versuchen und die angesichts der Kurseinbrüche seit Ende 2007 viele Verlierer hervorgebracht haben.

Die „Doppelstrategie“ der chinesischen Regierung

Die Verhinderung bzw. die richtige Behandlung von Massenvorfällen gilt in China als wichtiger Test für das Regierungsgeschick der Kommunistischen Partei (KP). Partei und Regierung haben in den letzten Jahren ihren Umgang mit sozialen Protesten verändert und verfeinert. Seit ihrem Amtsantritt legt die Partei- und Staatsführung unter Hu Jintao und Wen Jiabao einerseits großen Wert darauf, sich als Advokat sozialer Interessen – vor allem auch benachteiligter Gruppen – zu präsentieren, scheut andererseits aber auch nicht vor „harten“ Maßnahmen zurück. Kernbestandteile dieser „Doppelstrategie“ sind das Eingeständnis, dass soziale Widersprüche im Prozess der Modernisierung unvermeidlich sind, der Ausbau des Rechtssystems und die Ausweitung institutionalisierter Wege zur Konfliktaustragung, die Verstärkung des Polizeiapparates, vor allem an der Basis, eine differenzierte Presse- und Informationspolitik sowie die bewusste Übertragung der Verantwortung für die Beilegung der Konflikte auf die Lokalregierungen.

Mit dem Programm zur Errichtung einer harmonischen Gesellschaft, das am 11. Oktober 2006 vom Zentralkomitee verabschiedet wurde und Teil des neuen „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ der Partei ist, reagierte die Hu-Führung auf die sich immer stärker abzeichnenden sozialen Folgen des rein auf Wirtschaftswachstum setzenden Kurses ihres Vorgängers Jiang Zemin. Diese Resolution ist das erste größere Parteidokument, das sich zu der Frage der Massenvorfälle äußert. Das Eintreten für die eigenen Interessen ist danach kein feindlicher Akt mehr und schon gar nicht primär von feindlichen, meist ausländischen Kräften gesteuert. Bei unrechtmäßiger Reaktion der verantwortlichen Regierungen, vor allem auf lokaler Ebene, ist es sogar gerechtfertigt, diese Interessen kollektiv und mit dem Mittel des offenen Protestes zu vertreten. Entsprechend sollen Aktionen, bei denen keine staatsgefährdenden Ziele vertreten werden, auch toleriert und friedlich gelöst werden. Und die Polizei soll eher eine Strategie

der Eingrenzung und Isolierung verfolgen, statt durch brutale Unterdrückung noch weitere Sympathisanten auf den Plan zu rufen. Grundsätzlich soll eine ausgewogene Politik, die neben wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Ziele verfolgt, die Widersprüche abschwächen und zur gesellschaftlichen Harmonie führen. Konkrete Einzelprogramme sollen die Einkommensunterschiede verringern, das in der Entwicklung abgehängte Land durch vermehrte Investitionen gegenüber den Städten aufholen lassen, durch Gebührenerlasse für Geringerverdienende mehr Bildungsgerechtigkeit ermöglichen oder auch dafür sorgen, dass die Wanderarbeiter regelmäßig ihren vollen Lohn erhalten.

Mit der gezielten Ausweitung der Sozialgesetze will sich die Regierung mehr auf „die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes konzentrieren“ und „eine solide gesetzliche Basis für eine harmonische Gesellschaft schaffen“, erklärte Parlamentspräsident Wu Bangguo den Delegierten des Nationalen Volkskongresses (NVK). China dürfe nicht länger auf einem langen wirtschaftlichen und einem kurzen sozialen Bein humpeln. Tatsächlich kann der X. Nationale Volkskongress in seiner Amtszeit von 2003 bis 2007 diesbezüglich auf eine positive Bilanz zurückschauen. Während vorher nur zwei bis sechs Prozent der neuen Gesetze sozialen Fragen galten, aber 60 Prozent wirtschaftlichen, hat sich der Anteil Ersterer in diesen fünf Jahren auf 20 Prozent erhöht, auf Provinzebene und darunter sogar auf 40 Prozent. Im Bereich des Arbeitsrechts verabschiedete der Nationale Volkskongress im Jahr 2007 das Arbeitsvertragsgesetz und das Beschäftigungsförderungsgesetz sowie schließlich am 29. Dezember das Gesetz über Schlichtung und Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten, das am 1. Mai 2008 wirksam wurde. Durch den Wegfall der Gebühren und die Verlängerung der Antragsfrist sollen mehr Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, die Schlichtungs- und Schiedsstellen anzurufen; durch verkürzte und eindeutige Fristen soll verhindert werden, dass sich Streitfälle – auch unter dem Einfluss der Arbeitgeber und mit ihnen verbündeter Lokalkader – endlos hinziehen; und durch die gestärkte Rechtskraft der Urteile, vor allem in Lohnfragen und bei der Erstattung medizinischer Kosten nach Arbeitsunfällen, soll die Entschädigung der Arbeitnehmer gewährleistet werden.

Auch die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz des Privateigentums auf dem Nationalen Volkskongress im März 2007 erfolgte mit der Hoffnung, die Hauptursache ländlicher Proteste,

die Landnahmen, eindämmen zu können. Zwar wurde das Land im kollektiven Besitz gelassen und nicht den Bauern übergeben, aber die Kompensationen sollen künftig höher sein. Außerdem forderte Ministerpräsident Wen die Regierungen auf, die Größe des für Bauvorhaben genutzten Landes streng zu kontrollieren, den Schutz von Agrarland zu verstärken und dessen Nutzung für Entwicklungsvorhaben ohne Genehmigung zu verbieten. Mindestens 1,8 Milliarden Mu^3 Agrarland (120 Millionen Hektar) müssten erhalten bleiben.

Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass sich immer mehr Chinesen der Rechtsmittel bedienen, um ihre Interessen einzuklagen, sogar gegenüber den Behörden selbst. Zu einem Gutteil wurden sich die Betroffenen durch die neuen Gesetze auch erst ihrer Rechte bewusst. Zugleich weisen statistische Angaben aber darauf hin, dass die Lösung von Konflikten im Schlichtungs- und Schiedsverfahren sowie vor Gerichten immer komplizierter zu werden scheint. So werden zwar über 90 Prozent der Schiedsverfahren von Arbeitnehmern angestrengt, diese gewinnen aber nur weniger als die Hälfte der Verfahren. Dies erklärt, warum ebenfalls immer mehr Betroffene diese Institutionen entweder gar nicht erst anrufen oder bei deren Ineffizienz auf die Straße gehen. Dass dies noch verstärkt auf dem Lande geschieht, könnte andererseits die Hoffnung nähren, dass mit dem Ausbau des Rechtswesens, größerer Professionalisierung der Gerichte sowie mehr Bildung und Rechtsbewusstsein (wie in den Städten) doch mehr Konflikte auf „legalen“ Wege gelöst werden können.

Geänderte Polizeistategien

Mit der Erkenntnis unter Sicherheitsexperten in China, dass die schnelle Unterdrückung aller Proteste nicht mehr möglich sei, die sich seit Ende der 1990er Jahre durchsetzte, begann auch ein Umdenken hinsichtlich der Polizeistategien und entsprechender Trainingsprogramme. Deren Hauptbestandteile sind, Proteste möglichst klein zu halten, d.h. nicht durch eigenes aggressives Auftreten Passanten zu Sympathisanten zu machen, und sie lokal zu begrenzen, d.h. möglichst überregionale Berichterstattung und Kommunikation ebenso zu verhindern wie die Entsendung von Delegationen in die Provinzhauptstädte oder gar nach Beijing. Größere Toleranz und Überzeugungsarbeit gegenüber den Teilnehmern an Protesten soll mit dem Herausgreifen einzelner Verantwortlicher gekoppelt werden, das aber möglichst erst nach den Aktionen erfolgen soll,

um eine Radikalisierung der Teilnehmer zu vermeiden.

In den letzten 20 Jahren, vor allem nach Tiananmen⁴, ist die Zahl der Polizei- und Sicherheitskräfte ständig gestiegen. In Reaktion auf die Zunahme von Protesten wurde zusätzlich zur Professionalisierung in ganz China die Präsenz der Sicherheitskräfte in der Öffentlichkeit erhöht sowie verstärkt spezialisierte Anti-Aufruhr- und Anti-Terror-Einheiten aufgebaut. Außerdem wurden im Zuge der Lokalisierungsstrategie Polizeikräfte auf die Stadtbezirks- und Dorfebene verlagert; die lokalen Polizeistationen gelten als die wichtigsten Basiseinheiten, die in den Kreisen künftig über 85 Prozent der Sicherheitskräfte stellen sollen. Ende Juni 2007 hatten die Sicherheitsbehörden über 56.000 Bezirkswachen eingerichtet mit rund 100.000 Polizisten sowie knapp 88.000 Dorfwachen mit ebenso vielen Polizisten. Diese Maßnahmen sollen das Verständnis der Polizei für die örtlichen Probleme erhöht, ihre Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert, ihr öffentliches Ansehen gesteigert und so die Zahl der Unruhen verringert haben.

Überwachungssysteme und Maßregelung der Medien

Damit gehen die Verbesserung von Überwachungssystemen und die Schaffung eines Informationsmanagements für die mobile ländliche Bevölkerung einher. Dies schließt die Einrichtung von Überwachungssystemen im großen Stil ebenso ein wie die schärfere Kontrolle des Internets. In vielen Städten – darunter in Beijing im Vorfeld der olympischen Spiele – wurden Kameras und Videosysteme installiert, vornehmlich zur Kontrolle des Verkehrsflusses, aber auch in Banken, auf Märkten und in abgelegenen Straßen. Alle Hostels in Distriktstädten sollten Ende 2007 an das polizeiliche Informationssystem angeschlossen sein. Als Prinzip gilt: „die jeweilige Einheit ist verantwortlich, die Regierung überwacht“. Insgesamt ist die Überwachungsdichte allerdings noch weit geringer als in europäischen Städten, aber die Polizei will auch Informanten in Religionsgemeinschaften und anderen aus ihrer Sicht potentiell gefährlichen Gruppen und Organisationen platzieren und kann auch – wie nicht zuletzt die Olympiade gezeigt hat – auf Freiwillige in der Bevölkerung bauen.

Meldungen über die Kontrolle und Maßregelung der Medien gibt es immer wieder, und China gilt zu Recht als weltweit größtes Gefängnis für kritische Journalisten. Eine „Great Firewall“ soll helfen, unliebsame Informationen

im Internet zu blocken oder zu löschen, die „die Staatssicherheit gefährden, Staatsgeheimnisse preisgeben, zum Sturz der Regierung aufrufen“ oder „die soziale Ordnung stören“, so das Informationsministerium. Zugleich hat sich in der Vergangenheit aber immer wieder gezeigt, dass die Regierung durch das Zurückhalten von Informationen durch lokale Behörden bei deren letztendlichem Bekanntwerden in noch größere Bedrängnis kommt. Beispiele sind die SARS-Krise 2003 und kürzlich der Milchpulverskandal. Insofern blitzt von Zeit zu Zeit in der Führung die Erkenntnis auf, dass die Presse auch eine Kontrollfunktion ausüben könnte und eine umfangreichere kritischere Berichterstattung eventuell auch die Eskalation von Problemen vermeiden helfen kann – wie z.B. nach dem verheerenden Erdbeben in Sichuan im Mai 2008. So rief Parteichef Hu zu Anfang des Jahres 2008 die Propagandafunktionäre zu mehr Realitätssinn und mehr Volksnähe auf; denn die Zufriedenheit des Volkes sei ein Maßstab für die Arbeit der Partei. Und im Juni erklärte er bei einem Besuch in der Redaktion der *Volkszeitung*, dem Sprachrohr der Partei, dass sich die Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in attraktiverer und innovativerer Weise präsentieren müssten. Beobachter schlossen daraus, dass sich die Partei zu mehr Transparenz entschlossen habe. Zugleich sieht aber das „Gesetz zur Reaktion auf Notfälle“, das im November 2007 in Kraft trat, vor, dass Medien, die ungenügend über Naturkatastrophen, Epidemien oder größere Störungen der öffentlichen Ordnung berichten, mit bis zu 100.000 RMB Yuan Strafe zu rechnen haben.

Lokale Verantwortung

Eine wesentliche Dimension im Umgang mit Protesten ist das Verhältnis zwischen der zentralen Führung und den lokalen Beamten und die Übertragung der Verantwortung für die Konfliktbewältigung auf die Lokalregierungen. Zwar ist die Umsetzung zentraler Leitlinien auf der lokalen Ebene schwer zu kontrollieren und vor allem die untersten Kader und direkten Adressaten neigen eher zur Unterdrückung als zu Verhandlungen. Auch kann die lokale Unterstellung der Polizei leicht zur Kumpanei mit den örtlichen Behörden führen, die sie für ihre Belange einsetzt. Aber durch die Stärkung der lokalen Verantwortung kann das frühzeitige Erkennen einer Lösung vereinfacht und eine mögliche Eskalation verhindert werden. In einem hierarchischen politischen System mit Autoritäten auf verschiedenen Ebenen

kann eine gewisse Autonomie der unteren Ebenen darüber hinaus der Spitze zusätzlichen Handlungsspielraum verschaffen und Schuldzuweisungen für Ungerechtigkeiten von ihr ablenken. Während sie Unruhen, die das Regime nicht unmittelbar bedrohen, scheinbar toleriert und deren Regelung unter bestimmten Bedingungen der lokalen Ebene überträgt, kann sie sich selbst auf die begrenzte Zahl größerer Vorfälle konzentrieren.

Eine Untersuchung Beijinger Journalisten ergab allerdings, dass viele lokale Kader nicht in der Lage sind, angemessen auf Konflikte zu reagieren. Mangelnde Analysefähigkeit, langsames Reagieren, gepaart mit der Anweisung von oben, keine Massenvorfälle entstehen zu lassen, bzw. der Angst vor Kritik führen dann zu der Schlussfolgerung, soziale Stabilität sei schlicht das Nichtstattfinden von Protesten („no trouble is good performance“). Im praktischen Handeln ist das Ergebnis häufig die Unterdrückung von Protesten oder die Verschleierung von Vorfällen. Die Zentralregierung hat daher ihre Anstrengungen in der Kaderausbildung verstärkt und die Qualitätsstandards für Behörden- und Parteivertreter erneuert. Durch regelmäßige Treffen mit Beschwerdeführern sollen die lokalen Beamten zudem deren Sorgen verstehen lernen. Wenn die Zentralregierung allerdings einerseits das Recht zum Vorbringen von Beschwerden betont, andererseits aber wie vor den Olympischen Spielen alle Behörden dazu aufruft, keine Petitionäre mehr nach Beijing kommen zu lassen, dann sind dies im besten Fall „gemischte“ Signale, die wenig geeignet scheinen, die Verlässlichkeit der Behörden zu steigern und Machtmissbrauch zu verhindern.

Ohnehin ist die Angst der Lokalkader vor Fehlverhalten nicht ganz unberechtigt; denn nach den Anweisungen des Ministerium für Sicherheit sind die Leiter von Basiseinheiten ihres Postens zu entheben und disziplinarisch zu bestrafen, wenn es aufgrund der falschen Behandlung von Massenvorfällen zu schweren Verlusten kommt, wenn Vorfälle ernsthaft eskalieren, wenn sie illegale Aktivitäten nicht untersuchen, darüber nicht berichten und dadurch Unruhen verlängern und wenn durch Folter, missbräuchlichen Waffeneinsatz oder Gewalt Menschen sterben. Die lokalen Regierungen sollen den Gebrauch von Gewalt einschränken und „zwischen kollektiven

Hilferufen an die höheren Autoritäten und Gesetzesverletzungen“ unterscheiden. Polizei soll nur eingesetzt werden, wenn bei Massenvorfällen die Gesetze verletzt werden.

In Abhängigkeit von der Größe des Protests fordert die Zentralregierung ihre mehr oder weniger schnelle und direkte Benachrichtigung. Unter Beschwerdeführern ist nicht zuletzt deshalb die Schlussfolgerung verbreitet: „Kleiner Aufruhr kleine Lösung, großer Aufruhr große Lösung, kein Aufruhr keine Lösung“ (*xiao nao xiao jie jue, da nao da jie jue, bu nao bu jie jue*). Denn die Regierung bleibt so für die Bevölkerung stets der „letzte Rettungsanker“. Wenn Unruhen aus dem Ruder laufen, greift sie ein und maßregelt durchaus auch die lokalen Kader. Im Fall Weng'an sollen Parteichef Hu und das für Sicherheit zuständige Politbüromitglied Zhou Yongkang selbst „wichtige Anweisungen“ gegeben haben, die sehr schnell zu Einrichtung einer Untersuchungsgruppe und dann zur Absetzung der lokalen Führungsriege führten. Zugleich wurde in und vor der Presse relativ offen über den Fall berichtet und das Recht der Massen zur Überwachung betont. Damit machte die Regierung nebenbei auch allen übrigen Lokalregierungen ihre Entschlossenheit im Kampf für gesellschaftliche Harmonie deutlich.

Die Regierung nutzt das vorhandene hohe Vertrauen in ihre sozialpolitische Aufrichtigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolgskurs, um sich selbst als fähig und gerecht darzustellen und die Schuld für Ungerechtigkeiten auf die lokalen Kader abzuwälzen. Während die Hu-Wen-Führung einerseits fiskalische Aufgaben wieder rezentralisiert hat, lastet sie andererseits den Lokalregierungen die Schattenseiten des Wirtschaftsaufschwungs an. Diese Strategie soll zur politischen Stabilisierung beitragen.

Böses Erwachen?

Die chinesische Regierung hat nicht nur durch ihre neue Programmatik, sondern auch durch praktische Maßnahmen, darunter die umfangreichste Arbeitsgesetzgebung seit Beginn der Reformen, gezeigt, dass sie die unsozialen Auswüchse des marktwirtschaftlichen Entwicklungskurses bereinigen will. Dabei lässt sie weitgehend unausgesprochen, was konkret „Harmonie“ in ihrem Gesellschaftskonzept bedeutet. Rekurse auf den Konfuzianismus machen aber deutlich, dass es dabei nicht um Gleichheit, sondern eher um Gerechtigkeit geht – um „Verschiedenheit in Eintracht“, wie Ministerpräsident Wen Jiabao Konfuzius zitierte. Ob ihr dies gelingen wird oder ob es doch ein „böses Erwachen“

aus dem Traum von der Harmonie gegeben wird, muss vorläufig offen bleiben. Ein wichtiger Faktor dabei wird das Verhältnis zwischen Zentral- und Lokalregierung sein. Die Zentralregierung ist bei der Verwaltung des Landes auf die lokalen Behörden angewiesen und versucht durch verschiedenste Maßnahmen – von der Neustrukturierung der Behörden, Ausbildungsmaßnahmen und Beförderungsrichtlinien für die Beamten über die Beschränkung ihrer Machtbefugnisse durch Verwaltungsgesetze bis hin zu härterem Vorgehen gegen Korruption und Machtmissbrauch – diese zur verlässlichen Umsetzung der politischen Leitlinien zu veranlassen. Zugleich bleiben viele Anreize vage und doppeldeutig und im Zweifelsfall orientieren sich die Lokalkader an den Kriterien Wirtschaftswachstum und Stabilität und setzen diese mit ihren eigenen Mitteln um. Die daraus resultierenden Konflikte erhöhen den Druck auf die Zentralregierung, da sie in der Konsequenz das Vertrauen in die politischen Institutionen zerstören können. Mit ihrem direkten Eingreifen wiederum riskiert die Zentralregierung, dass sich im Falle der Erfolglosigkeit das Misstrauen gegen sie selbst und gegen das politische System im Ganzen richtet.

LITERATUR

- Cai, Yongshun (2008a): Power Structure and Regime Resilience: Contentious Politics in China. In: *British Journal of Political Science*, Nr. 38/2008, S. 411–432.
- Cai, Yongshun (2008b): Social Conflicts and Modes of Action in China. In: *The China Journal*, Nr. 59/2008, S. 89–109.
- Chen, Yali (2008): Protest and Policing: Challenges for the Beijing Olympics. In: *China Security*, Nr. 2/2008, S. 59–71.
- Chung, Joe Ho, et al. (2006): Mounting Challenges to Governance in China: Surveying Collective Protestors, Religious Sects and Criminal Organizations. In: *The China Journal*, Nr. 56/2006, S. 1–31.
- Fewsmith, Joseph (2008): An "Anger-Venting" Mass Incident Catches the Attention of China's Leadership. In: *China Leadership Monitor*, Nr. 26/2008, S. 1–10.
- Fewsmith, Joseph (2007): Assessing Social Stability on the Eve of the 17th Party Congress. In: *China Leadership Monitor*, Nr. 20/2007, S. 1–22.
- Hurst, William (2004): Understanding Contentious Collective Action by Chinese Laid-Off Workers: The Importance of Regional Political Economy. In: *Studies in Comparative International Development*, Nr. 2/2004, S. 94–120.
- Hurst, William/O'Brien, Kevin J. (2002): China's Contentious Pensioners. In: *The China Quarterly*, Nr. 170/2002, S. 345–360.
- Minzner, Carl (2007): Social Instability in China. Causes, Consequences, and Implications. In: *The China Balance Sheet in 2007 and Beyond*, edited by C. Fred Bergsten, Bates Gill, Nicholas R. Lardy and Derek J. Mitchell: Online Publication, S. 55–77. Unter: <http://www.chinabalancesheet.org/Documents/03SocialInstability.pdf>. (25.6.2007)
- O'Brien, Kevin J./Li, Lianjiang (2006): *Rightful Resistance in Rural China*. Cambridge u. a. 179 S.

Schucher, Günter (2007): Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit. In: *China aktuell*, Nr. 5/2007, S. 40–69.

Schucher, Günter (im Erscheinen): Chinas neues Arbeitskonfliktgesetz. In: *China Aktuell*, Nr. 4/2008.

Tanner, Murray Scot/Green, Eric (2007): Principals and Secret Agents: Central versus Local Control Over Policing and Obstacles to 'Rule of Law' in China. In: *The China Quarterly*, Nr. 191/2007, S. 644–670.

Wacker, Gudrun/Kaiser, Matthias (2008): Nachhaltigkeit auf chinesische Art. Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“. (ISWP-Studie). SWP, Berlin, 26 S.

Yu, Jianrong (2008): Emerging Trends in Violent Riots. In: *China Security* 4, Nr. 3/2008, S. 75–81.

ANMERKUNGEN

1 Der Renminbi (RMB) ist die Währung der Volksrepublik China. Die internationale Abkürzung ist CNY, in China wird die Abkürzung RMB verwendet. Die Währung wird in Yuan, Jiao und Fen unterteilt. Ein Yuan entspricht 10 Jiao bzw. 100 Fen.

2 Der Gini-Koeffizient – oder auch Gini-Index – ist ein statistisches Maß, das von dem italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann z.B. als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

3 Mu ist ein chinesisches Flächenmaß (1 MU = 1/15 Hektar = 6,67 Ar).

4 Auf dem Tiananmen-Platz (dem Platz [vor dem Tor] des himmlischen Friedens) fand am 4. Juni 1989 ein Massaker statt, in dessen Folge Hunderte von Menschen, vornehmlich Studenten, vom chinesischen Militär getötet wurden.



UNSER AUTOR

Dr. Günter Schucher hat in Hamburg und Tianjin (China) Sinologie und Geschichte studiert. Er ist Senior Research Fellow am GIGA Institut für Asien-Studien in Hamburg. Seit vielen Jahren arbeitet er über soziale Fragen in der Volksrepublik China, mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung des chinesischen Arbeitsmarkts. Außerdem forscht er zu den europäisch-taiwanisch-chinesischen Beziehungen. Er ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und Herausgeber der Zeitschrift ASIEN.

China – ein marginales Thema im Unterricht?

Werner Spaeth

China gewinnt immer mehr an Bedeutung, Wissen und Kenntnisse über das Land nehmen aber nicht in gleichem Maße zu. Vielmehr ist unser Bild von China rudimentär und allzu häufig von Ängsten geprägt. Der rasante Wandel des Landes und seine wirtschaftliche Verflochtenheit mit Europa – nicht zuletzt auch mit dem exportorientierten Land Baden-Württemberg – legen im Grunde eine intensive unterrichtliche Beschäftigung mit China nahe. Wenn man nun die Bildungs- und Lehrpläne genauer in den Blick nimmt, so stellt man fest, dass zwar hehre Ziele formuliert werden, die realen Gegebenheiten jedoch einiges zu wünschen übrig lassen. Der curriculare Stellenwert des Themas und das zur Verfügung stehende Zeitkontingent lassen eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem „Reich der Mitte“ in Schule und Unterricht oftmals nicht zu. Sieht man von modellhaften Projekten, die unter anderem einen regen Kulturaustausch pflegen, einmal ab, so ist China ein eher randständiges Thema im Unterricht. Mehr noch: Schulbücher und audio-visuelle Unterrichtsmedien lassen eine ausgewogene Betrachtung der wichtigsten Inhalte in ökonomischer, ökologischer, sozialer, historischer und politischer Hinsicht vermissen. Im Rahmen der Lehrerfortbildung – so ein Fazit von Werner Spaeth – liegt vieles im Argen. Ziel und Aufgabe von Schule und Unterricht müsste es vielmehr sein, eine differenzierte Darstellung und unterrichtliche Behandlung anzustreben, um so der Bedeutung des Landes gerecht zu werden. **I**

Was wissen wir eigentlich über China?

Die Volksrepublik (VR) China spielt unbestritten mit ihren 1,3 Milliarden Menschen eine bedeutende Rolle in der globalisierten Welt. Sie hat in den letzten drei Dekaden einen Wandel vollzogen, der in der Geschichte der Menschheit in dieser Größenordnung ohne Beispiel ist. Kein Zweifel: Chinas Aufstieg verändert die Welt.

Fast täglich finden sich über dieses Land Meldungen unterschiedlicher Art in den Medien. Mehr denn je rückte gerade in diesem Jahr das „Reich der Mitte“ in den Fokus der Weltöffentlichkeit: Das unerwartete Schneechaos im

Januar, die weltweite Diskussion über den Tibetkonflikt im Frühjahr und die Erdbebenkatastrophe im Mai in der chinesischen Provinz Sichuan, die mit fast 70.000 Todesopfern eine weltweite Anteilnahme erfuhr. Unmittelbar danach waren es die anhaltenden Proteste während des vorolympischen Fackellaufs, die über mehrere Wochen für Gesprächsstoff sorgten.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erregten jedoch die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking. Für die chinesische Regierung bildete die Ausrichtung der Olympischen Spiele einen willkommenen Anlass, um der Welt die Erfolge von 30 Jahren Reform- und Öffnungspolitik zu präsentieren. Mit einer spektakulären Eröffnungsfeier und architektonisch beeindruckenden Sportstätten wurden neue Maßstäbe gesetzt. Die Resonanz der internationalen Presse fiel jedoch trotz der hervorragenden organisatorischen Durchführung relativ verhalten aus. Viel zu sehr wurde das Großereignis durch unzählige Auflagen und Regeln eingengt, um in den Medien als rundum gelungen apostrophiert zu werden. Vielfach drängte sich die Frage auf: Was ist das eigentlich für ein Land? Oder anders gesagt: Was wissen wir eigentlich über dieses Land?

Ein Land im rasanten Wandel

Ausgehend von der Gründung der VR China im Jahr 1949 war es vor allem Mao Zedong, der über Jahrzehnte die geschichtliche Entwicklung des Landes prägte. Ohne die Kenntnis dieser historischen Phase sind viele neuzeitliche Geschehnisse nur schwer nachvollziehbar.

Es dauerte fast 30 Jahre bis das chinesische Volk eine Entwicklung erfuhr, die bis in die Gegenwart anhält und sich mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Verbunden mit dem Namen Deng Xiaoping („werdet reich“) hat die VR China seit Ende 1978 eine Reformpolitik eingeleitet, die zur „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ führte und vor allem den wirtschaftlichen Sektor zu einer entscheidenden Determinante des Wandels im chinesischen Kulturraum werden ließ.

Die weitreichenden wirtschaftlichen Veränderungen ab Ende der 1970er Jahre gingen von der Landwirtschaft

aus. Um den quantitativen wie qualitativen Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung und den stagnierenden Einkommen der ländlichen Bevölkerung zu begegnen, wurde den Bauern mehr Verantwortung übertragen, die letztlich auch mit höheren Einnahmen verbunden war. Durch gezielte Maßnahmen leitete Deng Xiaoping damit den Beginn einer neuen Ära im gesamten chinesischen Wirtschaftssystem ein, d. h. den Übergang von einem planwirtschaftlichen in ein marktwirtschaftliches System. Dabei erwiesen sich die positiven Erfahrungen in der Landwirtschaft als Katalysator für den Ausbau von nichtlandwirtschaftlichen Betrieben. Vor allem in den wirtschaftlich höher entwickelten Küstenprovinzen und im Einzugsbereich der Großstädte ergaben sich Gelegenheiten, bestehende kleinindustrielle Strukturen zu fördern oder solche zu gründen.

In Folge kam es Anfang der 1980er Jahre in den Küstenprovinzen zur Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, in denen vor allem ausländische Investoren willkommen waren, zumal dies auch mit besonderen Privilegien verbunden war. Der Großraum Shanghai, das Perlfloss-Delta, die Metropolen des Landes und die Küstenprovinzen sind die Gewinner des Reformprozesses in der VR China. Das rasante Wachstum in den Küstenregionen und Großstädten veranlasste viele Bauern, in die Wachstumszentren zu ziehen, um sich dort als Wanderarbeiter zu verdingen. So wurden zwar ca. 300 Millionen Menschen aus ihrer Armut befreit, aber ergänzende rechtliche Maßnahmen für deren Schutz erst wesentlich später eingeleitet.

Gewachsen sind aber nicht nur die Wirtschaft, die Einkommen, das Selbstbewusstsein und auch eine gewisse Freiheit. Gewachsen sind auch die Probleme wie die Landflucht, die rasante Urbanisierung, die grassierende Umweltverschmutzung, die wirtschaftliche Überhitzung und vor allem die räumlichen und sozialen Disparitäten. Letztere äußern sich verstärkt in Form von Protesten und Ausschreitungen, begleitet von einer noch weitgehend mangelhaft ausgebildeten Rechtssicherheit für die Betroffenen.

Inzwischen hat man erkannt, dass rund 30 Jahre nach dem Beginn des Reformprozesses die alten Konzepte zunehmend weniger funktionieren, da die gegenwärtigen Wirtschaftsdaten unter

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

dem Einfluss der weltweiten Finanzkrise auf einen Rückgang des prozentualen Wachstums hinweisen. Die politische Führung weiß auch, dass China als „Billigmanufaktur“ langfristig keine Zukunft hat und dass es den Schritt zu einer Industrie mit höherer Wertschöpfung (Automobilproduktion, Software, Biotechnologie etc.) vollziehen muss. Die jüngsten Äußerungen von Hu Jiantao gehen in diese Richtung, wenn er sagt: „Wir sind bereit, für einen Platz am Tisch der High-Tech-Nationen zu kämpfen.“

Aber nicht nur wirtschaftlich steckt sich die chinesische Regierung hohe Ziele. Auch das Bildungssystem wird seit Jahren von Grund auf den aktuellen Tendenzen angepasst, um Kreativität, Initiative und Forscherdrang zu fördern. Erreichen will man dies beispielsweise durch neue Methoden zur Steigerung der Bildungsqualität an den chinesischen Hoch-

schulen. Die wichtigste Machtbasis der chinesischen Regierung ist jedoch der wirtschaftliche Erfolg. Wenn dieser Erfolg zunehmend ausbleibt, könnte diese Situation zu einer Destabilisierung innerhalb der neuen städtischen Mittelschicht und der Bauern führen.

In den Griff bekommen will die Regierung dieses Problem durch die im Oktober 2006 vom Zentralkomitee beschlossene „Errichtung einer harmonischen Gesellschaft“, die sich vom konfuzianischen Harmoniebegriff leiten lässt und damit an traditionelle Strukturen anknüpft.

Die derzeit kursierende globale Finanzkrise lässt zwar bisher die chinesische Führung noch in einem relativ positiven Licht erscheinen, aber sie könnte, bedingt durch die sinkende Nachfrage in den USA und Europa, ernsthafte Auswirkungen auf den chinesischen

Arbeitsmarkt haben und damit auf die angestrebte Harmonisierung der Gesellschaft.

Bildungspolitische Rahmenvorgaben

Die Dynamik der wirtschaftlichen Transformation und der damit verbundene Wandel in der VR China haben ohne Zweifel auch direkte Auswirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen in Deutschland. Insbesondere ein Bundesland wie Baden-Württemberg mit seinen weltwirtschaftlichen Verflechtungen dürfte ein verstärktes Interesse daran haben, die Entwicklungs- und Wandlungsprozesse in der Volksrepublik seinen Lehrenden und Lernenden zu vermitteln.

So streben die im Jahre 2004 herausgegebenen Bildungspläne für die allgemein bildenden Schulen in Baden-

Ein Schüler der 7. Klasse für Hochbegabte vom Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach am Neckar schreibt im Rahmen des Chinesischunterrichts Schriftzeichen in sein Heft.

picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Lernziele vorgeben. Übergreifendes Ziel der Umstrukturierung ist die Verwirklichung einer nachhaltigen Lernkultur.

Im Rahmen der durch die Bildungspläne vorgegebenen Fächerverbünde hat das Fach Geographie immer noch eine wichtige Funktion, da es zu einem großen Teil die Grundlagen für die Ausstattung, Inwertsetzung und Nutzung eines Lebensraumes sowie den damit verbundenen Problemen liefert. Ergänzt werden diese Grundlagen durch politische und soziale Inhalte des Faches Gemeinschaftskunde und durch grundlegende ökonomische Aspekte.

Ziel ist der mündige Bürger, der unter anderem in der Lage sein soll, sozio-ökonomische Situationen und Problemstellungen zu bewältigen. Die Kompetenzen hierzu sollen in einem Prozess der Komplexitätssteigerung und der zunehmenden Differenzierung in den jeweiligen Jahrgangsstufen altersgemäß umgesetzt werden.

Der curriculare Stellenwert des Unterrichtsthemas

Hier gilt es zu prüfen, inwieweit die unterrichtliche Behandlung des bevölkerungsreichsten Landes und viertgrößten Volkswirtschaft der Erde den hochgesteckten Zielen der Bildungs- und Lehrpläne gerecht wird und welcher Stellenwert dieser Thematik eingeräumt wird. Die Hauptschule beschränkt sich im Fächerverbund „Welt-Zeit-Gesellschaft“ (WZG) beim Thema China weitgehend auf die Vermittlung ausgewählter Basisinformationen, wie beispielsweise „Asien – Kontinent der Rekorde“ oder „China – bevölkerungsreichstes Land der Erde“. Auch ist die Erstellung eines Länderprofils anhand typischer Merkmale vorgesehen.

Ein etwas differenzierteres Vorgehen zeichnet sich in der Realschule im Fächerverbund „Erdkunde-Wirtschaft-Gesellschaft“ (EWG) ab. Die beteiligten Fächer sind inhaltlich und thematisch miteinander verflochten. Das Thema China ist zwar schwerpunktmäßig in den Themenbereich „Welthandel und Globalisierung“ integriert, erfährt aber quantitativ wie qualitativ relativ wenig Beachtung. Themenschwerpunkte wie „China – ein Drache erwacht“ oder „China – die Entwicklung in der Stadt und auf dem Land“ liefern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit nur wenig Einblicke in die Besonderheiten und die Probleme des Landes.

Württemberg das Ziel an, dass „die wachsende Komplexität unserer heutigen Welt (...) einer über die Fachsystematik hinausgehenden ganzheitlichen Betrachtungsweise bedarf.“ Ergänzt wird diese Zielvorgabe durch die Aussage von Hartmut von Hentig, dass „in einer sich schnell verändernden Welt (...) gerade die Einrichtungen zu aufmerksamer Beobachtung und sorgfältiger Berücksichtigung der Entwicklung verpflichtet sind, denen die Gesellschaft beides aufgetragen hat: Die Wahrung der Kontinuität und die Ermöglichung von Wandel.“

Aufgabe der Schule ist es in diesem Zusammenhang unter anderem, den Lernenden vernetztes Denken zu vermitteln. Methodisch-didaktisch unterstützt wird die Vorgehensweise durch neu eingeführte Fächerverbünde, die es ermöglichen, geeignete Themen und Fragestellungen

mehrperspektivisch zu erschließen und – basierend auf gesicherten fachlichen Kenntnissen – in einen übergreifenden Sinnzusammenhang zu stellen.

Der Unterschied der Bildungspläne zu den bisherigen Lehrplänen besteht darin, dass diese den Lehrenden größere pädagogische Handlungsspielräume verschaffen. Ergänzt wird diese Maßnahme an den allgemein bildenden Gymnasien durch die Einführung einer Kontingentschulstundentafel, über deren Gestaltung die Schule selbst entscheiden darf, und durch die Einbeziehung schulspezifischer Akzente, die der qualitativen Weiterentwicklung schulischer Arbeit dienen.

Die übrigen Schularten, vor allem im beruflichen Bereich (Berufsschule, Berufsfachschule und berufliche Gymnasien), orientieren sich weiterhin an den seitherigen fachbezogenen Lehrplänen, die wie bisher üblich, exakt formulierte

Der Fächerverbund „Geographie-Wirtschaft-Gesellschaft“ (GWG) an den allgemein bildenden Gymnasien strebt in den Jahrgangsstufen 6, 8, 10 und in der Kursstufe insgesamt eine ganzheitliche Betrachtungsweise an, das heißt die Vernetzung von Ökologie, Ökonomie sowie von sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhängen.

Während in der Sekundarstufe I unter anderem Grundkenntnisse über sozio-ökonomische Systeme wie Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen vermittelt werden, steht in der Kursstufe die Förderung von vernetztem Denken und von praxisnaher Wissensanwendung in unterschiedlichen Kontexten zur Förderung der Gesamtqualifikation an. Auch die Fähigkeit zum Dialog, zur Selbstreflexion, zur Lösung von Konflikten und zum kooperativen Arbeiten sowie der Erwerb einer raumbezogenen Handlungskompetenz, die Förderung eines interkulturellen Verständnisses und die Wertschätzung gegenüber anderen Lebens- und Wirtschaftsformen sind zentrale Anliegen des gymnasialen Unterrichts.

Das Thema China wird in dieser Schulart wesentlich stärker gewichtet als in den übrigen Schularten. Dienlich ist hierbei sicher auch die Freiheit der schulspezifischen inhaltlichen Gestaltung und Gewichtung der zur Verfügung stehenden Kontingenzstunden.

Modellhafte Projekte und Kulturaustausch

Vor allem durch die Bereitstellung integrativer Module (z. B. „Globale Herausforderungen und Zukunftssicherung – das Beispiel China“) kommt man den in den Bildungsplänen angestrebten Zielen wesentlich näher. Förderlich ist dabei sicherlich auch, dass das Erlernen der chinesischen Sprache sich im gymnasialen Bereich zunehmender Beliebtheit erfreut. Über 30 baden-württembergische Gymnasien pflegen zum Teil seit Jahren einen Schüleraustausch oder haben Kontakt mit chinesischen Partnerschulen. Außer diesen Kontakten gibt es weitere Ansätze zu einer intensiveren Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der fremden Kultur. Hervorzuheben ist dabei vor allem ein Projekt mit dem Titel „China – Sprache, Wirtschaft, Kultur“, das an drei allgemein bildenden Gymnasien im Großraum Stuttgart (Heinrich-Heine-Gymnasium in Ostfildern, Stiftsgymnasium in Sindelfingen sowie Ferdinand-Porsche-Gymnasium in Stuttgart) initiiert wurde. Im Rahmen dieses Projekts werden in Arbeitsgemeinschaften außer der Sprache vertiefende Kenntnisse über den Wirtschafts- und Kulturraum China vermittelt.

Die in Adelsheim angesiedelte China-Akademie und die Science Academy streben das Ziel an, chinesischen und deutschen Jugendlichen einen Kulturaustausch zu ermöglichen. Langfristig wird dabei eine Kooperation deutscher Begabtenförderprojekte mit chinesischen Schulen angestrebt, wobei die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Schulen läuft. Gute Englischkenntnisse, eine naturwissenschaftliche Orientierung und die Bereitschaft zur kulturellen Begegnung sind Voraussetzung für die Teilnahme. Die so genannte Science Academy, die jährlich von der Junior Akademie in Adelsheim veranstaltet wird, richtet sich an besonders begabte und leistungsbereite Schüler der Klassen 8 und 9 an Realschulen und Gymnasien. Sechs intensive Kurse, wie beispielsweise „Unsichtbares Licht“, „Philosophie“, „Molekularmedizin“ und „Mikrogravitation“ standen dieses Jahr auf dem Programm. Untergebracht sind die chinesischen Teilnehmer bei Gastfamilien, die über ganz Baden-Württemberg verteilt sind. Beides sind Projekte, die mit ihrer inhaltlichen und methodischen Konzeption Zukunft haben dürften.

China als Unterrichtsthema der beruflichen Schulen

Im Bereich der beruflichen Schulen wird nur noch am Wirtschaftsgymnasium das Fach Wirtschaftsgeographie angeboten, wenn nicht Informations- oder Finanzmanagement als Pflichtfach gewählt wurde. Wirtschaftsgeographie kann ohnehin nicht mehr als Prüfungsfach im mündlichen Abitur gewählt werden, da es nur noch in den Jahrgangsstufen 12 und 13 unterrichtet wird.

Der noch gültige Lehrplan vom Dezember 1998, der im Vergleich mit seinem Vorgänger von 1991 inhaltlich nur gering verändert wurde, weist bei einem Zeitrichtwert von 15 Unterrichtsstunden das Thema China nicht explizit aus. Es bleibt also dem zuständigen Fachlehrer überlassen, welche Inhalte er beim Rahmenthema „Globale Disparitäten und Verflechtungen“ auswählt.

Der 28-seitige Lehrplan (Juli 2005) des Fachs „Global Studies“, das gegenwärtig als Schulversuch an ausgewählten beruflichen Gymnasien Baden-Württembergs unterrichtet wird, verfolgt tendenziell ähnliche Ziele wie der Bildungsplan in der Kursstufe des allgemein bildenden Gymnasiums. Die Schüler sollen durch die Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen und interkulturellen Fragestellungen, Problemen und Zusammenhängen über eine entsprechende Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz verfügen.

Bei diesem Fach wird das Thema China nur an den Wirtschaftsgymnasien im Rahmen der Lehrplaneinheit 5 „Natur- und Wirtschaftsräume“ ausgewiesen. Der Fachlehrer hat dabei die Möglichkeit, bei einem Zeitrichtwert von 12 Unterrichtsstunden sich zwischen den Schwerpunkten Europa, Nordamerika und China als Wachstumsregion zu entscheiden.

In dem 35-seitigen Lehrplan (März 2006) für das Fach Wirtschaft (Schulversuch am beruflichen Gymnasium) bleibt das Thema China völlig unerwähnt. Es erfolgt zwar ein Hinweis auf die Lehrplaneinheit 4 „Globalisierung der Wirtschaft“ im Fach Global Studies. Ein Hinweis auf die Lehrplaneinheit 5 „Natur- und Wirtschaftsräume“ unterbleibt jedoch.

Neu im Bildungsangebot der beruflichen Gymnasien ist, beginnend im Schuljahr 2008/2009, das Wahlfach Chinesisch, das an sechs Wirtschaftsgymnasien angeboten wird. Die Schüler können ab der Eingangsklasse Chinesisch als zweistündiges Fach belegen und dieses in der Jahrgangsstufe 1 und 2 weiterführen. Damit können die Kurse für die allgemeine Hochschulreife angerechnet und das Fach Chinesisch als mündliches Abiturfach gewählt werden. In den drei Schuljahren erwerben die Schüler Kompetenzen in mündlicher Kommunikation sowie in Lese- und Schreibfertigkeit, die sie in die Lage versetzen, sich mündlich und schriftlich in Situationen des persönlichen Lebensbereichs und des beruflichen Alltags zu verständigen. Ein Schüleraustausch mit China wird bei den beruflichen Schulen Baden-Württembergs bisher nur von der Max-Weber-Schule in Freiburg praktiziert.

China im Schulbuch

Ein häufig verwendetes Arbeitsmittel im Unterricht ist für Lehrer wie für Schüler immer noch das Schulbuch, das einerseits der Informationsvermittlung dient, andererseits aber auch die Lernprozesse steuert, die zur Bewusstseinsbildung beitragen. In einer aktuellen Analyse zum Chinabild in den derzeit häufig verwendeten Geographie-Lehrbüchern kam Dieter Böhn (Universität Würzburg) zu folgenden Ergebnissen:

- der Schwerpunkt der Behandlung liegt auf sozioökonomischen Entwicklungen;
 - aktuelle kritische Fragestellungen werden nur teilweise aufgegriffen;
 - Probleme werden ansatzweise benannt und bewertet;
 - die Autoren sind um eine objektive Darstellung bemüht;
 - Chinas wirtschaftlicher Aufstieg wird betont und insgesamt positiv bewertet.
- Bemerkenswert ist auch ein in der Regel höherer Anteil visueller Elemente

gegenüber dem reinen Textteil, was letztlich zu einer Reduktion auf Kosten der Fakten und Wissensvermittlung führt. Verstärkt wird diese Vorgabe noch dadurch, dass Lehrkräfte, die sich mit dem aktuellen Geschehen in der VR China nicht beschäftigt haben, die zu vermittelnden Inhalte oftmals unreflektiert übernehmen und entsprechend an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben. Diese werden dadurch kaum befähigt, sich ein kritisches Urteil über dieses Land zu bilden oder ein solches abzugeben. So tragen auch gekürzte, aus dem Zusammenhang gerissene Zeitungsbeiträge, die in Schulbüchern sehr verbreitet sind, in der Regel wenig zu einer differenzierten Meinungsbildung bei.

Durch die Einführung der Fächerverbünde im Schuljahr 2004/2005 an allgemein bildenden Schulen liegen zwar Schulbücher vor, die über ein relativ neues Datenmaterial verfügen, inhaltlich der Erfüllung der Zielvorgaben in den Bildungsplänen aber nur teilweise gerecht werden können. In den dem Fächerverbund vorausgegangenen Geographie-Lehrbüchern, die auf den damaligen Lehrplänen basierten, waren zum Teil in der Jahrgangsstufe 9 in der Realschule noch sieben Doppelseiten (zum Beispiel „China unter der Lupe“) für die Behandlung des Themas vorgesehen. Wenn dann in einem Schulbuch, das im Fächerverbund „Erdkunde-Wirtschaft-Gesellschaft“ (EWG) in der Realschule gegenwärtig eingesetzt wird, nur noch zwei Doppelseiten für die Behandlung des Themas China vorgesehen sind, kann dies angesichts der Komplexität der Thematik nicht ausreichend sein für einen differenzierten Kompetenzerwerb. Denn die im integrierten Fächerverbund zum Teil quantitativ reduzierten fachlichen Inhalte führen dabei nicht unbedingt zum qualitativ gleichen Ergebnis. Es besteht eher die Gefahr, was vielfach von Betroffenen angesprochen wurde, dass bei der unterrichtlichen Vermittlung der Inhalte eher der Schwerpunkt auf den Fachbereich gelegt wird, mit dem sich die Lehrkraft während des Studiums auseinandergesetzt hat.

Da jedoch nicht in allen Schularten der Fächerverbund eingeführt wurde, kursieren in der schulischen Praxis auch noch Lehrbücher, die sich an den bestehenden Lehrplänen orientieren. Besonders auffällig ist dabei in einigen Schulbüchern der so genannte time-lag zwischen fachwissenschaftlichem Erkenntnisstand und den dargelegten Lehrbuchinhalten.

Bis sich die aktuellen Geschehnisse in den Lehrbüchern niederschlagen, können mehrere Jahre vergehen. Wenn man zudem bedenkt, wie lange manche

Lehrbücher in den Schulen aus Kostengründen im Umlauf sind, erübrigt sich die Frage nach der Aktualität der Inhalte.

Auch bei der Gestaltung neuerer Lehrbücher ist die thematische Aktualität oftmals nicht gegeben. So beinhaltet ein Wirtschaftsgeographie-Lehrbuch für die Oberstufe aus dem Jahr 2000 eine ausführliche Behandlung Nigerias auf zehn Doppelseiten. Den Schwellenländern im asiatisch-pazifischen Raum sind dem gegenüber nur drei Doppelseiten vorbehalten.

Wie aktuell sind audio-visuelle Unterrichtsmedien?

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der unterrichtliche Einsatz audio-visueller Medien, die ohne Zweifel ein integraler Bestandteil von Bildung sind. Massenmedien formen zwar einen beträchtlichen Teil des in den Köpfen verankerten Chinabildes, werden aber bei der Auswahl des zur Verfügung stehenden Materials oftmals von Kriterien geleitet, die dem realen Geschehen im Land nicht unbedingt gerecht werden. Umso mehr sollte in der unterrichtlichen Praxis die Mediennutzung ein Bild vermitteln, das der Realität zumindest nahe kommt.

China ist ein Beispiel für einen Raum mit großer Vielfalt und raschen Veränderungen. Bei den heterogenen Strukturen, die sich von Region zu Region oder von Provinz zu Provinz voneinander unterscheiden können, führt der Blick auf die Makroebene leicht zu falschen oder vereinfachenden Schlussfolgerungen. Von daher empfiehlt es sich, bei der visuellen Vermittlung der naturräumlichen Gestaltung und der gegenwärtigen sozioökonomischen Wandlungsprozesse exemplarisch vorzugehen.

Eine Medienrecherche zum Thema China beim Landesmedienzentrum Baden-Württemberg zeigt ein nicht rundum erfreuliches Ergebnis. Das liegt vor allem auch daran, dass es mitunter mehrere Jahre dauert, ähnlich wie bei den Schulbüchern, bis aktuelles Bildmaterial zur Verfügung steht. Dies entspricht im Zeitalter einer zunehmend digitalisierten Welt nicht dem Stand einer modernen Wissens- und Kommunikationsgesellschaft. Den angebotenen Medien wird zwar teilweise ergänzendes Arbeits- und Informationsmaterial beigegeben (z. B. SESAMI); es ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Informationen oftmals nicht mehr dem aktuellen Geschehen entsprechen und daher nicht mehr zeitgemäß sind. Ein verantwortungsbewusster, kritischer Umgang mit dem Medienmaterial setzt also voraus, dass die Lehrkraft, die das

Angebot nutzt, über Auswahlkriterien verfügt, die eine zeitnahe Vermittlung voraussetzt.

Wie ist es um die fachliche Kompetenz bestellt?

Ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Behandlung und Auseinandersetzung mit dem Thema China ist die fachliche Kompetenz der Lehrenden. Gerade in einem Themenbereich, der einerseits angesichts seiner Komplexität und problematischen Zugänglichkeit hohe Anforderungen an die sachliche wie didaktisch-methodische Kompetenz der Lehrkräfte stellt und der andererseits einem raschen Wandel unterliegt, sind Qualifikationen erhaltende und ergänzende Maßnahmen der Lehrerfortbildung erforderlich.

In mehreren Bundesländern müssen die Lehrerinnen und Lehrer ihre Fortbildungen nachweisen. In Baden-Württemberg wird die Weiterbildung jedoch den Betroffenen weitgehend selbst überlassen. Dass die Lehrerinnen und Lehrer sich in Eigenverantwortung um ihre Weiterbildung kümmern müssen, hat sicher Vor- wie Nachteile. Im Falle „China“ werden die interessierten baden-württembergischen Lehrkräfte jedoch ziemlich allein gelassen. Bei der Recherche an den gängigen Lehrerfortbildungsstätten des Landes stellte sich heraus, dass das Thema China in den letzten acht bis zehn Jahren äußerst gering bis gar nicht vertreten war. Die einzige Institution, die gelegentlich in ihrem Programm auf China bezogene Themen anbot, war das Studienhaus Wiesneck (Institut für politische Bildung Baden-Württemberg) in Buchenbach bei Freiburg. Wie die Leitung des Hauses mitteilte, waren es vor allem Veranstaltungen, die für gymnasiale Fachlehrer und ihre Schülerinnen und Schüler konzipiert waren, wobei nach Aussage des Direktors der Institution das Interesse am Thema China von Schülerseite sehr groß gewesen sei.

Wenn man bedenkt „dass das Bildungssystem auch der Ort ist, an dem die Lebens- und Berufschancen jedes heranwachsenden Bürgers hergestellt werden“ (vgl. Lothar Späth 2006), kommt der Weiterbildung der Lehrkräfte eine besonders wichtige Funktion zu, zumal im Zeitalter der Globalisierung eine einzige Ausbildung zu Beginn des Erwerbslebens längst nicht mehr ausreicht, um über einen längeren Zeit-

raum in bestimmten Themenbereichen kompetent zu sein. Ulrich Druwe, Rektor der Pädagogischen Hochschule Freiburg, fordert in einem aktuellen Beitrag der Badischen Zeitung sogar, dass die wissenschaftliche Weiterbildung in der Fachwissenschaft, der Fachdidaktik und der Schulpraxis obligatorisch werden muss, da die Lehrerinnen und Lehrer eine entscheidende Rolle für den Schulerfolg der Schüler spielen.

Die Lehrerfortbildung zum Thema China, ausgenommen die methodisch-didaktischen Fortbildungsmaßnahmen, die den Chinesisch-Unterricht betreffen, ist nach wie vor höchst unzureichend. Lehrerfortbildung ist hier sporadisch und zufällig. Es ist kein Konzept erkennbar.

Schlussfolgerungen

In der abschließenden Pressekonferenz zum Dresdner Bildungsgipfel im Oktober 2008 äußerte sich der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, derart, dass Konsens über die Notwendigkeit der Wirtschafts- und Praxisorientierung in der Schule bestehe. Darüber hinaus stellte er fest, dass Bildung kein statischer, sondern ein dynamischer Prozess sei. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, dass Bildung unser wichtigster Rohstoff und der Schlüssel dafür sei, dass wir unseren Wohlstand erhalten können.

Beim Thema China dürfte die Notwendigkeit der Vermittlung im Rahmen des Bildungsprozesses unbestritten sein, denn die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt ist derzeit der ostasiatische Raum, dessen Entwicklung die weltwirtschaftliche Struktur entscheidend verändern wird. Zudem zeichnen sich Tendenzen ab, dass der Westen das Monopol zur Führung der Welt verlieren wird. Beispielsweise forderten beim Treffen der 20 größten Wirtschaftsnationen Anfang November 2008 in Sao Paulo vor allem die BRIC-Schwellenländer (Brasilien, Russland, Indien, China) eine stärkere Einbindung in die weltwirtschaftliche Verantwortung. Auch die gegenwärtige globale Finanzkrise verschiebt zunehmend die globalen Gleichgewichte.

Wir stehen in Deutschland somit gegenwärtig nicht vor völlig neuen Herausforderungen, sondern vor Herausforderungen, die zum Teil bereits seit mehreren Jahren bekannt sind, und auf die wir die Lernenden vorbereiten müssen. Diese Vermittlung sollte aber nicht allein dem Engagement einzelner Schulen und engagierten Lehrerinnen und Lehrer überlassen werden, denn hierbei ist auch das staatliche Bildungssystem in der Pflicht.

Wenn man die Bildungs- und Lehrpläne kritisch analysiert, stellt man fest, dass zwar hohe Ziele formuliert werden, aber dass die Rahmenbedingungen nicht die optimalen Voraussetzungen für das Erreichen der angestrebten Ziele erfüllen und zum Teil noch sehr verbesserungsbedürftig sind. Beim Thema China fehlt es beispielsweise an einer ausgewogenen Betrachtung der wichtigsten Inhalte (ökologisch, sozial, ökonomisch, politisch, historisch), die für eine ganzheitliche Betrachtungsweise unerlässlich sind.

So ergab eine aktuelle repräsentative Meinungsumfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken Anfang 2008, dass ca. zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Entwicklung in China, wie sie derzeit abläuft, als drohende Gefahr empfinden. Auch Gunter Schubert (Universität Tübingen) äußerte in einem Radiointerview sinngemäß, dass der Umgang mit China durch unsere mangelnde Kenntnis über das Land und seine moderne Entwicklung erschwert wird.

Demgegenüber ergab eine repräsentative Umfrage, die im Frühjahr 2008 an 28 baden-württembergischen Schulen (Sekundarstufe I und II) durchgeführt wurde, dass das Schülerinteresse am Thema China groß ist, insbesondere an den allgemein bildenden Gymnasien und an den Wirtschaftsgymnasien. Wenn das Landesinstitut für Schulentwicklung in der Broschüre „Schule entwickeln – Qualität fördern“ eine stärkere „Orientierung an den Lernenden“ propagiert



UNSER AUTOR

Werner Spaeth studierte Geographie, Germanistik und Soziologie an der Universität Freiburg. Unterrichtliche Tätigkeiten am Beruflichen Gymnasium (WG). Derzeitig Doktorand an der Universität Freiburg mit einem Dissertationsthema über die gegenwärtige Entwicklung in der VR China. Arbeitsschwerpunkte: Seit über 25 Jahren Beschäftigung mit sozioökonomischen Entwicklungsstrukturen und Prozessen in Entwicklungsländern (Schwerpunkt VR China und Indien); interkulturelle und wirtschaftsethische Fragestellungen; Bildungspolitik.

und die Schüler als „Mitgestalter von Unterricht“ sieht, dann gibt es hier eine Gelegenheit, die es wahrzunehmen gilt, zumal dies mit einer optimierten Lerneffizienz verbunden ist.

Letztlich würde diese Vorgehensweise auch zum erstrebenswerten Ziel führen, die Volksrepublik China nicht als „Angstgegner“ zu empfinden, sondern auf Grund eines besseren Informationsaustausches in Form von Kooperation und Dialog als langfristig gleichwertigen und vertrauenswürdigen Partner.

LITERATUR

- Blume, Georg (2008): China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen. Hamburg.
- Böhn, Dieter (2008): Zum aktuellen Chinabild in deutschen Geographielehrplänen und -werken. Unveröffentlicht.
- Druwe, Ulrich (2008): Auch Lehrer müssen lernen. In: Badische Zeitung, 12.09.2008.
- Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.) (2007): Länderbericht China. Bonn.
- Hüther, Michael (2008): Hektik in der Schulpolitik. In: Handelsblatt, 24.10.2008.
- Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg (2006): Schule entwickeln – Qualität fördern. Stuttgart.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008): Politik & Unterricht, Heft 1/2008 (China – Eine neue Weltmacht?). Stuttgart.
- Messner, Dirk (2008): China könnte zum Stabilitätsanker werden. In: Handelsblatt, 18.10.2008.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2004): Bildungsplan Hauptschule Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2004): Bildungsplan Realschule Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2004): Bildungsplan Allgemein bildendes Gymnasium Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (1998): Lehrplan Wirtschaftsgeographie. Berufliches Gymnasium: Wirtschaftswissenschaftliche Richtung (WG). Stuttgart.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2005): Lehrplan Global Studies. Berufliches Gymnasium: (Schulversuch) AG, BTG, EG, SG, TG, WG. Stuttgart.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2006): Lehrplan Wirtschaft 2006. Berufliches Gymnasium WG (Schulversuch).
- Schnaas, Dieter (2008): Chinas wahres Gesicht – Warum wir den Drachen nicht mehr fürchten müssen. In: Wirtschaftswoche, 29.7.2008.
- Schucher, Günter (2007): Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit. In: China aktuell, Heft 5/2007, S. 40–69.
- Späth, Lothar (2006): Priorität für die Bildung. In: Handelsblatt, 29.11.2006.
- Späth, Lothar (2008): Wohlstand braucht Bildung. In: Handelsblatt, 22.10.2008.
- Spaeth, Werner (2008): Umfrage an baden-württembergischen Schulen (Sek. I und II) zum geographischen Interesse von Schülern am Beispiel der VR China. Unveröffentlicht.
- Willman, Katrin (2006): Neue Methoden zur Steigerung der Bildungsqualität an chinesischen Hochschulen. In: China aktuell, Heft 4/2006, S. 66–80.
- Wirtschaftswoche global (2008): China 2008 – Die neue Partnerschaft. Sondernummer vom 4.10.2008.

China im Überblick

Fläche	9.574.028 km ²
Bevölkerung	1.313.552.038 Einwohner = 137,2/km ² (Berechnung 2008)
Städte	Hauptstadt Beijing (Peking) 11,94 Mio. Einw.; Shanghai 15,58 Mio. Einw.; Chengdu 10,43 Mio. Einw.; Harbin 9,54 Mio. Einw.; Tianjin (Tientsin) 9,26 Mio. Einw.; Guangzhou (Kanton), 7,25 Mio. Einw.; Qingdao (Tsingtau), 7,20 Mio. Einw.; Xi'an (Sian) 7,16 Mio. Einw.
Sprachen	Standard-Hochchinesisch (Putonghua) ist Amtssprache; verschiedene chinesische Dialekte (Yue, Wu, Minbei, Minnan, Xiang, Gan, Hakka); Sprachen der nationalen Minderheiten (Tibetisch, Uigurisch, Mongolisch).
Religionen	Buddhismus (rd. 130 Mio.), Daoismus (rd. 30 Mio.), Islam (rd. 20 Mio.), Protestantismus (rd. 15 Mio.), Katholizismus (rd. 4 Mio.) sind offiziell anerkannt.
Urbanisierungsrate	Lt. Volkszählung 2000 bei 36%; die UN gaben für Mitte 2007 42,2% an, wobei die ca. 150 Millionen Wanderarbeiter nicht berücksichtigt wurden.
Human Development Index / HDI	Rang 81 (177 erfasste Staaten); Wert: 0,777 (2005)
BIP pro Kopf (PPP)	5.870 US-Dollar (Schätzung 2008)
Währung	1 Renminbi Yuan = 10 Jiao; 1 Euro = 10,32 RMB
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	UNO und UN-Sonderorganisationen, Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), Asia-Europe Meeting (ASEM), Asia Development Bank (ADB), Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), World Trade Organization (WTO), G-77, Blockfreie (Beobachter)

Landesnatur und Klima

China ist nach Russland, Kanada und den USA der viertgrößte Staat der Erde (Nord-Süd-Ausdehnung rd. 4.200 Kilometer; Ost-West-Ausdehnung rd. 4.500 Kilometer). Vom hoch gelegenen Westen (Zentralasien) fällt das Land in Stufen zum Tiefland am Pazifik im Osten ab. 33 Prozent der Gesamtfläche sind Gebirge, die von West nach Ost verlaufen. Das Qinghai-Tibet-Plateau (bis 5.000 Meter Höhe) gilt als „Dach der Welt“. Während Hochlandregionen und Gebirge im Westen liegen, prägen Hügelländer (10%) und fruchtbare Tiefebene (12%) den Osten und Nordosten. Hier liegen auch die Unterläufe des Gelben Flusses (Huanghe; 5.464 Kilometer Länge) und des Langen Flusses (Jangtse; 6.300 Kilometer Länge). Beide Flüsse sind für die Bewässerung wichtig. Große Klimascheiden verlaufen zwischen Nord und Süd bzw. zwischen Ost und West. Im Sommer sind kaum Temperaturunterschiede zu verzeichnen, im Winter hingegen gibt es krasse Gegensätze zwischen Nord und Süd. Die Niederschlagsmengen sinken (unter anderem wegen unterschiedlicher Monsuneinwirkungen) stufenweise von Südost (1.500-2.000 Millimeter pro Jahr) nach Nordwest (zum Teil unter 50 Millimeter). Aufgrund der starken Schwankungen von Jahreszeit zu Jahreszeit bzw. von Jahr zu Jahr droht ständige Dürre- bzw. Hochwassergefahr. Das rasante Industriewachstum, Bevölkerungsdruck

und in einigen Landesteilen die Zersiedelung verschärfen die ökologische Problematik (vgl. auch den Beitrag von Eva Sternfeld in diesem Heft).

Politik

Die am 1. Oktober 1949 gegründete Volksrepublik China versteht sich als sozialistischer Staat unter Führung der Kommunistischen Partei (KP) Chinas. Nach heftigen Linienkämpfen, die in der 1966 ausgelösten „Kulturrevolution“ gipfelten, trat das Land unter Deng Xiaoping 1978 in eine Phase der Öffnung ein (vgl. den Beitrag von Christoph Müller-Hofstede in diesem Heft). 1993 wurde der Übergang zu einem System der „sozialistischen Marktwirtschaft“ in der Verfassung niedergeschrieben. Staatsoberhaupt und Generalsekretär der KP Chinas ist Hu Jintao, der am 15. März 2008 vom Nationalen Volkskongress für eine zweite fünfjährige Amtszeit mit 2.956 Ja-Stimmen (bei drei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen) gewählt wurde. Der am 5. März 2008 zusammengetretene XI. Nationale Volkskongress als Einkammerparlament zählt 2.987 Abgeordnete. Die Abgeordneten werden für fünf Jahre indirekt über die Volkskongresse der Provinzen und gleichgestellten Gebiete sowie die Armee gewählt. Der Nationale Volkskongress tritt einmal jährlich zusammen. Dem Ständigen Ausschuss, der die laufende Parlaments-

arbeit erledigt, gehören 161 Mitglieder an; das Präsidium des Nationalen Volkskongresses hat 14 Mitglieder. Die Führungskader der KP sitzen an allen wichtigen Schaltstellen der Politik und Gesellschaft. Charakteristika des politischen Systems sind:

- eine zentralisierte Hierarchie von Parteiorganen mit strikten Unterordnungsverhältnissen in allen Bereichen von Politik, Verwaltung, Justiz, Militär, Polizei, Wirtschaft und Gesellschaft;
- die von der KP kontrollierte Rekrutierung und Beaufsichtigung von Führungskräften in staatlichen Organen sowie in Wirtschaftsunternehmen und anderen gesellschaftlichen Organisationen;
- Kampagnen zur ideologischen Indoktrinierung und Bekämpfung politischer Abweichungen innerhalb der Partei sowie ein striktes Verbot der Bildung innerparteilicher Gruppierungen;
- parteigelenkte Massenpropaganda und selektive Vermittlung von Informationen gegenüber der Bevölkerung sowie Lenkung der öffentlichen Meinung mittels politisch kontrollierter Medien (vgl. Heilmann, S. 22ff.).

Verwaltung

Das Verwaltungssystem der Volksrepublik China umfasst sechs Ebenen:

- (I.) die zentrale Ebene mit den politischen Führungsorganen der KP, dem Staatsrat und Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses;



- (2.) die Provinzebene mit 22 (einschließlich Taiwan 23) Provinzen, fünf Autonomen Regionen, vier provinzfürer, der Zentralregierung unmittelbar unterstellten Städten und zwei Sonderverwaltungszone (Hongkong und Macau);
- (3.) die Bezirksebene mit 50 Regierungsbezirken und 283 kreisfreien Städten;
- (4.) die Kreisebene mit 2.860 Verwaltungseinheiten;
- (5.) die Gemeindeebene mit 15.316 Gemeinden, 19.369 Kleinstädten sowie 6.355 Stadtteilen (Stand 2006);
- (6.) die Ebene begrenzter Selbstverwaltung (ca. 640.000 Dörfer und städtische Straßenzüge).

In allen Einheiten hat ein KP-Komitee mit einem Parteisekretär an der Spitze die politische Führung. Mit Ausnahme der letzten Ebene haben alle Verwaltungseinheiten eigene Volksvertretungen (Volkskongresse) und Regierungen (Volksregierungen), die vom Volkskongress gewählt werden (tatsächlich aber werden sie in der Regel von KP-Komitees über das Nomenklatursystem bestimmt).

Bevölkerung und Ethnien

Das durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstum betrug von 1995 bis 2000 0,9 Prozent; von 2000 bis 2005 0,8 Prozent. Schätzungen zufolge beträgt das Bevölkerungswachstum von 2005 bis 2010 0,6 Prozent. Als Folge der Bevölkerungspolitik macht sich auch in China der demographische Wandel bemerk-

bar. Geburten- und natürliche Wachstumsraten zeigten in der letzten Dekade einen kontinuierlichen Abwärtstrend. Die politische Führung der Volksrepublik China will an der strikten Geburtenkontrolle festhalten (vgl. den Beitrag von Bettina Gransow in diesem Heft). Die Han-Chinesen stellen mit 91,6 Prozent (Volkszählung von 2000) die größte Bevölkerungsgruppe der Volksrepublik China dar. Die übrigen 8,4 Prozent setzen sich aus Zhuang (16,2 Mio.), Mandschu (10,7 Mio.), Hui (9,8 Mio.), Miao (8,9 Mio.), Uiguren (8,4 Mio.) Tu-jia (8,0 Mio.), Yi (7,8 Mio.), Mongolen (5,8 Mio.), Tibetern (5,4 Mio.) und weiteren ethnischen Gruppen zusammen. China ist ein nur scheinbarer toleranter Vielvölkerstaat. Die Mehrheitsbevölkerung der Han hat nur ein geringes Verständnis für die ethnischen Minderheiten; die Kontrolle durch Peking ist teilweise sehr rigide (vgl. den Beitrag von Thomas Heberer in diesem Heft).

Wirtschaftslage

Die Wirtschaft der Volksrepublik China wuchs 2007 im sechsten Jahr in Folge in zweistelliger Höhe. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2007 nach vorläufigen amtlichen Angaben real um 11,4 Prozent. Der Beitrag des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei) zum BIP betrug 11,7 Prozent, der sekundäre Sektor (Bergbau, Industrie und Handwerk) stellte 49,2

Prozent und der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) 39,1 Prozent. Die Industrie ist weiter der Motor der Wirtschaft (vgl. die Beiträge von Xuewu Gu und Markus Taube in diesem Heft). Nach Angaben der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) verzehnfachte sich der Anteil der Volksrepublik China am Welthandel in den Jahren von 1978 bis 2006 von 0,8 Prozent auf 8,0 Prozent. Im Jahr 2007 wuchs er um 23,5 Prozent auf 2.173,8 Milliarden US-Dollar. Das Exportwachstum übertraf mit 25,7 Prozent wiederum das der Importe, so dass der Handelsbilanzüberschuss auf 262,2 Milliarden US-Dollar anstieg. Im gesamten Welthandel liegt China auf dem dritten Platz, bei den Exporten noch knapp hinter Deutschland auf Platz zwei. Je abhängig von den Auswirkungen der Finanzkrise des Jahres 2008 ist damit zu rechnen, dass die Volksrepublik China die Bundesrepublik bei den Exporten im kommenden Jahr überholen wird.

QUELLEN

Der Fischer Weltatlas 2008. Zahlen, Daten, Fakten. Frankfurt am Main.
 Heilmann, Sebastian: Charakteristika des politischen Systems. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Heft 2898 (Volksrepublik China). Bonn 2005, Seite 22-32.
 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Politik & Unterricht, Heft 1-2008 (Volksrepublik China. Eine neue Weltmacht?). Stuttgart.
 Munzinger Archiv Online.

**Sand und Seide – eine
Sammelrezension zur Seidenstraße**

Thomas A. Höllmann:
Die Seidenstraße.

C.H.Beck Verlag, München, 2. Auflage 2007,
128 Seiten, 7,90 Euro.

Geschichtsmagazin DAMALS in
Zusammenarbeit mit der Wissenschaft-
lichen Buchgesellschaft (Hrsg. von):
Fernhandel in Antike und Mittelalter.

Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 2008,
127 Seiten, 24,90 Euro.

Bruno Baumann:
**Abenteuer Seidenstraße.
Auf den Spuren alter Karawanenwege.**

Herbig Verlag, München, 2. Auflage 2007,
288 Seiten, 19,90 Euro.

Seit mehr als 2000 Jahren gilt die Seidenstraße als ein Symbol für wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen Asien und Europa. Über Jahrhunderte war sie die wichtigste Handelsroute von China bis zum Mittelmeer. Lange Zeit also bevor die „Globalisierung“ zum Begriff wurde, befand sich die weltumspannende Verflechtung zivilisatorischer Zentren schon voll im Gange. Auf der Seidenstrasse gelangten kostbare Waren, religiöse Vorstellungen und Veränderung verheißende Erfindungen von Ost nach West und umgekehrt. Dabei müsste man eigentlich von „den Seidenstrassen“ sprechen, denn die transkontinentale Verbindung bestand nicht aus einem einzigen Karawanenweg, sondern aus einem riesigen Netz von Handelsrouten über landgestützte Trassen und Seewege. Der Reisende vergangener Jahrhunderte musste die Unwägbarkeiten der Natur mit einem aus heutiger Sicht bescheidenen Equipment bestehen. „Nach allen Richtungen ausspähend, so weit das Auge reicht, um den rechten Weg zu finden, findet man nichts anderes als die ausgebleichten Gebeine toter Menschen, die den Weg bezeichnen“ – so schildert der buddhistische Mönch Faxian seinen Weg durch die Takla Makan-Wüste im vierten Jahrhundert. Aber nicht allein für Reisende ferner Jahrhunderte birgt die Seidenstrasse unwägbar Risiken. Auch das Vorhaben, die Geschichte des Wegenetzes auf ein paar hundert Seiten zusammenzufassen – vom sicheren Schreibstisch aus über Gefahren räsonierend –, stellt ein Wagnis dar. Dies betont der Münchner Sinologe und Ethnologe Thomas A. Höllmann im Vorwort seines hundertseitigen Taschenbuches *Die Seidenstrasse*. In sieben Kapiteln, etwa zu

„Landschaften und Routen“, „Pilgern und Propheten“ oder über „Kunst und Erfindergeist“ bündigt Höllmann das Risiko, in einer abenteuerlichen Wissensflut über verschiedene Vegetationszonen, Epochen und Kulturräumen orientierungslos unterzugehen. Mit Sinn für wertvolle Details folgt er so den Sprachbarrieren entlang der Seidenstrasse, skizziert die ethnische Vielfalt und zieht Rückschlüsse auf die besonderen Fähigkeiten der Übersetzer und ihre Schlüsselfunktion für die Kaufleute, die in Etappen handelten und sich in Karawansereien trafen, um Waren und Wissen zu tauschen. Brücken seien häufig iranische und türkische Sprachen gewesen – der Begriff Dolmetscher beispielsweise leitet sich ab vom türkischen *dilmaç*. Archäologische Funde an der Seidenstrasse wie Felsinschriften, Schriftrollen, Fragmente aus Palmblättern, Birkenrinde, Seide und Pergament bezeugen die enorme Vielfalt an Sprachen, denen im Grunde drei Schriftmodelle zugrunde liegen: das Aramäische, von rechts nach links geschrieben, Brahmi von links nach rechts und das von oben nach unten angeordnete Chinesische. Einige Jahrzehnte nach dem Tod Dschingis-Khans (gestorben 1227) umfasste das Weltreich der Mongolen beinahe das gesamte landgestützte Routennetz, die Pax Mongolica. Wenngleich dieser Verbund recht bald wieder zerbrach, war es unter den Weltreichen der Menschheitsgeschichte das bislang größte geschlossen kontrollierte Territorium. Die erfolgreichen Kriegszüge Dschingis-Khans und gesellschaftlichen Neuerungen, wie etwa die Regelung der sozialen Stellung nicht mehr durch Abstammung sondern durch Leistung, hatten hierzu die Grundlage geschaffen. In der nachfolgenden Generation wurden wichtige administrative Grundlagen geschaffen wie die Ausgabe von Papiergeld, der Bau von Brunnen und Speichern und die Schaffung eines Kurierdienstes. Von Marco Polo, dem venezianischen Kaufmannssohn, der Vater und Onkel nach Peking begleitete, sind zahlreiche Schilderungen des mongolischen Imperiums überliefert. Es waren aber vor allem Pilger im Dienste ihrer Religion, die ihre Eindrücke schriftlich festhielten, denn der Mehrzahl der Kaufleute war im Sinne der Geschäfte wenig daran gelegen, ihre Erfahrungen weiter zu vermitteln. Bedeutende Pilger der Weltreligionen Christentum, Buddhismus und Islam sowie berühmte Forscher und Abenteuerer erfasst Höllmann übersichtlich in eigenen Abschnitten: Faxian, der buddhistische Mönch, der

im Jahr 399 von Chang'an nach Indien aufbrach und mit 150 buddhistischen Reliquien und mehr als 650 Schriften heimkehrte. Oder Ibn Battuta – der im 14. Jahrhundert für die islamische Welt bedeutete, was Marco Polo für das christliche Abendland repräsentierte –, der auf seinen Reisen von Marokko bis nach Indien mehr als 100.000 Kilometer zurücklegte und dessen Beschreibungen etwa der Umstände von Witwenverbrennungen von großer Präzision zeugen.

Licht auf die im Dunkel der Vergangenheit verlaufenen Reisespuren wirft Thomas Höllmann mit einer inhaltlich übersichtlichen Struktur sowie Tabellen, Handelslisten, Übersichtskarten und Zeittafeln. Eingestreut sind einzelne Bilder und Zeichnungen. Besonders aufschlussreich ist das Kapitel zum Wissenstransfer. Der Kompass beispielsweise gelangte nach dem 12. Jahrhundert von China aus in die arabisch-persische Welt. Auch Neuerungen im Schiffbau wie die Konstruktion von Schotten, den quer zur Kiellinie verlaufenden Trennwänden für den Fall eines Lecks, wurden in China erfunden und gelangten im 18. Jahrhundert, rund tausend Jahre später, nach Europa. Chinesischen Alchemisten ist auch die Entdeckung des Schießpulvers zuzuschreiben, denn die Erfindung von Schusswaffen geht dorthin und auf das 12. Jahrhundert zurück – in Europa wurden die übernommenen Erkenntnisse weiterentwickelt.

Abschließend begibt sich der Autor auf eine Tour d'Horizon durch die aktuelle Situation in Ländern entlang der Seidenstrasse. Hier sei heute so manches Pulverfass aufgestellt, so Höllmann und verschließt die Augen nicht vor den Schatten der Globalisierung. Unter dem Titel „Öl und Opium“ lenkt er die Aufmerksamkeit auf Machtkollisionen und Spannungspotentiale in zahlreichen Regionen Zentralasiens, die mit den einseitigen Absichten globaler Akteure im Blick auf Pipelinebau und Energieversorgung oftmals eng verflochten sind. Die Geschäfte mit dem Krieg prosperieren, wie der boomende Schlafmohnanbau in dem von Armut geplagten Afghanistan bezeugt. Zeitweise sei die Produktion so ergiebig gewesen, dass mit dem daraus hergestellten Heroin drei Viertel des Weltmarktes versorgt werden konnten. Für den Export der Drogen würden vor allem alte Routen der Seidenstrasse genutzt. So gleicht die Seidenstrasse in manchen Abschnitten eher einem Schmugglerpfad als einem Handelsweg.

Von fernen Ländern und reichen Händlern berichtet der Band *Fernhandel in Antike und Mittelalter*, der in Zusammenarbeit von *Wissenschaftlicher Buchgesellschaft* und dem *Geschichtsmagazin DAMALS* herausgegeben wurde. Die Frühgeschichte der Globalisierung, wirtschaftliche und kulturelle Grenzüberschreitungen stehen im Zentrum dieses Bandes – neben der Seidenstraße florierten einst weitere Handelsnetze wie Bernsteinstraße, Pelzstraße und Weihrauchstraße. Im 7. Jahrhundert profitierte der altorientalische Fernhandel von Lapislazuli, Glas und Gold. Der von Griechen, Phöniziern und später Römern betriebene Güteraustausch verband Knotenpunkte der klassischen Mittelmeerwelt, und beim Handel zwischen Arabien und Süd- und Ostasien spielten der Seeweg und muslimische Händler eine große Rolle. Auf der Reise in eine andere Welt beschreibt Folker Reichert, Historiker an der Yokohama National University in Japan, die Seidenstraße als Handelsweg und mythischen

Ort zugleich. Dem Leser bietet Folker aus dem komplexen Themenspektrum einzelne Schlüsselthemen dar und verknüpft diese in gut lesbarem Stil. Welch tiefe Wurzeln der Jahrhunderte lange Kultur- und Handelsaustausch geschlagen habe, zeige sich etwa an dem arabischen Wort *atlas zaituni* für die aus fernen Landen exportierten Seidenstoffe. Als „Satin“ ging es in die europäischen Sprachen ein und blieb bis heute erhalten. Der Begriff „Seidenstraße“ selbst ist nicht sehr alt. Er geht auf den deutschen Geographen Ferdinand von Richthofen zurück, der mit dem Auftrag Bodenschätze zu explorieren, zwischen 1868 und 1872 quer durch China reiste. Auch von den Reisen Marco Polos wird berichtet. Dass dieser bis 1292 insgesamt 17 Jahre im Dienste des Großkhans gestanden habe, vier Fremdsprachen und ebenso viele Schriftarten beherrschte und im Gefolge des Großkhans an Kriegszügen teilgenommen habe. Zu den Seltsamkeiten, die Marco Polo überlieferte, gehört etwa die Schilderung des Männerkindebetts in der Provinz Zardandan,

dem heutigen Yunnan. Nach der Geburt seines Kindes legte sich der Vater demnach für 40 Tage mit dem Säugling ins Bett und wurde von der Mutter rundum versorgt. In Tibet seien junge Mädchen den durchreisenden Fremden für die Nacht überlassen worden, um sie vor ihren späteren Ehen mit einem statthaften Erfahrungsschatz zu wappnen: Wenn die Reisenden wieder aufbrachen „gehört es sich, dass sie den jungen Frauen, mit denen sie die Nächte verbrachten, ein Schmuckstück oder ein Andenken geben, damit diese bei einer zukünftigen Heirat ihre Liebeserfahrungen beweisen können. Es ist Sitte, dass jedes Mädchen mehr als zwanzig solcher Andenken an seinem Hals trägt, um zu zeigen, wie viele Männer schon Vergnügen mit ihr gehabt haben. Die Frau mit dem reichsten Halsschmuck ist die beste und begehrteste; die Tibeter sagen, sie sei begnadet wie keine andere.“ (Seite 52) Mit solchen und anderen Anekdoten gibt Folker die Begegnungen der Völker durch die Jahrhunderte hindurch zum Besten und zeigt, wie der Kontakt zwischen den Wirtschaftsräumen an kulturelle Selbstverständnisse rührte.

Dass die Seidenstraße vom Handelsvolumen her gesehen im Schatten des Güteraustausches zwischen der arabischen und asiatischen Welt stand, darauf verweist Stephan Conermann, Islamwissenschaftler der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, in seinem Beitrag *Unter dem Einfluss des Monsuns*. Über Jahrhunderte hinweg, bis zu den Entdeckungsfahrten der Portugiesen, dominierten muslimische Händler die Seewege zwischen Arabien und Südostasien. Historische Entwicklungen, politische Konstellationen und die Transportbedingungen innerhalb des Handelsraumes werden in Zügen nachgezeichnet. Bereits im 8. Jahrhundert fanden muslimische Kaufleute ihren Weg über den Indischen Ozean, in Ostafrika kam es im 9. Jahrhundert zu muslimischen Siedlungen. Zwischen dem 10. und dem 15. Jahrhundert verlagerten sich die interregionalen Haupthandelsrouten von Bagdad und Damaskus hin nach Kairo und Aden. Mit der territorialen Ausdehnung des Delhi-Sultanates im 14. Jahrhundert gerieten auch die Häfen der indischen Westküste unter muslimischen Einfluss und zur gleichen Zeit breitete sich der Islam auf dem indonesischen Archipel weiter aus. Zu den transkontinentalen Handelsgütern der östlichen Zivilisationen gehörten vor allem Seide, Porzellan, Pfeffer und Sandelholz, die gegen Weihrauch, Gummimarabikum, Harz, reinrassige Pferde,

Landeszentrale trauert um ihren Gründungsdirektor Theo Götz

Die Landeszentrale für politische Bildung trauert um ihren ersten Direktor Theo Götz, der am 15. September 2008 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

Theo Götz war vom 1.4.1973 bis 16.5.1976 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und hat sich um die politische Bildung in hohem Maße verdient gemacht. Die Demokratie und die politische Bildung waren ihm stets ein Herzensanliegen. Seine fortwährende Verbundenheit mit der Landeszentrale für politische Bildung hat er auch dadurch gezeigt, dass er bis in sein letztes Lebensjahr hinein gern gesehener Gast unserer Weihnachtsfeiern und zahlreicher Veranstaltungen war. Aufgrund seines breiten ehrenamtlichen Engagements in vielen Bereichen wusste er um die Anliegen der Menschen und vertrat deren Interessen mit großem Einfühlungsvermögen. Das Wirken von Theo Götz, Träger des Bundesverdienstkreuzes, Erster Klasse und der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg, hat in vielen Bereichen sein Umfeld geprägt. Hauptsächlich den drei Säulen Politik, Schule und Sport galt sein besonderer Einsatz. Neben seiner Tätigkeit als Gemeinderat der Stadt Pfullingen war er als Mitglied des Kreistages und als Landtagsabgeordneter Teil des öffentlichen Lebens. Beinahe 20 Jahre stand Theo Götz als Schulleiter dem Friedrich-Schiller-Gymnasium in Pfullingen vor und hat die Geschicke der Schule engagiert und dynamisch bestimmt. Als Vorsitzender des Sportkreises und als Landesvorsitzender der Deutschen Olympischen Gesellschaft gestaltete er maßgeblich den Sport mit.

Durch den Tod von Theo Götz verliert die Landeszentrale einen treuen Freund und langjährigen Weggefährten. Wir werden ihm in Dankbarkeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Lothar Frick
Direktor

Christine Kuntzsch
Personalratsvorsitzende

Elfenbein, Baumwollstoffe und Metallwaren getauscht wurden. Conermann erläutert ökonomische Grundlagen des Handelssystems wie Münzpolitik, den Umgang von Währungshütern mit unautorisierten Münzprägungen und die Notwendigkeit von Preisindizes zur Wertbestimmung von Waren. Ein Exkurs gilt den Besonderheiten islamischen Rechts, das prinzipiell alle Geschäfte ausschloss, die mit Alkohol, Rauschmitteln, Prostitution oder unrein geschlachtetem Fleisch zu tun hatten. Die Ablehnung des Korans gegenüber Zinsnahme bei Schuldverschreibungen wurde in der Auslegung jedoch recht unterschiedlich betrieben. Aufschlussreich ist der Abschnitt zu den reichen nautischen Traditionen des Mittleren Ostens und Indiens im 16. Jahrhundert, die in mathematischen Methoden zur exakten Bestimmung von Breitengraden und Sternenhöhe gründeten. Unterschiedliche Methoden der Navigation erläutert Conermann ebenso wie das ausgefeilte Schiffhandwerk. Der transkontinentale Seehandel lief komplementär zum zentralasiatischen Karawanenhandel und vor dem 16. Jahrhundert hingen globaler Handelsrhythmus und weltweites Handelsvolumen davon ab, dass diese beiden Güterkreisläufe funktionierten, so Conermann. Beeinträchtigten politische Schwierigkeiten den Warenaustausch über Land, gewann an seiner Stelle der Seehandel an Bedeutung und umgekehrt. Hier schließt sich der Kreis zur Seidenstraße. Anhand der beiden exemplarisch besprochenen Beiträge bleibt festzuhalten, dass der mit einer Fülle an Abbildungen – Bildern, Miniaturen und Fotografien – sorgfältig illustrierte Band den Leser zu einer reichhaltig informierenden und zugleich unterhaltsamen Reise durch die Wirtschaftsgeschichte entführt. Komplexe Zusammenhänge werden hier von Fachleuten fundiert vermittelt, auch für den thematisch Unvorgebildeten. Der kompakte Literaturanhang jedenfalls lädt zu weiter gehender Lektüre ein.

Dem *Abenteuer Seidenstraße. Auf den Spuren alter Karawanenwege* folgt der österreichische Abenteuerer, Schriftsteller und Filmemacher *Bruno Baumann* seit mehr als einem Jahrzehnt. Die Impressionen aus den Regionen Zentralasiens und Chinas gehen weit über eine reine Reisereportage hinaus; sie sind eingebunden in historische Hintergrundberichte zu den Reiseetappen von Xian bis Samarkand und immer wieder in Bezug zur Gegenwart gestellt. Im Fall des ersten chinesischen Kaisers etwa, Qin Shihuangdis, der zwischen 221 und 206 vor Christus die kurze Dynastie der Qin

begründete, von der sich der heutige Name „China“ ableitet. In Shihuangdis Regierungszeit wurden mit dem Bau von Straßen und Befestigungsanlagen sowie der Vereinheitlichung von Maßen wichtige Weichen für die Entwicklung der Seidenstraße gestellt. Bereits zu Lebzeiten begann Shihuangdi mit dem Bau eines monumentalen Grabmales, das ihm, gottgleich, über den Tod hinaus Macht und Reichtum sichern sollte. Im Jahr 1974 stießen Archäologen im Umland der Stadt Xian auf die weltberühmte Armee der Tonkrieger, die einst den Auftrag hatte, ihren Kaiser über den Tod hinaus zu bewachen. 6.000 der vermuteten 7.600 Tonsoldaten sind mittlerweile ausgegraben und kein Krieger gleicht einem anderen, wonach die echte Armee des Kaisers Modell gestanden zu haben scheint. Als achtetes Weltwunder bezeichnet Baumann die Terrakotta-Armee, deren Kopien bereits durch die Museen der Welt gewandert sind, mit Blick auf die Vermarktung im Souvenir-Handel. Mit seinen Beschreibungen vergangener Völker, Religionen und Staatsformen trägt Baumann ein buntes Kaleidoskop kultureller Vorstellungen- und Lebenswelten zusammen. Lebendige Sprache vermittelt wertvolles Grundlagenwissen. Der Leser wird aufgeklärt über den Siegeszug der Seide, die zum Namensgeber der weltberühmten Handelsrouten wurde, auch über die hohe Kunst ihrer Herstellung, dessen Geheimnis in China viele Jahrhunderte lang bewahrt wurde, um die Monopolstellung zu wahren. Von den Bedingungen der Seidenraupenzucht bis zum Abwickeln des mehr als einem Kilometer langen Seidenfadens vom Kokon des echten Seidenspinners. Im China der Han-Dynastie, die zeitgleich mit dem Römischen Reich zur Großmacht aufstieg, wurde die Seide zu einem Wertgegenstand wie Gold, Silber oder Kupfer und erlangte den Status einer Art Leitwährung.

Der besondere Reiz des Buches liegt in der Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart, der Leser wird ebenso mit Geschichte wie mit aktuellen Umweltproblemen oder Konfliktfällen wie zwischen der KP Chinas und der Falun-Gong-Bewegung konfrontiert. Mit seiner Schilderung der Durchquerung der Alashan-Wüste hebt sich Baumann von dem heutigen Heer um die Welt reisenden Backpacker auf der Suche nach Selbsterfahrung deutlich ab. Der abenteuerliche Sologang durch den gefährlichsten Sandbereich der Wüste Gobi war von extremem Durst, Halluzinationen und totaler Erschöpfung begleitet. Den seidenen Faden des Lebens vor

Augen, muten dem Leser im heimischen Sessel derartige Grenzerfahrungen höchst befremdlich an. Anschaulich aber wird hier das enorme Risikopotential, dem sich auch jene reisenden Kaufleute, Gelehrte und Mönche aussetzten, die den Ruhm und die Bedeutung der Seidenstraße vor tausenden von Jahren mitbegründeten.

Danja Bergmann

China: ein Land im Umbruch

Regina Meier / Ulrike Reisach (Hrsg.):
Aufbruch im Land des Drachen.

Arbeiten und Leben in China zwischen Konfuzianismus, Sozialismus und Globalisierung.

Casimir Katz Verlag, Gernsbach 2008,
192 Seiten, 24,80 Euro.

China gewinnt immer mehr an Bedeutung, Wissen und Kenntnisse über das Land nehmen aber nicht in gleichem Maße zu. Vermutlich müssen wir uns mit der Vorstellung anfreunden, dass die nacholympische Ratlosigkeit nur ein bisschen kleiner ist, als es die vorolympische war. Unser Bild von China ist rudimentär und allzu häufig von Ängsten geprägt. So ergab eine repräsentative Meinungsumfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken Anfang 2008, dass zirka zwei Drittel der Deutschen die rasante ökonomische Entwicklung Chinas als eine drohende Gefahr empfinden. Es hat mithin den Anschein, dass das Schlagwort von der „Gelben Gefahr“ bis heute das China-Bild des Westens prägt.

Der rasante Wandel des Landes und seine wirtschaftliche Verflochtenheit mit Europa jedoch – nicht zuletzt auch mit dem exportorientierten Land Baden-Württemberg – legen eine intensive und unvoreingenommene Beschäftigung mit China geradezu nahe. Das von Regina Meier und Ulrike Reisach herausgegebene, opulent und stimmig zum Textteil bebilderte Buch macht es sich zur Aufgabe, eine größere Leserschaft besser mit dem „Reich der Mitte“ vertraut zu machen. Die zwölf bzw. dreizehn – allesamt von ausgewiesenen Experten verfassten – Beiträge des bibliophilen Sammelbandes beantworten eine Vielzahl von Fragen: Wie kam es dazu, dass China auf dem Parkett der Weltwirtschaft eine derart bedeutende Rolle spielt? Wo liegen die Motive und Wurzeln für diesen Hunger nach Höchstleistung? Wer sind die Gewinner

und Verlierer dieser rasanten Entwicklung? Denken Chinesen anders? Wie ist es um das Leben und Arbeiten in China bestellt? Vor allem unter (alltags-)praktischen Gesichtspunkten geht das Buch zwei weiteren Fragen nach: Wie bereitet man sich als Tourist oder Mitarbeiter eines Unternehmens, das geschäftliche Beziehungen zu China anstrebt oder hat, angemessen auf einen Aufenthalt in diesem Land vor? Welche „kleinen Strategien für den Alltag“ (Dirk Seyfert, S. 168ff.) gilt es zu bedenken und zu beachten?

Eigentlich besteht das Buch aus dreizehn Einzelbeiträgen. Der allen Beiträgen vorangestellte, im Jahre 1967 im „Rheinischen Merkur“ veröffentlichte Artikel „Rotchina auf dem Wege zur Wirtschaftsmacht“ aus der Feder von Casimir Catz, dem im Frühjahr verstorbenen Verleger, schafft eine Spannungsbogen zwischen den vor gut vierzig Jahren angestellten Prognosen und den zwischenzeitlich eingetretenen Wandlungen und Entwicklungen. Die ersten beiden Abhandlungen von Klaus P. Wild (S. 16ff.) und Ulrike Reisach (S. 30ff.) schildern die im Jahre 1978 einsetzende Öffnung, die Veränderungen und den historisch

einmaligen Wachstums- und Entwicklungsprozess des Landes, dem nicht nur in den Gebäuden anfangs noch der „Desinfektionsgeruch des Sozialismus“ (Klaus P. Wild) anhaftete und das unter den von Mao Zedong und seiner Führungsriege geschaffenen sozialen und ökonomischen Hypothesen litt. „Vom Westen lernen – Chinesen bleiben!“ – so der chinesische Leitspruch, der den Weg vom „Staatskonglomerat zum chinesischen Multi“ (Ulrike Reisach) und die damit einhergehende Modernisierung Chinas in allen gesellschaftlichen Segmenten treffend beschreibt. Gerade der Beitrag von Ulrike Reisach zeigt augenfällig, dass Geschichte und Politik spannend und verständlich für eine interessierte Leserschaft aufbereitet werden können. Überaus lesenswert ist auch der von Markus Taube geschriebene Beitrag „Von Mao zu Machiavelli“ (S. 170ff.), weil er den Wandel einer einstmaligen Egalität anstrebenden Gesellschaft zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft prägnant beschreibt und die Verlierer des Modernisierungsprozesses benennt, die nicht oder nur sehr unterproportional am chinesischen „Wirtschaftswunder“ teilhaben, sondern auch dessen ökologische und soziale Kosten schultern müssen.

Der gewaltige ökonomische Boom bietet hiesigen Unternehmen Chancen, den riesigen Absatzmarkt China zu erschließen. An diesem wettbewerbsintensiven Standort, der bereits mehr ist als nur die „Werkbank der Welt“, wollen ausländische Investoren teilhaben.

Erfolgreiche und tragfähige Geschäftsbeziehungen setzen nicht nur markt- und volkswirtschaftliche Analysefähigkeiten voraus, sondern verlangen auch Kenntnisse über die Menschen. Die weiteren, lesenswerten und von ausgewiesenen China-Kennern geschriebenen Beiträge (z.B. „Studieren in China – Gestern und heute“ von Stefan Geiger; „Chinas sozialer Kitt: Von innerfamiliären zu gesellschaftlichen Verpflichtungen“ von Theresia Tauber; „Wenn aus Expats Locals werden“ von Christian Sommer) konzentrieren sich daher auf die verschiedenen Facetten des chinesischen (Arbeits-)Alltags und beschreiben – so der Untertitel des Buches – „Arbeiten und Leben in China zwischen Konfuzianismus, Sozialismus und Globalisierung“. Auch und gerade der höfliche und angemessene Umgangsformen während Dialog mit dem „Manager als Parteigenosse“ (Ulrike Reisach) will gelernt sein. Aus den vielfältigen, gelegentlich mit (lehrreichen) Eposiden angereicherten Einblicken



Freiwilliges Ökologisches Jahr in Baden-Württemberg



Die Landeszentrale für politische Bildung bietet seit 1990 jedes Jahr jungen Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme an einem **Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)**.

Das FÖJ ist ein Bildungsangebot, bei dem sich Jugendliche und junge Erwachsene in den verschiedensten Bereichen für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen. Hierbei können sie erste Erfahrungen in der Berufswelt sammeln, ihre Berufswünsche klären, sich der eigenen Stärken bewusst werden und sich persönlich weiterentwickeln.

Engagieren kann man sich

- in der ökologischen Land- und Forstwirtschaft,
- bei Natur- und Umweltschutzgruppen und Verbänden,
- in Umweltabteilungen von Kommunen und Wirtschaftsunternehmen,
- in Jugendumweltorganisationen und Umweltbildungsstätten.

Die **Einsatzstellen** bieten abwechslungsreiche Tätigkeiten vom praktischen Naturschutz über pädagogische Mitarbeit bis hin zur Organisation im Büro. Fachleute unterstützen dabei.

Teilnehmen können alle zwischen 15 und 27, Schulabschluss und Noten spielen keine Rolle. Auf Neugier und Interesse am Umwelt- und Naturschutz kommt es an!

Wer mitmacht, erhält in der Regel Taschengeld, Unterkunft und Verpflegung und ist sozialversichert. Beginn ist immer der 1. September.

Bewerbung und weitere Informationen unter www.foej-bw.de. Landeszentrale für politische Bildung Freiwilliges Ökologisches Jahr Telefon 0711.164099-38, Fax -55



Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ist Träger des FÖJ. Das FÖJ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Umweltministerium Baden-Württemberg.

ken in die Alltags- und Lebenswelt der Chinesen lässt sich durchaus ein kleiner „Knigge“ ableiten für alle jene, die private oder berufliche Verbindung zum „Reich der Mitte“ haben oder suchen. Überhaupt macht die Bebilderung, macht die ganze graphische Gestaltung des Buches, die gleichrangig zu den Texten steht, den Hauptreiz aus. Das Buch besticht durch seine zahlreichen Fotografien, die nicht nur einzelne Aussagen und Textstellen unterstreichen und überaus gelungen illustrieren. Die Bilder können auch für sich alleine stehen. Sie spiegeln das ländliche und städtische Alltagsleben, die Gleichzeitigkeit von Tradition und Moderne wider und vermitteln einen Eindruck von der Schönheit, den kulturellen Besonderheiten und der Faszination des riesigen Landes. Der Band überzeugt nicht zuletzt durch die redaktionelle und verlegerische Sorgfalt. Mithin ein Buch, dem man viele Leserinnen und Leser wünscht.

Siegfried Frech

Shavei Zion – Jüdische Flüchtlinge aus Schwaben in Galiläa

Heinz Högerle/Carsten Kohlmann/
Barbara Staudacher (Hrsg.):
**Ort der Zuflucht und Verheißung.
Shavei Zion 1938-2008.**

Theiss Verlag, Stuttgart 2008.
178 Seiten deutsch, 142 Seiten hebräisch,
25,00 Euro.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/Trägerverein Ehemalige Synagoge Rexingen e.V.:

„Vom Neckar ans Mittelmeer“. Jüdische Flüchtlinge aus dem schwäbischen Dorf Rexingen gründen 1938 eine neue Gemeinde in Galiläa. Ein Lese- und Arbeitsheft.

Reihe Materialien, LpB Stuttgart 2008.
44 Seiten, Schutzgebühr.

„Anfang 1937, nach vielen langen Beratungen, beschlossen wir, die jungen Leute, ledig, verheiratet und solche mit kleinen Kindern, auszuwandern – alle zusammen, als eine Gemeinschaft – nach Palästina, dem Land unserer Vorfahren. Wir wollten siedeln, das Land bebauen und eine neue Gemeinde gründen, ein neues Leben für uns selbst und für unsere Kinder. Wir waren so voll von Begeisterung und Idealen. Wir wollten zusammen arbeiten und alles teilen, außer unserem Familienleben, das privat gehalten werden sollte.“

Dies ist nur eine der vielen persönlichen Erinnerungen, eine der zahlreichen wertvollen Quellen aus Familienbe-

sitz, privaten Sammlungen und öffentlichen Archiven, die in den Publikationen nachzulesen sind. Sie schildern und dokumentieren, in Beiträgen von unmittelbaren Beteiligten (Zeitzeugen) wie von Außenstehenden (Historikern, Archivaren, Kommunalpolitikern), mit zum Teil bisher unveröffentlichten Karten, Fotos, Tagebuchaufzeichnungen und in Interviews mit Ausgewanderten und deren Nachkommen, die Geschichte und Gegenwart der jüdischen Siedlung Shavei Zion (= Rückkehr nach Zion) in Westgaliläa nördlich von Akkon von 1938 bis 2008. Anlass der Veröffentlichung war die Feier der siebzigjährigen Gründung der Siedlung und diejenige des sechzigjährigen Bestehens des Staates Israel. Der Katalog „Zuflucht und Verheißung“ erschien anlässlich der Wanderausstellung, die zwischen 2008 und 2010 in Rexingen bei Horb am Neckar (Baden-Württemberg), woher die Mehrzahl der jüdischen Auswanderer stammte, in Shavei Zion, Jerusalem, Berlin, Stuttgart und New York gezeigt wurde bzw. wird. Das Heft der Landeszentrale „Vom Neckar ans Mittelmeer“ basiert auf den dort gezeigten Materialien. Erarbeitet wurde die Ausstellung vom Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen in Zusammenarbeit mit dem Gemeindearchiv Shavei Zion, gefördert wurde das gesamte Projekt u. a. von der Landesstiftung Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt beider Publikationen steht, mit Blick auf die beiden Jubiläen, die Gründung und Entwicklung der jüdischen Siedlung, eingebettet in die Geschichte des britischen Mandatsgebiets Palästina (1920-1948) und des Staates Israel. Nun mögen manche angesichts der zahlreichen Veröffentlichungen von Erinnerungen, Biografien, Monografien zu den Themen Nationalsozialismus, Judentum, Verfolgung und Shoa, auch zum Thema jüdische Emigration und zur Geschichte des Staates Israel fragen, was an diesen beiden Publikationen hervorzuheben sei, was, gerade im Hinblick auf den umfangreichen, zweisprachigen Katalog, die große Mühe rechtfertigen mag, eine relativ kleine Gemeinde in den Mittelpunkt einer Ausstellung, eines Buches und eines Lese- und Arbeitsheftes zu stellen? Gleich vorneweg: Schon die Beiträge zur Vorgeschichte dieser Gruppenauswanderung lassen diesbezügliche Fragen verstummen. Wir erhalten, in einer Mischung aus Autorentexten, Primär- und Sekundärquellen nüchterne, aber auch bewegende Einblicke in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in einer vorwiegend katholischen Landgemeinde mit vergleichsweise hohem

(zwischen 35 Prozent und 26 Prozent) Anteil jüdischer Einwohner. Die jüdischen Händler, Viehhalter, Landwirte, Kleinunternehmer waren die eigentlichen Modernisierer im Dorf. Sie stellten die meisten Arbeitgeber, betrieben die private Omnibusgesellschaft, ließen die ersten Telefonleitungen legen, trieben die Wasserversorgung voran, sorgten für eine Postagentur. Einblicke in die in früheren Jahrhunderten weniger getriebenen Beziehungen zwischen christlichen und jüdischen Bewohnern, die mit den Begriffen Distanz (in den Bereichen Religion, Erziehung, Heiraten, später auch in den Sportvereinen) und Kooperation (im Gemeinderat, dem Feuerwehrverein, bei militärischen Gedenktagen) beschrieben werden könnten. Traurig stimmende, bekannte Einblicke dann in die seit den 1930er Jahren zunehmende, besonders von Außenstehenden und von der NS-Presse geschürte antijüdische Hetzpropaganda, die ab etwa 1936 eine Gruppe von jüngeren Rexinger Juden bewog, eine Auswanderung nach Palästina zu erwägen, nach dem einzigen Land, „in das Juden aus Deutschland mit der Aussicht einwandern können, sofort Arbeit und ein auf Dauer freies Leben zu führen (...)“. Schon in diesen Auftaktkapiteln zeigt sich, dass es den Herausgebern, Autoren gelungen ist, Bekanntes mit weniger Bekanntem zu verbinden, ebenso Lokal-, Regional-, Landesgeschichtliches mit der Allgemeingeschichte, und zwar auf neuestem Forschungsstand. Diese Gruppenauswanderung und Ansiedelung war ein einzigartiges Experiment, war die beschwerliche, minutiös vorbereitete, alle Kräfte und Mut erfordernde, alle Schwierigkeiten im Deutschen Reich und in Palästina überwindende Organisation einer gemeinsamen Auswanderung, die gelingen konnte, weil sich auch Familien und Einzelpersonen aus anderen Gemeinden anschlossen; es war die Gründung einer neuen Gemeinde mit einem bis dahin im britischen Mandatsgebiet Palästina nicht bekannten Konzept des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens: eine Mischung aus genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Elementen auf traditionell-religiöser Basis – eine neue Siedlungsform, die in Israel von vielen Siedlungen übernommen wurde. Shavei Zion war der erste „Moshav schitufi“ in Palästina, entworfen als „Rexinger Richtlinien“ von den zur Auswanderung Entschlossenen ein Jahr vor der Auswanderung; eine Mischform aus Kollektivwirtschaft der Kibbuzim und

der Individualwirtschaft der Moschavim, d.h. gemeinsame wirtschaftliche Produktion, genossenschaftliche Arbeit, Bezahlung nach sozialen Bedürfnissen, jedoch, im Unterschied zum Kibbuz, privater Haushalt der Familien mit eigenem Haus, Garten und, neben der Schule, private Kindererziehung.

Besondere Aufmerksamkeit werden sicher auch all jene Beiträge erfahren, die sich der jüdischen Einwanderung im Allgemeinen widmen, den Landverhältnissen im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, den speziellen Rechtsverhältnissen im Gebiet des heutigen Shavei Zion, den ersten Tagen und Jahren der Siedlung und dem mehr und weniger gelungenen Aufbau einzelner Wirtschaftszweige (anfangs Rinderzucht, später Blumen- und Gemüseanbau, schließlich Aufbau einer modernen Plastikfirma); ebenso wie diejenigen Kapitel, die sich mit dem Krieg 1947/48 und der Gründung des Staates Israel aus der Feder der Bewohner befassen. Zu den Land- und Rechtsverhältnissen, über die doch weit verbreitete ungenaue, oft falsche Vorstellungen anzutreffen sind, ist für die Siedlung Shavei Zion festzuhalten: Grund und Boden wurden 1934 von einer arabischen Witwe an eine jüdische Käufergruppe veräußert und dann über offizielle jüdische Institutionen letztlich an die Rexinger weiterverkauft. Die Witwe, nach dem Kaufvertrag verpflichtet, die arabischen Pächter, welche einen Teil der Böden bewirtschafteten, zu entschädigen, unterließ dies nach dem Erhalt der Kaufsumme und versuchte so, Grenzziehung und Grundbucheintragung zu verhindern. Ein britisches Gericht in Akkon bestätigte jedoch die Rechte der Käufer.

Die ersten Tage der Besiedlung verliefen vergleichsweise ohne große Bedrohung durch die arabischen Nachbarn. Sie nahm mit den Monaten zu, wurde während des Zweiten Weltkriegs wieder geringer (starke britische Truppenpräsenz). Im arabischen Aufstand 1948 waren die Siedlungen in Galiläa erneut in ihrer Existenz gefährdet – die erst mit dem Sieg der jüdischen Truppen und der Unabhängigkeitserklärung Israels am 14. Mai 1948 einigermaßen gesichert war. Der Boden der geflohenen arabischen Dorfbewohner ging in den Besitz Shavei Zions über. Genossenschaft und Siedlung konnten neue Mitglieder aufnehmen, aus Israel, Ägypten, Nordafrika, Südamerika. Auch Flüchtlinge aus Europa, Überlebende der Shoa haben nach Ende des Krieges eine neue Hei-

mat im Ort der „Rückkehr nach Zion“ gefunden.

Die ersten Besuche in ihrer alten Heimat Rexingen waren schwierig und schmerzhaft für die Ausgewanderten. Und noch schwerer war die Wiederbegegnung, wenn sie Sätze hörten wie „Da sage ich meine Wahrheit. Wir haben nichts gewusst.“ oder „Der Alois hat das Haus gekriegt vom Lemberger, das war weniger wert als das vom Löwengart.“ Inzwischen sind dank der Initiative und des Engagements auf beiden Seiten von einzelnen Privatpersonen, von Historikern, Theologen, Archivaren, Kommunalpolitikern, Journalisten die persönlichen und offiziellen Beziehungen zwischen Shavei Zion und Rexingen/Horb wie auch Stuttgart weniger problematisch und freundlicher geworden. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg macht während ihrer jährlichen Israelreise in Shavei Zion einige Tage Station.

Das Lese- und Arbeitsheft der Landeszentrale erstellten Autorinnen und Autoren, die im Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen engagiert sind. Das Materialienheft der LpB ist eher für Schulen gedacht, für den

Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht aller Schularten zu empfehlen; für Schulen in anderen Orten, auch außerhalb Baden-Württembergs, kann die Broschüre als nachahmenswertes Beispiel dienen, als Anstoß für Recherchen am eigenen Ort nach dem Schicksal ehemaliger jüdischer Bewohner, auch als Wegweiser für den Besuch einer von deutschen Juden gegründeten Siedlung in Israel.

Der Katalog wurde im Auftrag des Fördervereins herausgegeben, die Beiträge sind von Fördervereinsmitgliedern, von Bewohnern Shavei Zions, von Freunden der Gemeinde in Israel und Deutschland geschrieben. Auch die Kurzbiografien einzelner weiblicher und männlicher „Pioniere“ sowie der Personen, die sich um Gründung, Aufbau und Entwicklung des Ortes verdient gemacht haben, machen den Katalog – wie auch das Materialienheft – zu einer nachdenklich stimmenden, lebendigen Lektüre. Und wer noch mehr erfahren möchte, dem sei ein Besuch in Rexingen/Horb und eine Teilnahme an einer Bildungsreise nach Israel mit einem Aufenthalt in Shavei Zion ans Herz gelegt.

Walter-Siegfried Kircher

Landeszentrale trauert um Xaver Fiederle

Die Landeszentrale für politische Bildung trauert um ihren Förderer, Freund und Ideengeber Prof. Dr. Xaver Fiederle, der am 30. September 2008 im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Xaver Fiederle gehörte zu den kreativen, innovativen und führenden Köpfen der politischen Bildung in Baden-Württemberg und in Deutschland. Er wirkte als methodischer und didaktischer Ideengeber, als überzeugter und überzeugender Vermittler demokratischer Werte, als politisches Vorbild und belebendes Element vieler Gesprächskreise und Diskussionsrunden. Mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg pflegte er ein enges und konstruktives Verhältnis, insbesondere mit unserer Außenstelle in Freiburg. Einigen Mitarbeitern der Landeszentrale für politische Bildung war er über berufliche Kontakte hinaus privat als Freund, Förderer und Ausbilder verbunden. Wir verdanken ihm zahlreiche inhaltliche Ideen und neue methodische Ansätze, die unsere Arbeit heute prägen und noch lange prägen werden. Er war einer der ersten, die die politische Bildung für spielerische Zugänge öffneten, Pionier einer politischen Bildung, die von den Menschen aus gedacht war anstatt sich an den großen Entwürfen zu orientieren, ein Praktiker mit Überzeugungskraft, ein Idealist mit Bodenhaftung, ein Pädagoge mit Einfühlungsvermögen für Menschen jedes Alters und theoretischer Fundierung zugleich.

Xaver Fiederles Tod bedeutet für uns einen schmerzlichen Verlust. Wir werden ihm und seinen Überzeugungen und Idealen mit unserer Arbeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Lothar Frick
Direktor

Werner Fichter
Leiter der
Stabsstelle Marketing

Dr. Michael Wehner
Leiter der
Außenstelle Freiburg

(Kleine) Geschichte Badens und Württembergs

Reinhold Weber:
Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945.

DRW-Verlag Weinbrenner,
 Leinfelden-Echterdingen 2008.
 256 Seiten mit zahlreichen Abbildungen,
 16,90 Euro.

Der aktuelle Band der landeskundlichen Reihe der „Kleinen Geschichte...“ nimmt erstmals die südwestdeutsche Geschichte von 1918 bis 1945 in den Blick. Der Autor Reinhold Weber, bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg verantwortlich für die Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“, erliegt dabei nicht der Gefahr, sich hauptsächlich der politischen Geschichte der 1919 begründeten „freien Volksstaaten“ Baden und Württemberg zu widmen, sondern gibt auch den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft ihren eigenen Raum und zeigt damit – in der gebotenen und vorgegebenen kurzen Form – eine komprimierte Gesamtschau der Geschichte des Südwestens zwischen der Novemberrevolution von 1918 mit ihren tiefgreifenden Umbrüchen in allen Bereichen und dem Ende des Zweiten Weltkriegs – mit noch tiefgreifenderen Umbrüchen.

Der Autor zeichnet die Entwicklungen in Baden und Württemberg in ihrer Verschiedenartigkeit nach und stellt immer wieder den Bezug zum Reich her. Besonders nachdrücklich wird die wirtschaftliche Belastung Badens nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt, die das Land mit Problemen konfrontierte, die im benachbarten Württemberg in dieser Schärfe nicht existierten. Der Autor beschreibt den Untergang der Demokratie 1933 und den Aufstieg der NSDAP als nicht unausweichlich. Am Ende des Bandes bietet er einen Ausblick auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen der in der NS-Zeit zu „Parteigauern“ herabgesunkenen Staaten in der Besatzungszeit, als die Länder von Besatzungsgrenzen zerschnitten wurden und mühsam um ihr Überleben, aber auch um eine neue demokratische Identität kämpften.

Reinhold Weber gelingt es, den komplexen Stoff überzeugend zu ordnen und zu gliedern. Seine Bewertungen sind ausgewogen und fundiert. Man kann das in ansprechendem Stil geschriebene Buch von Anfang bis Ende durchlesen, weil es beinahe den Charakter eines Handbuchs hat. Als Einstieg in das Thema ist es vor allem für Lehrer, Schüler und Studenten nachdrücklich zu empfehlen.

Frank Raberg

Deutsche Gesellschaftsgeschichte

Hans-Ulrich Wehler:
**Deutsche Gesellschaftsgeschichte.
 Band 5: Bundesrepublik und DDR,
 1949–1990.**

C.H. Beck Verlag, München 2008.
 529 Seiten, 34,90 Euro.

Wie ein erratischer Block steht sie da – schon physisch beeindruckend mit ihren 4.800 Seiten und über 1.200 Legendären, weil teilweise seitenlangen Anmerkungen in kleinster Schrift, in denen Kollegen bisweilen gelobt, öfter aber abgekanzelt werden. Kein Student und kein Universitätslehrer werden auf Dauer an ihr vorbeikommen, der berühmte historische Laie wird sie eher selektiv lesen oder auf leichter Verdauliches zurückgreifen.

Kein Zweifel: Der fünfte Band, der die „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ von Hans-Ulrich Wehler abschließt, ist das Buchereignis des Jahres 2008. Die gesamten fünf Bände – nun beim Beck-Verlag auch im Taschenbuchformat im Schubert erschienen – sind ein geradezu monumentales Werk eines deutschen Gelehrten, das zurecht immer wieder in einem Zug mit den großen deutschen Nationalgeschichten von Franz Schnabel, Heinrich von Treitschke, Heinrich von Sybel und anderen genannt wird. In über zwanzig Jahren hat der streitbare politische Intellektuelle aus dem Teutoburger Wald etwas geschafft, was andere erst gar nicht versucht haben oder woran sie früh gescheitert sind. Die einzige Ausnahme ist vielleicht der 1992 viel zu früh verstorbene Münchener Historiker Thomas Nipperdey, der allerdings seine „Deutsche Geschichte“ mit dem Ersten Weltkrieg enden ließ.

Hans-Ulrich Wehler wollte es alleine machen: Eine große sozialgeschichtliche Synthese, welche die Bielefelder Vorstellungen einer theoriegeleiteten Sozialgeschichte paradigmatisch umsetzt. Die ersten beiden Bände sind 1987 erschienen und umfassen den Zeitraum 1700–1845/49, der dritte Band mit dem „langen“ 19. Jahrhundert bis 1914 erschien 1995, der vierte, veröffentlicht 2003, führte die Leserschaft bis an die Gründung der beiden deutschen „Neustaaten“, wie Wehler die Bundesrepublik Deutschland und die DDR nennt. Der nun erschienene fünfte und letzte Band beginnt mit der Doppelstaatlichkeit Deutschlands und endet mit der unerwarteten deutschen Wiedervereinigung. Dabei geht Wehler in jedem Band streng kategorisch nach den von Max Weber vorgegebenen sozialhistorischen Untersuchungskategorien vor

und arbeitet sich an den Achsen Wirtschaft, politische Herrschaft und Kultur, ergänzt um die „Querachse“ soziale Ungleichheit ab. Es ist ein streng analytisches Konzept, das die Epochen der deutschen Geschichte strukturiert und innerhalb der fünf Bände Vergleiche erlaubt. Bisweilen ist es aber auch ein enges Korsett, das thematisch einschnürt. Generell aber überwiegt auch in diesem fünften Band, was für den gesamten „Wehler“ gilt: Es ist ein in der Tat Ehrfurcht gebietendes Werk und ein intellektuelles Lesevergnügen, informationsgesättigt und von der schier unglaublichen Belesenheit des Autors zeugend. Dabei erzählt der Autor keinesfalls nur deskriptiv die großen Linien der deutschen Geschichte nach. Ganz im Gegenteil: Er geht streng analytisch vor und bietet scharfsinnige Interpretationen. Absolut unverständlich also Kritiken wie die von Franz Walter in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, solch ein Buch könne „mit Hilfe einer guten amerikanischen Universitätsbibliothek“ auch „ein begabter Grönländer schreiben“. Nein, man muss es mehrmals betonen: Auch wer den Interpretationen und Meinungsäußerungen Wehlers im Einzelnen nicht immer zustimmen kann, der muss diesem Werk trotzdem und uneingeschränkt das Prädikat „monumental“ zubilligen. Da hilft es auch nicht, wenn mancher Rezensent in den fast 5.000 Seiten ein paar kleinere sachliche Fehlinformationen findet und sich freut, dass er dem „großen“ Wehler ein paar Flüchtigkeitsfehler nachweisen kann, die sowieso eher Sache des Lektors gewesen seien.

Nein, es sind andere Punkte, die bei diesem fünften Band auffallen. Zuerst zum generellen Duktus des Buches. Es ist bekannt: Während Thomas Nipperdey der Historiker des „Sowohl-als-auch“ war, des klugen und argumentativen Abwägens und ausgewogenen Urteils, ist Hans-Ulrich Wehler der politische Historiker und der Zeitgenosse, der richtet. Dort, wo er beispielsweise seine eigene Generation geradezu verherrlicht und andererseits die „68er“ aburteilt, geht das „Richten“ immer wieder zu weit, weil es schlicht und ergreifend unwissenschaftlich wird. Es ist erstaunlich, weil Wehler immer wieder großartige Argumentationen und Interpretationen anbietet – etwa bei der Erklärung der Gründe für das „deutsche Wirtschaftswunder“ –, andererseits aber Polemiken über Migranten („ethnisches Subproletariat, das, assimilations- und bildungsfern, in seinen ghettoähnlichen Wohn-

quartieren, in denen der Einfluss eines fundamentalistischen Islamismus um sich greift, den Aufenthalt in einer abgeschotteten Subkultur der Integration vorzieht“; S. 438.) oder über die „68er“, ihre angebliche Leistungsverweigerung und Schuld an der PISA-Katastrophe in regelmäßigen Abständen über das Buch verteilt, die in einem Standardwerk für Studierende eigentlich nichts zu suchen haben. Hier hätte ein Abwägen der Argumente dem Leser mehr geholfen als manch spitz formulierte und immer wieder fast suggestiv wiederholte Wortsequenz.

Zum Zweiten geht es aber auch um konzeptionelle Punkte und um die größeren Interpretationslinien. Denn bei aller Bewunderung bleiben bei der Lektüre dennoch verwunderte Gesichtsausdrücke zurück. So sind manche Kapitel schlichtweg zu knapp geraten. Wenn es etwa unter der Rubrik „Die neue Politische Kultur“ (S. 275 ff.) fast ausschließlich um die großen Auseinandersetzungen innerhalb der Historikerzunft geht (die Fischer-Kontroverse in den 1960er Jahren und der Historikerstreit der 1980er), so dürfte das schlichtweg zu wenig zum eigentlichen Thema sein. Ob sich die gegen Heinrich August Winkler gerichtete These Wehlers, Deutschland sei „bis 1914 immer ein unbestrittener Teil der westlichen Welt gewesen, ehe es seit dem Ersten Weltkrieg, vollends dann seit 1933, aus seinem Kulturkreis“ (S. 424 f.) ausgeschieden sei, durchsetzt, dürfte mehr als fraglich sein. Was war denn dann die „Weimarer Republik“, fragt sich der Leser verärgert.

Schließlich eine der Kernthesen des Buches, wonach auch die Bundesrepublik Deutschland noch immer ein Klassenstaat sei. Wehler verteidigt hier gegen alle fachwissenschaftliche Skepsis und fast hartleibig den Klassenbegriff, der ja doch stark ökonomistisch geprägt ist. Gleichzeitig bemüht er – nicht zu Unrecht – die „feinen Unterschiede“ und das „symbolische Kapital“ im Sinne von Pierre Bourdieu, um die Stratifikationsordnung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, das bürgerliche Bildungsmonopol, die hohen Raten der Selbstrekrutierung in zahlreichen Berufen, die eklatanten Unterschiede im Gesundheitswesen oder auch das exklusive Heiratsverhalten des deutschen Bürgertums zu erklären. Schade nur, dass er – weil offensichtlich kaum messbar – diese feinen soziologischen Kriterien kaum irgendwo näher ausführt. Schade auch, dass gerade das Kapitel zur Kultur sehr knapp gehalten ist. Denn gerade hier

hätten sich ja die „feinen Unterschiede“ herausarbeiten lassen können. Auch in den anderen vier Bänden waren die Kapitel zur Kultur schon recht knapp. Das hat sicherlich seine teilweise berechtigten Gründe und Wehler legitimiert dies auch im Vorwort. Aber es scheint doch so zu sein, dass er sich mit allem schwer tut, was nicht quantifizierbar ist. Ein Kultur-Kapitel, das letztlich nur die Kirchen, die Schulen, die Universitäten, die Verlagslandschaft und teilweise noch die Medien behandelt, ist doch recht wenig angesichts der zweifellos immer wichtiger werdenden Themen wie Populärkultur, Musik oder „Lebensstil“ als gesellschaftliche Kategorie.

Trotz aller Kritik, mancher analytischer Schwäche und mancher unnötigen Polemik, die ein jeder Rezensent auch anders gewichten wird, ist der „neue Wehler“ dennoch eine beeindruckende Leistung und eine überaus lohnenswerte Lektüre.

Reinhold Weber

Georg Elser – der einsame Attentäter

Peter Steinbach/Johannes Tuchel:
Georg Elser.

be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2008,
270 S., 32,00 Euro.

13 Minuten! Nur 13 Minuten zu früh verließ Adolf Hitler an jenem 8. November 1939 den Saal des Münchner Bürgerbräukellers, wo er – seit 1933 alljährlich – vor „alten Kämpfern“ redete und wo die Nationalsozialisten nach streng festgelegtem Ritual die pseudoreligiöse Verbrämung des misslungenen Putschversuches von 1923 zelebrierten. Denn von hier aus war am frühen Morgen des 9. November 1923 der Marsch zur Feldherrnhalle gestartet, vor der die größte Schießerei des Putschversuches stattgefunden hatte, und hier wurde im Februar 1925 die seither verbotene NSDAP wiedergegründet. Jedes Jahr war der Programmablauf im Bürgerbräukeller derselbe gewesen, nur dieses Jahr, im November 1939, in dem die Welt im Bann des wenige Wochen zuvor von Deutschland entfesselten Krieges stand, verließ der „Führer“ wegen schlechten Wetters den Saal früher, um noch nach Berlin zurück zu kommen. Um genau zu sein: Er verließ den Saal 13 Minuten früher.

Kein Zweifel – wäre Hitler und sein Stab jene 13 Minuten länger geblieben, hätte die Weltgeschichte einen anderen Lauf genommen. Die von Georg Elser, dem einfachen Handwerker aus dem ostwürttembergischen Königsbrunn, in mühevoller Detailarbeit konstruierte und in monatelanger akribischer Ar-

beit im Bürgerbräukeller angebrachte „Höllmaschine“ hatte auf die Minute pünktlich funktioniert. Da war Elser der ganz typische „schwäbische Tüftler“. Der Zündmechanismus hatte eine Detonation ausgelöst, die genau über der Stelle, an welcher der „Führer“ gesprochen hatte, die Decke herabstürzen ließ und Hitler zweifelsohne unter einem Trümmerberg begraben hätte. Georg Elser war seinem Ziel, Hitler und seine Paladine zu töten, denkbar nahe gekommen – ebenso nahe wie fast fünf Jahre später der Attentatsversuch des 20. Juli 1944. Was wäre der Welt erspart geblieben, wenn dieser einfache Mann aus dem Volk schon 1939 erfolgreich gewesen wäre?

Lange Jahre wurden Georg Elser und die Attentäter um Claus Schenk Graf von Stauffenberg nicht in einem Atemzug genannt. Der Einzeltäter aus dem Volk passte lange Zeit nicht in die nachkriegsdeutschen Erinnerungsschemata, denn Georg Elser ist ein frappierendes Beispiel dafür, dass auch der „einfache Mann“ den terroristischen Charakter der NS-Herrschaft erkennen konnte, dass Gerechtigkeitsinn und Zivilcourage zur unmittelbaren Tat – zum Tyrannenmord – führen konnten, und dass es in der Diktatur viel mehr Handlungsoptionen gab, als man in der bundesrepublikanischen Gesellschaft lange glauben (machen) wollte. Aber selbst für Gegner des NS-Staates wie Martin Niemöller war die Tat Elzers so unglaublich, dass sie noch lange nach 1945 ein Werkzeug der SS in ihm sahen.

Im September 2008 hat nun die Berliner Ernst Freiberger-Stiftung auf der „Straße der Erinnerung“ am Spreebogen dem nur wenige Wochen vor Kriegsende im KZ Dachau umgebrachten Widerstandskämpfer ein Denkmal in Form einer Büste gesetzt. Es ist die erste Würdigung Elzers dieser Art in Deutschland überhaupt. Mit ihren Denkmälern erinnert die Ernst Freiberger-Stiftung an herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als „Helden ohne Degen“ gewirkt haben. Georg Elser ist die sechste Person der Zeitgeschichte, deren Büste die „Straße der Erinnerung“ säumt. Er steht damit in einer Reihe mit dem Computer-Pionier Konrad Zuse, dem von den Nationalsozialisten ermordeten Schriftsteller Albrecht Haushofer, mit Walther Rathenau, Ludwig Mies van der Rohe, Thomas Mann und Edith Stein.

Zu jeder geehrten Persönlichkeit veröffentlicht die Ernst Freiberger-Stiftung einen Begleitband – und zum Band über Georg Elser hätte sie keine besseren Au-

toren finden können als Peter Steinbach und Johannes Tuchel, zwei der besten Kenner des „Dritten Reiches“ und des Widerstandes gegen das NS-Regime. Peter Steinbach ist seit langen Jahren wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und seit 2007/08 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim. Johannes Tuchel ist Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und applizierter Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Zusammen haben beide Autoren auch schon die sehenswerte Ausstellung konzipiert, die in Königsbrunn in der Georg-Elser-Gedenkstätte zu sehen ist.

Es ist fürwahr ein Prachtband, den die beiden Autoren zusammen mit dem be.bra verlag geschaffen haben. Großformatig und übersichtlich gestaltet bietet er auf rund 270 Seiten einen konzisen Überblick rund um das Thema „Georg Elser“: Dem detaillierten „Lebensbild“ des Attentäters folgt ein Kapitel über „Wahrnehmungen und Deutungen“ des Anschlags, bevor – und das ist überaus verdienstvoll – in einem Dokumenten-anhang neben zahlreichen höchst interessanten Quellen auch die wichtigste Quelle für die Biographie Georg Elzers abgedruckt wird: das im November 1939 in Berlin entstandene Protokoll seiner Vernehmungen, das der Historiker Lothar Gruchmann Anfang 1964 in den Akten des ehemaligen Reichsjustizministeriums im Bundesarchiv gefunden hatte. Besonders hervorzuheben ist aber der zweite Teil des Bandes, der die „Wahrnehmungen und Deutungen“ des Anschlags behandelt. Er liest sich als eine Geschichte der Geschichtspolitik, die um das Münchner Attentat gemacht wurde, aber auch als eine Geschichte der schwierigen Erinnerung an den Einzeltäter, die erst in den 1990er Jahren die Wendung zum heutigen Stand genommen hat. Steinbach und Tuchel beschreiben hier minutiös, aber dennoch bestens verständlich die nationalsozialistischen Deutungen, die lange das Bild Elzers geprägt haben, die Wahrnehmung des Attentats in der Bevölkerung, die Deutungen, die Politiker im Exil vornahmen, und schließlich die Nachkriegsdeutungen, bevor sie die Würdigungen Elzers behandeln.

Dass Georg Elser im Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland so lange keine Bedeutung hatte und im Bewusstsein der Deutschen kaum Platz gefunden hat, mag sicherlich daran liegen, dass er sich keiner politischen oder weltanschaulichen Gruppierung genau zuordnen lässt. Heute aber, so betonen die Autoren, gibt es ein gesichertes Bild

der Tat Elzers, seiner Motive und seiner Handlungen. Heute gilt er als einer der konsequentesten Gegner der NS-Diktatur, als der „wahre Antagonist Hitlers“ (Joseph P. Stern), als der „einsame Attentäter“ (Peter Steinbach) oder als „einsamer Zeuge“ (Klemens von Klemperer). Wie es zu dieser Entwicklung der Erinnerung und Würdigung des Individualisten aus Königsbrunn gekommen ist, das ist höchst spannend und anschaulich zugleich in dem Band von Peter Steinbach und Johannes Tuchel beschrieben, der auf lange Jahre hinaus das Standardwerk zu Georg Elser sein wird.

Reinhold Weber

Unrechtsregime DDR

Eva-Maria Neumann:

Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit.

Pendo Verlag, München/Zürich 2007.
301 Seiten, 20,50 Euro.

Die dramatischen Ereignisse, die Ausgangspunkt dieses Buches sind, ereigneten sich vor über dreißig Jahren. In Leipzig besteigt eine junge Familie einen Mercedes mit westdeutschem Kennzeichen. Ziel ist die innerdeutsche Grenze. Im engen Kofferraum versteckt, sollen drei Personen in die Bundesrepublik geschleust werden. Das Kleinkind, mit einem Baldrian-Fenchel-Cocktail beruhigt, schläft bald ein. Es folgt eine quälend lange Fahrt auf der Transitstrecke. Plötzlich hält der Wagen an, fährt weiter, stoppt und setzt sich wieder in Bewegung. Im Kofferraum herrscht Erleichterung. Ist es geschafft? Dann bleibt der Mercedes erneut stehen. Lange passiert gar nichts. Schließlich wird der Kofferraum geöffnet. Und die Insassen sehen sich umzingelt von schwer bewaffneten Grenzsoldaten.

Es ist der 19. Februar 1977. Für die Violinistin Eva-Maria Neumann, den Musikpädagogen Rudolf Neumann und ihre dreijährige Tochter Constanze endet der Fluchtversuch in den Westen um 22.15 Uhr am Grenzübergang Hirschberg. Die Neumanns wollten dem System der Unfreiheit, Bespitzelung und Ausgrenzung, in dem die Menschen zur Lüge erzogen werden, endlich entkommen. Nun werden sie die DDR erst richtig kennen lernen. Nach sechsmonatiger Untersuchungshaft erfolgt im August 1977 die Verurteilung wegen staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme und versuchtem Grenzübergtritt: dreieinhalb Jahre Haft für ihn, drei Jahre für sie. Die Tochter kommt zunächst in ein Kinderheim, darf dann aber zu ihren Großeltern nach Leipzig.

Den größten Raum in Eva-Maria Neumanns lesenswertem, ja packendem Buch nehmen die Haftschilderungen ein. Im Laufe der Vernehmungen im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Leipzig leidet sie unter systematischem Schlafentzug. Die Stasi möchte die Gefangenen mit allen möglichen Mitteln gefügig machen. Sie versucht sogar, Neumann als Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) anzuwerben. „Einzelhaft, Isolation, Erpressung übelster Art, Ungewissheit über alles und jedes sind probate Mittel, jemanden kleinzukriegen“, schreibt die Autorin. Mindestens eine Spionin ist auf Neumann angesetzt. Aber bei all dem nimmt sie auch Lichtblicke wahr. Einen Wärter, von den Häftlingen wegen seiner roten Wangen „Apfelbäckchen“ genannt, sowie später eine Ärztin im Haftkrankenhaus charakterisiert sie als freundlich und menschlich.

Den Strafvollzug erlebt sie in verschiedenen Gefängnissen, auch zusammen mit Kriminellen. „Solche Frauen habe ich noch nie gesehen. Fast alle sind sehr jung, dick und unvorstellbar ungepflegt, einige auffällig tätowiert.“ Sanktionierungen erfolgen hier so, dass die Gefangenen ihren Kopf in die Toilette halten müssen, während die Aufseherinnen die Spülung betätigen. Dann kommt Neumann in das berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck nach Stollberg im Erzgebirge. „Lieber zehn Mörderinnen als eine Politische“, ist dort die Devise. Angesichts der Zustände in den Arrestzellen im Keller – beispielsweise müssen die Frauen auf dem nackten Boden schlafen; tagsüber sind manche an das Gitter ihrer Zelle gekettet – notiert sie: „So etwas hätte ich in unserem ‚aufgeklärten‘ Jahrhundert nicht für möglich gehalten, allenfalls in irgendwelchen fernen Militärdiktaturen.“ Auch zwischen den Häftlingen ist die Gewalt alltäglich. Die Autorin berichtet von einigen lesbischen Kriminellen, die ein Mädchen mit einer Toilettenbürste vergewaltigt haben, so dass es mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden muss.

Schon vor der Haft hat Neumann Schmerzen in den Händen. Im Gefängnis verschlimmert sich der Zustand, so dass schließlich Gelenkrheuma diagnostiziert wird. Als sie deswegen ins Haftkrankenhaus eingeliefert wird, erweisen sich die Verhältnisse als haarsträubend: „Die Frischoperierten werden direkt wieder in ihre Zellen geschoben, danach kümmert sich kaum jemand um sie; nur das Allernötigste wird gemacht.“ Besserung steht so kaum zu erwarten.

Dann kommt endlich die erlösende Nachricht. Nach eineinhalbjähriger Haft werden Eva-Maria und Rudolf Neumann in die Bundesrepublik Deutschland entlassen, das heißt von der Bundesregierung freigekauft. Ihre Tochter darf erst sechs Monate später nachkommen. Sie hat zu diesem Zeitpunkt ihre Eltern über zwei Jahre nicht gesehen. Vor dem „fremden Mann“, der sie am Bahnhof erwartet, fürchtet sie sich. Es ist ihr Vater!

Im Westen fühlen sich die Neumanns auf Antrieb sehr wohl, endlich frei. Auch Arbeit findet sich bald. Die Neumanns tun das, was andere zuvor für sie getan haben: Sie setzen sich für politische Gefangene im Ostblock ein, informieren über unhaltbare Zustände. Doch ihre Aktivitäten werden in der Bundesrepublik oft als störend für die Entspannungspolitik empfunden. Ihre Erlebnisse passen nicht in das verbreitete Bild einer weichgespülten DDR. Als Rudolf Neumann bei einer Veranstaltung auf Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion aufmerksam macht, verunglimpft man ihn als „Kriegstreiber“. Auch als „Faschisten“ müssen sie sich bisweilen bezeichnen lassen. Zu Recht fragt Eva-Maria Neumann: „Warum sind die meisten Menschen hier entweder auf dem rechten oder dem linken Auge blind? Kann und muss man denn nicht gegen linke und rechte Extremisten und ihre Ideologien gleichermaßen protestieren?“

Die Haft hat Spuren hinterlassen. Bei der Autorin bleibt das Gefühl der Schuld, die Tochter im Stich gelassen zu haben. „Noch Jahre später werden wir abends das Haus nicht verlassen können, weil Constanze Angst hat, dass wir nicht wiederkommen.“ Neumanns rheumatische Erkrankung ist so schwerwiegend, dass sie – mit 27 Jahren – Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit bezieht. Später wird sie wegen psychischer Beschwerden erneut Erwerbsunfähigkeitsrentnerin, diesmal für fünf Jahre.

Was Neumanns Schicksal so beeindruckend macht, ist die Tatsache, dass sie eine „ganz normale DDR-Bürgerin“ war, keineswegs eine Oppositionelle. Sie wollte lediglich in Freiheit leben, ohne Überwachung und Gängelung. Nicht zuletzt ist Eva-Maria Neumanns Geschichte ein Mosaikstein einer Familiengeschichte – einer Familie, die unter zwei deutschen Diktaturen zu leiden hatte: Ihr Großvater war Jude und starb in Auschwitz.

„Wir trafen 1976 die Entscheidung, die DDR zu verlassen. Das Leben hat es uns nicht gekostet, aber die Folgen waren gravierend und reichen bis in unsere Tage. (...) Mich treibt die Sorge um, dass

wir unsere Freiheit auf dem Markt der Möglichkeiten verramschen und damit wieder verspielen könnten. Freiheit ist ein viel zu kostbares Gut, als dass es sich nicht lohnte, dafür zu kämpfen“, lautet das Fazit dieses lesenswerten Buches.

Ralf Altenhof

Agitprop statt Analyse

Ulrich Maurer:

Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken.

Riemann Verlag, München 2006.
285 Seiten, 18,00 Euro.

Alle reden von der Klimaerwärmung – nur einer nicht. Ulrich Maurer, den einige als erfolglosen Wahlkämpfer der SPD in Baden-Württemberg kennen, kehrte ob der Politik Gerhard Schröders den Sozialdemokraten 2005 den Rücken und trat der Linkspartei bei, deren Parlamentarischer Geschäftsführer er heute im Deutschen Bundestag ist.

Wir lebten in einer Eiszeit, konstatiert Maurer. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Kinderarmut, sinkenden Reallöhnen und Rentenkürzungen sei in Deutschland der Niedergang eingeläutet. „Sowohl der wertorientierte Konservatismus als auch der radikale gesellschaftliche Veränderungsanspruch von links, der in der Achtundsechziger-Bewegung formuliert wurde, sind vor der vermeintlichen Allmacht des globalisierten Marktmodells in die Knie gegangen.“ Die Zukunft werde durch Zynismus, Nihilismus und Sozialdarwinismus charakterisiert – gäbe es nicht den Retter in der Not: die Linken.

Doch was dem Leser geboten wird, ist ein wilder Rundumschlag. Die These, wonach „das System“ Arbeitslosigkeit bewusst produziere, erinnert eher an verschwörungstheoretisches Denken als an eine fundierte Analyse. Mit letzterer steht der Autor ohnehin auf Kriegsfuß. Die Verelendung in der Dritten Welt wird selbstverständlich, wo kämen wir sonst hin, dem globalen Kapitalismus in die Schuhe geschoben. Apodiktisch heißt es kurzerhand: „Kapitalismus ist Barbarei.“ Schon mit seiner Wortwahl disqualifiziert sich Maurer über weite Strecken. Da ist vom „Terror der Freiheit“ die Rede. Die Entwicklung zur Wiedervereinigung wird als „Annexion“ beschrieben, also einer gewaltsamen bzw. unter Androhung von Gewalt vollzogenen Aneignung fremden Territoriums. Mehrmals spricht Maurer in einer längst für überwunden geglaubten Agitprop-Sprache schlichtweg von „den Herrschenden“. Lassen sich „die Herrschenden“ tat-

sächlich über einen Kamm scheren? Wen meint er eigentlich damit? Und: Gehört den die rot-roten Regierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auch dazu?

Um solche Fragen zu beantworten, dürften historische Grundkenntnisse von Vorteil sein. „Eines der herausragenden Merkmale der ‚modernen‘ Politikergeneration ist ihre Unkenntnis der Geschichte und geschichtlicher Zusammenhänge“, erfahren wir. Deshalb können wir uns glücklich schätzen, dass uns der Hobby-Historiker Maurer an seinen Erkenntnissen teilhaben lässt. „Gewisse Probleme in der politischen Auseinandersetzung unserer Tage sind von jenen, die in der Antike diskutiert wurden, nicht wesentlich verschieden.“ Und so wird der Untergang des Römischen Reiches an die Wand gemalt angesichts der auch heutzutage anzutreffenden Kapitalkonzentration, „Feudalisierung“ und Entstaatlichung.

Zurück in unserer Epoche firmiert das Jahr 2007 als „Krisenjahr“, weil durch die erhöhte Mehrwertsteuer die „Strangulierung der Binnenwirtschaft“ befürchtet wird. An anderer Stelle heißt es gar, „2007 droht zum Jahr des Desasters zu werden.“ Davon war 2007 allerdings nichts zu spüren, ganz im Gegenteil. Freilich steht Maurer mit dieser Fehlprognose nicht alleine da. Er plädiert für starke Gewerkschaften, bemängelt aber, dass sich diese bisher ausschließlich auf die SPD verlassen hätten, ohne deren Politik nennenswert zu beeinflussen. Das Angebot an die Gewerkschaften ist unverkennbar: Mit der Linkspartei gibt es einen neuen potentiellen Bündnispartner.

Doch wie rückständig der sozialistische Ideenhaushalt anmutet, zeigen Maurers „Prinzipien linker Erneuerung“. Dabei wird unter anderem postuliert: „Ein moderner Sozialismus bejaht und verteidigt die Pluralität politischer Parteien sowie die Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Pressefreiheit.“ Für andere politische Parteien in Deutschland – ob Christdemokraten, Liberale, Grüne oder Sozialdemokraten – ist das geradezu selbstverständlich. Es muss nicht mehr eigens gefordert und parteiintern durchgesetzt werden, zumal damit fundamentale Prinzipien des Grundgesetzes beschrieben sind. Ohnehin stellt sich die Frage, worin das Vertrauen in eine Partei begründet sein sollte, die – von der Geschichte der SED-Diktatur ganz abgesehen – offen linksextremistische Gruppierungen wie das Marxistische Forum oder die Kommunistische Plattform in den eigenen Reihen akzeptiert und bewusst fördert.

Maurers ökonomische Schlussfolgerungen bestätigen diese Deutung. „Die betriebswirtschaftliche Logik einzelner Unternehmen findet ihre Schranke in der demokratischen Bewertung ihres gesamtgesellschaftlichen Nutzens“, schreibt er mit kaum zu überbietender Klarheit. Hier wird die Katze aus dem Sack gelassen. Denn wenn ökonomische Entscheidungen sich nicht innerhalb des vom Gesetz vorgegebenen Rahmens bewegen müssen, sondern den Nützlichkeitsabwägungen der Politik unterliegen, ist Gefahr im Verzuge. Mit sozialer Marktwirtschaft hat das jedenfalls nichts mehr zu tun.

Vielleicht lässt sich Maurer ja noch eines Besseren belehren. „Offenbar“, kommentiert er einmal kapitalismus- und CDU-kritische Positionen von Norbert Blüm und Heiner Geißler, „ist das Ausscheiden aus der aktiven Politik für einige mit einem erstaunlichen Erkenntnissschub verbunden.“ Mithin besteht für Ulrich Maurer noch Hoffnung.

Ralf Altenhof

Schwäbischer Anarchismus

Helge Döring:

Syndikalismus im „Ländle“. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933.

Verlag Edition AV, Lich 2006,
219 Seiten, 16,00 Euro.

Als Teil der Arbeiterbewegung ist der Anarchismus in Deutschland nach wie vor ein marginales Forschungsgebiet. Im Gegensatz zum angelsächsischen Raum halten sich die deutschsprachigen Geistes- und Sozialwissenschaften bei diesem historischen, politikwissenschaftlichen und staatsphilosophischen Thema eher zurück und verfügen nach 1945 nur über eine begrenzte Forschungstradition, die darüber hinaus lediglich eine eingeschränkte internationale Anschlussfähigkeit erlebt. Zu den wenigen wegweisenden und herausragenden deutschen Anarchismusforschern, die sich ab Mitte der 1960er-Jahre mit diesem Thema (erneut) befassten, zählen z. B. Ulrich Linse, Peter Lösche, Hans G. Helms, Günter Bartsch, Hans M. Bock oder Erwin Oberländer. Zu diesen „Klassikern“ kam ab Ende der 1970er-Jahre eine jüngere Generation von Wissenschaftlern hinzu, die daran anschloss bzw. neue und differenzierte Aspekte bearbeitete. Zu nennen sind die Arbeiten von Angela Vogel über den Syndikalismus (1977), Wolfgang Haug über Erich Mühsam (1979), Gert Holzapfel über den „Neo-Anarchismus“ (1984), Holger Jenrich zur Rezep-

tion des Nachkriegsanarchismus (1986) oder Ulrich Klan und Dieter Nelles mit einer regionalgeschichtlichen Arbeit über den rheinischen Anarcho-Syndikalismus (1986). Diese Auflistung ließe sich mit weiteren veröffentlichten und unveröffentlichten Examensarbeiten bzw. Dissertationen bis heute fortsetzen und weist die Richtung der Anarchismusforschung: Sie besteht überwiegend aus einem singulären Forschungsinteresse, das über eine nur geringe Kontinuität und längerfristige Systematik verfügt. Zu den „großen“ Themen der Forschung zählte der Anarchismus in Deutschland nie und wird es vermutlich auch nicht werden. Vielleicht ist dafür auch das immer noch weit verbreitete Bild vom Anarchisten als dem „Schwarzen Mann“ mit Vollbart und Bombe in der Manteltasche verantwortlich, das seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Öffentlichkeit und den Medien verbreitet wurde und sich bis heute – nicht nur in Deutschland – gehalten hat.

In diesem Forschungskontext erschien nun erstmals eine Studie über den württembergischen Anarchismus 1918 bis 1933, die aus einer Magisterarbeit an der Universität Bremen hervorging. Dieser Zeitraum zählt insgesamt zu einer Blütezeit des deutschen Anarchismus, und insbesondere des Anarcho-Syndikalismus (Freie Arbeiter-Union Deutschlands - FAUD), der in den 1920er-Jahren deutschlandweit bis zu 200.000 Mitglieder hatte. Auf der Grundlage eines freiheitlichen Sozialismus und einer föderalistischen Organisationsstruktur kann die FAUD gleichermaßen als eine Gewerkschafts-, Kultur- und Politikbewegung definiert werden. Es gelingt dieser Arbeit erstmals, die Spuren und die Bedeutung des organisierten Anarchosyndikalismus in und für Württemberg aufzuzeigen. Sie zeigt, dass der Syndikalismus in der Arbeiterbewegung Süddeutschlands durchaus einen Platz neben Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern hatte. Döring schließt hier eine deutliche Wissenslücke in der Erforschung der Arbeiterbewegung in Baden-Württemberg und bietet eine überzeugende Analyse und Recherche, die in künftigen Betrachtungen Berücksichtigung finden wird. Obwohl es zwischenzeitlich eine ganze Reihe von Regionalstudien zur anarchistischen Arbeiterbewegung gibt, fehlte bislang eine über den württembergischen Raum. Neben der regionalen und historischen Perspektive ist die Arbeit auch sehr stark durch eine systematische Fragestellung geprägt, die nach den Rahmenbedingungen erfolgreicher bzw. weniger erfolgreicher syn-

dikalistischer Arbeiterbewegung fragt. Ein weiterer Aspekt der Arbeit ist die These vom Arbeitersyndikalismus als Kulturbewegung.

Den „Höchststand“ erreicht die FAUD in Württemberg Mitte der 1920er-Jahre mit 15 Ortsvereinen und 1.200 Mitgliedern. Döring erfasst die soziologische Zusammensetzung, ihre Arbeitsstrukturen, Berufsgruppen, Wohnbezirke und die Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Organisationen. Seine diesbezüglichen und dokumentierten Recherchen in Archiven sind umfassend und penibel. Die vielfältigen und unterschiedlichen außerbetrieblichen Organisationsstrukturen, wie z. B. die „Gilde freiheitlicher Bücherfreunde“, die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“, die „Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands“ oder Siedlungs- und Schulprojekte machen deutlich, dass der Arbeitersyndikalismus auch als eine Kulturbewegung bewertet werden kann.

Die Arbeit ist allerdings keine umfassende Ideengeschichte des Arbeitersyndikalismus. Sie ist organisationssoziologisch und sozialgeschichtlich orientiert. Zwei Fragestellungen stehen im Mittelpunkt: (1.) Unter welchen Bedingungen entsteht der organisierte Arbeitersyndikalismus? (2.) Wie kommt es zu der Entwicklung von einer politischen Bewegung zu einer Kulturbewegung?

Entscheidend für die Entwicklung des Syndikalismus scheint der Grad der Industrialisierung und der Organisation der Arbeiterschaft zu sein. Der Arbeitersyndikalismus fand keine Resonanz, wo bereits Partei- und Organisationsstrukturen der SPD oder KPD bestanden. So gab es beispielsweise in Ulm und Stuttgart keine FAUD-Strukturen. Begründet wird dies vom Autor damit, dass in Ulm Industriestrukturen fehlten und in Stuttgart eine starke SPD vorhanden war. In Tuttlingen und Pliezhausen konnten sich dagegen nach 1918 syndikalistische Strukturen entwickeln, da es keine organisierten Arbeiter gab und ein entsprechender Grad an Industrialisierung vorhanden war. Für heute folgert Döring daraus, dass vor allem in Schwellen- und Billiglohnländern der Nährboden für einen Syndikalismus vorhanden sein müsste, da der Organisationsgrad der Arbeiter einerseits relativ gering und andererseits die Industrialisierung bzw. Globalisierung vorangeschritten ist. Hinsichtlich seiner These und Fragestellung zum Arbeitersyndikalismus als Kulturbewegung kann Döring belegen, dass er sich in Württemberg im untersuchten

Zeitraum von einer gewerkschaftlichen Interessenorganisation zu einer Kulturorganisation entwickelt hat.

Bei einer Gesamtbetrachtung des Arbeitersyndikalismus in Württemberg kann festgehalten werden, dass er in Form der FAUD nicht über den Status einer Ideenorganisation mit gewerkschaftlichem Anspruch hinausgekommen ist. Jedoch: Obgleich die FAUD bis 1933 eine Randerscheinung in der Arbeiterbewegung blieb, zeigt die Studie, dass es in Württemberg eine anarchistische Bewegung nach 1918 gab, die in verschiedenen Städten und vor allem unter Arbeiterinnen und Arbeitern auf eine zaghafte Resonanz stieß. Die Arbeit verdient in diesem Sinne Beachtung als eine organisationssoziologische Regionalstudie zur Arbeiterbewegung in Württemberg und als Beleg für den politischen und kulturellen Charakter des Anarchosyndikalismus in der Weimarer Zeit.

Ulrich Klemm

Ein zutiefst rückwärtsgewandtes Geschichtsverständnis

Stephan Braun / Ute Vogt (Hrsg.):
Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“.
Kritische Analysen zu Programmatik,
Inhalten, Autoren und Kunden.

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
2007, 362 Seiten, 39,90 Euro.

Bei ihrem Internetauftritt präsentiert sich die „Junge Freiheit“ (JF) unter der Rubrik „Wir über uns – Selbstverständnis“ als Wochenzeitung, welche „die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren hält“. Ihre Beiträge werden oft und gerne von offensichtlich rechtsextremistischen Blättern wie „Nationalzeitung“ oder „Nation und Europa“ zitiert. Über Jahre hinweg war die Zeitung selbst in Verfassungsschutzberichten als tendenziell rechtsextremistisch geführt worden. Dagegen klagte die „Junge Freiheit“ und 2005 errichtete das Bundesverfassungsgericht im Interesse der Pressefreiheit hohe Hürden, um die „negative Sanktion einer Veröffentlichung in den Verfassungsschutzberichten zu ergreifen“. Eine „bloße Kritik an Verfassungswerten“ reiche dazu nicht aus. In der Tat gilt die Pressefreiheit auch für potentielle Feinde der Freiheit. Die öffentliche Auseinandersetzung über Inhalte und Ziele dieser Zeitung ist einer Demokratie eher würdig denn die Repression.

Die baden-württembergische SPD-Politikerin Ute Vogt und ihr Landtagskollege Stephan Braun legen nun einen Sammel-

band vor, der genau diese öffentliche Auseinandersetzung in Politik, Wissenschaft und Bildungsarbeit mit Fakten und Analysen zu Programmatik, Inhalten und Autoren der Zeitung befördern will. Die Herausgeber und 15 weitere Autoren, in der Regel ausgewiesene Experten der Rechtsextremismusforschung aus dem journalistischen und wissenschaftlichen Bereich, darunter Wolfgang Gessenharter, Anton Maegerle, Michael Pechel, Albert Scherr, Thomas Schlag und Fabian Virchow, analysieren im ersten Teil des Bandes die Positionierung des Blatts im Grenzraum der Verfassung und beleuchten im zweiten Teil dessen Akteure, Kunden und Kampagnen, bevor sie im Schlussabschnitt konkrete Vorschläge für den öffentlichen Diskurs sowie die außerschulische und schulische Bildungsarbeit unterbreiten.

Erfreulicherweise sind die Beiträge durchweg sehr sachlich gehalten, ohne jeden falschen Eifer. So wird nüchtern die Frage gestellt, ob denn die „Junge Freiheit“, auch wenn sie sich in dreißig Jahren vom alle zwei Monate erscheinenden 8-Seiten-Blatt zur Berliner Wochenzeitung mit „demokratischem Outfit“ und – nach eigenen Angaben – einer Druckauflage von 25.000 Exemplaren entwickelt hat, über eine entsprechende Reichweite bei den Lesern verfügt. Doch nicht zuletzt ihre Vernetzung mit einer Vielzahl rechtsextremer Blätter, ihre u.a. bei dem führenden Online-Lexikon Wikipedia durchaus erfolgreichen Internetkampagnen, bei denen ihre Vertreter die Diskussion dominieren, und ihr Erfolg bei der Gewinnung prominenter Interviewpartner verschaffen ihr eine beachtliche Akzeptanz.

Durch eine Fülle von Belegen wird nachgewiesen, dass die „Junge Freiheit“ das wichtigste Publikationsorgan der Neuen Rechten darstellt, deren Vertreter in der Tradition der so genannten Konservativen Revolution stehen, die als starke antidemokratische Bewegung die Weimarer Republik untergrub und dem Erstarken des Nationalsozialismus Vorschub leistete. Als überragender geistiger Vordenker, der geradezu heroisch überhöht wird, gilt der Zeitung der „Kronjurist“ der Nationalsozialisten, Carl Schmitt, der den autoritären starken Staat mit klarem Feindbild forderte und die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte als „unveräußerliche Eselsrechte“ verspottete.

Zahlreiche Artikel der „Jungen Freiheit“ vermitteln ein zutiefst rückwärtsgewandtes Geschichtsverständnis, das eine offene Flanke zum Geschichtsrevisionismus aufweist. Autoren wie Klaus Wippermann und Stefan Scheil betonen die angebli-

che Aggressivität Polens als Kriegsursache. Der Historiker Stefan Scheil schreibt, „sensationelle Archivfunde belegen kriegerische polnische Expansionsgelüste schon zu Zeiten der Weimarer Republik“ und meint ein „nationalistisch-völkisches Expansionsprogramm“ Polens zu erkennen. JF-Autor Klaus Wippermann schreibt, nicht Hitler-Deutschland, sondern „Polen wurde zum aggressivsten Staat Europas der zwanziger und dreißiger Jahre“. Wehrmachtssoldaten hätten, so wiederum Scheil, gar keine rassistisch motivierten Ressentiments gegen Polen pflegen können, weil ausdrücklich auch das polnische Volk „als arisch eingestuft war“. Derselbe Stefan Scheil, Träger des Gerhard-Löwenthal-Preises dieser Zeitung, bestreitet die Verantwortung der Wehrmacht am Massensterben von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen: „Alle Gefangenen sollten ausreichend ernährt werden.“ Und der Herausgeber der Zeitung, Dieter Stein, beklagt, den Meinungsführern in Deutschland sei nichts mehr heilig, „nicht die Fahne, nicht die Ehre der Nation, der Familie, der Religion“. Am Pranger stehen für den Herausgeber und viele Autoren der JF die „68er“, deren linke Vertreter die Parteien und Redaktionsstuben beherrschten. Zum Niederhalten politischer Konkurrenz diene die Gedankenpolizei der Political Correctness, die Begriffe wie Nation, Nationalstolz, Patriotismus ebenso wie Elite oder Ausländerkriminalität gegen Deutsche mit Verboten belege und unter Faschismusverdacht stelle. Nun gelte es, diese Werte von den herrschenden Denkverböten zu befreien und so das ideelle Fundament einer selbstbewussten Nation zu schaffen. Nur so könnten die aktuellen weltpolitischen Herausforderungen der deutschen Nation gemeistert werden, einer Nation, die, so JF-Herausgeber Stein, „geopolitisch schon Kraft seiner Existenz Hegemonie ausübt“. Der natürliche Widerpart seien die USA und diesen könnte nicht die bestehende EU, sondern ein Europa der Nationalstaaten mit Deutschland als Kernstaat Paroli bieten. Um Deutschland aus seiner militärischen Ohnmacht zu befreien, müsse die Geschichte von den angeblichen Verbrechen der Wehrmacht entkriminalisiert und die Bundeswehr zur militärischen Wahrnehmung nationaler Interessen befähigt werden. Es ist das Verdienst der Herausgeber und Autoren dieses Sammelbandes, Selbstverständnis und inhaltliche Programmatik der „Jungen Freiheit“ nicht nur offengelegt, sondern mit Hunderten stichhaltiger Nachweise zudem gut – teilweise sogar spannend – lesbar der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht zu haben.

Wigbert Benz

Inhaltsübersicht

Heft 1: Klimawandel und Klimapolitik

Stefan Rahmstorf	Die globale Erwärmung	4
Ursula Fuentes / Harald Kohl / Michael Müller	Die Klimakatastrophe, eine noch aufhaltsame Katastrophe	12
Wolfram Krewitt	Szenarien eines klimaverträglichen Energiesystems	18
Sascha Müller-Kraenner	Vor einer neuen Energiekrise?	25
Imme Scholz	China, Indien und die Bewältigung des Klimawandels	32
Tilman Santarius	Emissionshandel und globale Gerechtigkeit	38
Susanne Dröge	Die EU-Klimastrategie	44
Michael von Hauff	Von der öko-sozialen zur nachhaltigen Marktwirtschaft	49
Susanne Böhler / Daniel Bongardt	Klimaschutz – Wohin steuert der Verkehr?	57
Tanja Gönner	Klimaschutz konkret: Von Zielen in die Umsetzung	66
Andreas Dietrich	Ablass, lass nach!	69
Nico Stehr / Marian Adolf	Moralisierte Märkte und postrationale Konsumenten	72

Heft 2: Kuba

Heinrich Pachner	Kuba: Entwicklungspotentiale einer Karibikinsel aus natur- und kulturgeographischer Sicht	85
Hans-Joachim König	Kuba: Vom Objekt zum Subjekt im historischen Prozess? Ein historischer Überblick	94
Hans-Jürgen Burchardt	Fidel Castro: Der alte Mann und das Meer	108
Stefan Reith	Von Fidel Castro zu Raúl – die Demokratie auf Kuba muss warten	114
Bert Hoffmann	Vom Dritte-Welt-Sozialismus zur großen Krise – und der schwierigen Reform von heute	122
Nikolaus Werz	Deutschland, Lateinamerika und Kuba – Außenpolitische Beziehungen	128
Bettina Hoyer	Lost in Transition: Kubanisches Schattentheater	136
Arne Birkenstock / Eduardo Blumenstock	Santería, Son und Revolution – eine kurze Geschichte der kubanischen Musik	145
Wolfgang Rössig	Kuba im Spiegel der Literatur	154

Heft 3/4: Volksrepublik China

Christoph Müller-Hofstede	Die Geschichte der chinesisch-westlichen Beziehungen: ein Überblick	172
Xuewu Gu	Chinas Aufstieg als Global Player	180
Markus Taube	Grundlagen, Triebkräfte und Perspektiven des wirtschaftlichen Aufstiegs	186
Heinrich Kreft	Die soziale Kehrseite des chinesischen Aufstiegs	195
Thomas Heberer	Nationalitätenprobleme in China und die Tibet-Frage	203
Eva Sternfeld	Schöne neue Welt im Grauschleier. Chinas ökologische Situation und Umweltpolitik	210
Bettina Gransow	Zu viel, zu alt, zu männlich? Demographie und Bevölkerungspolitik	217
Robert Heuser	Chinesische Rechtskultur im Wandel sozioökonomischer Bedürfnisse	223
Gunter Schubert	China und die Menschenrechte	230
Bettina Gransow	Das Petitionswesen in China – ein Instrument sozialer Gerechtigkeit?	236
Günter Schucher	Böses Erwachen? Chinas Traum von der sozialen Harmonie	243
Werner Spaeth	China – ein marginales Thema im Unterricht?	251
Siegfried Frech	China im Überblick	257

Buchbesprechungen

Marion Reiser	Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten 77
Wilhelm German	„Ätsch Gäwele“. Allerhand Lustichs und andres aus'm Frankenland 77
Wilhelm German	„Haller Doovelich“. Geschichte und Geschichten von früher in hällischer Mundart 77
Andreas Cser	Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg
Thomas Leif	Beraten und verkauft. McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater 79
Harald Falckenberg	Kuba – Bilder einer Revolution. Mit Texten von Boris Groys und Klaus Honnert 162
Martin Hüfner	Europa. Die Macht von morgen 163
Ernst Wolfgang Becker	Theodor Heuss, Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949 163
Sandra Kalniete	Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie 164
Roman Herzog	Jahre der Politik. Die Erinnerungen 165
Klaus Schnellenkamp	Geboren im Schatten der Angst. Ich überlebte die Colonia Dignidad 166
Jürgen Schreiber	Meine Jahre mit Joschka. Nachrichten von fetten und mageren Zeiten 167
Christoph Linzbach u.a.	Globalisierung und Europäisches Sozialmodell 167
Thomas A. Höllmann	Die Seidenstraße 259
Geschichtsmagazin DAMALS	Fernhandel in Antike und Mittelalter 259
Bruno Baumann	Abenteuer Seidenstraße. Auf den Spuren alter Karawanenwege 259
Regina Meier / Ulrike Reisach	Aufbruch im Land des Drachen 261
Heinz Högerle u.a.	Ort der Zuflucht und Verheißung. Shavei Zion 1938–2008 263
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg / Trägerverein Ehemalige Synagoge Rexingen e.V.	„Vom Neckar ans Mittelmeer“. Jüdische Flüchtlinge aus dem schwäbischen Dorf Rexingen gründen 1938 eine neue Gemeinde in Galiläa. Eine Lese- und Arbeitsheft 263
Reinhold Weber	Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945 265
Hans-Ulrich Wehler	Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5: Bundesrepublik und DDR, 1949–1990 265
Peter Steinbach / Johannes Tuchel	Georg Elser 266
Eva-Maria Neumann	Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit 267
Ulrich Maurer	Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken 268
Helge Döhring	Syndikalismus im „Ländle“. Die Frei Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918–1933 269
Stephan Braun / Ute Vogt	Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden 270



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Geldinstitut

Konto-Nr. BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Referenten des Direktors:
Sabina Wilhelm/Thomas Schinkel -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: N.N. -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Landeskunde und Landespolitik: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik: Angelika Barth* -22
Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt,
Zivilgesellschaft: Dr. Jeannette Behringer -23
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Thomas Schinkel* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/-32
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Anke Schütze*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Erika Höhne -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, -148, Fax -145
Leiter: Rolf Müller -135
Klaus Deyle -134

* Bürositz: Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-00, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter